



Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarking-Bericht 2006 -

Impressum:

Der Senator für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 361-2965
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:
Arbeitsgruppe Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: (0421) 361-10162
e-Mail: Marion.Warne@Finanzen.Bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei des Senators für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im September 2006

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Einleitung	
1.1 Auftrag und Zielsetzungen	3
1.2 Bearbeitung und Rahmenbedingungen	4
1.3 Datengrundlagen und Aussagekraft	7
1.4 Datenbank und Dokumentation	11
1.5 Weiteres Vorgehen	13
1.6 Anlagenband	14
II. Zentrale Strukturkennziffern	15
III. Produktplan-Berichte	33
- Bürgerschaft	35
- Rechnungshof	39
- Senatskanzlei	43
- Bund und Europa	47
- Inneres	51
- Justiz	57
- Sport	63
- Bildung	67
- Kultur	73
- Hochschulen und Forschung	79
- Arbeit	85
- Soziales	89
- Jugend	95
- Gesundheit	101
- Bau, Umwelt und Verkehr	105
- Wirtschaft	113
- Häfen	121
- Finanzen / Personal	125
IV. Prüfaufträge	131
V. Benchmarking der Stadt Bremerhaven	135
VI. Anlagen (sh. gesonderten Anlagenband)	

I. Einleitung

1.1 Auftrag und Zielsetzungen

Mit dem Benchmarking-Bericht 2006 werden nunmehr zum dritten Mal die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich dargestellt. Die Arbeiten am Benchmarking-Bericht gehen zurück auf Aufträge aus der Staatsräte-Arbeitsgruppe „Haushalt“ und aus der Staatsräte-Klausur. Seit Aufnahme der Arbeiten in 2003 wurde in den Ressorts das Benchmarking als permanente Aufgabe etabliert.

Der Senat hat im Dezember 2005 den vorangegangenen Benchmarking-Bericht zur Kenntnis genommen und in diesem Zusammenhang mehrere Arbeitsaufträge formuliert:

- „Der Senat bittet die Staatsräte, mögliche Konsequenzen aus dem Benchmarking-Bericht für die Haushaltsgestaltung der kommenden Jahre und die in diesem Zusammenhang zu formulierenden Ressortstrategien zu erörtern und den Senat über die Ergebnisse dieser Beratungen spätestens mit Vorlage des Benchmarking-Berichtes 2006 (Ende Juni 2006) zu informieren.
- Der Senat bittet darum, die Arbeiten der Benchmarking-Begleit-AG unter Federführung des Senators für Finanzen und in Abstimmung mit den inzwischen flächendeckend benannten Benchmarking-Beauftragten der Produktpläne fortzusetzen.
- Der Senat bittet, auf Basis dieser Organisationsstrukturen insbesondere
 - eine Erweiterung bzw. Verbesserung der statistischen Grundlagen anzustreben, insbesondere unter Verwendung der in den überregionalen Städte- und Ländervergleichen verschiedenster Institutionen herangezogenen Kennziffern etc.,
 - die Budget-Relevanz der Indikatoren-Sets im Rahmen der Möglichkeiten zu optimieren,
 - die Bewertung der Verlässlichkeit und des Aussagegehalts der vorliegenden Vergleichsdaten sowie der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen fortzusetzen,
 - durch die Formulierung von Maßstäben und/oder Orientierungswerten (Rang; Relation; Absolut-Werte etc.) in eine stärker inhaltliche Bewertung der Kennzahlen einzusteigen und
 - die Ergebnisse dieses Prozesses in Form eines weiteren Benchmarking-Berichtes im Juni 2006 darzustellen.
- Der Senat bittet die Ressorts, die im Bericht für die jeweiligen Produktpläne dargestellten Prüfaufträge, die in besonderem Maße auch auf mögliche eigene Aktivitäten zur Verbesserung der Datengrundlagen gerichtet sind, möglichst umgehend abzarbeiten.

- Der Senat bittet die Benchmarking-Begleit-AG, im weiteren Verfahren
 - die den Städte- und Ländervergleichen zugrunde liegende Datenbank weiter zu entwickeln und zu vervollständigen,
 - technische und inhaltliche Aspekte einer Verzahnung der bestehenden und zu entwickelnden Vergleichsdaten mit dem Produktgruppenhaushalt zu prüfen sowie
 - in Abstimmung mit der Magistratskanzlei Bremerhaven - die Übertragbarkeit der bremischen Benchmarking-Ansätze auf Bremerhaven zu betrachten.“

Das Benchmarking wurde zwischenzeitlich in diesem Sinne weiter entwickelt. Unter anderem wurde auch die Darstellung der jeweiligen Ressort-Ziele systematisch ausgebaut und eine Verknüpfung zwischen Zielorientierung und Abbildung der entsprechenden Kennziffern angestrebt.

1.2 Bearbeitung und Rahmenbedingungen

Die **Begleit-AG „Benchmarking“** setzte in 2006 ihre Arbeit unter gemeinsamer Federführung des Senators für Finanzen und der Senatskanzlei in nahezu unveränderter Zusammensetzung fort und besteht z.Z. aus folgenden Mitgliedern

- des Senators für Finanzen (Frau Kohl; Frau Warnke; Herr Bade; Herr Holzschneider; Herr Klusewitz; Herr Schröder; Herr Sommer);
- der Senatskanzlei (Frau Adrian; Herr Bücker);
- des Rechnungshofes (Frau Gagelmann);
- des Statistischen Landesamtes (Frau Rösel; Herr Drescher) und
- der Magistratskanzlei Bremerhaven (Frau Suhrhoff; Herr Polansky).

Die Begleit-AG hat im April 2006 unter Beteiligung der Spiegelreferate der Senatskanzlei und des Senators für Finanzen in Kleingruppen ihre Gespräche mit den Ressorts bzw. den dortigen Produktplan-Verantwortlichen und/oder Benchmarking-Beauftragten aufgenommen.

Entsprechend der Vorgehensweise in den vergangenen Jahren fanden mit Beginn des Benchmarking-Prozesses 2006 erste Gespräche zwischen Vertreter/innen der Begleit-AG und Verantwortlichen in den Ressorts statt. Auf dieser Grundlage wurde von der Begleit-AG in Abstimmung mit den Ressortverantwortlichen der Entwurf der Produktplan-Berichte erstellt und parallel dazu vom Statistischen Landesamt das Kennziffern-Set überarbeitet und ggf. ergänzt.

Ein zweites sog. Ressortgespräch diente meist zur abschließenden Verständigung über weitere Veränderungsbedarfe. Sofern keine Einigung erzielt werden konnte, ist dies in den jeweiligen Produktplan-Berichten dargestellt worden.

Dem Auftrag der Staatsräte-Gremien entsprechend enthalten die aktuellen Darstellungen zu den einzelnen Produktplänen verstärkt **Interpretationen, Bewertungen und Rangfolgen**, die Anknüpfungspunkte für weitergehende Diskussionen über Umfang und Art der Leistungserbringung in den einzelnen Produktplänen liefern können.

Der Benchmarking-Prozess ist damit in Bremen zwischenzeitlich anerkannt, bedarf jedoch fortlaufend Aktualisierungen und Ergänzungen. Die Interpretation, Beratung und Bewertung der vorhandenen und noch zu entwickelnden Kennziffern soll weiter entwickelt werden. Die Gespräche mit den Ressorts sind mit dieser Aufgabenstellung fortzusetzen.

Derzeit bestehen folgende Verantwortlichkeiten:

Produktplan	Ressort	Begleit-AG
Bürgerschaft	Herr Oellerich, Herr Zeh	Frau Kohl, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Rechnungshof	Frau Gagelmann	Frau Kohl, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Senatskanzlei	Frau Buhr	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Bundes-/ Europaan- gelegenheiten	Herr Brandstaeter	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Inneres	Herr Krawinkel	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Gleichber. d. Frau	Frau Melinkat	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Justiz	Herr Sperlich, Frau Staats	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Sport	Herr Krawinkel	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Bildung	Frau Moning	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Kultur	Herr Dennhardt	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Hochschulen/Forsch. Arbeit	Hr. Albensoeder, Hr. Schütte-Thuy	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Jugend und Soziales	Frau Jung	Frau Kohl, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Gesundheit	Frau Jung	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Bau, Umweltschutz und Verkehr	Frau Westa, Fr. Rüpke	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Wirtschaft	Herr Peters	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Häfen	Herr Lattner	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Finanzen/Personal	Herr Albers, Herr Zech , Herr Melloh	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer

Die **Benennung und Quantifizierung von Ressortzielen** soll im weiteren Benchmarking-Prozess ausgebaut werden. Mit dem Benchmarking-Bericht 2006 ist es bereits gelungen, in ersten Ansätzen eine enge Abstimmung zwischen Ressortzielen und dazugehörigen Kennziffern zu erreichen. Allerdings hat sich gezeigt, dass dies auf Anhieb nicht durchgängig geleistet werden kann. Zum Teil ist auch eine kritische Überprüfung der Ziele notwendig, um zukünftig dem Anspruch gerecht zu werden, hier einen möglichst engen Zusammenhang herzustellen.

Bei den Produktplan-Berichten wurden stets Städtevergleiche angestrebt. Aufgrund der Datenlage bzw. Datenverfügbarkeit musste jedoch in einzelnen Bereichen von diesem Prinzip abgewichen werden. Dies betrifft vor allem die Bereiche Bildung, Kultur und Justiz.

Die **Textpassagen der einzelnen Produktplan-Blätter** behandeln systematisch folgende Schwerpunkte und Fragestellungen:

- Vorbemerkungen
Darstellung der Ausgaben 2003 und 2005 sowie Anschlag für 2006
- Zentrale Ziele des Produktplans
- Detailziele und Aufgabenschwerpunkte
 - Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse;
 - Verhältnis der bremischen Daten zu den Daten der Vergleichsstädte bzw. der anderen Stadtstaaten / Länder;
 - durch erhebliche Diskontinuität bzw. Trendentwicklungen gekennzeichnete Zeitreihen;
 - bestehende Handlungsnotwendigkeiten auf Basis der Vergleichsbetrachtungen;
 - notwendige Voraussetzungen zur Umsetzung;
 - Sachstand zur Abarbeitung vorangegangener Prüfaufträge;
 - Einschätzung der Haushaltswirksamkeit möglicher Veränderungen.
- Zusammenfassung und weiteres Verfahren
inkl. Empfehlungen der Begleit-AG

Aus den Produktplan-Berichten ergibt sich eine ganze Reihe von **Prüfaufträgen**, die im Kapitel IV zusammengefasst werden. Um diese im Rahmen der Fortsetzung des Benchmarking-Prozesses weiter zu verfolgen, bedarf es entsprechender **Beschlüsse auf Staatsräteebene**.

Im Wesentlichen geht es dabei um das Bestreben, zusätzliche Kennziffern möglichst flächendeckend bereit zu stellen. Außerdem sollen zukünftig abzubildende Kennziffern so ausgewählt werden, dass dadurch das Ausmaß der Zielerreichung in den jeweiligen Produktplänen erkennbar wird. Darüber hinaus soll die Teilnahme der Ressorts an bestehenden Vergleichsangeboten ausgebaut werden.

Im Abschnitt V wird analog zur Darstellung für Bremen über die Benchmarking-Aktivitäten der Stadt **Bremerhaven** berichtet. Die Darstellungen zeigen, dass die Bemühungen der Stadt um Aufbau und Durchführung von Städtevergleichen – zumindest auf Seiten der Fachressorts – zum Teil noch deutlich über die Ansätze in Bremen hinausgehen. Bremerhaven ist in zahlreichen Vergleichsringen vertreten.

Zudem wurde die Darstellung und Analyse Bremerhavener Daten – im Sinne des vom Senat formulierten Arbeitsauftrags – weiter entwickelt. Einerseits können die „Zentralen Strukturkennziffern“ für Bremerhaven und seine Vergleichsstädte in derselben Datentiefe dargestellt werden wie für Bremen. Zum anderen wird nunmehr in den Strukturkennziffern für Bremerhaven der unmittelbare Datenvergleich mit der Stadt Bremen ermöglicht. Hinzu kommt, dass die in Abschnitt II grafisch dargestellten und kommentierten „Zentralen Strukturkennziffern“ der Großstädte ebenso im Abschnitt V besonders hervorgehoben sind und mit Blick auf Bremerhaven und seine Vergleichsstädte bewertet wurden.

Der Benchmarking-Bericht stellt einen Teil der **umfassenden Benchmarkingaktivitäten**, an denen Bremen beteiligt ist, dar. Daneben wird seit April 2005 an einem **Stadtstaaten-Benchmarking** gearbeitet, das sechs Arbeitsschwerpunkte umfasst:

- Schulen,
- Kindertagesbetreuung,
- Hochschulen,
- Soziales,
- Verkehr und
- Personal.

Ein Bericht über das Stadtstaaten-Benchmarking ist für Juni 2007 vorgesehen.

Das Projekt "**Benchmarking der norddeutschen Länder**" ist auf der Ebene der Chefs der Staats- und Senatskanzleien angebunden und geht auf einen Beschluss der KND (Konferenz Norddeutschland) vom Dezember 2003 zurück. Die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg und Bremen verständigten sich auf unterschiedliche thematische Vergleichsgebiete, die wiederum mit Daten Bayerns verglichen werden sollen. So wurde bereits die Bearbeitung der Themen "Lehrerbildung" und "Besoldung, Versorgung und Beihilfe" in Norddeutschland abgeschlossen und zum weiteren Vergleich an Bayern weitergeleitet. Die Themen "Statistische Landesämter" und "Arbeitsteilige Profilbildung der Hochschulen" befinden sich derzeit noch in der Bearbeitung.

1.3 Datengrundlagen und Aussagekraft

Genauso wie in den Benchmarking-Berichten der Vorjahre reichen auch aktuell die **Daten der amtlichen Statistik** nur in Teilbereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung und – vielleicht mit Ausnahme des mit Sonderauswertungen dieser Quellen agierenden Bereichs „Wissenschaft/Forschung“ – noch in keinem Fall für komplette Produktpläne aus, um Städte- und/oder Ländervergleiche zur Einordnung des eigenen Leistungsspektrums und der hierfür gebundenen Ausgaben bzw. Kosten in hinreichender Vollständigkeit und Differenzierung abzubilden.

Obwohl im Rahmen der Bearbeitung alle bekannten und verfügbaren Quellen der statistischen Ämter, Gremien, Verbände oder sonstigen Institutionen ausgeschöpft und auch von Ressortseite eigene Auswertungen eingebracht wurden, bestehen bei den Datengrundlagen der Benchmarking-Ansätze damit nach wie vor erhebliche Lücken (s. dazu Benchmarking-Bericht 2005, S. 3-4).

Die unmittelbare Bezüge zwischen (Leistungs-) Kennziffern und Mittelausgaben stellen im derzeitigen Spektrum der Vergleichsdaten zwar noch eher die Ausnahme dar, aber über die Eckwert-Volumina der Produktpläne ist für das weitere Verfahren ablesbar, in welchen Ausgabenbereichen aufgrund der dafür gebundenen Mittel ein besonderes Interesse an Ausbau und Intensivierung der Benchmarking-Ansätze bestehen sollte. In den nachfolgenden Übersichten sind – anhand der Anschläge 2006 – die dabei zugrunde zu legenden Bereichswerte und –anteile dargestellt, wobei – abweichend von der ansonsten üblichen Systematik – zur eindeutigeren Definition der Verantwortlichkeiten – die Personalausgaben des Produktplanes „Allgemeine Finanzen“ (Versorgung, Beihilfe etc.) und die Ausgaben des Anschlussinvestitionsprogramms den jeweiligen Bereichen zugeordnet wurden. Eine Aufschlüsselung dieser Haushaltsdaten erfolgt im Anlagenband.

Benchmarkausgaben 2006 nach Produktplänen *)	Benchmarking - Begleitarbeitsgruppe	
(Land und Stadtgemeinde Bremen)	SfF / SK / RH / StaLa	15. Sep. 06

Produktplan	Ausgaben insgesamt		Konsumtive Ausg. 1)		Personalausg 2)		Investive Ausgaben	
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
41 Jugend und Soziales	707	21,3	637	37,0	61	5,7	9	1,7
- Jugend (41.01)	188	5,6	172	10,0	15	1,4	1	0,1
- Soziales (ohne Jugend)	519	15,6	465	27,0	45	4,3	8	1,5
21 Bildung	621	18,7	181	10,5	420	39,6	21	3,8
68 Bau, Umwelt und Verkehr	379	11,4	188	10,9	66	6,2	126	23,1
24 Hochschulen und Forschung	300	9,0	254	14,7	3	0,3	43	7,9
07 Inneres	288	8,7	59	3,4	219	20,7	10	1,8
71 Wirtschaft	265	8,0	58	3,4	8	0,8	200	36,7
11 Justiz	135	4,0	35	2,0	92	8,7	7	1,4
91 Finanzen / Personal	123	3,7	17	1,0	100	9,5	5	0,9
93 Zentrale Finanzen	105	3,2	95	5,5	0	0,0	10	1,8
81 Häfen	92	2,8	29	1,7	14	1,3	50	9,1
22 Kultur	81	2,4	64	3,7	9	0,9	8	1,4
31 Arbeit	72	2,2	54	3,1	17	1,6	2	0,3
51 Gesundheit	60	1,8	13	0,8	19	1,7	28	5,2
92 Allgemeine Finanzen	41	1,2	19	1,1	0	0,0	22	4,0
01 Bürgerschaft	18	0,5	7	0,4	11	1,0	0	0,1
12 Sport	15	0,4	9	0,5	1	0,1	4	0,8
03 Senat und Senatskanzlei	10	0,3	1	0,1	9	0,8	0	0,0
05 Bundes- und Europaangelegenh., Entwicklungszusammenarbeit	6	0,2	3	0,1	3	0,3	0	0,0
02 Rechnungshof	5	0,1	0	0,0	5	0,4	0	0,0
08 Gleichberechtigung der Frau	1	0,0	0	0,0	1	0,1	0	0,0
06 Datenschutz	1	0,0	0	0,0	1	0,1	0	0,0
09 Staatsgerichtshof	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	3.325		1.723		1.059		543	

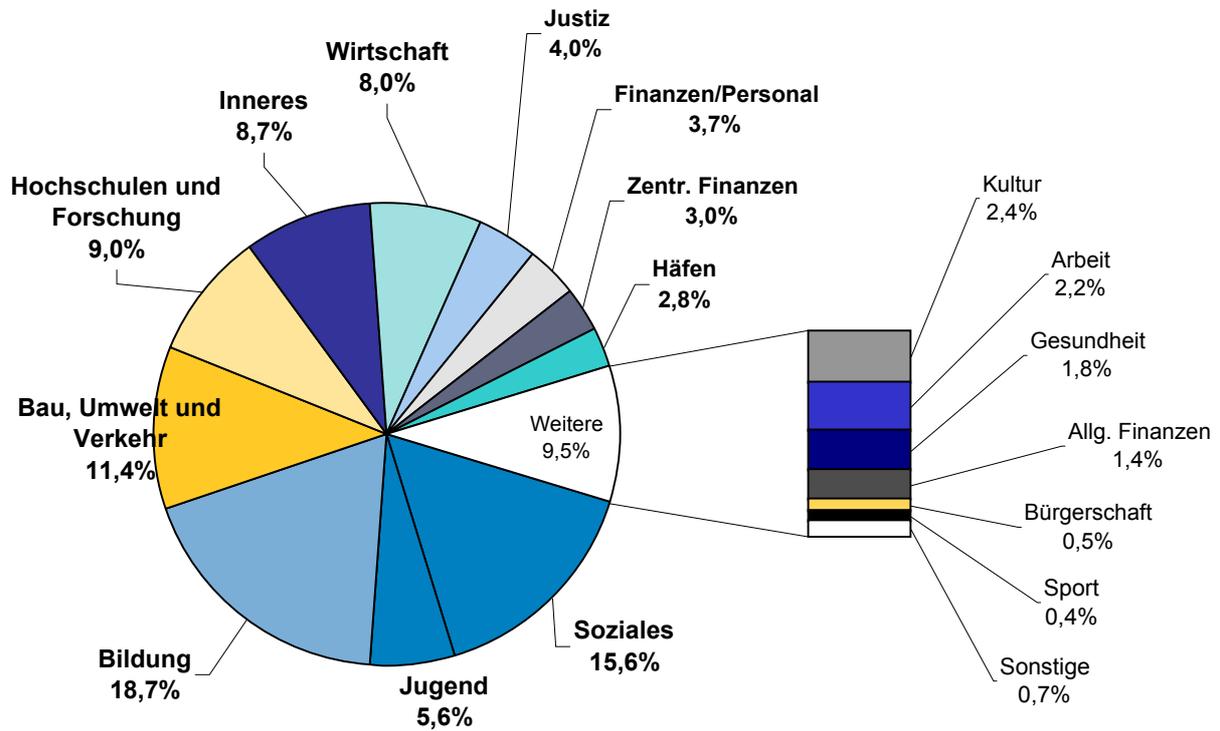
*) Die Ausgaben des Produktplans AIP wurden den bewirtschaftenden Ressorts inhaltlich zugeordnet (152 Mio. € Wirtschaft, 49 Mio. € Bau/Umwelt, 77 Mio. € Hochschulen/Forschung; (vgl. hierzu auch Aufteilung im Anlagenband B; Tab. 7)). In den Benchmarkausgaben ist die GlobaleAIP-Minderausgabe (2006 = -32,978 Mio. €) aufgrund fehlender Zuordnung nicht berücksichtigt.

- 1) Die Ansätze für Konsumtiven Ausgaben weisen zusätzlich zu den konsumtiven Produktplan-Eckwerten auch eckwertrelevante Zins- und Tilgungsausgaben aus (vgl. hierzu auch Differenzierung im Anlagenband B; Tab. 2, Tab. 3 sowie Tab. 5).
- 2) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans AFI (Versorgung, Beihilfe, Unfallfürsorge/-versicherung etc.) wurden entsprechend zugeordnet (323 Mio. €; vgl. hierzu auch Aufteilung im Anlagenband B; Tab. 6).

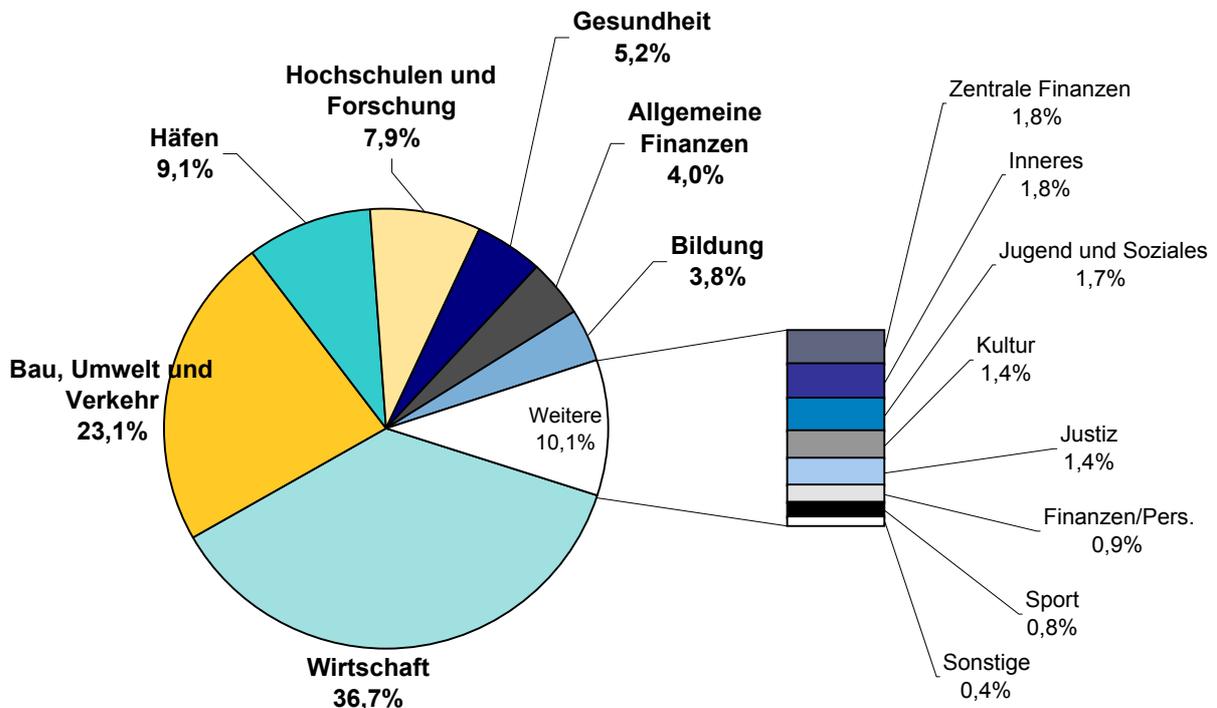
Wichtiger Hinweis: Die vorstehend dargestellte Ableitung der Benchmarkausgaben (Produktplan-Eckwerte plus Zuordnungen) ist grundsätzlich auch übernommen worden für die jeweiligen Budget-Darstellungen in den PPI-Bewertungen.

Benchmark-Eckdaten 2006 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Die **Gesamtausgaben** betragen 3.325 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



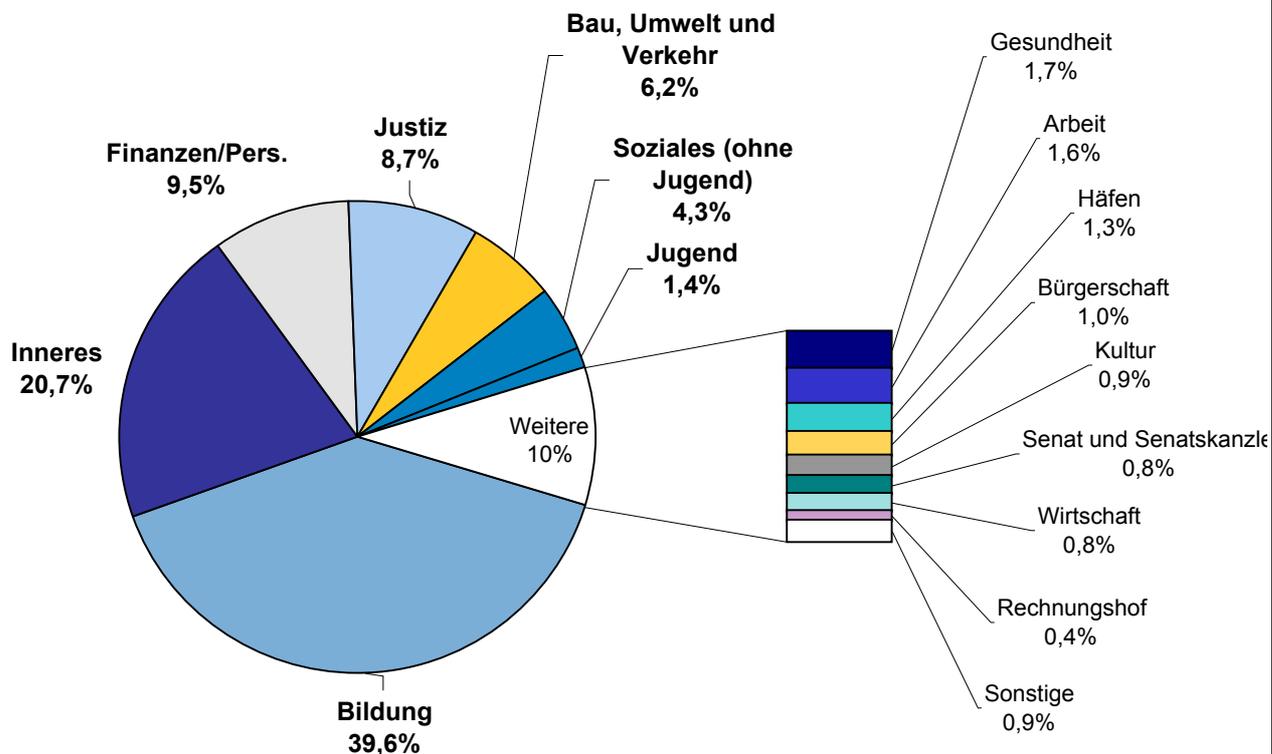
Die **investiven Ausgaben** (inkl. AIP- Zuordnung) betragen 543 Mio€. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



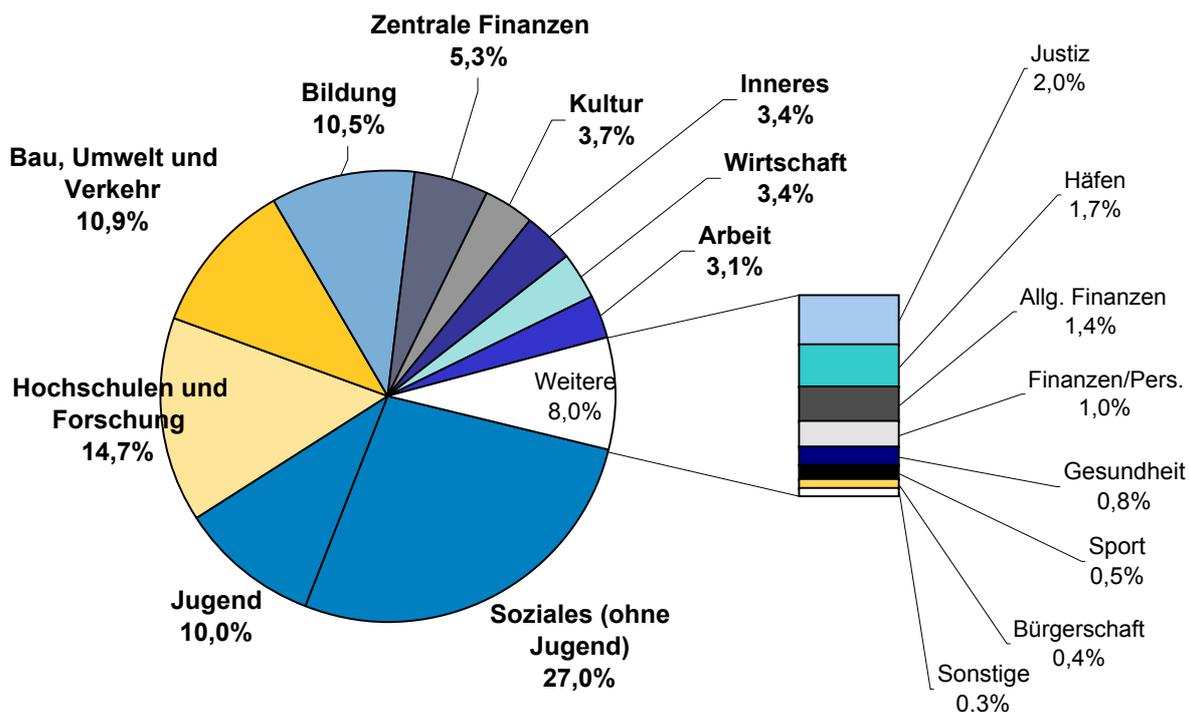
*) Ausgaben des Produktplans AIP wurden den bewirtschaftenden Ressorts inhaltlich zugeordnet. (158 Mio. € Wirtschaft, 49 Mio. € Bau/Umwelt, 31 Mio. € Hochschulen/Forschung)

Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet (301 Mio. €).

Die **Personalausgaben** betragen 1.059 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die **sonstigen konsumtiven Ausgaben** betragen 1.723 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



*) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet.

Für die **tabellarische Darstellung des Benchmarkings der einzelnen Produktpläne** verständigte sich die Begleit-AG auf folgendes methodisches Vorgehen:

Den Produktplan-Kennziffern vorangestellt sind „Zentrale Strukturkennziffern“ Bremens und Bremerhavens im Städtevergleich (einschließlich grafischer Aufbereitung und Kommentierung; Abschnitt II bzw. V), die das Umfeld der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung abbilden, ohne unmittelbar mit den Aktivitäten eines einzelnen Ressorts in Verbindung gebracht werden zu können (z.B. Einwohner, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Wirtschaftskraft). Die vorwiegend Städtedaten berücksichtigenden Vergleichsbetrachtungen basieren auf Zusammenstellungen und Auswertungen des Statistischen Landesamtes.

Es ist beabsichtigt, zukünftig für die zentralen Strukturkennziffern – in Anlehnung an die Darstellungsweise für einzelne Produktpläne – zusätzlich Länderdaten abzubilden. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit den Daten zum Bundesdurchschnitt beim zentralen Benchmarking für die Stadt Bremen geleistet.

Durchschnittsbildung

Die Errechnung der Städte- und Länderdurchschnittswerte erfolgt über eine ungewichtete Zusammenführung der Basiszahlen (Quotient der Summen).

Rangfolge

Die Ermittlung des Ranges der Stadt bzw. des Landes Bremens innerhalb der Vergleichsregionen ist ein rein rechnerischer Vorgang und stellt keine inhaltliche Bewertung dar. Der Höchstwert der dargestellten Kennziffern ist als Rang 1 definiert.

Entwicklungszeiträume/ Zeitreihen

Die jährliche Aktualisierung der bestehenden Kennziffern ermöglicht in zunehmenden Maß die Darstellung zeitlicher Entwicklungen, entweder als durchgehende Zeitreihen oder als relative Veränderung ausgehend von einem Basisjahr. Zudem können bei ausgewählten Kennziffern Durchschnitte aus mehreren Berichtsjahren gebildet werden. Dies betrifft vorrangig Kennziffern, deren jährliche Ausprägungen durch die Abhängigkeit von singulären Ereignissen oder konjunkturellen Einflüssen starken Schwankungen unterliegen.

1.4 Datenbank und Dokumentation

Die den Städte- und Ländervergleichen zu Grunde liegende Datenbank wurde in den vergangenen Monaten qualitativ weiter entwickelt und im Umfang ausgebaut.

Datenbank

Die Datenaufbereitung, -verarbeitung und -haltung erfolgt zentral im Statistischen Landesamt Bremen und umfasst im Wesentlichen folgende Arbeitsschritte:

- Recherche und Aufbereitung der sog. "Basiszahlen", welche die Grundlage für die Berechnung der Kennziffern bilden,
- Berechnung der Kennziffern,
- Aufbereitung der Kennziffern für die Tabellen im Bericht und

- Verwaltung der Metadaten (s.u.: Dokumentation).

Methodisch finden verschiedene Datenverarbeitungs-, Datenbank- und Statistikprogramme Anwendung (SPSS, vba für Excel, Access).

Die 348 Kennziffern des Benchmarking-Bericht 2006 sind aktuell mit knapp 28.000 Datensätzen hinterlegt (Stand Ende August 2006), wobei ein Datensatz jeweils durch die Kombination der Eigenschaften "Ort" (=Vergleichsstadt/-land) – "Zeit" (=Berichtsjahr) – "Kennziffer" sowie dem eigentlichen Wert definiert ist.

Neben der Aufbereitung von Veröffentlichungen der amtlichen Statistik (hier sind insbesondere der Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder ("Statistik regional") sowie die Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu nennen), gewinnt die Verarbeitung ressortspezifischer Daten zunehmend an Bedeutung.

Für den Bericht 2006 wurde erstmals ein Verfahren zur **standardisierten Erhebung von Basiszahlen aus den Ressorts** getestet. Hierzu hat das Statistische Landesamt auf der Basis von Excel-Dateien, die durch verschiedene Funktionen ergänzt wurden, sog. Eingabemasken entwickelt, die den Ressorts zur Dateneingabe zur Verfügung gestellt werden. Per E-Mail wurden die ausgefüllten Eingabemasken an das Statistische Landesamt zurückgeschickt, programmgesteuert ausgelesen und die Daten der zentralen Datenbank angefügt. Korrekturen bzw. Ergänzungen erfolgen über den Austausch der jeweiligen Eingabemaske. 135 Merkmale mit insgesamt etwa 3.000 Merkmalswerten wurden auf diese Weise erhoben.

Datenbank im Intranet

Die hier veröffentlichten Kennziffern zeigen in der Regel das jeweils aktuellste Berichtsjahr. Die Daten der vorhergehenden Berichtsjahre erscheinen nur in Ausnahmefällen oder indirekt in Form von Kennziffern, die eine relative zeitliche Entwicklung dokumentieren. Zukünftig wird das gesamte Datenangebot – soweit es zur Veröffentlichung geeignet ist - der Bremischen Verwaltung in einem **Benchmarking-Informationssystem** zur Verfügung gestellt werden. Das Informationssystem wird so konzipiert, dass neben den vorliegenden Tabellen der Produktpläne sowohl die Kennziffern als auch die Basiszahlen zeitlich, räumlich und thematisch individuell abrufbar sind.

Dokumentation der Kennziffern als ein Teil des Anlagenbandes

Zur Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Kennziffern wird dem diesjährigen Benchmarking-Bericht eine **Dokumentation der Kennziffern** als Anlage beigefügt. Diese enthält Erläuterungen und/oder weiterführende Informationen zu den Kennziffern und den zugrunde liegenden Berechnungsgrößen. Die Dokumentation besteht aus zwei Teilen: im ersten Teil sind die verwendeten Kennziffern, ihre Berechnung sowie weitere Informationen aufgelistet. Die Sortierung erfolgt nach Produktplänen. Aus der Darstellung der Berechnung der Kennziffern geht hervor, welche Basiszahlen verwendet wurden. Diese werden, zusammen mit den verfügbaren Informationen, im zweiten Teil in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

Neben einer Druckversion wird auch eine aktive Version im Internet zur Verfügung gestellt, in der die Kennziffern mit den zugehörigen Basiszahlen mittels Hyperlinks verknüpft sind, was das Blättern im Dokument und das Auffinden der notwendigen Informationen erleichtert.

1.5 Weiteres Vorgehen

Der mit dem vorliegenden Benchmarking-Bericht intensivierte Prozess zur Einbeziehung von Städte- und Ländervergleichen in die Bewertung und Orientierung der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung in Bremen ist unbedingt fortzusetzen. Der – nicht zuletzt durch die häufig völlig unzureichende Datenlage erzwungene – schon bisher hohe Arbeitseinsatz aller Beteiligten, insbesondere jedoch auch die Erkenntnis, dass mit entsprechendem Engagement gute Voraussetzungen geschaffen werden können, Städte- und Ländervergleiche zu einem systematischen Element der Zielbildung, Maßnahmenbewertung, Effizienzprüfung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Ressortstrategien auszubauen, sollte auch zukünftig genutzt werden, um die Arbeit der Staatsräte-Klausur zur Weiterentwicklung der Ressortstrategien zu unterstützen.

Wichtig ist es, das **Benchmarking der Ressorts zu einem fortlaufenden Prozess weiter zu entwickeln** und somit auch unterjährig das Datenmaterial in den Blick zu nehmen. Oft ergibt sich diese Notwendigkeit auch aus den Arbeitsaufträgen, die aus dem Benchmarking-Bericht resultieren. Ebenfalls fortzusetzen ist im Dialog zwischen den Benchmarking-Verantwortlichen aus Ressorts und Begleit-AG die Bewertung der Verlässlichkeit und des Aussagegehaltes der vorliegenden Vergleichsdaten sowie der sich aus den Vergleichen ergebenden Schlussfolgerungen.

Im weiteren Verfahren sollen außerdem die unterschiedlichen Benchmarking-Ansätze (Ressorts im Städte- und Ländervergleich; Stadtstaaten-Benchmarking und Benchmarking der Norddeutschen Länder) noch stärker miteinander verknüpft werden.

Darüber hinaus sind die technischen und inhaltlichen Aspekte, unter denen die bestehenden und weiterzuentwickelnden Städte- und Ländervergleiche systematisch **mit dem Produktgruppenhaushalt zu verzahnen** sind, zu prüfen. Ziel ist es, ausgewählte Inhalte der Benchmarking-Datenbank für Ressortstrategien, Finanzplan-Fortschreibung, Haushaltsaufstellungsverfahren sowie – als Zielzahlbegründungen – für das unterjährig Controlling mit der Darstellungsebene der Produktpläne zu verknüpfen.

Die **Einbeziehung von KLR-Verantwortlichen in den Benchmarking-Prozess** ist angestrebt. In Einzelfällen ist die enge Abstimmung zwischen KLR und Benchmarking gegeben durch Personenidentität – eine systematische Verknüpfung zwischen der Kosten- und Leistungsbetrachtung und der vergleichenden Gegenüberstellung mit anderen Städten bzw. Ländern steht noch aus.

Da verwertbare Städte- und/oder Ländervergleiche aufgrund der **geringen Größe bzw. des spezifischen Aufgabenspektrums nicht** gebildet werden konnten, wurden folgende Produktpläne in der diesjährigen Einzeldarstellung nicht berücksichtigt.

- Landesbeauftragter für den Datenschutz
- Staatsgerichtshof
- Allgemeine Finanzen,
- Investitionssonderprogramm,
- Zentrale Finanzen und
- Gleichberechtigung der Frau.

Hierzu ist jedoch beabsichtigt, zukünftig trotz fehlender Datengrundlage die jeweilige Zielorientierung der Bereiche im Benchmarking-Bericht darzustellen.

Eine weitere Fragestellung, die im Verlauf der Erstellung des aktuellen Benchmarking-Berichts an Bedeutung gewann, ist die nach dem Vergleich auch mit den **neuen Bundesländern**. Z.B. beim Produktplan Bildung wurde deutlich, dass aufgrund der Beschränkung auf die westdeutschen Länder die Rangfolge im Benchmarking-Bericht abweicht von den in der überregionalen Presse dargestellten Werten, was möglicherweise zu Irritationen führen kann. Die Begleit-AG strebt im Zusammenhang mit der Vorbereitung des folgenden Benchmarking-Berichts eine Lösung dieses Problems an.

1.6 Anlagenband

Der gesonderte **Anlagenband** zu diesem Bericht umfasst drei Themenblöcke:

- Dokumentation der Kennziffern; d.h. Erläuterungen und/oder weiterführende Informationen zu den Kennziffern und den zugrunde liegenden Berechnungsgrößen (s. auch Abschnitt 1.4)
- Zeitreihen zu den zentralen Strukturkennziffern für Bremen
- Aufschlüsselung der Haushaltsdaten für die einzelnen Produktpläne

II. Zentrale Strukturkennziffern

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insges.
												Essen	Dortmund	Duisburg			
A.01.01	Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	1,2	1,6	0,2	0,8	0,5	0,0	1,4	4,4	1,4	-1,8	-0,2	-2,9	0,8	5	0,3
A.01.02	Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	1,0	2,5	0,3	1,1	0,2	0,7	0,3	5,6	2,1	-1,9	0,1	-2,7	1,1	5	0,8
A.01.03	Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	0,2	1,5	-0,6	0,1	0,2	-0,4	0,7	3,5	0,7	-2,3	-0,8	-3,4	0,2	5	0,3
A.02.01	Gesamtwanderungssaldo	je 1.000 EW	4,8	1,4	0,5	1,9	4,1	0,8	3,7	-0,9	2,0	1,7	1,2	-0,8	1,3	1	1,0
A.02.02	Natürlicher Bevölkerungssaldo	je 1.000 EW	-2,9	-0,8	-0,7	-1,6	1,2	-1,5	0,1	1,9	0,6	-4,1	-2,9	-3,3	-0,8	10	-1,4
A.03.01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		1,21	1,23	1,20	1,27	1,35	1,21	1,26	1,30	1,19	1,34	1,35	1,44	1,26	10	1,36
A.04.01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	1.672	2.297	3.799	2.639	2.605	2.529	2.393	4.024	2.848	2.795	2.100	2.167	2.773	12	231
A.05.01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	13,1	13,1	12,2	12,7	12,8	12,6	13,7	12,7	12,8	13,5	14,1	14,7	12,9	5	14,5
A.05.02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	67,1	69,0	71,2	68,2	70,4	68,2	68,9	70,3	69,4	65,2	66,0	64,7	69,2	9	66,9
A.05.03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	19,8	17,9	16,6	19,1	16,8	19,2	17,4	17,0	17,8	21,3	19,9	20,6	17,9	4	18,6
A.06.01	Ausländeranteil	%	13,2	14,1	13,4	17,8	21,6	15,2	17,4	23,8	23,7	11,7	15,9	16,4	16,3	11	8,8
A.07.01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	26,2	26,0	28,0	17,7
A.08.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	83,2	71,1	79,9	53,3	61,2	73,2	59,3	40,0	41,1	73,3	63,4	61,8	66,5	1	.
A.09.01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	Euro / EW	20.056	18.997	14.660	20.176	17.418	18.082	18.100	21.915	20.251	17.352	15.612	14.498	17.586	4	16.842
A.09.02	Primäreinkommen privater Haushalte	Euro / EW	22.218	22.739	15.937	25.081	22.673	20.252	21.878	29.415	24.690	19.294	16.932	15.227	20.708	6	19.305

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

A.01. Quelle: Statistik regional. Berechnet anhand der durchschnittlichen Jahresbevölkerung, 2005: Bevölkerungsstand am 30.06.

A.02. Quelle: Statistik regional (- lokal). Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen

A.03. Quelle: Statistik regional. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik), mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen Geburtenraten

A.04. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12., Gebietsstand am 31.12.

A.05. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.06. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.07. Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch/ Statistik regional. Basis: Mikrozensus

A.08. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf der Grundlage des Kennzahlenvergleichs SGB XII der 16 deutschen Großstädte, Vorjahresdaten aus dem Datensatz 2005 zum SGB XII. 3. Kapitel.

A.09. Quelle: AK VGR d Länder/ Statistik regional. Hannover: Niedersächsisches Landesamt für Statistik.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
B.01.01	Arbeitsplätze: Erwerbstätige am Arbeitsort	2004	593	601	454	802	911	723	650	741	782	513	491	435	601	8	471
B.02.01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	2004	1,4	1,9	-0,9	1,2	2,9	0,8	4,1	2,9	2,7	-0,3	7,5	1,6	1,7	8	1,2
B.03.01	SV Beschäftigte (Wohnort)	2005	291	312	274	330	335	.	319	376	329	284	278	283	306	7	316
B.03.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	2004	332	337	286	366	367	340	359	401	369	333	324	352	335	10	358
B.03.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	2004	265	296	280	303	315	296	289	356	302	249	243	228	290	9	283
B.04.01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-6,8	-4,6	-13,4	-5,8	-4,9	.	-6,1	-3,1	-6,0	-9,4	-7,8	-9,1	-7,9	7	-5,9
B.04.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2004	-5,6	-2,3	-13,5	-5,9	-2,3	-4,3	-5,6	-1,1	-3,4	-10,6	-8,2	-9,2	-6,9	7	-5,7
B.04.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2004	-0,7	1,0	-7,1	0,0	0,6	-1,0	1,3	1,1	0,0	-2,8	0,3	-2,5	-1,9	8	-0,7
B.05.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	2005	418	426	299	586	712	.	449	533	579	344	321	297	418	7	317
B.05.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	2004	506	477	307	665	830	593	526	585	663	404	370	385	474	7	360
B.05.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	2004	348	378	309	508	610	464	386	482	505	303	283	230	383	8	284
B.06.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-4,5	-3,1	-11,0	-3,9	-3,6	.	-5,0	-1,6	-2,2	-8,4	-4,2	-5,3	-5,3	7	-5,9
B.06.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2004	-4,2	-2,2	-11,5	-5,1	-0,9	-6,3	-3,1	0,8	-1,4	-8,8	-2,9	-4,6	-4,5	7	-5,7
B.06.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2004	1,8	1,3	-4,2	0,9	3,1	-0,4	2,1	6,1	4,3	0,7	4,8	2,4	1,0	7	-0,6
B.07.01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2004	42,1	36,3	18,8	.	65,2	23,3	.	45,2	59,2	.	.	.	38,1	4	x
B.07.02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	2004	17,4	14,1	11,8	.	26,5	10,2	.	22,9	29,0	.	.	.	16,9	4	x
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt	2005	69.300	197.574	86.352	146.259	243.333	.	125.988	195.650	147.897	35.398	25.115	7.454	116.393	8	x
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2005	304	268	85	436	529	.	289	294	432	175	133	50	269	4	x
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	2004	11,8	11,7	13,7	14,4	16,6	14,0	14,5	19,0	17,6	10,2	9,5	5,7	13,8	8	9,3

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhgebetsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insgesamt
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
B.08.02 Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2004	11,2	11,7	13,1	14,1	16,8	12,9	13,4	19,7	19,5	11,7	10,0	7,7	10	9,3	
B.09.01 Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	%	2004	0,4	1,2	0,9	0,7	0,5	0,8	0,4	0,5	0,2	1,0	0,8	1,0	10	0,8	

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- B.01. Quelle: AK VGR d L.
- B.02. Quelle: AK VGR d L.
- B.03. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.04. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.05. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.06. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.07. Quelle: Statistik regional. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999). Der Pendlersaldo wird errechnet aus der Differenz der Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich der Beschäftigten am Wohnort.
- B.08. Quelle: Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten (Neuregelung April 1999); erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule
- B.09. Quelle: Statistik regional. Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern C: Arbeitslosigkeit

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
C.01.01	%	2005	16,8	12,9	21,5	13,9	11,8	.	15,1	9,8	11,1	17,9	19,7	19,0	5	13,0	
C.01.02	%	2005	15,4	11,6	19,0	11,9	10,4	.	13,3	9,3	11,0	16,4	18,4	19,0	5	.	
C.02.01	%	2005	43,5	43,8	43,3	41,6	42,2	46,3	42,4	46,7	47,0	42,7	43,0	44,8	6	46,4	
C.02.02	%	2005	10,5	10,4	12,1	6,2	11,9	12,5	7,6	9,7	12,0	9,4	10,2	11,3	6	12,7	
C.02.03	%	2005	11,1	12,7	10,8	15,3	12,2	9,0	12,9	16,7	13,6	12,3	12,9	11,3	10	11,9	
C.02.04	%	2005	34,9	30,0	39,4	41,5	32,7	35,7	39,6	23,4	26,7	40,8	46,1	41,7	8	31,2	

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

C. Quelle: BA Arbeit. Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

C.01.01 und C.01.02: Der Städtedurchschnitt wird auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand: 28.08.2006

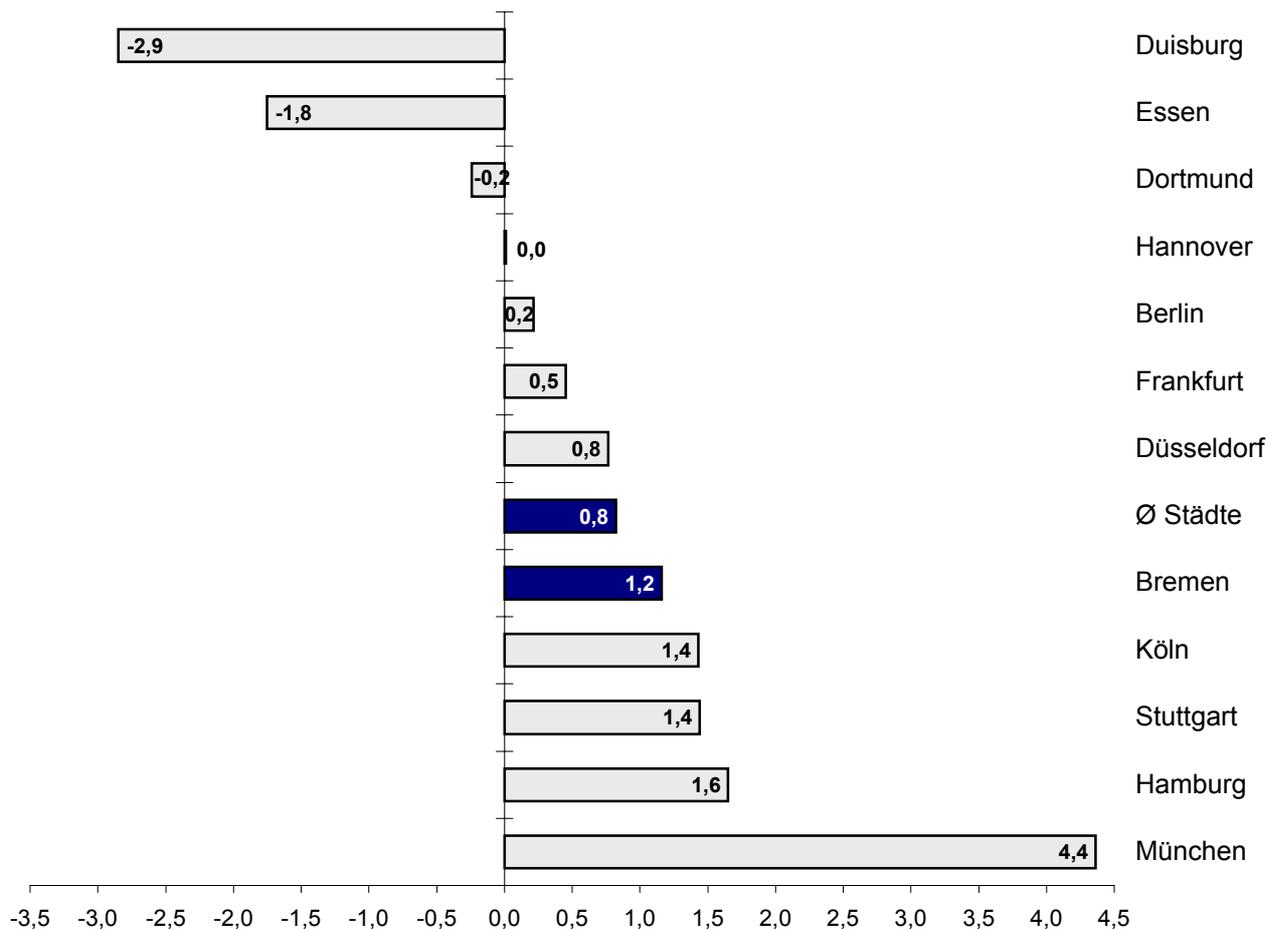
Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
D.01.01	Euro/EW	2004	37.863	45.210	23.460	63.852	74.118	.	40.577	53.248	56.915	33.272	28.083	26.325	39.706	7	26.856
D.02.01	%	2004	13,3	11,1	2,0	7,4	8,5	.	2,4	9,0	17,9	9,0	15,4	13,0	8,4	3	10,1
D.03.01	Euro/ET	2004	63.860	75.277	51.678	79.596	81.329	.	62.425	71.843	72.814	64.843	57.252	60.505	66.651	7	57.004
D.04.01	%	2004	11,8	9,0	2,9	6,2	5,4	.	-1,5	5,9	14,8	9,4	7,3	11,2	.	2	8,9
D.05.01	je 1.000 EW	2005	-0,19	-0,10	-0,12	-0,25	-0,27	-0,01	-0,07	-0,51	1,05	-0,05	-0,10	-0,09	-0,10	9	-0,09
D.05.02	je 1.000 EW	2005	2,03	3,88	3,51	3,03	6,92	2,61	3,57	4,22	1,57	1,91	3,46	1,33	3,43	9	2,56
D.06.01	je 10.000 EW	2004	16	12	12	11	13	14	10	10	8	8	12	7	11	1	10

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- D.01. Quelle: AK VGR d Länder, Statistik regional.
- D.02. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.03. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.04. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.05. Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)
- D.06. Quelle: Statistik regional. Insolvenzzstatistik (Bundesstatistik).

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06

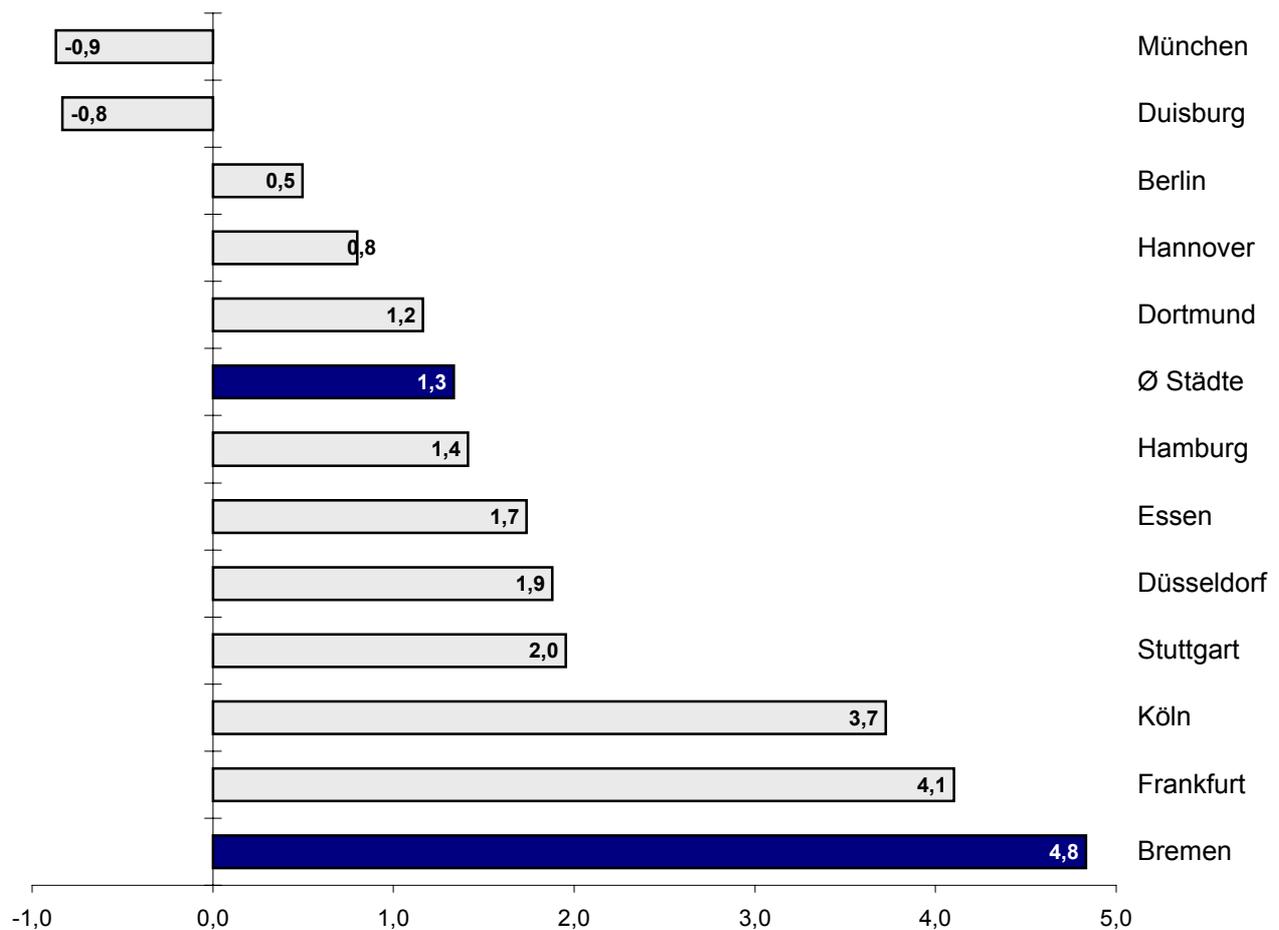


Die Stadt Bremen befindet sich mit einem Bevölkerungszuwachs von 1,2 % im Verlauf der letzten fünf Jahre auf Rang 5 der bundesdeutschen Großstädte über 500.000 Einwohner: um 0,4 %-Punkte größer als der Durchschnitt der Vergleichsstädte und um 0,9 %-Punkte größer als der Bundesdurchschnitt. Aufgrund der Bedeutung für die bundesstaatliche Finanzverteilung ist diese positive - Bremerhavener Tendenzen kompensierende - Entwicklung für die Finanzlage des Landes von besonderer Bedeutung.

Nach dem herausragenden Agglomerationszentrum München konnten ansonsten nur die Vergleichsstädte Hamburg, Stuttgart und Köln leicht höhere Bevölkerungszuwächse erzielen als Bremen, während die Ruhrgebietsstädte sogar Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten.

Die Stadt Bremen weist zudem im Städtevergleich die mit Abstand niedrigste Bevölkerungsdichte auf (München und Berlin weisen eine mehr als doppelt so hohe Verdichtung auf). Die geringe Besiedlungsdichte eröffnet im Städtevergleich überdurchschnittlich gute Chancen, durch attraktive Wohnraum- und Gewerbeflächenangebote die notwendigen Voraussetzungen zur Stabilisierung bzw. zum Ausbau der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06

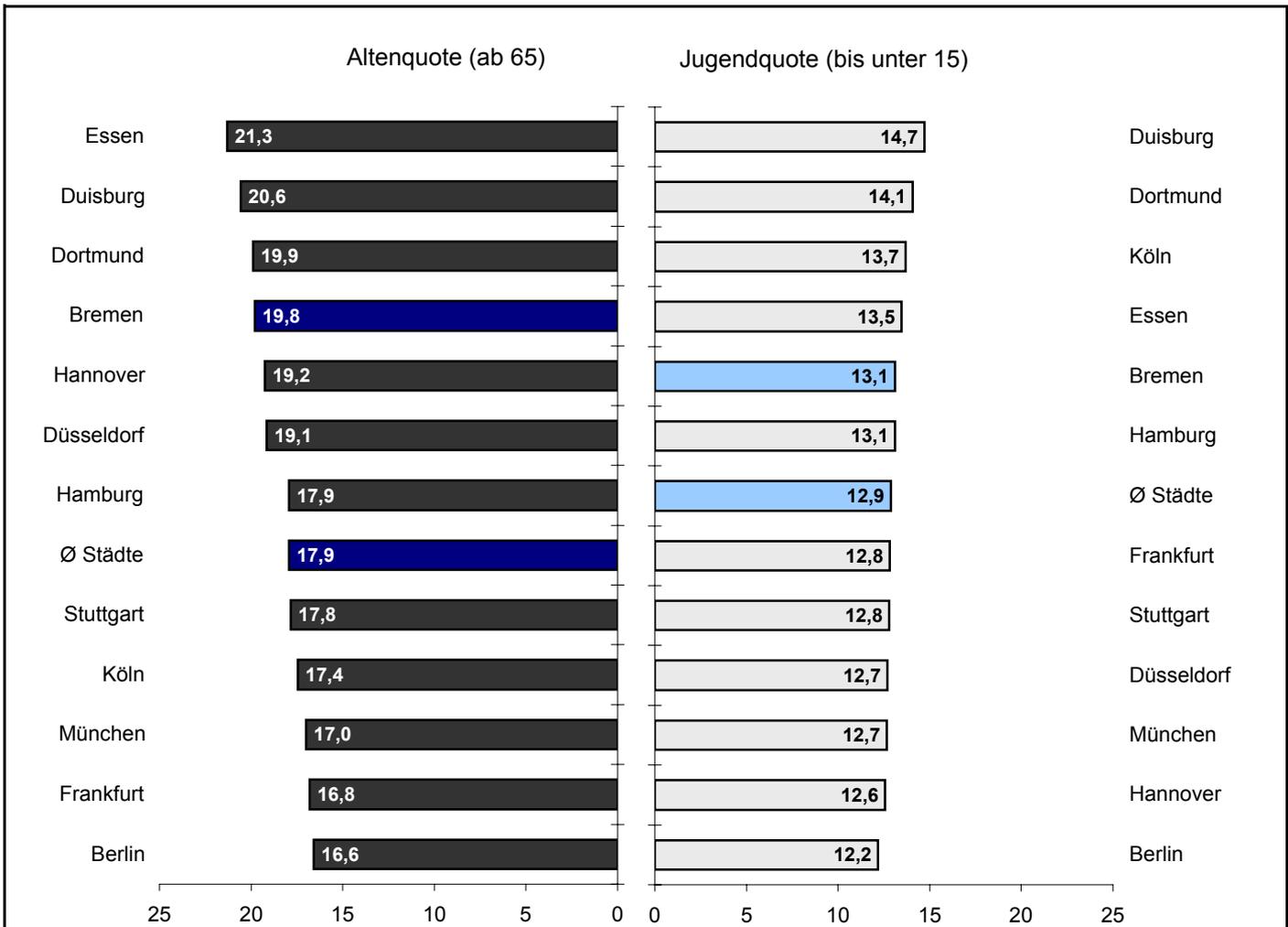


Positiv einzuschätzen ist der positive Gesamtwanderungssaldo. Hier liegt Bremen mit 4,8 Personen je 1.000 Einwohner im Ranking auf Platz 1 vor Frankfurt und Köln. Im Jahre 2003 stand Bremen auf Platz 3 und im Jahr 2002 ebenfalls auf Platz 1. Auffällig sind hier die Ranking-Veränderungen besonders von Duisburg und München, die im Jahr 2003 noch an der Spitze standen. Hier mag der Jahresbezug eine Rolle spielen; die Veränderungen aber werden in Zukunft weiter zu beobachten sein.

Bemerkenswert ist weiterhin die seit 1999 zunehmende Verringerung des Wanderungssaldos mit dem Umland, was auf eine "Revitalisierung der Stadt" hinweist (begünstigt u. a. durch Erhöhung der Pendlerkosten via Steigerung der Energiepreise und Verringerung der staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen).

Die positiven Tendenzen beim Wanderungssaldo sind im Sinne einer Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung für Bremen von besonderer Bedeutung, weil in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung nur die Ruhrgebietsstädte noch negativere Werte aufweisen.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Jugend- und Altenquote in %)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	18.09.06

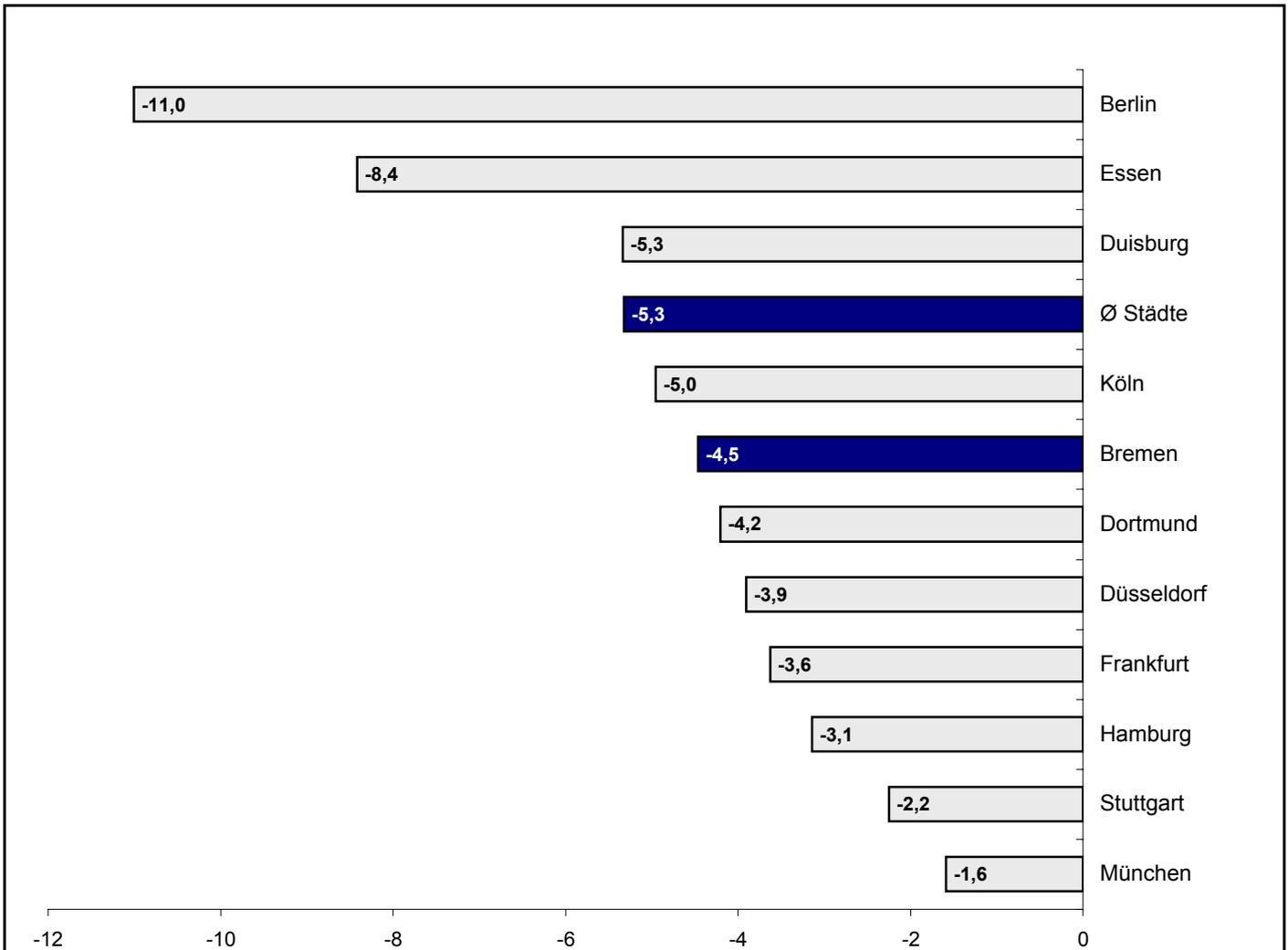


Zu beobachten ist in der gesamten Gesellschaft eine zunehmende Alterung der Bevölkerung. Diesem Trend kann auch Bremen sich nicht entziehen, allerdings mit Besonderheiten. Wie schon in der Vergangenheit, weist Bremen eine relativ hohe Altenquote auf, aber im Ranking mit sinkender Tendenz (relative "Verbesserung").

Ebenfalls im Vordergrund des Rankings befindet sich die Jugendquote, mit allerdings im Ranking steigender Tendenz. (Bemerkenswert ist hier die Entwicklung von Berlin, welches im Ranking des Jahres 1995 noch auf Platz 2 stand und sich jetzt auf dem letzten Platz wieder finden muß.)

Inwieweit sich in diesen Entwicklungstendenzen Hinweise für eine (im Verhältnis zu den Vergleichsstädten) relativ ausgewogenere Bevölkerungsstruktur abbilden, wird im anstehenden Bevölkerungs-Monitoring noch näher zu untersuchen sein.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitsplatzentwicklung* in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06



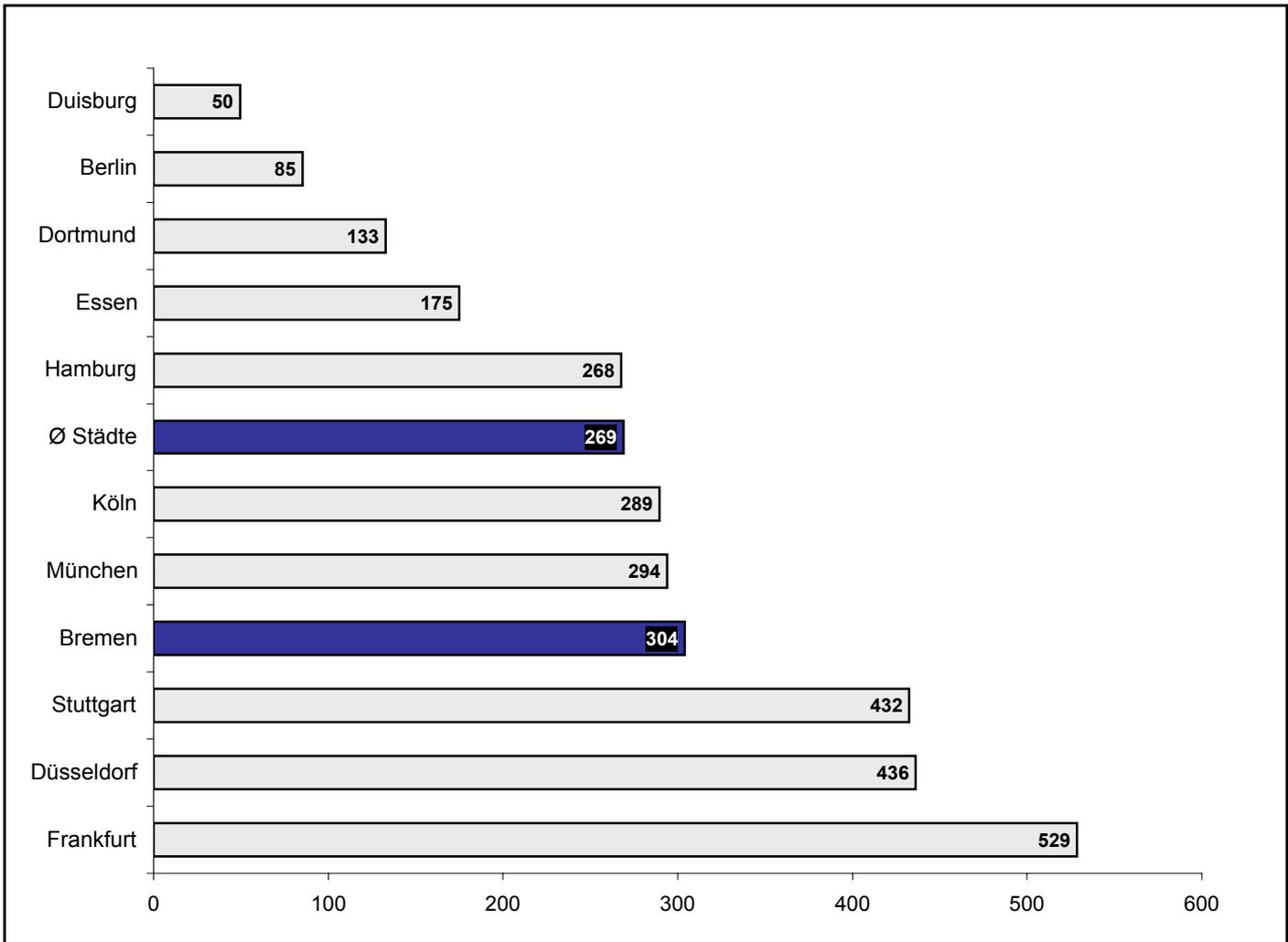
*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

Erschreckend ist, dass alle Städte in der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (früher "Normalarbeits-Verhältnis" genannt) negative Zahlen schreiben. Zwar verringerte sich die Zahl der Beschäftigten mit – 4,5 % unterhalb des Städtedurchschnitts mit - 5,3 %, die Abnahme war aber stärker als in Hamburg mit - 3,1 %.

Die generelle Tendenz des Beschäftigungsabbaus zeigt deutlich, dass eine isolierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik nicht hinreichend, aber auch notwendig ist, wie die Zahlen von Berlin zeigen. Ohne hinreichende gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse wird die Erosion der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fortschreiten, mit entsprechenden Konsequenzen für die parallel und nachgelagerten Transfersysteme und die Sozialstruktur der Gesellschaft.

Der Arbeitsplatz-Besatz der Stadt Bremen – auf Basis der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Arbeitsort – ist mit 418 Beschäftigten je 1.000 Einwohner im Städtevergleich unterdurchschnittlich und erreicht nicht das Niveau der Städte Stuttgart, München und Düsseldorf (geschweige denn Frankfurt mit 712 Beschäftigten). Im Stadtstaaten-Vergleich bewegt sich das stadtbremische Arbeitsplatzangebot auf dem Niveau von Hamburg, aber weit oberhalb des Vergleichswertes von Berlin.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigte)*	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06

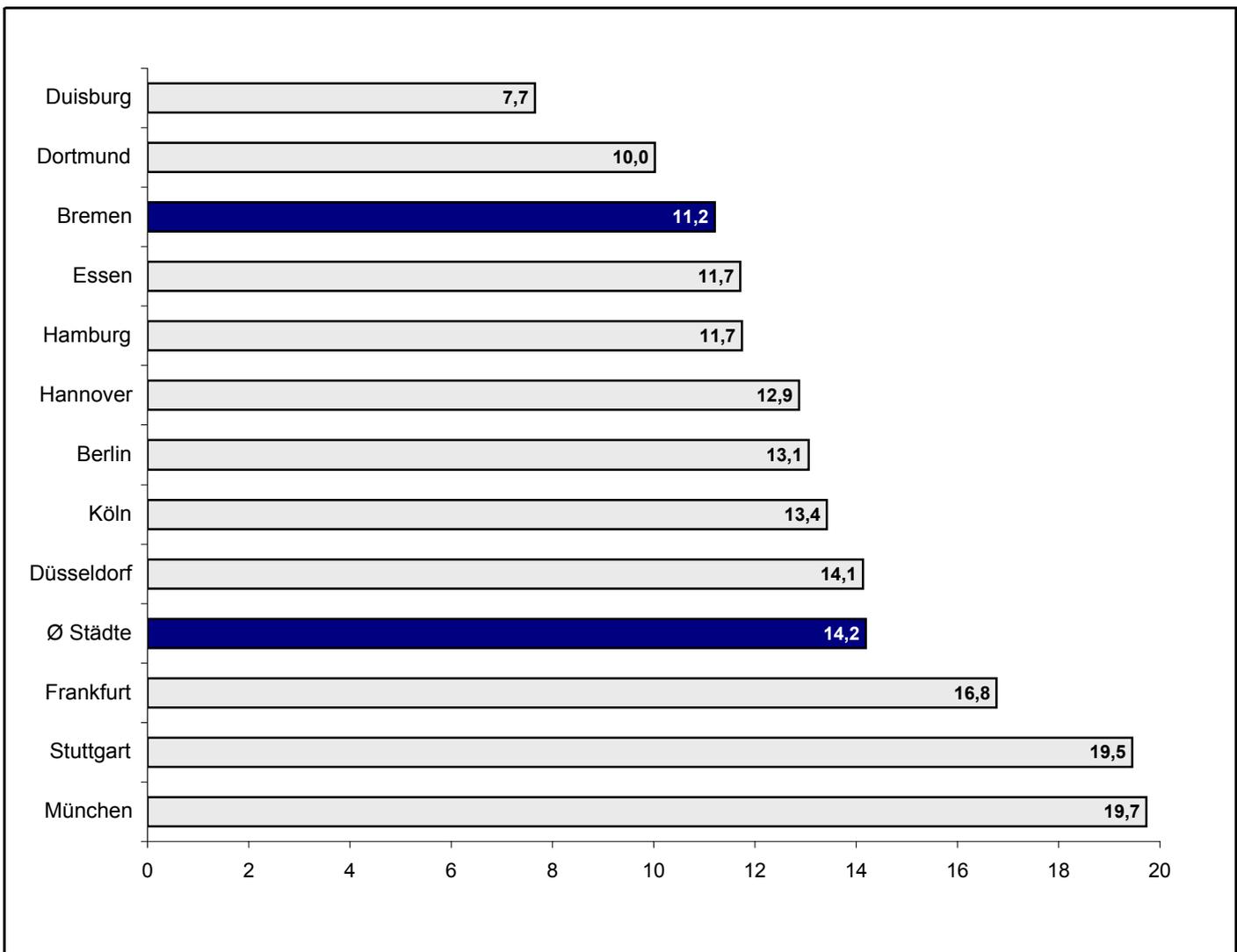


*) am Arbeitsort

Die Pendlerproblematik, die ihre besondere Bedeutung für Bremen dadurch gewinnt, dass die pendlerbedingten Verluste bei den originären Steuereinnahmen nicht nur die Kommune, sondern auch die Landesebene betreffen, fällt in der Stadt Bremen nachhaltiger aus als im Durchschnitt der übrigen bundesdeutschen Großstädte. Die Ruhrgebietsstädte, die beiden anderen Stadtstaaten (insbesondere Berlin) sowie auch Köln und München weisen – bezogen auf den Beschäftigtenstand – z. T. deutlich geringere Pendlersalden (Einpendler nach Abzug der auspendelnden Inländer) auf als Bremen.

Trotz der deutlichen Verringerung des allerdings weiterhin negativen Umlandwanderungssaldo, nimmt Bremen damit im Städtevergleich wie in der Vergangenheit Rang 4 ein, mit allerdings deutlichem Abstand zu den Städten mit besonders hohen Einpendlerüberschüssen (Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart).

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Akademikerquote am Arbeitsplatz in %)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06

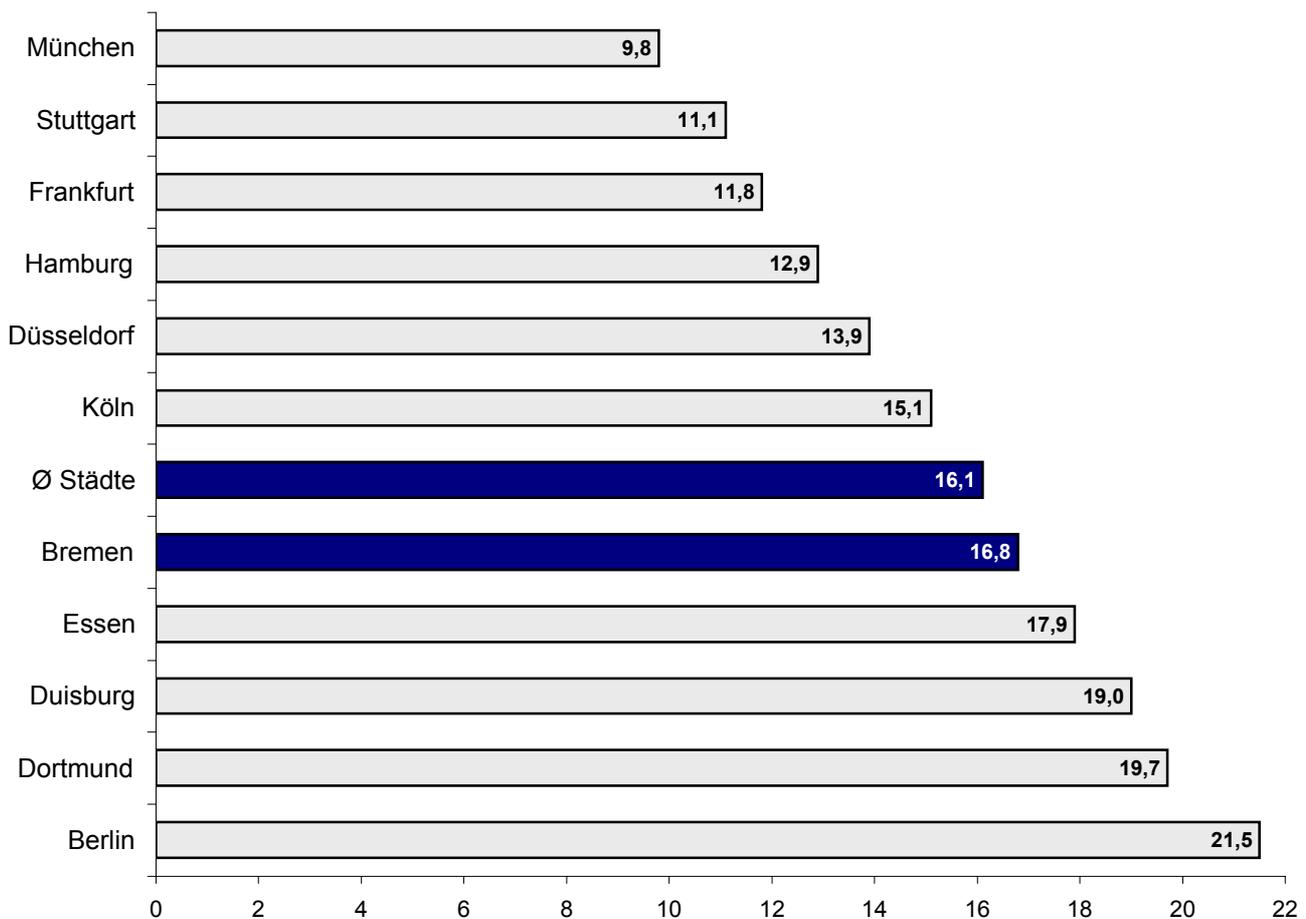


Die Akademikerquote ist in Bremen am Arbeitsplatz mit 11,2 % geringer als im Durchschnitt der Städte (14,2 %). Bremen steht damit im Ranking auf Platz 10. Deutlich führend sind München mit 19,7 % und Stuttgart (19,5 %).

Bemerkenswert ist zudem, dass im Gegensatz zum Durchschnitt der Städte die Akademikerquote in Bremen am Wohnort mit 11,8 % größer ist als die Quote am Arbeitsplatz. Hier steht Bremen im Ranking auf Platz 8. Dies weist darauf hin, dass in Bremen im zunehmendem Maße mehr "Akademiker"-Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, wenn Universitäts-Absolventen gehalten werden sollen.

Im Durchschnitt der Städte ist die Akademikerquote am Arbeitsplatz von 1999 bis 2004 um 1,6 Prozentpunkte gestiegen, in Bremen (wie in Hamburg) nur um 1,3 Prozentpunkte.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote in %)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	18.09.06

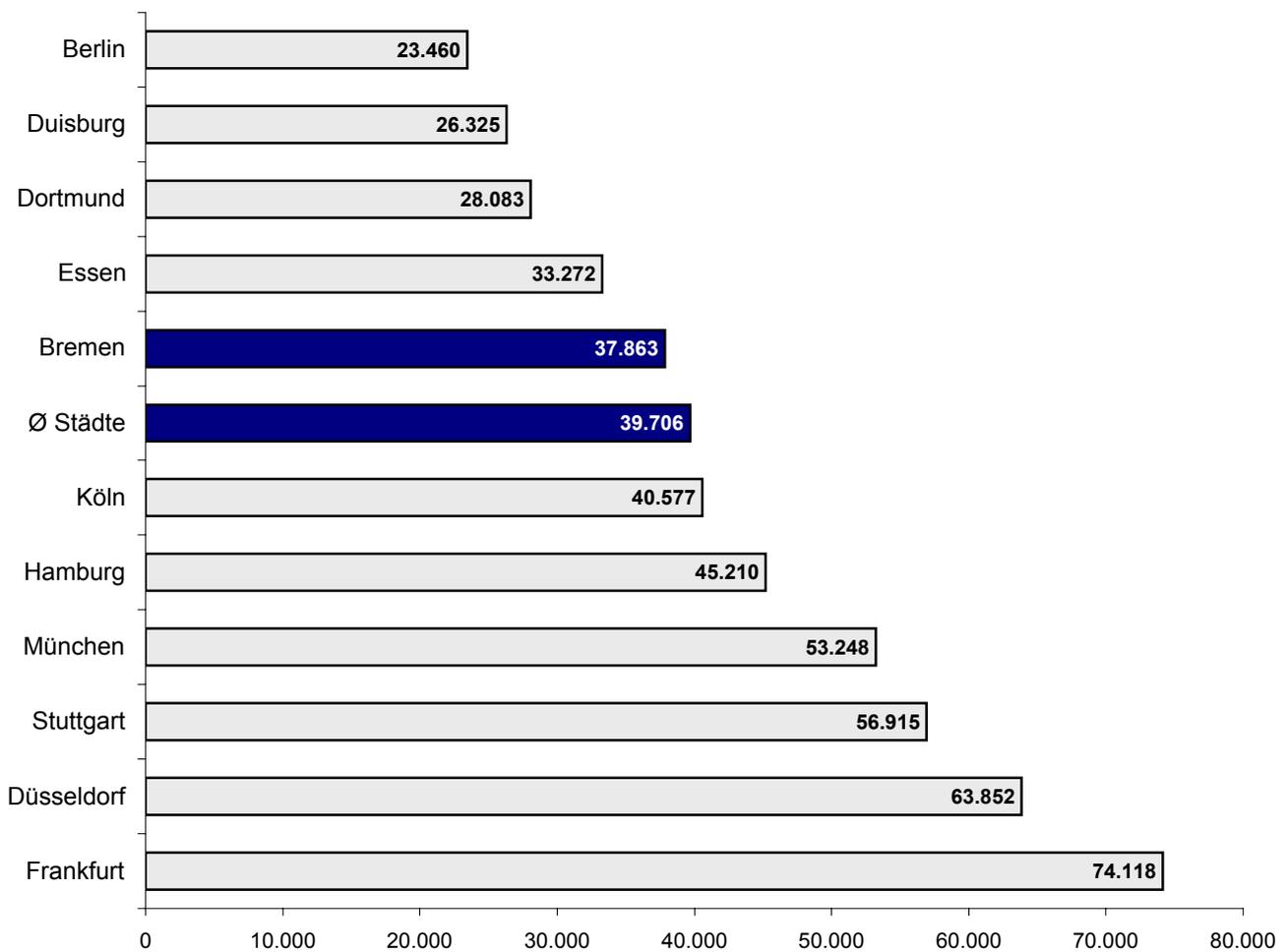


Zwar ist, wie zu erwarten war, in der Zeit nach "Hartz IV" die Arbeitslosenquote in Bremen von 13,3 % in 2004 auf 16,8 % in 2005 gestiegen. Im Ranking hat Bremen sich allerdings leicht verbessert und steht damit vor Essen.

"Rein" statistisch ist zudem die Quote der Langzeitarbeitslosen in Bremen von 41,1 % in 2004 auf 34,9 % in 2005 gesunken. Inhaltlich ist dieses Ergebnis allerdings nicht zu bewerten (geschweige denn im Städte-Vergleich), weil die Quote zu Beginn von „Hartz IV“ wegen des Anstieg der Zahl der Empfänger (logisch) gesunken ist und erst dann wieder ansteigt, wenn zunehmend mehr Personen nach dem Start von „Hartz IV“ länger als 1 Jahr die entsprechenden Transferzahlungen beziehen.

Qualifizierte Aussagen sowohl zur Arbeitslosenquote wie auch zur Langzeitarbeitslosigkeit sind insofern erst dann möglich, wenn hinreichend lange Datenreihen zur Verfügung stehen.

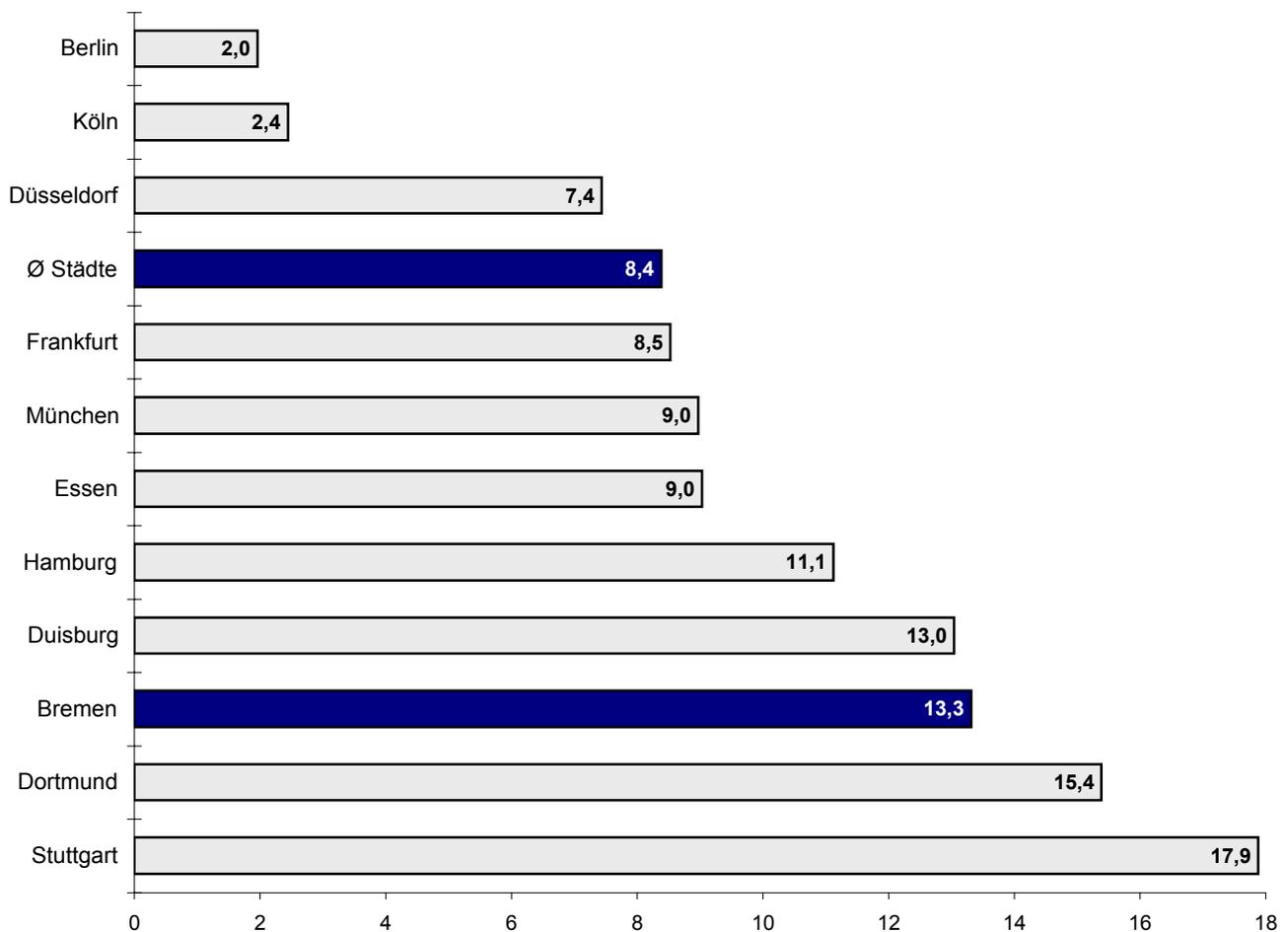
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwohner)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06



Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner befindet sich Bremen mit 37.863 € weiterhin unterhalb des Städtedurchschnitts von 39.706 € und wird damit nur von Berlin und den den Ruhrgebietsstädten untertroffen. Frankfurt ist mit 74.118 € weiterhin Spitzenreiter.

Damit befindet sich Bremen zwar weiterhin in der Spitze der Bundesländer, was auch der Vergleich mit dem Durchschnitt des Bundesgebiets in Höhe von 26.856 € zeigt, hat aber in der Entwicklung der Wirtschaftskraft auch über eine weitere Veränderung der Branchenstruktur weiterhin einen hohen Nachholbedarf.

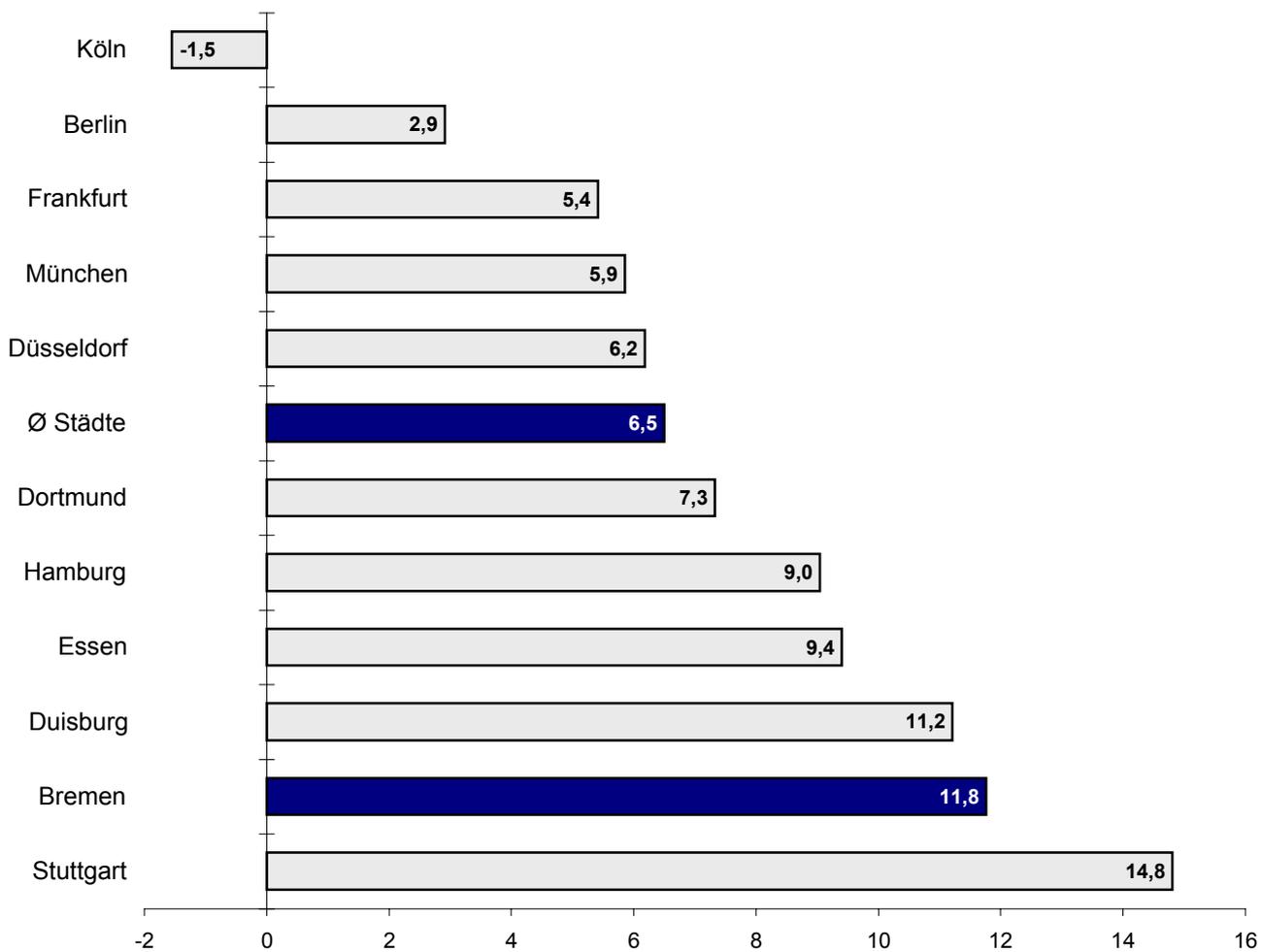
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP; in %)	1999 - 2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	14.09.06



Wie beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ausgeführt, hat Bremen einen Nachholbedarf in der Wirtschaftsentwicklung. Und hier, in der Entwicklung der am Bruttoinlandsprodukt zu messenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Bremen, behauptet sich Bremen weiterhin im Vorderfeld.

Bei einer Zunahme des nominalen BIP um 13,3 % wurde die Stadt Bremen lediglich von Stuttgart mit 17,9 % und Dortmund mit 15,4 % übertroffen. Die besonders schwache Entwicklung in den Städten Berlin und Köln spiegelt dabei real, d. h. preisbereinigt, sogar einen deutlichen Rückgang der jeweiligen Wirtschaftskraft wider. Bemerkenswert ist auch die relativ weniger dynamische Entwicklung in den Wirtschaftsmetropolen Frankfurt und München.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung der Produktivität* in %)	1999 - 2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	18.09.06



*) nominales BIP je Erwerbstätigen

Bemerkenswert ist die überdurchschnittliche Entwicklung der Produktivität (gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen) in der Stadt Bremen. Bremen wird hier mit 11,8 % bei einem Durchschnitt der Städte von 6,5 % nur von Stuttgart mit 14,8 % übertroffen. Schlußlichter sind Köln und Berlin, aber auch Frankfurt, München und Düsseldorf bleiben unterhalb des Durchschnitts der Städte.

Insoweit die Produktivitätsentwicklung ein Indikator für die Zunahme der Konkurrenzfähigkeit einer Region ist, wenn sie denn wesentlich über die Steigerung der Wirtschaftsentwicklung und nicht nur über einen überproportionalen Abbau der Beschäftigung bewirkt wird, ist eine deutliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Bremens zu konstatieren und es stellt sich die Frage, ob sich nicht in Frankfurt und München bereits "Sättigungsgrenzen" zeigen.

III. Produktplan-Berichte

Produktplan 01 Bürgerschaft

Vorbemerkungen

Der Produktplan Bürgerschaft umfasst neben der Verwaltungs- auch die parlamentarische Ebene (Landtag und Stadtbürgerschaft). Es ist dabei nicht Aufgabe des Benchmarkings, die Ziele des Parlaments darzulegen. Aufgrund der Kostenrelevanz beinhaltet das gebildete Kennzahlengerüst jedoch neben der Abbildung der Verwaltungskosten auch Kennzahlen, die die parlamentarische Ebene betreffen.

Das Ausgabevolumen des Produktplans 01 beträgt 2006 18 Mio. €. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,5 %, an den Personalkosten 1,0 %.

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €			%	T €
Personalausgaben	10.874	10.571	-303	-2,8	11.088
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.616	6.848	232	3,5	6.513
Investitionsausgaben	254	296	42	16,3	376
Gesamtausgaben	17.744	17.715	-29	-0,2	17.977

Zentrale Zielsetzungen des Produktplanes

Ziel der Verwaltung der Bürgerschaft ist es, den Landtag und die Stadtbürgerschaft bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben (Gesetzgebung, Budgetrecht, Kontrolle des Senats) zu unterstützen.

Benchmarking-Ergebnisse

Die von der Bürgerschaft durchgeführte Aktualisierung des schon im letzten Bericht vorgenommenen Ländervergleichs ergibt für Bremen im Vergleich zu den übrigen Ländern weitgehend identische Ergebnisse, wobei zu beachten ist, dass für die Länder in ihrem jeweiligen Wahljahr erhöhte Personalkosten aufgrund des Doppeleffekts (neues und altes Parlament) auftreten können:

Aktuell (2005) liegt die Spanne bei den Abgeordneten je 100.000 Einwohner zwischen 1,2 (Baden-Württemberg) und 12,5 (Land Bremen einschließlich der Kommunalvertretung für die Stadtgemeinde Bremen - hier: Stadtbürgerschaft), wobei eine hohe Korrelation zur Größe des Bundeslandes¹ besteht. Die drei größten Flächenländer liegen zwischen 1,2 und 1,4, Niedersachsen und Hessen bei 2,3 bzw. 1,8 und die acht kleineren Flächenländer bei 2,5 bis 4,8 Abgeordneten je 100.000 Einwohner. Je einwohnerstärker das Land, desto geringer fällt tendenziell die Relation der Abgeordneten je Einwohner aus. Hamburg liegt mit einem Verhältnis von 7 Abgeordneten auf 100.000 Einwohner an zweithöchster Stelle, wobei der entsprechende Wert des Landes Bremen (12,5) jedoch noch deutlich unterschritten wird. Die Verwaltung der Bürgerschaft weist darauf hin, dass eine weitere Verkleinerung des Landesparlaments schon aus Gründen der verfassungsrechtlich gebotenen Wahlgleichheit und dem Erfolgswert der Stimmen in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven nach der

¹ Aus Sicht der Bürgerschaftsverwaltung ist ein Vergleich zu Flächenstaaten, aber auch zu den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die neben dem Landesparlament über eine voll ausgestattete Bezirksebene mit Bezirksbürgermeistern und Bezirksparlamenten verfügen, nicht möglich.

zu Beginn der 16. Wahlperiode erfolgten Verringerung der Abgeordnetenmandate nicht vorgenommen werden kann, da diese zu Lasten des Wahlbereiches Bremerhaven gehen würde.

Bei den Gesamtausgaben ohne Investitionen liegt das Land Bremen mit 10,3 € je Einwohner an höchster Stelle. Die Differenz zum nächstniedrigeren Wert, bezogen auf die Westländer (Hamburg: 3,9 €) (insgesamt: Mecklenburg-Vorpommern: 4,6 €) und zum Durchschnitt aller Länderparlamente (2,1 €) ist beachtlich und korrespondiert mit der einwohnerbezogenen Anzahl der Abgeordneten. Bei den Gesamtausgaben je Abgeordneten liegt das Land Bremen mit 82 Tsd. € je Abgeordneten hingegen insgesamt auf Rang 6 der Westländer und damit unter dem Länderdurchschnitt von 91 Tsd. € aller Bundesländer (zum Vergleich: Westländer 96 Tsd. €).

Ähnliches gilt für die Verwaltungskosten: Einwohnerbezogen liegt Bremen mit 2,9 € an höchster Stelle, während die Bremischen Verwaltungskosten je Abgeordneten niedriger als in allen anderen Ländern ausfallen.

Der Städtevergleich 2004 zu der einwohnerbezogenen Anzahl der Ratsmitglieder² relativiert die Ergebnisse des entsprechenden Ländervergleichs. Mit 12,3 Ratsmitgliedern je 100.000 Einwohner befindet sich die Stadt Bremen im unteren Mittelfeld der Städte über 500.000 Einwohnern (ohne Berlin und Hamburg) jedoch leicht über dem Durchschnitt.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Alle Kennziffern im Ländervergleich sind durch die sehr hohe einwohnerbezogene Anzahl der Abgeordneten in Bremen geprägt. Ursachen hierfür liegen zum einen in der Kleinheit Bremens und zum anderen in der verfassungsrechtlich vorgesehenen Doppelfunktion von Abgeordneten des Landtages und der Stadtbürgerschaft. Zudem ist die Freie Hansestadt Bremen als Bundesland nach der Landesverfassung in zwei Wahlbereiche eingeteilt, in denen getrennt die Fünf-Prozent-Klausel Anwendung findet.

² auch hier gilt: einschließlich der Landtagsabgeordneten - vgl. Anmerkung in Fn. 1

Benchmarking

Produktplan 01: Bürgerschaft

Stand: 07.07.2006

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte		Ø Städte*	Rang Bremen*
01.01.01 Ratsmitglieder je 100.000 Einwohner													Essen	Duisburg		
		Anzahl	2004	12,3	7,0	4,2	14,3	14,4	12,4	9,7	6,4	10,2	13,9	14,6	8,7	7

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städte, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städte vorliegen.

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			Rang Land Bremen*
01.01.02 Abgeordnete je 100.000 Einwohner															Staatstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet	
01.02.01 Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Einwohner		Euro	2005	10,3	3,9	3,1	1,0	1,5	1,6	1,3	1,7	2,3	3,8	3,0	4,2	1,6	2,1	1
01.02.02 Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten		Euro	2005	82.321	56.463	75.745	80.557	104.646	87.578	57.825	136.498	90.833	77.990	95.919	70.564	95.604	91.148	6
01.03.01 Länderparlamente: Verwaltungskosten je Einwohner		Euro	2005	2,9	2,0	1,2	0,6	0,8	0,9	0,6	1,2	1,2	1,5	1,5	1,6	0,9	1,1	1
01.03.02 Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten		Euro	2005	23.406	29.372	27.915	50.518	52.841	52.394	27.060	95.754	46.318	31.214	48.599	27.341	55.366	45.577	11

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länder vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 01.01 Quelle: Bremische Bürgerschaft. Abgeordnete: HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.).
- 01.02 Quelle: Bremische Bürgerschaft. HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.). Vergleich zu Benchmarking Bericht 2005: Korrektur der Angaben aus Hessen.
- 01.03 Quelle: Bremische Bürgerschaft. ohne Aufwendungen für Abgeordnete/ Fraktionszuschüsse und Investitionen; HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.). Vergleich zu Benchmarking Bericht 2005: Korrektur der Angaben aus Hessen.

Produktplan 02 Rechnungshof

Vorbemerkungen

Das Ausgabenvolumen des Produktplans beträgt:

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €			%	T €
Personalausgaben	4.232	4.381	149	3,5	4.543
Sonst. konsumtive Ausgaben	569	362	208	-36,5	358
Investitionsausgaben	120	10	-110	91,4	28
Gesamtausgaben	4.921	4.753	-168	-3,4	4.929

Zentrale Zielsetzungen des Produktplanes

Zentrales Ziel des Rechnungshofes ist es, die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sicherzustellen und zu fördern.

Benchmarking-Kennzahlen zur Quantifizierung dieser Zielsetzungen bzw. zur Messung der Zielerreichungsgrade liegen nicht vor bzw. sind lt. Rechnungshof nicht für eine Außen-darstellung geeignet.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Die Tätigkeit des Rechnungshofs ist u. a. darauf ausgerichtet zu einem wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Umgang mit öffentlichen Mitteln beizutragen sowie sicherzustellen, dass Bremen seine Interessen als Gesellschafter von Kapitalgesellschaften wahrnimmt, damit diese ihre Aufgaben effizient erfüllen. Zur Erreichung dieser Ziele sind gegenwartsnahe, maßnahmenbezogene Prüfungen in der Kernverwaltung einschließlich der Sondervermögen, der Betriebe sowie den landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts und Zuwendungsempfänger durchzuführen. Aufbauend auf einer Analyse des Sachverhalts, Sachkenntnissen und Prüfungserfahrungen wird er auch beratend tätig.

Auch die Detailziele und die genannten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele lassen sich nicht direkt durch Wirkungskennzahlen im Rahmen eines Benchmarkings abbilden, so dass nachfolgend Struktur- und Inputkennzahlen dargestellt werden, die die Rahmenbedingungen der Prüfung bzw. Beratung näher beschreiben:

- zu prüfendes Ausgabenvolumen je Prüfer
- Anteil des Prüfungsdienstes an den Gesamtstellen des Rechnungshofs
- Ausgaben des Rechnungshofes je Einwohner

Es wurde dabei im Unterschied zum letztjährigen Bericht der Bitte der Benchmarking-AG nachgekommen, bei der Kennziffernbildung auf Stadtstaatenebene die Werte des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) Bremerhaven mit einzubeziehen, so dass es schon deshalb zu erheblichen Veränderungen im Vergleich zu den Ergebnissen des Berichts 2005 kommt. Der Rechnungshof gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass, da das RPA Bremerhaven eine rechtlich selbstständige Einrichtung ist, bei der Ausweisung von bremischen Stadtstaatenwerten Unstimmigkeiten bei der Steuerungsrelevanz bestehen können.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse:

Bei der internen Struktur der Rechnungshöfe wird deutlich, dass Bremen den höchsten Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen des jeweiligen Rechnungshofes aufweist. Zu beachten ist jedoch, dass der Hamburger Rechnungshof durch Vorprüfungsstellen unterstützt werden kann.

Bei dem maximal zu prüfenden Ausgabevolumen je Prüfer bleibt der Städtestaat Bremen (37 Prüfer Rechnungshof, 10 Prüfer RPA) hingegen mit 88 Mio. € hinter den anderen Stadtstaaten zurück. In Berlin wird rechnerisch je Prüfer ein Haushaltsvolumen von 98 Mio. € geprüft. Bei der Inputbetrachtung, also der Betrachtung, wie viel Mittel den Rechnungshöfen zur Verfügung stehen, besteht zwischen Bremen (8,5 € je Einwohner) und Hamburg (8,3 € je Einw.) einerseits und Berlin (6,5 Mio. € je Einw.) andererseits ein deutlicher Unterschied. Auch bei der Betrachtung der Landesebene (ohne kommunale Rechnungsprüfung) liegt Bremen mit 4,6 € je Einwohner über allen West-Flächenländern, die im Durchschnitt 2,3 € je Einwohner ausgeben. Eine Erklärung hierfür ist die Kleinheit Bremens. Die Kernaufgaben sind in allen Rechnungshöfen gleich und relativ unabhängig von der Einwohnerzahl des Landes. Eine andere Erklärung könnte die nur recht grob ermittelbare Trennung zwischen Landes- (60 %) und Kommunalausgaben (40 %) des Rechnungshofes Bremen sein, da eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben nicht möglich ist. Diese Vermutung wird durch den Großstadtvergleich gestützt, da der Rechnungshof Bremen (kommunale Ausgaben) mit 3,8 € je Einwohner die geringsten Kosten im Großstädtevergleich verzeichnet. Im Durchschnitt aller Großstädte liegen die Ausgaben der Rechnungsprüfungsämter mit 5,8 € je Einwohner sehr deutlich über dem Bremer Wert.

Zusammenfassende Bewertung und weiteres Verfahren

Der Rechnungshof Bremen verweist darauf, dass er als Stelle der externen Finanzkontrolle nicht ohne weiteres mit den Rechnungshöfen der Flächenländer und Stadtstaaten verglichen werden kann. Das liegt insbesondere an den länderspezifischen Besonderheiten (z. B. ausschließliche Zuständigkeit des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für die Prüfung des ZDF) und den vorhandenen Strukturunterschieden der Rechnungshöfe. Ein Vergleich ist daher nur bedingt möglich. So sind z. B. einige Rechnungshöfe auch für die kommunale Rechnungsprüfung zuständig.

Die Benchmarking-AG stellt fest, dass der Rechnungshof alle Prüfaufträge des Benchmarking-Berichts 2005 erfüllt hat.

Der Rechnungshof wird gebeten, im Rahmen der fachpolitischen Zielsetzung zu prüfen, inwieweit Kennziffern zur Messung des Zielerreichungsgrades bzw. zur Quantifizierung der Leistungserbringung benannt werden können und zur Veröffentlichung im nächsten Benchmarking-Bericht geeignet sind.

Benchmarking

Produktplan 02: Rechnungshof

Stand:

19.07.2006

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte		Ø Städte*	Rang Bremen*
													Duisburg	Essen		
02.03.01	Rechnungshof: kommunale Ausgaben des RH Bremen/der städtischen RPÄ	Euro je EW	2005	3,8			5,2	11,0	5,3	4,9	5,5	7,3	5,2	5,3	4,5	10

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*
														Staat	Flächenl. (West)	
02.01.01	Rechnungshof: zu prüfendes Ausgabenvolumen je Prüfer	Mio Euro	88,3 ¹⁾	89,5 ²⁾	98,1									94,3		
02.02.01	Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	%	91,1 ¹⁾	86,2 ³⁾	87,3									87,1		
02.03.02	Rechnungshof: Ausgaben der RH	Euro je EW	8,5 ¹⁾	8,3	6,5									7,3		
02.03.03	Rechnungshof: Ausgaben des RH Bremen und der RH der Flächenländer, teilweise mit überörtl. Gemeindeprüfung	Euro je EW	4,6			1,7	2,4	3,6	1,5	2,1	4,5 ⁴⁾	2,6	2,5		2,3	1

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

02.01.01 Quelle: Rechnungshof/ StaBA: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, Fachserie 14, Reihe 2, 1.-2.Vj, Tab. 4.1.1. Bereinigte Ausgaben

02.02.01 Quelle: Rechnungshof. Prüfungsdienst ohne Kollegium

02.03.01 Quelle: Rechnungshof. Haushaltsvolumen lt. Haushaltsplänen des Rechnungshofs bzw. der städtischen Rechnungsprüfungsämter. Die Aufteilung des Haushaltsvolumens des Rechnungshofs Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumens von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus.

02.03.02 Quelle: Rechnungshof. Plandaten. Haushaltsvolumen lt. Angaben der Rechnungshöfe. Die Aufteilung des Haushaltsvolumens des Rechnungshofs Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumens von Stadt und Land. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus. Die hier für Bremen vorgenommene Aufteilung ist auf die Rechnungshöfe Berlin und Hamburg jedoch nicht übertragbar, weil sie jeweils nur einen Haushaltsplan haben.

- 1) In den Ergebnissen des Rechnungshofs Bremen sind die Werte des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser Werte beträgt
 - das zu prüfende Ausgabenvolumen je Prüfer 112,4 Mio. Euro (RPA Bremerhaven: 52,7 Mio. Euro),
 - der Anteil des Prüfungsdienstes an den Gesamtstellen 88,8 % (RPA Bremerhaven: 90,9 %),
 - die Ausgaben des Rechnungshofes 7,7 Euro je EW (RPA Bremerhaven: 4,5 Euro je EW).

2) Rückgang zu 2004 wegen Ausgliederungen von Verwaltungsbereichen aus dem Haushalt, obwohl der Rechnungshof dort weiter prüft.

3) Stellenzahl nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar, weil in den Vorjahren ohne (drei) Schreibkräfte gemeldet wurde.

4) Siehe Zusammenfassende Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Produktplan 03 Senatskanzlei

Vorbemerkungen

Für das Aufgabenspektrum der Senatskanzlei liegen Vergleichsdaten aus der amtlichen Statistik nicht vor und ersatzweise Versuche, durch direkte Kontakte mit den Staats- und Senatskanzleien der Länder, mit Großstädten oder entsprechend kompetenten Institutionen (Bertelsmann, KGSt etc.) Ansatzpunkte für Benchmarking-Verfahren zu finden, fielen bisher nahezu ergebnislos aus. Aufgrund der durchgängig feststellbaren mangelnden Vergleichbarkeit hat sich die bereits im Benchmarking-Bericht 2005 dargestellte Annahme, dass Vergleiche des Aufgabenspektrums der Senatskanzlei nur über die Instrumentarien der Kosten-Leistungs-Rechnung herzustellen sind, damit bestätigt.

Die Voraussetzungen für entsprechende Vergleichsbetrachtungen sind innerhalb des Produktplanes bereits geschaffen: Seit Anfang 2004 verfügt die Senatskanzlei über eine funktionierende KLR mit Kostenträgerrechnung, die auf Basis von 21 produktorientierten Kostenträgern und 6 Kostenträgern für Bauprojekte die Ressourcenverbräuche in den Geschäftsbereichen der Senatskanzlei abbildet. Verdichtet zu Kostenträger-Gruppen lässt sich hieraus für das Jahr 2005 folgende Ausgabenstruktur (ohne Drittmittel) ablesen:

- Ressortkoordinierung u.s.w. 27 %
- Staats- / Zentrale Angelegenheiten 27 %
- Medienpolitik u.s.w. 3 %
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 13 %
- Kirchliche Angelegenheiten 10 %
- Protokoll u.s.w. sowie Veranstaltungswesen 20 %

Diese Kostenträgerstruktur könnte – auch nach Einschätzung des für die flächendeckende KLR-Einführung in Bremen federführenden Finanzsenators – einen geeigneten Anknüpfungspunkt für Vergleichsbetrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung auf Länder- und Städteebene darstellen (vgl. Zusammenfassung und weiteres Verfahren).

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
		T €		%	T €
Personalausgaben	9.022	8.664	-358	-4,0	8.880
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.927	1.774	-153	-7,9	1.376
Investitionsausgaben	1.564	882	-681	-43,6	185
Gesamtausgaben	12.512	11.320	-1.192	-9,5	10.441

Der Produktplan „Senatskanzlei“ bindet im laufenden Haushaltsjahr gemäß Anschlag 0,84 % der Personalausgaben, 0,08 % der sonstigen konsumtiven Ausgaben und 0,04 % der Investitionsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Die Entwicklung im Zeitraum 2003/2005 ist durch Rückgänge in allen Ausgabekategorien gekennzeichnet.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Aus fachpolitischer Sicht sieht die Senatskanzlei ihre übergeordneten Zielsetzungen in

- der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats für die laufende Legislaturperiode,
- der Aufgabenwahrnehmung als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie der Landesregierung (Senat) und
- der Wahrnehmung der Ressortaufgabe „Der Senator für kirchliche Angelegenheiten“.

Obwohl eine interne Prüfung zur Quantifizierbarkeit im Bereich der sogenannten ministeriellen Aufgaben stattgefunden hat, ist festzustellen, dass eine Messbarmachung der zentralen Ziel-

setzungen und Aufgabenstellungen auf dieser Abstraktionsebene nicht möglich ist. Maßstäbe zur Messung von Zielerreichungsgraden sind damit auch in bremeninterner Betrachtung auf dieser Ebene nicht gegeben und Vergleiche auf Länder- bzw. Städteebene zwangsläufig ausgeschlossen. Feststellbar ist allerdings, dass die Personalausstattung der Senatskanzlei – aufgrund des Aufgabenzuschnitts und der Größenverhältnisse im Stadtstaaten-Vergleich – einwohnerbezogen über den Werten Hamburgs und Berlins liegt.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Aus der grundsätzlichen Aufgabenstellung der Senatskanzlei („Unterstützung des Präsidenten des Senats sowie des Senats bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben“) werden keine Detailziele, jedoch Leistungen abgeleitet, die der Zielerreichung des Produktplanes dienen (Ressortkoordinierung und Gesamtsteuerung; Grundsatzangelegenheiten und Sitzungen des Senats; Medienangelegenheiten; Protokoll; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Verwaltungs- und Veranstaltungsaufgaben). Die diesen Leistungen zuzuordnenden, vom Bereich erhobenen statistischen Kennzahlen (Werte: Stand 2005) umfassen die Anzahl der Senatsveranstaltungen (518), der Drittveranstaltungen (64), der Eheschließungen im Rathaus (132), der Ehrungen (einschließlich Ordensvorgänge; 3.978) und der Veröffentlichungen im Verkündungswesen (352) sowie die Belegungswochen der Unteren Rathauhalle (27). Für einzelne dieser Kennzahlen werden im Produktgruppen-Haushalt Zielzahlen gebildet, die nachträgliche Betrachtungen zur Zielerreichung ermöglichen.

Bisher keine entscheidenden Fortschritte konnten bei den Bemühungen verzeichnet werden, diese oder ergänzende Leistungskennzahlen im Städte- oder Ländervergleich abzubilden und zu bewerten. Im Rahmen eines Projektes hatte der Bereich hierzu im Jahr 2005 exemplarisch „Möglichkeiten und Chancen von Benchmarking im Bereich der Protokollabteilung“ geprüft, auf Basis von Anfragen zur Budgetentwicklung und zu spezifischen Kostenkomponenten bei Veranstaltungen allerdings festgestellt, dass auf Länderebene aufgrund stark variierender Aufgaben- bzw. Veranstaltungsstrukturen und im Städtevergleich aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen (insbesondere Kombination von Landes- und Gemeindeaufgaben in der Senatskanzlei) vergleichende Betrachtungen der eigenen Aufgabenwahrnehmung praktisch ausgeschlossen sind. Die Senatskanzlei hat daraufhin mit der Staatskanzlei des Landes Hessen und mit der Stadt Frankfurt / M. ein Pilotprojekt zur Vereinheitlichung von KLR-Strukturen in Protokollabteilungen ausgewählter Staats-/Senatskanzleien sowie Stadtverwaltungen begonnen, das ab 2007 erste Vergleichsbetrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung ermöglichen und in Form eines Vergleichsringes für weitere Teilnehmer geöffnet werden soll.

Die diesbezügliche Initiative des Bereichs verdeutlicht, dass der Einstieg in systematische Städte- und Ländervergleiche nur über die Instrumentarien der Kosten-Leistungs-Rechnung, d. h. insbesondere über eine Benchmarking-Ansätze zulassende Kostenträgerstruktur, gelingen kann. Die Voraussetzungen in der Senatskanzlei sind hierfür gegeben (vgl. Vorbemerkungen).

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die intensiven Bemühungen des Bereichs, das völlige Fehlen auch nur ansatzweise belastbarer Länder- oder Städtevergleichsdaten durch eigene Aktivitäten zu kompensieren, haben noch zu keinen verwertbaren Ergebnissen geführt. Ein von der Senatskanzlei initiiertes Modellversuch für den Protokollbereich hat vielmehr bestätigt, dass aussagefähige Vergleiche auf dieser Ebene nur dann möglich sind, wenn es gelingt, zwischen den mit vergleichbaren Aufgaben betrauten Organisationseinheiten der Länder und/oder Städte einheitliche Kostenträgerstrukturen zu verabreden und zu schaffen, denen Kosten und Leistungen in identischer Definition und Abgrenzung zugeordnet werden können.

Die Senatskanzlei hat auf dieser Basis bereits erste Kontakte geknüpft und die Voraussetzungen für einen Vergleichsring im Bereich der Protokolltätigkeiten geschaffen. Gleichzeitig haben die Finanz-Staatsräte bzw. –sekretäre der Stadtstaaten zwischenzeitlich beschlossen, auch auf dieser Ebene Vergleichsbetrachtungen auf der Grundlage vereinheitlichter Kostenträgerstrukturu-

ren vorzubereiten, wobei Aufgabenbereiche mit ansonsten erheblich eingeschränkten Vergleichsmöglichkeiten absolute Priorität erhalten sollten. Es wird vorgeschlagen, den Aufbau vergleichbarer Kostenträgerstrukturen in den Stadtstaaten, der für Bremen federführend vom Senator für Finanzen wahrgenommen wird, in einem möglichst frühen Stadium auch für die Aufgabenbereiche der Senatskanzlei vorzusehen und den Bereich unmittelbar und intensiv an diesem Verfahren zu beteiligen.

Produktplan 05 Bund und Europa

Vorbemerkungen

Für den Produktplan "Bundes- und Europaangelegenheiten" wurden im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2006 knapp 6 Mio. € (0,18 % des Gesamthaushaltes) veranschlagt, von denen knapp 58 % auf Personalausgaben sowie 42 % auf laufende konsumtive Ausgaben entfallen. Von den veranschlagten konsumtiven Sachausgaben i.H.v. von rd. 2,5 Mio. € wiederum entfallen rd. 1,6 Mio. € auf Mieten, Mietneben- und Bewirtschaftungskosten (= 64 %).

Ausgaben	Ist			Anschlag 2006	
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €		%	T €	
Personalausgaben	3.329	3.336	7	0,2	3.433
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.817	2.812	-5	-0,2	2.527
Investitionsausgaben	106	112	6	5,7	7
Gesamtausgaben	6.252	6.260	8	0,1	5.967

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

- Bundesratsverfahren für das Land Bremen (Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes).
- Präsenz des Landes Bremen in Berlin und Brüssel als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort zur Sicherung der Position Bremens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern und auf europäischer Ebene.
- Sicherung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes Bremen auch auf EU-Ebene in Anbetracht des wachsenden Anteils von EU-Recht.
- Als politische Repräsentanzen des Landes beim Bund in Berlin und bei der Europäischen Union in Brüssel sind die Vertretungen Sachwalter der Interessen Bremens und zugleich Dienstleister bei der Analyse und Bewertung von Gesetzesvorhaben und Initiativen, der Vermittlung von Gesprächen und Kontakten sowie der Präsentation des Standortes Bremen im Rahmen der Metropolregion Bremen/Oldenburg.
- Durch seine Entwicklungszusammenarbeit leistet Bremen einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Dies erfolgt in verstärkter Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

- Wahrnehmung der Gesetzgebungsarbeit im Bundesrat, einschl. Vertretung Bremens in den Ausschüssen des Bundesrates und die Vorbereitung der Senatsvoten für das Abstimmungsverhalten im Bundesrat.
- Analyse und Bewertung von EU-Rechtsetzungsvorhaben und politischen Initiativen der EU, inhaltliche Gestaltung der europapolitischen Positionen der FH Bremen.
- Verbindung zur Bundesregierung und zum Deutschen Bundestag durch die Landesvertretung Bremen in Berlin, Verbindung zu den EU-Organen durch die Vertretung Bremens in Brüssel.
- Beobachtung von Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages bzw. des Europäischen Parlaments und der entsprechenden Ausschusssitzungen.
- Pflege der Kontakte zu Bundestags- und Europaabgeordneten (insbesondere zu den aus Bremen und Bremerhaven).
- Zusammenarbeit mit den anderen, deutschen Ländern, europäischen Regionen und diplomatischen Vertretungen.
- Durchführung vielfältiger Veranstaltungen wie Symposien, Ausstellungen, Vorträge und Diskussionen in den Häusern Bremens in Berlin und Brüssel zur Präsentation Bremens und Bremerhavens und zur Förderung des Dialogs mit politischen Entscheidungsträgern.
- Verbesserung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung und Intensivierung der europa-bezogenen Öffentlichkeitsarbeit für die Bürgerinnen und Bürger der Freien Hansestadt Bremen.

- Unterstützung der Fachressorts und Dritter bei der Steigerung der Inanspruchnahme von europäischen Förderprogrammen, vor allem auf Feldern bremischer Kernkompetenzen als ein Beitrag zur bremischen Haushaltssanierung.
- Neuausrichtung der bremischen Entwicklungszusammenarbeit durch eine regionale und sektorale Konzentration der Maßnahmen als Ausfluss der Kürzung der Haushaltsmittel. Ziele sind: wirkungsvoller Einsatz der knappen Mittel, effektive Nutzung der besonderen Kompetenzen Bremens, Einwerbung von Drittmitteln nach Bremen, Impulse für die bremische Wirtschaft, Beitrag zur internationalen Profilentwicklung Bremens als wirtschaftlich interessanter, kosmopolitischer, sozial und ökologisch verantwortungsbewusster Standort.

Benchmarking-Ergebnisse

Mit den in der folgenden Tabelle dargestellten Kennziffern wird der Produktplan 05 schwerpunktmäßig bezogen auf die Stellenausstattung und die konsumtiven Sachausgaben dargestellt (seit 2003). Zur Herkunft der Daten wird auf den Benchmarkingbericht 2005 verwiesen. Die Kennzahlen des Benchmarkings werden ständig hinsichtlich ihrer Aktualität und Plausibilität geprüft und jährlich aktualisiert.

Weitere sinnvolle Kennzahlen können nicht gewonnen werden. Dies gilt insbesondere für die Inanspruchnahme europäischer Förderprogramme, da nicht die Vertretung Bremens in Brüssel, sondern die Fachressorts (z.B. WuH, AFGJS) oder Dritte (z.B. Hochschulen, Unternehmen, Vereine) die Antragsteller sind. Zudem ist die Erfolgsquote nicht messbar, da eine vollständige Erfassung aller bei der EU-Kommission eingehenden Förderanträge der unterschiedlichen bremischen Akteure nicht möglich ist.

Im Vergleich zu den Stadtstaaten setzt die Landesvertretung Bremen mit 28,3 Stellen weniger Personal als die Hamburgs (31,5) ein. Ein Vergleich mit der von Berlin ist nicht möglich, da sich diese aufgrund des Standortvorteils auf die Gesetzgebungsarbeit beschränkt (Bremen 9,5 Stellen, Berlin 12 Stellen); Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben werden von der Senatskanzlei Berlin wahrgenommen.

Um die Vergleichbarkeit der konsumtiven Ausgaben zu gewährleisten, wurden die Angaben bei Bremen und Rheinland-Pfalz um veranschlagte Mieten für Gebäude bereinigt. Bremen hat unter allen Ländern die niedrigsten in den konsumtiven Sachmitteln enthaltenen Ausgaben für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit. Die Mittel der gesamten konsumtiven Sachausgaben liegen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern auf niedrigstem Niveau. Der für den Freistaat Sachsen ausgewiesene Betrag ist nicht vergleichbar, da dieser nicht die Bewirtschaftungskosten für die Liegenschaft enthält (diese sind zentral und nicht bei der Landesvertretung veranschlagt).

Im Unterschied zu den anderen deutschen Länderbüros in Brüssel ist die Bremer EU-Vertretung als Teil der Europaabteilung für die inhaltliche Gestaltung der europapolitischen Positionen der FH Bremen zuständig und nimmt überdies die EU-bezogenen Aufgaben der Senatskanzlei wahr. Trotzdem weist sie im Ländervergleich gemeinsam mit den Vertretungen des Saarlandes, Mecklenburg-Vorpommerns und Thüringens die geringste Personalausstattung auf.

Zum Bereich Entwicklungszusammenarbeit erlauben nur die sog. „ODA-Zahlen“¹ einen Ländervergleich; diese umfassen jedoch die gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften (hier: der Länder). Die direkten Aufwendungen aus dem Haushalt der Bevollmächtigten für die entwicklungspolitischen Maßnahmen und Aktivitäten sind seit Jahren rückläufig (Reduzierung von 818 Tsd. € (2003) auf 416 Tsd. € (Eckwerte 2006/07)). Entsprechend der für Hansestädte typischen langjährigen und vielfältigen Außenbeziehungen sind die Ausgaben pro Einwohner nach Hamburg zwar am zweithöchsten, aber dies entspricht der in den Hansestädten besonders hohen Dichte an außenwirtschaftsorientierten Unternehmen. Unter den Stadtstaaten hat Bremen jedoch - in absoluten Zahlen - die niedrigsten Ausgaben und liegt überdies deutlich unterhalb des Durchschnitts der Flächenländer (West).

¹ ODA - Official Development Assistance - sind die Aufwendungen staatlicher Stellen für Entwicklungshilfemaßnahmen, die nach bestimmten internationalen Kriterien vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland erhoben werden.

Zusammenfassung

Ein Vergleich der vorliegenden Benchmarks zeigt, dass die FH Bremen mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Stellen und konsumtive Sachmittel) durchgängig am unteren Ende im Ländervergleich rangiert. Zur Bewältigung des gleichen Anforderungsprofils wie bei den anderen Ländern stellt die Ausstattung nach Auffassung des Ressorts ein aufgabenbedingtes Minimum dar.

Benchmarking

Produktplan 05: Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit

Stand: 07.07.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	
05.01.01 Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Anzahl	2005	28,3	31,5	.	61,0	64,0	39,5	37,0	54,0	58,0	24,0	32,0	369,5	578,3	9
05.01.02 Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	1.000 Euro	2005	360	663	.	1.080	1.222	1.300	492	1.467	945	591	561	7.658	10.873	10
05.01.03 Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	1.000 Euro	2005	60	100	.	333	194	330	96	455	161	110	90	1.768	2.508	10
05.02.01 Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	Anzahl	2005	8,7	12,0	9,0	22,0	28,0	10,0	19,0	25,0	10,0	7,0	12,0	133,0	217,2	10
05.03.01 Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer	1.000 Euro	2004	1.058	3.699	2.229	6.981	4.190	2.654	388	17.869	2.913	172	1.258	6.986	36.425	9
05.03.02 Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer je EW	Euro	2004	1,6	2,1	0,7	0,7	0,3	0,4	0,0	1,0	0,7	0,2	0,4	1,2	0,6	2

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

05.01 Quelle: Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa. Vergleich Bremens mit den anderen Ländern nur bedingt aussagekräftig. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen. Bayern / Niedersachsen: Stand 2003, Saarland: Stand 2004. Hinweis zu Berlin: Die Landesvertretung Berlin ist aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert und damit mit den anderen Ländern nicht vergleichbar.

05.02 Quelle: Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa. Die Wahrnehmung der Leitungsaufgaben für die gesamte Europa-Abteilung sowie der europabezogenen Aufgaben der Senatskanzlei erfolgt i. w. von Brüssel aus; Hamburg und Schleswig-Holstein: gemeinsame Erfassung.

05.03 Quelle: Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa. Zum Ländervergleich werden hier die ODA-Zahlen verwendet, die die gesamten Ausgaben der Länder widerspiegeln (für HB insbesondere aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft). Die direkten Projektzuschüsse aus dem Haushalt der Bevollmächtigten wurden von 818 Tsd.€ (2003) über 579 Tsd.€ (2004) und 489 Tsd.€ (2005) auf 416 Tsd.€ (Eckwert 2006/07) zurückgeführt.

Produktplan 07 Inneres

Vorbemerkungen

Der Bereich unterstützt die Bemühungen, die eigene Aufgabenwahrnehmung im Städte- und/oder Ländervergleich zu bewerten bzw. zu überprüfen, konsequent. Zwar wurden Aktivitäten zur Beteiligung an Vergleichsringen (Polizei, Feuerwehr) erst kürzlich und mit noch offenen Ergebnissen aufgenommen. Gleichzeitig ist der Produktplan allerdings darum bemüht, die für seine Aufgabenbereiche relativ dürftige Datenlage der amtlichen Statistik – durch eigene Umfragen und Auswertungen zu ergänzen, die insbesondere für den Bereich „Polizei“ – trotz der von der Begleit-AG nicht immer abschließend zu beurteilenden Validität der Daten – zusätzliche, ansonsten nicht verfügbare Vergleichsmaßstäbe schaffen. Die Bemühungen der Benchmarking-Verantwortlichen des Ressorts sind dabei dadurch erschwert, dass – aufgrund der kommunalen Zuständigkeiten – in erster Linie Städte als Ansprechpartner zu kontaktieren sind, die an Daten- und Informationsaustauschen z. T. nur begrenztes Interesse zeigen und von Länderseite hierzu auch nicht entsprechend motiviert werden.

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €		%		T €
Personalausgaben	155.430	152.455	-2.975	-1,9	146.858
Sonst. konsumtive Ausgaben	64.388	66.143	1.755	2,7	59.223
Investitionsausgaben	11.261	13.916	2.655	23,6	9.625
Gesamtausgaben	231.079	232.514	1.435	0,6	215.705

Für den Produktplan „Inneres“ wurden im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2006 knapp 216 Mio. € (6,6 % des Gesamthaushaltes) veranschlagt, die überwiegend den Bereich der Personalausgaben (147 Mio. €; 13,9 % des Personalhaushaltes) betreffen. Im Zeitraum 2003/2005 verringerte sich das konsumtive Ausgabenvolumen des Produktplanes um 0,6 %.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Parallel zur Aktualisierung des Benchmarking-Berichts - und daher unmittelbar in dessen Darstellungen zu übernehmen - entwickelt bzw. aktualisiert der Produktplan „Inneres“ ein Zielsystem seiner Aufgabenwahrnehmung mit entsprechender Kennzahlenzuordnung. Als zentrale (übergeordnete) Zielsetzung des Bereichs gilt dabei die **„Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Steigerung der Dienstleistungsqualität“**, aus der folgende Hauptziele der inhaltlichen Arbeiten des Ressorts abgeleitet werden:

- Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Gefahrenabwehr
- Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
- Weiterentwicklung des Ressorts zu einem leistungsstarken, an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft orientierten Dienstleister durch Nutzung von eGovernment und Kooperationen im norddeutschen Raum.

Auf dieser Abstraktionsebene sind Kennzahlen-Zuordnungen zur Zielorientierung und -erreicherung sowie zur Leistungserbringung - sowohl im Städte- und Ländervergleich als auch mit rein bremischer Orientierung – noch nicht möglich. Feststellbar ist allerdings, dass die bereinigten **Ausgaben für „Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz“** in Bremen (Stadtstaat) nach aktuellster Berechnung (2003) **332 € pro Einwohner** betragen. Aufgrund der großstädtischen Strukturen des Landes fällt dieser Wert zwar zwangsläufig deutlich höher aus als die Vergleichswerte in den Flächenländern des Bundesgebietes und ihrer Gemeinden (Durchschnitt West-Länder: 209 €), bleibt dabei im Stadtstaatenvergleich allerdings hinter den Ausgabenniveaus Hamburgs (345 €) und insbesondere Berlins (einschließlich Sonderaufgaben der Polizei: 430 €) zurück.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Unter dem Aspekt „**Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Gefahrenabwehr**“ strebt der Bereich insbesondere

- die Senkung der Kriminalitätsbelastung,
- den Erhalt der subjektiven Sicherheit,
- die Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere durch Reduzierung der schweren Verkehrsunfälle bzw. Verkehrsunfallfolgen sowie
- die Sicherstellung einer schnellen und verlässlichen Hilfeleistung nach „110-Anrufen“ an.

Aus den vorliegenden Vergleichsdaten geht hierzu hervor, dass sich Bremen (Stadt) bei den registrierten **Straftaten** mit 14.964 Fällen pro 100.000 Einwohner (Durchschnitt der Jahre 2001/2005) in der Spitzengruppe aller Großstädte über 500.000 Einwohner einordnet. Nur Frankfurt und Hannover sowie die Stadtstaaten Hamburg und Berlin weisen aktuell höhere Werte auf. Gleichzeitig wird die Zahl der in Bremen **je Polizeibeamten bearbeiteten Straftaten** im Städtevergleich nur von Dortmund und Hannover übertroffen und die **Aufklärungsquote** der gemeldeten Straftaten nur in Köln unterschritten. Der **Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens** wird vom Ressort – derzeit noch ohne Entwicklungs- oder Städtevergleichswert – für die Stadt Bremen mit 75 % angegeben, d. h. rd. drei Viertel befragter bremischer Einwohner fühlen sich „sicher“ oder „sehr sicher“. Bei den **Verkehrsunfällen** konnte ein über die Jahre sinkendes, im Städtevergleich bereits sehr niedriges, nur noch von Essen unterbotenes Niveau erreicht werden und auch die Zahl der im abgelaufenen Jahr bei Verkehrsunfällen **verunglückten Personen** konnte inzwischen gemessen an der Einwohnerzahl auf den drittniedrigsten Stand aller Vergleichsstädte (nach Duisburg und Essen) verringert werden. Festzustellen ist, dass **Notrufe** (über die Telefonnummer „110“) in der Stadt Bremen im Städtevergleich mit knapp 57 je 100 Einwohner (Stand 2005) in besonders starkem Maße zu registrieren sind (Spitzenwert aller Vergleichsstädte), während die Anzahl der durch entsprechende Meldungen **ausgelösten Einsätze** in Bremen einwohnerbezogen den geringsten aller ermittelten Städtevergleichswerte darstellt. Im Sinne der genannten Zielorientierung müssen differenziertere Auswertungen ergeben, ob bzw. inwieweit hierfür Unterschiede in der statistischen Erfassung, im Meldeverhalten der Einwohner oder im (möglichen) Umgang mit eingehenden Notrufen maßgeblich sind.

Um die Polizeidichte mit anderen Großstädten vergleichen zu können, wurde für Bremen der kommunale Anteil der Polizei ausgewiesen. Dieser Wert liegt für den zweiten Stadtstaat im kommunalen Vergleich, Hamburg, nicht vor. Die Hamburger Werte der Kennzahlen „Polizeidichte“ und „bearbeitete Straftaten je Beamten“ sind daher nicht vollständig vergleichbar. Unter dem Vorbehalt der methodisch schwierigen Datenlage kann festgestellt werden, dass Bremen zusammen mit Düsseldorf nach den Ruhrgebietsstädten Essen und Dortmund im Jahr 2005 die höchste Einwohnerzahl pro Polizist, d. h. – in Umkehrung der Relation – die geringste **Polizeidichte** pro Einwohner aufwies.

Im Ländervergleich 2004 lag das **Beschäftigungsvolumen** der bremischen Polizei (einschließlich Bremerhaven) zwar um 81 % über dem (West-) Flächenländerdurchschnitt, jedoch deutlich unter den Vergleichswerten Hamburgs (- 10 %) und Berlins (- 29 %). Auch die **bereinigten Ausgaben** für den Aufgabenbereich „Polizei“ unterschritten 2003 im Stadtstaat Bremen pro Einwohner den Vergleichswert Hamburgs um rd. 12 % (gegenüber Berlin: - 34 %). Die **Personealkosten pro Polizist** fielen 2003 allerdings in sechs anderen westlichen Bundesländern, darunter insbesondere in den ebenfalls finanzschwachen Ländern Berlin, Schleswig-Holstein und Saarland geringer als in Bremen aus. Nach Auffassung des Senators für Inneres und Sport liegt dieses u.a. daran, dass Bremen die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn fast vollständig abgeschlossen hat, während andere Länder noch eine Vielzahl an Beamten im mittleren Dienst beschäftigen.

Die Ressortzielsetzungen bei der „**Nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr**“ betreffen das Aufgabenfeld der „Feuerwehr“ und bestehen konkret in der Gewährleistung des Brandschutzes, der Notfallversorgung, des qualifizierten Krankentransportes und des Katastrophenschutzes. Nach

den Ergebnissen der vom Bereich durchgeführten Umfrage weist für diese Aufgabestellungen von sechs Vergleichsstädten nur Stuttgart einen geringeren Personalbesatz auf als Bremen (0,9 **Feuerwehrbeamte** je 1.000 Einwohner). Allerdings bleibt auch der **Personalfaktor** (Anzahl der Stellen, die erforderlich sind, um eine Funktion 24 h zu besetzen) in Bremen leicht hinter den Vergleichswerten der übrigen datenmäßig erfassten Städte zurück. Das **Schutzziel** der stadtbremischen Feuerwehr ist mit 8 Funktionen in 10 Minuten niedriger als in Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Dortmund, jedoch höher als in Stuttgart angesetzt. Die durchschnittliche **Eintreffzeit** bei **Brandeinsätzen**, deren Zahl mit 3,1 je 1.000 Einwohner (2005) in Bremen relativ deutlich hinter dem Mittelwert der Vergleichsstädte zurückbleibt, hat sich gegenüber 2003 (7,4 Minuten) zwischenzeitlich zwar leicht erhöht (2005: 7,7 Minuten), dürfte allerdings nach wie vor in etwa auf dem Niveau Hamburgs und Hannovers liegen, für die aktuelle Vergleichsdaten nicht geliefert wurden.

Nur wenige Vergleichsdaten für die Aufgabenwahrnehmung des Bereichs liegen bisher für die Zielsetzung „**Weiterentwicklung des Ressorts zu einem leistungsstarken, an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft orientierten Dienstleister**“ vor, die sich nach den Überlegungen des Ressorts vornehmlich in

- der Verkürzung von Warte- und Bearbeitungszeiten,
- der verstärkten Nutzung von eGovernment unter Einbindung der Wirtschaft sowie
- Kooperationen in der virtuellen Region Nordwest und den norddeutschen Ländern

niederschlagen soll. Ursache der derzeit noch sehr begrenzten Anzahl von Städte- und Ländervergleichen ist nach Einschätzung des Ressorts dabei insbesondere der - durch Streikausfälle verzögerte - Umstrukturierungsprozess des Stadtamtes mit seinen Diensten Bürgerservice, Kfz-Zulassung und Ausländeramt.

Für das breite Spektrum der von dieser Zielsetzung betroffenen Aufgaben werden daher zunächst nur zwei Kennzahlen für den Bereich der **Standesämter** ausgewiesen, die – bei nur vier Vergleichsstädten – für die Stadt Bremen einen unterdurchschnittlichen Besatz mit **Standesbeamten** pro Einwohner und eine eher durchschnittliche Anzahl von **Beurkundungen** je Stelle belegen. Das Ressort ist aber bemüht, u. a. über den Rechts- und Verfassungsausschuss des Deutschen Städtetages in die Vergleichsarbeit einzutreten. Die von der Begleit-AG vor einem Jahr vorgeschlagenen Recherchen zu Ergebnissen und methodischen Ansätzen in Vergleichsringen („Bußgeldstelle“, „Führerscheinwesen“ etc; vgl. „Zusammenfassung und weiteres Verfahren“) haben noch zu keinen verwertbaren Informationen geführt. Das **Statistische Landesamt Bremen** beteiligt sich zwischenzeitlich am bundesweiten Benchmarking der Statistischen Landesämter, das ein wesentliches Element des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik darstellt. Die dort erhobenen Zahlen werden künftig in den bremischen Benchmarking-Bericht einfließen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Im Produktplan „Inneres“ werden die Bemühungen zur Fortsetzung und Intensivierung der Benchmarking-Prozesse nachdrücklich unterstützt. Die Zielorientierung der Aufgabenwahrnehmung und deren Verzahnung mit Kennzahlen(systemen) wurde und wird insbesondere für den Bereich „Polizei“ konsequent entwickelt. Anstrengungen, die unzureichende Datenlage der amtlichen Statistik durch eigene Städteumfragen zu ergänzen werden hier und im Bereich „Feuerwehr“ fortgesetzt. Dem KGSt-Vergleichsring „Polizei“ wurde bereits beigetreten, die Feuerwehr wird ab November 2006 am Vergleichsring „Berufsfeuerwehren“ teilnehmen.

Für die datenmäßig abbildbaren Aufgabenfelder „Polizei“ und „Feuerwehr“ sind aus den vorliegenden Städte- und Ländervergleichen **überdurchschnittliche Kapazitätsausstattungen bzw. Ressourceneinsätze in Bremen zunächst nicht ablesbar**: Einer insgesamt relativ hohen Zahl registrierter und pro Polizist bearbeiteter Straftaten (bei unterdurchschnittlicher Aufklärungsquote) sowie einem niedrigen Niveau von Verkehrsunfällen und dabei Verunglückten steht im Städtevergleich ein unterdurchschnittlicher Besatz mit Polizeibeamten (pro Einwohner) gegenüber, die allerdings im Ländervergleich überdurchschnittliche Personalausgaben pro Beschäftigten verursachen. Bei der Feuerwehr bleiben Personaleinsatz (pro Einwohner), Personalfaktor, Schutzziel und Anzahl der Brandeinsätze (pro Einwohner) im Städtevergleich unter-

durchschnittlich, während die durchschnittliche Eintreffzeit zwar leicht steigende Tendenz, jedoch keine wesentlichen Abweichungen zu den Vergleichsstädten aufweist.

Aus der Kennzahlenbetrachtung sind umgekehrt allerdings auch **nicht zwangsläufig Nachholbedarfe im Personaleinsatz ableitbar**. Abgesehen von der z. T. nach wie vor eingeschränkten Belastbarkeit der verfügbaren Vergleichsdaten sind für eventuelle Schlussfolgerungen in dieser Richtung zunächst im Zeitablauf die **Entwicklungen im übrigen Bundesgebiet** sowie insbesondere auch die möglichen **Zusammenhänge zwischen Personaleinsatz und Fortschritten in der Zielerreichung** einer genaueren Betrachtung und Analyse zu unterziehen. Nach Auffassung des Ressorts besteht allerdings mindestens die Notwendigkeit eines Erhalts der derzeitigen Personalausstattung.

Zu den übrigen Aufgabenbereichen des Produktplanes sind durch Vergleichsbetrachtungen gestützte Aussagen bisher kaum möglich. In diesem Zusammenhang wiederholt die Begleit-AG daher ihre bereits im Benchmarking-Bericht 2005 geäußerte Bitte, weiterhin die Beteiligung an Vergleichsringen zu suchen bzw. Vergleichsringe, die für Bremen aufgrund des Mitgliederkreises (Größenklassen; regionale Konzentration) nicht geeignet oder bereits abgeschlossen sind, hinsichtlich ihrer Methodik und Kennzahlensystematik auszuwerten und die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse in bestehende Städtekooperationen zu übernehmen bzw. zum Aufbau neuer Vergleichsstrukturen zu nutzen.

Benchmarking

Produktplan 07: Inneres

Stand: 15.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgabetsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
07.01.01 Einwohner je Polizeibeamten (Polizeidichte)	Anzahl	2005	270	241	.	269	210	242	.	232	253	382	323	255	3	
07.02.01 Straftaten je 100.000 Einwohner (HZ)	Anzahl	2005	14.968	14.082	15.014	14.076	17.531	17.240	13.508	9.747	9.161	9.450	13.425	13.509	4	
07.02.02 Straftaten je 100.000 Einwohner (HZ): 5-Jahresdurchschnitt	Anzahl	2005	14.964	15.253	16.233	14.522	17.092	15.035	13.849	9.314	9.220	9.623	11.423	13.828	5	
07.02.03 Aufklärungsquote	%	2005	42,0	46,2	47,8	46,3	57,2	55,7	36,0	59,7	61,6	45,2	50,9	49,3	11	
07.03.01 Bearbeitete Straftaten je Polizeibeamten	Anzahl	2005	40,4	34,0	.	37,9	36,9	41,7	.	22,7	23,2	36,0	43,2	33,3	3	
07.04.01 Verkehrsunfälle (UHZ)	je 100.000 EW	2005	2.630	3.382	.	4.315	3.121	3.657	.	3.829	3.792	1.078	4.016	3.352	9	
07.04.02 Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ)	je 100.000 EW	2005	452	655	.	545	492	850	.	627	520	321	477	553	8	
07.05.01 Polizeireviere (24h)	Anzahl	2005	7	28	.	9	19	13	.	24	14	3	14	13	8	
07.07.01 Quelle: PKS/Statistik regional. Bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung.	Anzahl	2005	56,8	36,0	.	54,3	37,3	38,4	.	47,2	31,3	36,1	36,0	41,7	1	
07.07.02 Notrufe über Tel. 110: Ausgelöste Einsätze je 100 Einwohner	Anzahl	2005	9,6	12,6	.	19,1	18,1	13,6	.	19,4	23,7	11,3	14,4	15,8	10	
07.07.03 Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens	%	2005	75,0	x	.	
07.08.01 Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	Anzahl	2005	8,0	10,0	.	10,0	.	12,0	.	.	6,0	.	10,0	9,3	.	
07.08.01 Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	Anzahl	2005	10,0	8,0	.	8,0	.	10,0	.	.	10,0	.	8,0	9,0	.	
07.08.02 Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	Minuten	2005	7,7	x	.	
07.09.01 Soll-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 EW	Anzahl	2005	0,9	1,3	.	1,2	.	1,0	.	.	0,8	.	1,2	1,1	.	
07.09.02 Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 EW	Anzahl	2005	0,9	1,3	.	1,3	.	1,0	.	.	0,8	1,1	1,3	1,1	6	
07.10.01 Brandsätze je 1.000 Einwohner	Anzahl	2005	3,1	4,6	.	4,2	.	4,4	.	.	1,7	2,4	4,1	3,8	5	
07.11.01 Personalfaktor bei der Feuerwehr	Anzahl	2005	4,2	.	.	4,5	.	4,3	.	.	4,6	.	4,5	x	.	
07.12.01 Standesämter: Einwohner je Standesbeamten/-in im Standesamtsbezirk	Anzahl	2002	15.412	10.392	.	.	7.042	.	11.565	x	x	
07.12.02 Standesämter: Beurkundungen je Stelle	Anzahl	2002	447	316	.	.	431	.	475	x	x	

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Benchmarking

Produktplan 07: Inneres

Stand: 15.08.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*	
														Stadtstaaten	Flächenl. (West)		Bundesgebiet
07.06.01 öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz	Euro je EW	2003	332	345	430	190	206	232	216	213	196	213	227	393	209	229	3
07.06.02 öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei	Euro je EW	2003	223	253	336	123	137	143	124	118	127	131	128	298	127	142	3
07.06.03 Personalkosten Polizei	Euro je Polizist Anzahl	2003	37.342	36.563	35.517	37.387	37.097	40.768	38.292	37.617	37.330	36.589	36.705	35.931	37.768	36.605	5
07.06.04 Beschäftigungsvolumen der Polizei je 1.000 Einwohner		2004	5,0	5,6	7,1	2,9	2,9	2,9	2,8	2,6	2,7	3,2	2,8	6,4	2,8	3,2	3

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

07.01. Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bezogen auf den Bevölkerungsstand am 31.12.2004. Polizeibeamte im Vollzug, ohne Auszubildende, WSP und Landesanteil.

07.02. Quelle: PKS/ Statistik regional. Bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung, 2005: bezogen auf den Bevölkerungsstand am 30.06. Aufklärungsquote: Staatedurchschnitt kann nicht berechnet werden, da nur %-Werte der Vergleichsstädte vorliegen.

07.03. Quelle: PKS/ Senator für Inneres und Sport. Polizeibeamte im Vollzug, ohne Auszubildende, WSP und Landesanteil.

07.04. Quelle: Senator für Inneres und Sport/ Statistik regional. Bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung; UHZ: Unfallhäufigkeitsziffer, VHZ: Verunglücktenhäufigkeitsziffer

07.05. Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen verfügt nach der Polizeireform über insg. 18 Polizeireviere, wovon 7 einen 24 h Dienst leisten, die restlichen zwischen 08:00 Uhr und 20:00 Uhr geöffnet sind. Ferner gibt es noch insg. 12 Polizeistationen, die Außenstellen Borgfeld, Oberneuland, Tenever, Weserpark, Arbergen/Mahndorf, Flughafen, Marßel, Grambke, Farge, Lüssum, AWD-Dome, sowie das Kontaktbüro Obernstraße. Diese verfügen über eingeschränkte Öffnungszeiten.

07.06. Quelle: StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1., StaBA: Fachserie 14, Reihe 6.

07.07. Quelle: Senator für Inneres und Sport/ Statistik regional.

07.07.02: Frankfurt 2005: Der Anteil an ausgelösten Einsätzen wurde nur für das 2. Halbjahr 2005 erfasst und in der Tabelle mit 2 multipliziert, da für das erste Halbjahr keine Daten vorliegen.

07.07.03: Die Frage nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bremer Bürger ("Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Stadtteil?") wurde im Befragungszeitraum von 2002-2005 von 75% aller Befragten mit "sicher" bzw. "eher sicher" beantwortet. Dies bedeutet eine Steigerung von 1,5% im Vergleich zur vorherigen Befragung im Zeitraum von 1999-2001. Zur Auswahl standen auch die Antworten "eher unsicher" und "sehr unsicher". Diese Daten werden alle 4 Jahre erhoben. Ein Vergleich mit anderen Städten ist z.Zt. nicht möglich, da dort keine oder andere Daten erhoben werden.

07.08. Quelle: Senator für Inneres und Sport.

07.09. Quelle: Senator für Inneres und Sport.

07.10. Quelle: Senator für Inneres und Sport.

07.11. Quelle: Senator für Inneres und Sport. Anzahl der Stellen, die erforderlich sind, um eine Funktion 24 h zu besetzen

07.12. Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen: Bremen-Mitte, Dortmund: Innenstadt

Produktplan 11 – Justiz

Vorbemerkungen

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	Tsd. €			%	Tsd. €
Personalausg. (incl. Versorg./Beih.)	88.894,9	90.030,9	1.136,1	1,3	92.381,5
Sonst. konsumtive Ausgaben	38.078,0	42.137,5	4.059,5	10,7	34.776,6
Investitionsausgaben	3.247,2	2.545,5	-701,7	-21,6	7.407,0
Gesamtausgaben:	130.220,1	134.713,9	4.493,9	3,5	134.565,1

Auf den **Produktplan „Justiz“** entfallen 2006 **4,1 % der Gesamtausgaben** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (134,6 Mio. €). Der Anteil an den **Personalausgaben** beträgt dabei **8,7 %**; zu beachten ist hierbei der hohe Anteil an Versorgungslasten und Beihilfen. Er macht für 2003 bereits 29.602 T€ aus und erhöht sich auf 30.490 in 2005 bzw. 30.890 T€ in 2006.

Zentrale Ziele des Produktplanes

Kernaufgabe der bremischen Justiz ist die Gewährung individuellen Rechtsschutzes und damit verbunden die Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit als Standortvorteil und wesentlicher Faktor für ein funktionierendes Gemeinwesen. Besonderer Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang eine am Schutz der Bevölkerung orientierte Kriminalitätsbekämpfung zu. Staatsanwaltschaft, Gerichte und Strafvollzug leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit im Lande Bremen.

Die Modernisierung der Justiz ist weiter fortzusetzen, um auch zukünftig den Anforderungen der Aufgabenstellung bei knapper werdenden Ressourcen gewachsen zu sein. Hierzu ist die Binnenreform der bremischen Justiz auf allen Ebenen weiter voranzutreiben mit dem Ziel, Kräfte zu wecken und Energien zu bündeln. Leistungen und Ressourcenverbrauch sind auch im Vergleich zu anderen transparent zu machen. Personalmanagementstrategien sind weiterzuentwickeln und zu implementieren. Die Aufrechterhaltung eines hohen Leistungsstandards trotz sinkender Budgets ist nur möglich, wenn die persönliche Einsatzbereitschaft jedes Einzelnen gefördert wird.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Zur Umsetzung dieser zentralen Zielvorgaben des Ressorts bedarf es vielfältiger Maßnahmen, von denen einige im Folgenden exemplarisch genannt werden sollen:

- Weiterentwicklung des Benchmarkings bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften insbesondere auch mit dem Ziel der Bildung von länderübergreifenden Vergleichsringen
- Weitere räumliche Konzentration der Gerichte durch die Verwirklichung der 2. Stufe des Gerichtszentrums
- Professionalisierung des IuK-Services: Durch die Einrichtung einer gerichtsübergreifenden gemeinsamen IuK-Stelle soll die Betreuung der Fachverfahren verbessert und ihre Aktualisierung im Rahmen länderübergreifender Entwicklungsverbände weiter betrieben werden.
- Implementierung von Personalmanagementstrategien auf der Basis bereits durchgeführter Personalentwicklungsprojekte
- Durchführung von Organisationsuntersuchungen zur Aufbau-, Ablauf- und Prozessoptimierung
- Neustrukturierung des bremischen Strafvollzugs mit dem Ziel der Kostensenkung und Umsetzung des Sanierungskonzeptes als Kernpunkt dieses Prozesses
- Abschluss der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung

Benchmarking-Ergebnisse

Für den Produktplan Justiz liegt sehr umfangreiches Benchmarking-Material auf Länderbasis vor. Um die Übersichtlichkeit gegenüber dem Benchmark-Bericht des Vorjahres zu verbessern, wurde eine veränderte Darstellungsweise gewählt.

Für die Produktgruppe JVA werden Daten für 2005 abgebildet.

Die Zahl der Bediensteten je 100 Gefangene im Strafvollzug konnte in Bremen im Vergleich zum letzten Benchmarking-Bericht von 53,9 trotz gesunkener Gefangenzahlen auf 53,3 gesenkt werden. Im Ländervergleich hat Bremen damit seinen Rangplatz deutlich verbessert (bisher Platz 3, jetzt Platz 6).

Ein deutlicher Anstieg bei den Tageshaftkosten fand gegenüber dem Vorjahr sowohl in Bremen (+ 10%) als auch in Hamburg (+ 13%) statt.

Wie im Vorjahr belegt Hamburg auch in 2005 den Spitzenplatz mit den höchsten Tageshaftkosten je Gefangenen, während Bremen im Ranking der Bundesländer West in 2004 mit 79,96 Euro Tageshaftkosten je Gefangenen Platz 6 und in 2005 mit 88,33 Euro Platz 4 erreichte.

Die Höhe des Tageshaftkostensatzes, d.h., des Haushaltszuschusses je Tag und Gefangenen, steht u.a. in Abhängigkeit von der Entwicklung der Gefangenzahlen. Lag die Jahresdurchschnittsbelegung in der Justizvollzugsanstalt Bremen in 2004 noch bei 744 Gefangenen, ist sie in 2005 auf durchschnittlich 682 Gefangene gesunken. Trotz bereits vollzogener deutlicher Personaleinsparungen und Verbesserung des Platzes im Länderranking in der Relation Bedienstete/Gefangene konnte in 2005 noch keine adäquate Absenkung der Haushaltszuschüsse im Vergleich zu den um immerhin rd. 8,3 % gesunkenen Gefangenzahlen erreicht werden. Die Grundlage für eine weitere Konsolidierung der Personalausgaben ist mit dem vom Ressort beschriebenen Personalentwicklungspfad geschaffen worden, der u.a. eine Reduzierung der Personalausstattung im Justizvollzug um rund 50 Vollzeitäquivalente bis 2009 vorsieht. Mit der Umsetzung des umfangreichen Sanierungskonzepts in der Justizvollzugsanstalt soll eine entscheidende Voraussetzung dafür gelegt werden, dass die weiteren vorgesehenen Personaleinsparungen bis 2009 erbracht werden können. Zudem schafft auch die per 31.12.2005 erfolgte Auflösung des Eigenbetriebs JUDIT und die Reintegration der bisher dem Eigenbetrieb zugeordneten Bereiche in die Justizvollzugsanstalt eine Verbesserung der Organisationsstrukturen und bietet damit einen weiteren Ansatzpunkt für eine veränderte Personalbedarfsplanung.

Die Anzahl der Ermittlungsverfahren ist 2004 in Bremen gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen, so dass Bremen nun fast gleichauf mit Hamburg und deutlich vor Berlin liegt. Die Steuerungsmöglichkeiten werden durch den Legalitätsgrundsatz (§ 152 StPO) begrenzt: Soweit gesetzlich nicht anders bestimmt, ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Kennziffern für die Gerichte sind ebenfalls in der Tabelle dargestellt. Hierbei ist auffällig, dass Bremen bei den Fallzahlen je 100.000 EW durchweg unter dem Stadtstaatendurchschnitt liegt, aber insgesamt – wegen der Stadtstaatenproblematik – stets einen der vorderen Ränge einnimmt.

Darüber hinaus wurden vom Fachressort tabellarische Übersichten zu den weiteren Kennzahlen entsprechend dem Kurzbericht der Sachverständigenkommission „Justiz in Bremen im Benchmark“ bereit gestellt. Hieraus sind die Bremer Werte im Vergleich zum best-practice-Wert und zum Bundesdurchschnitt ablesbar. Stellvertretend werden im Folgenden die Angaben zu den ressourcenintensiven Bereichen Amtsgerichte, Landgericht und Staatsanwaltschaft wiedergegeben. Zu beachten ist, dass die Rangfolge bei diesen Übersichten, anders als in diesem Benchmark-Bericht üblich, eine positiv / negativ Bewertung enthält. D.h., dass sowohl der geringste Wert (z.B. bei der Quote streitige Urteile / Erledigungen) als auch der höchste Wert (z.B. bei den Erledigungen je Richter) ausschlaggebend für Rang 1 sein können. Diese auch in bundesweiten Übersichten für den Justizbereich übliche Wertung wurde hier übernommen, um Missverständnissen und Irritationen, die sich aus einer Angleichung bzw. Umkehrung der Rangfolge ergeben würden, vorzubeugen.

Bewertet werden:

Viele Erledigungen je Richter → positiv,

kurze Verfahrensdauer in Monaten → positiv,

hohe Vergleichsquote (Anteil der Vergleiche an allen Erledigungen) → positiv,

hoher Anteil streitiger Urteile an allen Erledigungen → negativ,

hohe Rechtsmittelerfolgsquote (Anteil erfolgreicher Berufungen an allen Erledigungen) → negativ.

Amtsgerichte Bremen												
2004	Zivilsachen				Familiensachen				Strafsachen ⁴⁾			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	6.	687,8	744,2	687,2	9.	431,6	476,1	427,8	10.	390,4	478,0	428,8
Ø - Verfahrensdauer in Monaten ¹⁾	8.	4,6	3,7	4,4	5.	10,2	8,0	10,4	6.	4,2	2,9	4,0
Quote Vergleiche/ Erledigungen ²⁾	5.	14,2%	18,3%	13,2%	6.	44,1%	57,0%	38,3%				
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	1.	14,8%	14,8%	24,2%								
Rechtsmittelerfolg ³⁾	2.	30,7%	25,8%	49,3%								

Quelle: Berliner Übersicht/ eigene Auswertung

¹⁾ In Familiensachen: durchschnittliche Verfahrensdauer in Ehesachen.

²⁾ In Familiensachen bezieht sich die Vergleichsquote auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen

(Anteil der Vergleiche an den Erledigungen, die den Kindes- oder Ehegattenanteil, das Güterrecht, die Ehwohnung oder den Haushalt betreffen).

³⁾ Urteilsaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

⁴⁾ Spruchkörper insgesamt.

Im Bericht der Sachverständigenkommission ist die Leistungskraft der bremischen Amtsgerichte im Hinblick auf die Benchmarkfaktoren Erledigungen je Richter, Verfahrensdauer, Art der Erledigungen (Vergleiche/streitige Urteile) und Rechtsmittelerfolg eingehend untersucht und bewertet worden. Bei der Mittelwertbetrachtung der Jahre 1994 bis 2000 erreichte Bremen im Bereich der Zivilsachen bereits damals gute Werte. Bezogen auf die Erledigungen je Richter und die Verfahrensdauer wurden die Plätze 7 bzw. 5 belegt. Die besonderen Stärken lagen bei den qualitativ ausgerichteten Merkmalen: Anteil der Vergleiche: Platz 3, Anteil der streitigen Urteile: Platz 1 und Rechtsmittelerfolgsquote: Platz 1. Die in der Langzeitbetrachtung ermittelten Leistungswerte werden durch das für 2004 vorgelegte Datenmaterial bestätigt. Während im Jahre 2000 die Zivilrichter im Schnitt noch 638 Verfahren durchschnittlich pro Jahr erledigten, waren es im Jahr 2004 688, was dem 6. Rangplatz entspricht. Die Verfahrensdauer liegt nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt. Die sehr guten Platzierungen bei den qualitativen Merkmalen konnten im Wesentlichen gehalten werden.

Auch in Familiensachen konnten die Erledigungszahlen deutlich gesteigert werden. Während die Sachverständigenkommission noch den Mittelwert von 356 Erledigungen je Richter für die Jahre 1994 bis 2000 festgestellt hat, ergeben sich für das Jahr 2004 431 Erledigungen in Familiensachen und damit ein Wert, der über dem Bundesdurchschnitt liegt. Bei der durchschnittlichen Verfahrensdauer in Familiensachen und der Vergleichsquote belegen die bremischen Amtsgerichte auch in 2004 vordere Plätze im bundesweiten Ranking.

In Strafsachen gelingt es den Amtsgerichten nach wie vor, eine kurze Verfahrensdauer zu gewährleisten. Gegenüber dem von der Sachverständigenkommission festgestellten Mittelwert von 4,6 Monaten hat sich die Verfahrensdauer aktuell noch weiter verkürzt. Zu der Erledigungsquote ist anzumerken, dass in der Tabelle ein Durchschnittswert für die unterschiedlichen Spruchkörper gebildet worden ist. Für die Teilbereiche des Jugendrichters und Jugendschöffengerichts werden im Bundesvergleich seit Jahren konstant hohe Erledigungszahlen erzielt. Im Hinblick auf die vergleichsweise schlechteren Platzierungen bei den Strafsachen gegen Erwachsene sind besondere Faktoren zu berücksichtigen, die erheblich negative Auswirkungen auf die Erledigungsstatistik haben. Die Sachverständigenkommission hat insoweit in einer Fallstudie festgestellt, dass in anderen Großstädten deutlich weniger Gebrauch von Strafbefehlsverfahren gemacht wird. Dies hat zur Folge, dass Hauptverhandlungen auch dort geführt werden, wo der Täter geständig ist. Derartige Verfahren bereiten weit unterdurchschnittlichen Hauptverhandlungsaufwand. Des Weiteren besteht in Bremen die Tendenz zu einer frühen Verfahrensverbundung bereits bei der Staatsanwaltschaft, während andernorts viele Einzelanklagen gefertigt werden, die erst im gerichtlichen Verfahren miteinander verbunden werden.

Landgericht Bremen																
2004	Zivilsachen I. Instanz				Zivilsachen II. Instanz				Strafsachen I. Instanz				Strafsachen II. Instanz			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	1.	253,1	253,1	189,1	1.	234,8	234,8	187,7	14.	11,0	23,2	14,6	16.	115,3	206,0	163,7
Ø - Verfahrensdauer in Monaten	8.	7,7	5,6	7,3	4.	4,6	4,2	4,9	13.	7,4	5,3	6,1	16.	5,5	3,5	3,9
Quote Vergleiche/ Erledigungen	4.	24,9%	28,5%	21,7%	7.	12,2%	15,6%	11,1%								
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	2.	19,3%	19,1%	24,1%	10.	33,5%	26,0%	34,5%								
Rechtsmittelerfolg ¹⁾	1.	25,0%	25,0%	51,0%												

Quelle: Berliner Übersicht

¹⁾ Urteilsaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

Das Landgericht zeichnet sich in Zivilsachen seit Jahren durch eine hohe Produktivität aus. Die Datengrundlage für 2004 weist für Bremen die mit Abstand höchste Erledigungsquote pro Richter aus. Bereits in der Sachverständigenkommission ist auch in der mehrjährigen Betrachtung der best-practise-Wert von den Zivilkammern des Landgerichts erzielt worden. Die guten Plätze bei der Urteils- und Vergleichsquote sind Ausdruck einer Verhandlungsführung, die Raum für ein ausführliches Rechtsgespräch mit den Parteien und den Rechtsanwälten bietet. Die geringe Rechtsmittelerfolgsquote unterstreicht den hohen Leistungsstand auch in qualitativer Hinsicht. Die überdurchschnittliche Verfahrensdauer ist Folge der hohen Verfahrensbelastung.

Der Umfang und die Verfahrensdauer in erstinstanzlichen Strafsachen sind bundesweit sehr unterschiedlich. Im großstädtischen Bereich fallen mehr so genannte "Umfangsverfahren" an als in Landgerichtsbezirken mit mittleren und kleinen Städten. Nach den Feststellungen der Sachverständigenkommission lag im langjährigen Mittel (1994 – 2000) die Varianz zwischen 6,2 Erledigungen pro Richter in einem Stadtstaat (Hamburg) und 17,2 Verfahren in einem Flächenland (Saarland). Bremen gehört zu den zehn größten Städten in Deutschland. Ein Vergleich dieser Städte untereinander wäre sinnvoll, ist aber derzeit nur mit den Großstädten Berlin und Hamburg möglich, weil die Justizstatistik der Flächenländer die Großstädte nicht besonders ausweist. Im Vergleich zu den beiden anderen Stadtstaaten liegt Bremen unter Zugrundelegung der Zahlen aus 2004 im Mittelfeld. Die schlechten Rangplätze bei den Strafsachen der II. Instanz sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass alle Vorsitzenden zugleich eine Kleine Strafkammer leiten und überwiegend mit vorrangigen Haftsachen I. Instanz ausgelastet sind. Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres soll einem Vorsitzenden ausschließlich der Vorsitz einer Kleinen Strafkammer übertragen werden, um die Erledigungsquote und die Verfahrensdauer bei den zweitinstanzlichen Verfahren zu senken.

Staatsanwaltschaft Bremen				
2004	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Dezernent (StA/AA)	1.	1.244,4	1.244,4	1.056,6
Ø - Verfahrensdauer in Monaten	12.	2,6	1,3	1,9

Quelle: Berliner Übersicht

Die Staatsanwaltschaft Bremen weist in dem hier maßgeblichen Zeitraum die bundesweit höchste Erledigungsquote auf. Der hohe Leistungsstand wird auch durch eine langjährige Betrachtung bestätigt. Nach den Feststellungen der Sachverständigenkommission gehörte die Staatsanwaltschaft Bremen auch unter Berücksichtigung des Mittelwertes der Erledigungszahlen von 1994 bis 2000 zur Spitzengruppe. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Erledigungen je Dezernent pro Jahr seinerzeit im Mittelwert bei 851 lagen. Im Jahr 2004 liegt die durchschnittliche Erledigungsquote im Bund bei über 1000 Verfahren pro Jahr und Dezernent. In Bremen ist die Anzahl der erledigten Verfahren pro Dezernent sogar auf 1244 und damit gegenüber dem vorherigen Mittelwert um 50% angestiegen. Die überdurchschnittliche Verfahrensdauer ist der hohen Belastung geschuldet, die sich durch eine im Bundesvergleich hohe Anzahl an Eingängen und Beständen ausdrückt.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Über den Leistungsstand der Justiz liegen differenzierte Kennziffern vor, die einen aussagekräftigen Vergleich mit den anderen Bundesländern ermöglichen.

Der Anregung aus der Staatsräteklausur, Kennzahlen zu Erledigungen und Verfahrensdauern für den Produktplan Justiz darzustellen, wurde in diesem Bericht nachgekommen.

Die hier gewählte Darstellungsform soll in Folgeberichten beibehalten werden.

Benchmarking

Produktplan 11: Justiz

Stand: 11.09.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	
11.01.01 Inhaftierte	je 100.000 EW	2005	103	155	153	78	101	91	87	98	100	87	58	148	91	3
11.02.01 Tageshaftkosten ohne Baukosten	Euro	2005	88,3	109,9	82,0	71,9	62,1	87,3	83,8	75,6	75,1	91,9	90,6	93,4	79,8	4
11.03.01 Kosten für den Strafvollzug	Euro je EW	2005	33,2	62,1	45,9	20,4	22,9	29,0	26,7	27,1	27,3	29,1	19,0	49,3	25,0	3
11.04.01 Bedienstete je 100 Gefangene im Strafvollzug	Anzahl	2005	53,3	58,7	54,7	42,5	39,7	44,8	55,1	45,8	46,7	54,2	53,9	55,9	45,4	6
11.05.01 Ermittlungsverfahren, Js Verfahren ohne je 100.000 Abgabe innerhalb der STA	je 100.000 EW	2004	9.422	9.486	8.581	4.754	5.017	5.706	5.686	6.092	6.675	5.509	6.281	8.949	5.602	2
11.06.01 Amtsgerichte: Familiensachen, Eingänge	je 100.000 EW	2004	755	758	717	570	572	683	738	801	741	891	725	734	692	4
11.06.02 Amtsgerichte: Zivilsachen, Eingänge	je 100.000 EW	2004	2.084	.	3.308	1.443	1.520	1.921	1.654	2.082	1.808	1.835	1.632	.	1.752	2
11.06.03 Amtsgerichte: Strafverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2004	1.437	1.587	1.706	781	1.060	916	954	1.233	904	927	830	1.639	1.012	3
11.07.01 Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge	je 100.000 EW	2004	552	1.027	768	505	562	592	451	545	458	519	416	821	522	5
11.07.02 Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge	je 100.000 EW	2004	23	24	30	13	16	22	16	19	20	23	13	28	17	3
11.08.01 Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2004	424	462	612	222	223	305	283	321	220	220	264	546	268	3
11.09.01 Finanzgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2004	131	129	147	60	63	71	139	115	47	77	56	140	87	3
11.10.01 Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	2004	332	450	493	281	305	297	305	387	400	467	311	462	333	6
11.11.01 Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	2004	886	882	1.107	583	644	1.149	561	733	575	582	536	1.014	687	3

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 11.01. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung; Jahresdurchschnittsbelegung
- 11.02. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung
- 11.03. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
- 11.04. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung. Alle Dienste und Laufbahnen
- 11.05. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional. Js Verfahren: Justiz-Strafverfahren gegen namentlich bekannte Personen. Bundeswert ohne Mecklenburg-Vorpommern.
- 11.06. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
11.06.02: Bundeswert 2004 ohne Hamburg.
- 11.07. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
- 11.08. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
- 11.09. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
- 11.10. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional
- 11.11. Quelle: Senator für Justiz und Verfassung, Statistik regional

Produktplan 12 Sport

Vorbemerkungen

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	Tsd. €		%		Tsd. €
Personalausg. (incl. Versorg./Beih.)	1.541	1.509	-32	-2,1	1.473
Sonst. konsumtive Ausgaben	9.158	8.681	-477	-5,2	9.116
Investitionsausgaben	10.438	6.122	-4.315	-41,3	4.094
Gesamtausgaben:	21.137	16.313	-4.825	-22,8	14.683

Auf den **Produktplan „Sport“** entfallen 2006 knapp **0,5 % der Gesamtausgaben** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (14,7 Mio. €). Während sich die Ist-Ausgaben des Bereichs für Personal und sonstige konsumtive Ausgaben zwischen 2003 und 2005 nur leicht reduziert haben, fielen die Investitionsausgaben im gleichen Zeitraum deutlich rückläufig aus (-41,3 %).

Zentrale Ziele des Produktplanes

Gewährleistung des Bäderbetriebes in Kooperation mit der Bremer Bäder GmbH und Steuerung des Sportbereichs mit den Schwerpunkten Sportinfrastruktur, Sportflächen und –gebäuden.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Bäder:

- Konzentration von Investitionsmitteln auf Bäder mit zentraler Bedeutung
- Sicherung des Schwimmangebotes für den Schwimm- und Schulsport
- Konsolidierung und Ausbau des Besucheraufkommens
- Reduzierung des konsumtiven Zuschussbedarfes

Sport:

- Überprüfung der Sportinfrastruktur und der Nutzungsintensität von Sportstätten u. a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
- Optimierung von Sportflächen und Sportgebäuden mit dem Ziel, freiwerdende Mittel für die Modernisierung von Sportstätten zu nutzen
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Vereinen
- Effizienterer Einsatz der Energieressourcen auf den Sportanlagen (Projekt „Energieteam“)

Benchmarking-Ergebnisse

Der Benchmarking-Prozess im Sportbereich wird nach wie vor erschwert durch die unterschiedliche und in vielen Fällen unklare Abgrenzung und Definition der darzustellenden Teilbereiche.

Die zwischenzeitlich verbesserte Erfassung der Sportflächen hat zu erheblichen Veränderungen der Zahlen für 2005 im Vergleich zu den im vorangegangenen Benchmarking-Bericht ausgewiesenen Werten für 2003 bzw. 2002 geführt.

So liegt Bremen bei den kommunalen Sportflächen pro Einwohner nicht mehr deutlich vorne (2003: 3,3 qm; 2005: 2,1 qm). Auch die Ausgaben für Sportflächen je Einwohner wurden nach den neuen Berechnungen des Senators für Inneres und Sport deutlich niedriger ausgewiesen (von 5,7 € auf 3,9 €).

Nach wie vor liegen Daten für Vergleichsstädte nur sehr lückenhaft vor. Eine entscheidende Verbesserung der Datengrundlage ist durch die AG Deutsche Sportämter zu erwarten, die u.a. den Kennziffernvergleich vorantreiben soll.

Im Bäderbereich zeichnet sich für 2005 gegenüber dem Vorbericht (Daten für 2003) eine deutliche Reduzierung des Zuschusses pro Besucher (1,7 € gegenüber 2,2 €) ab und auch der Kostendeckungsgrad ist im selben Zeitraum von 60,3 % auf 75,7 % gestiegen. Ein Vergleich dieser Kennziffer mit anderen Städten ist z.Z. nicht möglich.

Für die Wasserfläche je 1.000 Einwohner (ohne Naturbäder) war im vorangegangenen Bericht auf der Basis der Sportstättenstatistik auf (komplette) Länderdaten zurückgegriffen worden. Insofern sind die aktuell vom Senator für Inneres und Sport gelieferten sehr lückenhaften Städte-Angaben für 2005 kaum vergleichbar. Demnach wird allerdings für Hamburg eine deutliche Zunahme der Wasserfläche pro 1.000 EW ausgewiesen (29,3 gegenüber 15,5 qm) und für Bremen eine immense Abnahme (von 46,5 auf nunmehr 25,3 qm).

Auch für den Bereich der Bäder ist eine Verbesserung der Datenlage zu erwarten. Der Bundesverband öffentlicher Bäder soll zukünftig als Quelle für entsprechendes Zahlenmaterial genutzt werden.

Zusammenfassung

Aus der rudimentären Darstellung und den erheblichen Schwankungen zwischen aktuellem und vorangegangenen Bericht wird deutlich, dass für den Produktbereich 12 noch erhebliche Probleme bestehen, aussagefähiges und belastbares Datenmaterial zur Verfügung zu stellen. Leider konnte bislang weder über die Sportministerkonferenz noch über die Sportreferenten der Länder eine Verbesserung erzielt werden.

Die Fortführung der Beteiligung Bremens an Vergleichsringen soll wie oben dargestellt erfolgen.

Eine verbesserte Verzahnung mit dem Schulsport ist zwischenzeitlich erfolgt. Eine Kooperationsvereinbarung zum zentralen Sporthallenmanagement zwischen dem Senator für Inneres und Sport und dem Senator für Bildung und Wissenschaft wurde im Juli 2006 unterzeichnet.

Im vorangegangenen Benchmark-Bericht war angemerkt worden, dass Bremen das einzige Bundesland ohne Olympiastützpunkt (OSP) ist. Eine Prüfung wurde durch den Senator für Inneres und Sport zwischenzeitlich vorgenommen. Im Ergebnis wird die Einrichtung eines OSP als unrealistisch eingeschätzt und statt dessen die Weiterentwicklung der Spitzensportstruktur angestrebt.

Benchmarking

Produktplan 12: Sport

Stand: 03.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
12.01.01 Sportflächen (kommunal) pro Einwohner	m²	2005	2,1	2,1	1,8	7,3	1,7	.	2,4	.	1,7	.	.	6,7	1,9	4
12.02.02 Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Einwohner	Euro	2005	3,9	8,5	4,0	.	.	.	6,4	.	13,1	.	.	16,5	6,8	6
12.02.03 Sportflächen (kommunal): Ausgaben je m²	Euro	2005	1,8	4,1	2,2	.	.	.	2,5	.	6,9
12.02.04 Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Vereinsportler	Euro	2005	15,7	30,0	25,3	.	.	.	33,9	.	46,9	.	.	83,1	32,7	6
12.03.01 Wasserfläche pro 1.000 EW (ohne Naturbäder)	m²	2005	25,3	29,3	.	.	.	41,5	.	.	20,1
12.04.01 Bäder: Zuschuss pro Besucher	Euro	2004	2,1	.	5,3	.	.	3,9	3,5	5,2	.	.
12.04.02 Bäder: Zuschuss pro Einwohner	Euro	2003	6,6	10,1	10,5	.	.	10,0	7,8	10,2	.	.
12.04.03 Bäder: Zuschuss pro Bad	Euro	2005	269.000	667.192	617.188	.	.	375.714	490.000	487.280	.	.	.	466.100	.	7
12.05.01 Bäder: Einwohner pro Bad	Anzahl	2005	45.489	64.388	52.991	52.132	46.309	30.340	65.060	73.782	39.437	34.578	62.815	51.344	8	
12.06.01 Bäder: Besucher pro Bad	Anzahl	2005	153.759	180.769	117.188	.	157.884	.	160.000	.	.	.	89.789	.	.	
12.07.01 Bäder: Kostendeckungsgrad	%	2003	60,3	53,8	38,0	.	.	.	51,2	
12.08.01 Bäder: insgesamt	Anzahl	2005	12	27	64	11	14	17	15	17	15	17	8	19	10	
12.08.02 Bäder: Hallenbäder	Anzahl	2005	7	20	37	7	7	8	10	9	10	12	5	12	10	
12.08.03 Bäder: Freibäder	Anzahl	2005	5	6	27	4	7	9	5	8	5	3	3	7	7	
12.09.01 Sportplätze (kommunal)	Anzahl	2005	276	263	332	246	54	231	101	143	113	116	110	174	2	
12.09.02 Rundlaufbahnen (kommunal)	Anzahl	2005	22	53	113	26	5	22	.	41	.	29	32	.	7	
12.09.03 Sporthallen (kommunal)	Anzahl	2005	179	665	1.144	186	46	208	0	437	207	211	182	.	9	

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen

- 12.01 Quelle: Senator für Inneres und Sport, Statistik regional.
- 12.02 Quelle: Senator für Inneres und Sport, Statistik regional.
- 12.03 Quelle: Senator für Inneres und Sport.
- 12.04 Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen: Bäder der Bremen Bäder GmbH. Zuschuss: konsumtive Mittel
- 12.05 Quelle: Senator für Inneres und Sport, Statistik regional. Bremen: Bäder der Bremen Bäder GmbH
- 12.06 Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen: Bäder der Bremen Bäder GmbH
- 12.07 Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen: Bäder der Bremen Bäder GmbH
- 12.08 Quelle: Senator für Inneres und Sport. Bremen: Bäder der Bremen Bäder GmbH
- 12.09 Quelle: Senator für Inneres und Sport.

12.09.01: Hinzu kommen nicht-öffentliche Sportplätze in Bremen (9) und Hamburg (78)

12.09.02: Hinzu kommen nicht-öffentliche Rundlaufbahnen in Hamburg (9).

12.09.03: Hinzu kommen nicht-öffentliche Sporthallen in Bremen (35), Hamburg (71), Hannover (2).

Produktplan 21 Bildung

Vorbemerkungen

Der Mitteleinsatz stellt sich wie folgt dar:

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	Tsd. €			%	Tsd. €
Personalausg. (incl. Versorg./Beih.)	411.169	420.145	8.976	2,2	419.580
Sonst. konsumtive Ausgaben	168.143	155.025	-13.119	-7,8	180.542
Investitionsausgaben	15.842	25.639	9.797	61,8	20.773
Gesamtausgaben:	595.154	600.809	5.655	1,0	620.895

Auf den Produktplan „Bildung“ entfallen 2006 kapp 19 % der Gesamtausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (620,9 Mio. €). Die deutliche Reduzierung im Bereich der sonstigen konsumtiven Ausgaben 2005 im Vergleich zu den Ist –Ausgaben 2003 ist zurückzuführen auf die treuhänderische Verausgabung von Mitteln durch die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur außerhalb des Kernhaushaltes; die starke Erhöhung der Investitionsausgaben 2005 im Vergleich zu den Ist–Ausgaben 2003 ist begründet durch erhebliche Ausgabensteigerung für das Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsschulen).

Zentrale Ziele des Produktplanes

Die Ziele des Produktplans orientieren sich für den Schulbereich an 4 Säulen

- Eigenverantwortung der Schule (wirtschaftlich und inhaltlich) auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen
- Förderung von Unterrichts- und Schulentwicklung in jeder Schule
- Aufbau eines Qualitätsmanagements zur Sicherung von Leistungszielen
- Nutzung neuer Steuerungselemente zur Erreichung langfristiger Effizienzgewinne

Zusätzliche Ziele sind:

Gleichwertige Versorgung (Lehrer) der Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Anpassung der Privatschulfinanzierung an den Bundesdurchschnitt.

Neuaufstellung der Organisation des Landesinstituts und Ausrichtung des Dienstleistungsangebotes des LIS an die Bedarfslage der Schulen

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

- Aufrechterhaltung des Schulbetriebes (Schulverwaltung, Bewirtschaftung, Sachkosten für den Unterricht)
- Sicherung der Unterrichtsversorgung im Rahmen des Bundesdurchschnitts der Schüler-Lehrer-Relation
- Ausbau eines Personalmixes im Grund-, Sonderschulbereich und in der Sekundarstufe I durch eine Ausdifferenzierung in die Kernbereiche „Unterricht“ (Lehrkräfte) und „unterrichtsergänzende und –unterstützende sowie sozial- und heilpflegerische Maßnahmen“
- Einrichtung einer Innovations- und Qualitätsentwicklung, in der alle Maßnahmen der Standardsicherung (z. B. Vergleichsarbeiten), der internen und externen Evaluation und der Bildungsberichterstattung gezielt gesteuert werden sollen.
- Systematische Personalentwicklung
- Effizienterer Ressourceneinsatz (Personal, Gebäude) durch die eingeleiteten Umstrukturierungsmaßnahmen

- Inhaltliche und schulorganisatorische Maßnahmen zur Absenkung der Wiederholer- und Abbrecherquoten
- Verzahnung der Aus- und Weiterbildung der beruflichen Schulen mit den Betrieben zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes bei gleichzeitiger Rücknahme von Bildungsangeboten im Vollzeitbereich.
- Senkung der Betriebskosten durch Standortoptimierungen im Schulbereich
- Verpflichtende Teilnahme an der Verlässlichen Grundschule
- Einrichtung weiterer Ganztagschulen
- Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf 8 Jahre
- Abbau der einzügigen Gymnasialbildungsgänge
- Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufen und des beruflichen Schulwesens in Richtung auf regionale Bildungszentren.
- Weiterführung des Programms „Ausstattung der Schulen im Bereich Informationstechnologie und Neue Medien“
- Weiterführung der laufenden innovativen Projekte im Schulbereich
- Gemeinsame länderübergreifende Aufgabenerledigung in den Bereichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, Curriculumentwicklung und Standardsicherung

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Die Auswahl der Kennzahlen, die als politisch besonders relevant angesehen werden, wurde gegenüber vorangegangenen Berichten ausgeweitet. Dies betrifft die „Erteilten Unterrichtsstunden je Schüler an allgemein bildenden Schulen“; den „Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung“ und die „Wiederholerquote“.

Soweit möglich erfolgt eine Gegenüberstellung der Werte im 5-Jahres-Vergleich (1999 und 2004).

Als Basis für die Kennzahlen-Darstellung wurden wie in den Vorjahren im Wesentlichen KMK-Unterlagen genutzt. Die Darstellungen umfassen folglich immer öffentliche und private Schulen zusammen. Eine entsprechende Aufteilung wäre zwar für Bremer Daten möglich; aber nicht für die übrigen Vergleichsländer.

Bei der Diskussion der Kennzahlen wurde für den Bildungsbereich u.a. thematisiert, dass die Konzentration ausschließlich auf die westdeutschen Vergleichsländer überdacht werden sollte und evtl. bei nachfolgenden Berichten das Spektrum des Ländervergleichs erweitert bzw. komplettiert werden sollte.

Ausgaben pro Schüler/in:

Auch 2003 lag das Ausgaben-Niveau der Stadtstaaten deutlich über Bundesdurchschnitt (+ 800 €). In Bremen sind die Gesamtausgaben je Schüler/in gegenüber 2002 wieder gestiegen (+ 200 €); trotzdem liegen die Gesamtausgaben deutlich unter denen in Berlin und Hamburg.

Zu beachten ist, dass Bremen bei dem hier vorgenommenen Ländervergleich der Gesamtausgaben auf Rang 3 liegt; der u.a. in Presseerklärungen angegebene Rang 4 ergibt sich bei Einbeziehung der neuen Bundesländer. Dann rutscht Thüringen auf Rang 3 vor Bremen.

Perspektivisch ist von einem Anstieg der Ausgaben pro Schüler/in auszugehen, was zum einen an den sog. PISA-Maßnahmen und zum anderen an der Einrichtung zusätzlicher Ganztags-Betreuungsangebote liegt. Hierbei handelt es sich um einen bundesweiten Niveausprung.

Schüler/Lehrer-Relation (SLR):

Die SLR ist in Bremen – an den beruflichen Schulen – erneut gestiegen. Damit liegen die Werte an den Bremer Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen deutlich über den Werten der übrigen Stadtstaaten und insgesamt auch knapp über dem Bundesdurchschnitt.

Nach wie vor liegt die SLR in Bremen-Stadt mit 17,4 deutlich über dem Wert für Bremerhaven: 17,1 (2004).

Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/in:

Die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler/in liegt in den Stadtstaaten generell deutlich höher als in den Flächenländern. Allerdings bildet Bremen hier das Schlusslicht der Stadtstaaten und – entgegen fast allen anderen Vergleichsangaben – fand in Bremen gegenüber 1999 eine Reduzierung statt, was auf die in gleichen Zeitraum gestiegene SLR zurückzuführen ist. Der Input an Lehrerwochenstunden ist folglich im Betrachtungszeitraum verringert worden, was sich natürlich auch in einem zwar nicht in gleichem Maße, aber doch etwas verringerten Output an erteilten Unterrichtsstunden je Schüler bemerkbar macht.

Absolventen:

Der Anteil der Absolventen ohne Hauptschulabschluss ist zwischen 2003 und 2004 in Bremen gestiegen (von 8,6 auf 9,1 %), während der Anteil im Bundesdurchschnitt zurückgegangen ist (von 9,1 auf 8,8 %). Bremen ist aber im Norden das Land mit der geringsten Quote von Absolventen ohne Hauptschulabschluss. In Hamburg (11,5%), Niedersachsen (10,4%), Mecklenburg-Vorpommern (10,3%) und Schleswig-Holstein (9,8%) sind diese Quoten erheblich höher.

Wiederholerquote:

Bei der Wiederholerquote liegt Bremen auf dem 3. Rang hinter Bayern und Berlin. Ziel ist es, die Wiederholerquote in Bremen zu senken (s.o.).

Zuschuss an Privatschulen:

Auf Bitte der Staatsräte-Klausur wird ein entsprechender Bundesländervergleich für 2004 aufgenommen (Ausnahme: Berlin; Daten liegen nicht vor). Die Steuerungsmöglichkeiten Bremens im Hinblick auf die Zuschüsse an Privatschulen sind gesetzt durch den politischen Beschluss, eine Steigerung der Zuschüsse auf Bundesdurchschnitt vorzunehmen.

Bundesländervergleich 2004 Zuschuss an Privatschulen				
Land	Grundschule	Kl. 5-10 H, R, Gym	GyO	SoSch Allgm
Baden-Württemberg	1.872	2.972	3.629	11.760
Bayern	2.560	3.748	4.884	4.864
Bremen	2.608	3.049	4.003	7.681
Brandenburg	3.198	3.225	4.375	10.680
Hamburg	3.450	3.958	4.345	13.687
Hessen	3.068	2.892	5.337	4.853
Mecklenburg-Vorpommern	3.117	3.509	3.290	15.431
Niedersachsen	2.025	2.801	3.255	4.889
Nordrhein-Westfalen	4.041	4.029	4.524	10.687
Rheinland-Pfalz	2.674	3.040	3.850	14.216
Saarland	3.071	3.022	3.423	10.827
Sachsen	2.261	3.316	3.695	4.891
Sachsen-Anhalt	2.943	3.407	4.090	12.383
Schleswig-Holstein	2.981	3.667	4.501	7.144
Thüringen	3.640	3.640	3.640	7.930
Mittelwert	2.901	3.352	4.056	9.462

Quelle: KMK (Berlin hat keine Daten gemeldet)

Anmerkung: Im Jahr 2004 hatte Bremen die 1. Steigerungstufe zur Angleichung an den Bundesdurchschnitt umgesetzt, die 2. Angleichung wurde in 2005 vorgenommen, die 3. Angleichungsstufe erfolgt zum Sommer 2006.

Vergleichsdaten aus KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung:

Es liegen Vergleichsdaten aus dem zwischenzeitlich weiter entwickelten Vergleichsring Schulverwaltung vor. Teilnehmerstädte: Bremen, Düsseldorf, Dortmund, Karlsruhe, Krefeld, Nürnberg, Stuttgart und Leipzig.

Es zeigt sich eine erhebliche Bandbreite zwischen minimalem und maximalem Wert sowie ein Abschneiden Bremens im unteren Bereich. Der Austausch im KGSt-Vergleichsring soll – wie in der Staatsräte-Klausur erbeten – weiter intensiviert und wenn möglich um die Angabe „Fläche pro Schüler“ erweitert werden.

KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung GK 1-3, Kennzahlen 2004			
Kennzahl	Minimum	Maximum	Stadt Bremen
Betriebskosten* je m ² BGF	17,31 €	28,70 €	19,88 €
Davon Wärmekosten je m ² BGF	4,46 €	10,53 €	4,79 €
Davon Reinigungskosten je m ² BGF	6,18 €	12,22 €	10,50 €
Personalkosten Hausmeister je m ² BGF	5,81 €	10,28 €	6,10 €

*Zu den Betriebskosten zählen: Abfallbeseitigungs-, Strom-, Wärme-, Versicherungs-, Reinigungs-, Grünflächenpflege-, Außenreinigungs- und sonstige Betriebskosten. Personalkosten Hausmeister zählen nicht dazu sondern werden gesondert ausgewiesen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Das Kennzahlen-Spektrum konnte erweitert werden; die Prüfaufträge (zu Privatschulen und KGSt-Vergleichsringen) wurden aufgegriffen. Ergänzungsbedarf wird von der Benchmarking Begleit-AG z.Z. nicht gesehen.

Benchmarking

Produktplan 21: Bildung

Stand: 10.07.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			Rang Land Bremen*
														Stadtstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet	
21.01.01 Gesamtausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2003 1999	4.900 5.100	6.000 5.900	5.200 4.900	4.700 4.400	4.800 4.600	4.500 4.200	4.500 4.300	4.300 4.200	4.400 4.200	4.200 4.100	4.500 4.300	4.600 4.300		3 2	
21.01.02 Personalausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2003 1999	4.200 4.500	4.700 4.700	4.700 4.200	3.800 3.700	3.800 3.600	3.600 3.500	3.800 3.700	3.500 3.500	3.600 3.500	3.600 3.500	3.600 3.600	3.800 3.500		3 2	
21.01.03 Sachausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2003 1999	500 400	700 700	400 400	500 500	500 400	500 400	500 400	500 500	400 400	400 500	500 500	500 400		2 7	
21.02.01 Schüler-Lehrer-Relation (alle Schularten)	Schüler/-innen je Lehrer	2004 1999	17,4 17,1	16,2 14,9	14,9 15,5	16,7 17,2	18,0 17,8	18,4 18,4	17,6 18,0	18,5 18,5	18,0 18,6	17,8 19,0	18,3 18,2	17,9 17,6		8 9	
21.02.02 Schüler-Lehrer-Relationen an allgemein bildenden Schulen	Schüler/-innen je Lehrer	2004 1999	15,8 15,5	15,0 13,8	13,7 14,4	15,9 16,5	16,7 16,5	17,3 17,2	16,8 17,0	17,3 17,2	16,7 17,3	16,3 17,9	17,1 17,0	16,0 16,4		9 9	
21.02.03 Schüler-Lehrer-Relation an beruflichen Schulen	Schüler/-innen je Lehrer	2004 1999	24,4 24,3	21,4 20,2	21,8 22,8	20,2 20,2	26,4 25,3	24,4 24,4	21,2 22,8	26,0 27,1	25,8 26,4	24,8 24,0	24,9 24,9	23,7 24,4		6 6	
21.03.01 Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler an allgemein bildenden Schulen	%	2004 1999	1,56 1,62	1,75 1,68	1,73 1,54	1,51 1,47	1,47 1,41	1,48 1,42	1,45 1,41	1,38 1,34	1,49 1,40	1,47 1,38	1,40 1,41	1,50 1,44		3 2	
21.04.01 Absolventen der allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife	%	2004 1999	30,2 30,3	32,0 32,1	30,5 29,4	21,6 21,1	18,9 19,0	25,9 25,8	20,0 21,8	25,7 26,9	22,0 22,8	22,8 22,4	20,3 21,0	22,4 24,2		3 2	
21.04.02 Absolventen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss	%	2004 1999	9,1 8,5	11,5 11,5	11,1 10,9	7,5 7,8	8,7 8,9	9,2 9,4	10,4 9,3	6,8 5,9	8,9 9,2	6,1 10,9	9,8 10,2	8,2 8,9		6 9	
21.05.01 Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	%	2004 1999	43,8 42,3	45,9 47,9	42,5 37,5	42,3 35,8	32,6 29,7	46,4 42,6	40,4 36,1	51,9 44,4	38,6 34,9	45,3 40,0	38,3 33,3	41,6 36,9		5 4	
21.06.01 Wiederholerquote	%	2004	3,4	2,5	3,7	1,9	4,1	3,2	2,2	2,6	2,4	3,2	2,6	2,8		3	

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 21.01. Statistisches Bundesamt: Im Focus: Ausgaben je Schüler/in.
- 21.02. KMK: Dokumentation 179
- 21.03. KMK: Dokumentation 179. Die Kennzahl sagt aus, wieviele Unterrichtsstunden verfügbar wären, um jedem Schüler Einzelunterricht und damit die ungeteilte Aufmerksamkeit durch die Lehrkraft zukommen zu lassen.
- 21.04. KMK: Dokumentation 179/ Dokumentation 174. Für das Land Bremen wurde bei der Berechnung ein korrigierter Wert verwendet, da der veröffentlichte Wert Doppelerfassungen enthält.
- 21.05. KMK: Dokumentation 179
- 21.06. KMK: Klassenwiederholer. Die Wiederholerquote wird berechnet aus der Anzahl der Nichtversetzten und der freiwilligen Wiederholer dividiert durch die Gesamtzahl der Schüler/innen im gleichen Jahrgang.

Produktplan 22 Kultur

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Kulturressort hat sich im vergangenen Jahr erfolgreich um eine Verbesserung der Datenlage zum Benchmarking des Kulturbereichs bemüht. Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um Grunddaten und Kennzahlen für einen Vergleich der Kulturausgaben auf Städteebene zu ermitteln. In Reaktion auf den Benchmarking-Bericht 2005 wurden die Ergebnisse dieser Untersuchungen der Deputation für Kultur vorgestellt.

Nach Auffassung des Kulturressorts sind Benchmarking-Vergleiche vor allem auf Ebene kommunaler Vergleiche durchzuführen, weil es - zumindest aus kulturfachlicher Sicht - kein mit dem Zwei-Städte-Staat Bremen vergleichbares Bundesland gibt. Es gibt jedoch vergleichbare Städte für Bremen und Bremerhaven, die beiden Städte des Landes Bremen. Die Berechnungen, die beim Senator für Kultur auf Basis von kommunalen Daten durchgeführt wurden, basieren allerdings zum Teil auf Plausibilitäts-Annahmen und können daher nach Auffassung der Begleit-AG nicht für eine valide Aussage verwendet werden.

Für die folgenden Vergleiche wurden – neben den bereits im Vorjahr ausgewerteten Kennzahlen – daher zunächst wieder Daten des zwischenzeitlich neu erschienenen Kulturfinanzberichtes verwendet, die auf Länderebene erhoben wurden. Bei dieser Untersuchung des Statistischen Bundesamtes werden Kulturausgaben und Leistungsangaben der Länder und jeweiligen Gemeinden zusammengefasst aufgeführt.

Der Senator für Kultur gibt dabei zu bedenken, dass der Kulturfinanzbericht inzwischen bundesweit in die Kritik geraten ist, soweit er insbesondere für kommunale Vergleiche herangezogen wird. Angezweifelt wird hier nicht die Validität der erhobenen Daten an sich, sondern die Interpretation derselben, da auf dieser Grundlage leicht falsche Schlüsse gezogen werden können. Der Senator für Kultur hat dieses Problem erkannt und bemüht sich deswegen um eine Erweiterung der Datenbasis, sowie um eine Verbesserung der Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Begleit-AG. Hintergrund dieses Ansinnens ist die bremische Besonderheit, dass zwischen kommunalen Mitteln und Landesmitteln kein Unterschied gemacht wird; die auf kommunaler Ebene erhobenen Daten vernachlässigen in der Regel die Anteile der Länder und des Bundes an der Kulturförderung.

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	Tsd. €		%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorg./Beih.)	8.503	9.268	765	9,0	9.474
Sonst. konsumtive Ausgaben	68.981	66.826	-2.155	-3,1	63.670
Investitionsausgaben	8.675	5.711	-2.964	-34,2	7.750
Gesamtausgaben	86.159	81.805	-4.354	-5,1	80.894

Für den Produktplan „Kultur“ wurden im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2006 ca. 81 Mio. € veranschlagt. Dieser Anschlag wird inklusive der anteiligen Ausgaben für Versorgung und Beihilfen berechnet und weicht daher vom Haushaltsanschlag für das Jahr 2006 (in Höhe von 78.045 tsd. €) ab. Ein großer Teil der Gesamtausgaben des Kulturbereichs wird in Form von Zuschüssen und Zuwendungen an Kultureinrichtungen der verschiedenen Rechtsformen geleitet. Der größte Einzelbetrag betrifft hierbei das Theater Bremen mit einem Zuschuss von rd. 24 Mio. €. Im Zeitraum 2003/2005 sind die konsumtiven Ausgaben des Produktplanes (Personalausgaben und sonstige konsumtive Ausgaben) um knapp 1,8 % gesunken.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Das Ressort verweist in Bezug auf strategische Ziele auf den Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011. Das Ressort beabsichtigt, unter Zugrundelegung des Masterplans die Ziele des Produktplanes zur nächsten Haushaltsaufstellung zu konkretisieren.

Derzeitig werden im Produktgruppenhaushalt die

- Profilierung der kulturellen Landschaft (insbesondere Museen und freie Szene) sowie die
- Stärkung der Ausstrahlungs-, Anziehungs- und Bindungskräfte Bremens durch kulturelle Angebote

als zentrale Zielsetzungen genannt, wobei die Schwerpunktsetzung auf „Museen und freier Szene“ als abgeleitetes Ziel zu verstehen sei.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Da die neuen Zielvorstellungen des Masterplans noch nicht für den Produktgruppenhaushalt heruntergebrochen wurden, werden für das Benchmarking die selben Themenbereiche herangezogen wie beim letzten Benchmarking-Bericht. Im Kulturfinanzbericht, dem Statistischen Jahrbuch und anderen Veröffentlichungen werden Kultur-Ausgaben und -Leistungen des Kulturbetriebes in differenzierter Form gegenübergestellt, wobei allerdings ausschließlich Vergleiche auf Länderebene möglich sind, keine Städtevergleiche:

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegen die bremischen **Kulturausgaben** mit 0,44 % (Stand: 2003) zwar über dem Durchschnittsniveau aller Bundesländer (einschließlich Gemeinden; 0,33 %), im Stadtstaatenvergleich des Kulturfinanzberichtes – bedingt durch den hohen Wert Berlins - jedoch deutlich unter dem Durchschnitt von 0,50 %. Diese Kennzahl wurde für das Jahr 2001 vom Ressort auch auf kommunaler Ebene dargestellt. Hier ergibt sich mit 0,37 % für die Stadt Bremen ein Wert, der sich leicht unterhalb des Mittelwertes der Städte (0,38 %) bewegt.

Diese Angaben sind allerdings aus Sicht der Begleit-AG methodisch nicht abgesichert (siehe Vorbemerkungen). Im übrigen ist nach Auffassung des Kulturressorts darauf hinzuweisen, dass der Wert von 0,44% auf einer Basiszahl von 104,1 Mio. € an Bremer Kulturausgaben basiert, die bisher nicht nachvollzogen wurde. Die Begleit-AG weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass neben den Ausgaben des Produktplanes Kultur auch aus anderen Ressorts noch Mittel für Kulturausgaben bereitgestellt wurden.

Die Betrachtung des Gesamtzeitraums weist von 1995 bis 2001 eine Steigerung der Zuwachsrates der Ausgaben des Produktplanes Kultur gegenüber 1995 auf, welche jedoch ab 2002 wieder gesunken ist. Dieser Trend setzt sich fort, so dass für 2006 mit +4,8% ggü. 1995 gerechnet wird (vergleiche die nachstehende Tabelle).

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Ist	Plan										
Kulturausgaben gesamt in T €	74.496	79.211	77.068	78.351	81.092	82.970	84.143	83.663	83.388	80.613	79.171	78.045
Ggü. 1995	100%	+6,3%	+3,5%	+5,2%	+8,9%	+11,4%	+13,0%	+12,3%	+12,0%	+8,2%	+6,3%	+4,8%

Die Zahl der Theaterbesuche der **öffentlichen Theater** im Land Bremen weist pro 100 Einwohner mit rd. 77 den höchsten Wert im Bundesvergleich auf, was die oberzentrale Funktion Bremens für die Versorgung mit Kultureinrichtungen, aber auch das hohe Interesse an den bremischen Theatern im Vergleich zu anderen Oberzentren (Bremen 77, Hamburg 46, Berlin 55 Besuche pro 100 Einwohner) unterstreicht. Die Kosten der Theater liegen, gemessen in den Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln – bezogen auf die Einwohner – auf einem vergleichbaren Niveau mit Berlin und Hamburg. Je Besucher liegen die Zuweisungen allerdings auf dem niedrigsten Niveau im gesamten Bundesvergleich. Deutlich geringer fällt dagegen das Einspielergebnis der Theater aus. Während in Berlin (25,2 %) und in Hamburg (20,0%) immerhin ein Fünftel der Betriebsausgaben von den Theatern selber erwirtschaftet wird, liegt das Ergebnis in Bremen bei rd. 14 %.

Die bisherige amtliche Statistik weist öffentliche und wissenschaftliche **Bibliotheken** gemeinsam aus. Fachlich spezialisierte Statistiken im Bibliotheksbereich wie z. B. der von der Bertelsmann-Stiftung angestoßene Bibliotheksindex (BIX) trennen jedoch auf Grund der sehr unterschiedlichen Aufgaben und Strukturen die Statistik für öffentliche Bibliotheken klar von der für wissenschaftliche. Zudem ist zu beachten, dass im Produktplan 22 nur die öffentlichen Bibliotheken enthalten sind. Die Ausgaben für wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken liegen in Bremen gemessen am BIP insgesamt auf dem gleichen Niveau wie in Hamburg und damit unter dem Durchschnitt der Stadtstaaten. Die Daten weisen für Bremen eine stadtstaatentypische Zahl von Bibliotheksnutzern pro Einwohner aus. Die Zahl der Entleihungen pro Benutzer ist in Bremen gemeinsam mit Schleswig-Holstein mit 42,3 der höchste in den Bundesländern gemessene Wert.

Weitere Besonderheiten im Kulturbereich betreffen die **Musikschulen** des Landes, die gemeinsam mit Sachsen-Anhalt den niedrigsten Finanzierungsanteil der Gesamtausgaben durch Unterrichtsgebühren verzeichnen (31,9 %; Bundesdurchschnitt: 45 %), und die **Volkshochschulen**, bei denen im Land Bremen pro Einwohner die mit Abstand höchsten Zuschüsse gegeben werden. Der Senator für Kultur kommt jedoch in einem Städte- bzw. Betriebsvergleich auf Basis von Daten für das Jahr 2002 zu dem Ergebnis, dass die Bremer VHS im Vergleich zu Volkshochschulen in sieben vergleichbar großen Städten sowie Hamburg, München und Köln einen niedrigen Zuschuss je Einwohner erhält und mit rund 50 % eine gute Eigenfinanzierungsquote hatte (siehe auch Vorlage Nr. 82 aus der Sitzung der Deputation für Kultur vom 14.06.2005). Nach Auffassung des Kulturressorts unterstreichen diese Differenzen in der Bewertung beispielhaft die Fragwürdigkeit der Aussagekraft der Ländervergleiche für den Kulturbereich.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Absicht des Ressorts, zukünftig Benchmarking auf Ebene von Großstadtvergleichen zu unternehmen wird von der Begleitarbeitsgruppe ausdrücklich unterstützt. Allerdings müssen methodologische Standards der Darstellung von Rechnungsergebnissen eingehalten werden.

Benchmarking

Produktplan 22: Kultur

Stand: 31.07.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet	
22.01.01 öffentliche Ausgaben für Kultur: Anteil am BIP	%	2003	0,44	0,32	0,68	0,30	0,29	0,23	0,25	0,27	0,23	0,23	0,22	0,50	0,27	0,33	
		2002	0,38	0,29	0,73	0,30	0,30	0,25	0,26	0,24	0,22	0,26	0,24	0,49	0,28	0,34	
		2001	0,37	0,24	0,80	0,30	0,23	0,27	0,23	0,27	0,29	0,25	0,28	0,24	0,50	0,28	0,35
		2000	0,38	0,28	0,84	0,29	0,23	0,27	0,23	0,27	0,28	0,24	0,28	0,25	0,55	0,28	0,35
		1995	0,37	0,32	0,86	0,29	0,23	0,27	0,23	0,27	0,26	0,23	0,26	0,28	0,59	0,27	0,35
22.01.02 Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	%	2003	0,22	0,15	0,31	0,13	0,10	0,11	0,10	0,12	0,11	0,08	0,10	0,23	0,11	0,14	
		2002	0,20	0,15	0,36	0,13	0,12	0,10	0,11	0,10	0,14	0,10	0,11	0,11	0,25	0,15	
		2001	0,19	0,13	0,36	0,13	0,10	0,12	0,10	0,10	0,13	0,12	0,13	0,10	0,24	0,14	
		2000	0,19	0,13	0,36	0,13	0,10	0,12	0,10	0,10	0,12	0,12	0,13	0,11	0,24	0,14	
		1995	0,19	0,15	0,37	0,12	0,11	0,11	0,10	0,11	0,13	0,10	0,11	0,11	0,26	0,15	
22.01.03 Öffentliche Ausgaben für Bibliotheken: Anteil am BIP	%	2003	0,04	0,04	0,07	0,03	0,02	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,04	0,05	0,03	0,03	
		2002	0,05	0,03	0,08	0,03	0,02	0,03	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,04	0,05	0,03	
		2001	0,04	0,03	0,08	0,03	0,02	0,03	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,04	0,06	0,03	
		2000	0,04	0,04	0,09	0,03	0,02	0,03	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,05	0,06	0,03	
		1995	0,04	0,04	0,08	0,03	0,08	0,03	0,03	0,02	0,03	0,03	0,02	0,05	0,06	0,03	
22.01.04 Öffentliche Ausgaben für Museen, Ausstellungen, etc.: Anteil am BIP	%	2003	0,06	0,06	0,13	0,05	0,05	0,03	0,03	0,04	0,03	0,03	0,03	0,09	0,04	0,05	
		2002	0,06	0,04	0,11	0,05	0,04	0,03	0,03	0,03	0,04	0,03	0,03	0,07	0,04	0,05	
		2001	0,04	0,02	0,14	0,05	0,05	0,04	0,03	0,03	0,05	0,04	0,02	0,03	0,08	0,05	
		2000	0,05	0,04	0,21	0,04	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,03	0,12	0,05	
		1995	0,03	0,04	0,16	0,04	0,05	0,04	0,04	0,03	0,04	0,03	0,03	0,03	0,10	0,05	
22.02.01 öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohner	Euro/EW	2003	157,1	141,9	158,8	89,1	89,0	71,5	57,5	69,0	53,1	53,7	51,7	153,5	73,1	85,6	
		2002	134,7	129,7	169,3	88,1	91,1	77,0	59,8	73,8	50,7	62,4	56,0	153,5	75,7	87,7	
		2001	127,4	110,0	185,3	87,3	89,5	70,2	62,0	75,4	55,7	65,4	57,0	156,2	75,7	89,4	
		2000	125,5	120,0	193,8	82,9	86,7	69,1	60,6	71,3	54,0	64,9	58,1	164,0	72,9	87,6	
		1995	109,6	122,1	198,7	74,1	77,1	62,0	56,6	59,8	47,1	56,2	60,7	166,0	64,5	79,6	
22.04.01 Museumsbesuche	Anzahl je EW	2003	2,2	1,1	2,7	1,2	1,5	0,8	0,9	0,7	1,0	0,5	1,0	2,2	1,0	1,2	
		2002	2,4	1,2	2,6	1,3	1,7	0,8	0,9	0,8	0,8	1,0	0,4	1,0	2,1	1,2	
		2001	2,1	1,4	2,6	1,4	1,6	0,8	1,0	0,8	0,8	1,0	0,5	1,1	2,2	1,3	
		2000	2,0	1,2	2,4	1,3	1,6	0,8	1,0	0,7	0,7	1,0	0,5	1,1	2,0	1,2	
22.05.01 Theaterbesuche	Anzahl je 100 EW	2003	76,7	46,0	55,1	21,7	22,2	16,8	17,9	19,1	14,9	22,6	18,4	54,8	19,5	23,9	
		2002	62,7	44,7	54,2	22,1	21,9	17,2	18,7	17,1	14,6	37,3	20,2	52,3	19,4	23,4	
22.05.02 öffentliche Theater: Plätze	Plätze je 1.000	2003	5,9	2,7	5,1	2,7	2,8	2,6	2,5	2,3	2,0	2,3	3,1	4,5	2,5	3,2	
		2002	4,1	2,6	4,3	2,7	2,7	2,4	2,4	2,4	2,1	2,1	2,9	3,8	2,5	3,1	
22.05.07 öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner	Euro	2003	55,7	51,3	55,0	23,3	23,0	27,9	17,4	19,7	14,0	23,1	20,7	54,0	21,2	26,0	
		2002	54,8	48,4	54,3	23,0	22,1	24,9	17,0	17,0	13,5	23,2	19,9	52,6	20,7	25,5	

Benchmarking

Produktplan 22: Kultur

Stand: 31.07.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet
22.05.08	Euro	2003	72,6	111,5	99,9	107,5	103,4	166,2	97,5	103,0	94,1	102,2	113,0	98,4	108,5	109,0
	Besucher	2002	87,3	108,4	100,1	104,1	101,0	145,2	91,0	118,3	92,3	62,1	98,3	100,5	106,7	109,0
22.05.11	%	2003	14,2	20,0	25,2	14,6	17,5	9,5	14,4	14,7	13,7	12,6	10,3	22,6	14,4	15,1
	Einspielergebnis	2002	13,4	21,9	24,3	14,4	16,6	11,8	15,5	13,7	15,1	9,8	10,5	22,5	14,3	15,1
22.06.02	Anzahl je	2003	158,4	187,6	134,2	159,6	174,4	99,2	139,1	145,1	114,9	62,1	130,6	152,9	144,1	143,1
	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer	2002	168,1	225,8	162,5	155,2	170,7	123,9	134,8	142,3	112,1	103,2	28,5	182,1	139,6	138,9
22.06.03	Anzahl je	2003	42,3	39,0	35,0	39,1	31,7	31,5	30,3	32,2	27,4	35,2	42,3	37,3	33,3	34,4
	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen	2002	43,2	30,5	30,4	38,3	30,9	26,6	29,8	30,6	27,0	21,3	50,4	31,8	31,5	32,3
22.07.01	%	2004	31,9	38,9	50,9	49,2	43,2	59,5	49,8	41,5	47,0	54,2	62,3	47,2	47,1	45,0
	Musikschulen: Anteil der Unterrichtgebühren an den Ausgaben	2003	27,5	36,2	32,8	49,2	43,1	58,9	50,0	40,8	47,0	53,7	61,4	43,8	46,8	44,3
		2002	31,2	32,8	47,8	49,2	42,8	58,8	49,5	40,1	46,9	48,4	61,1	43,8	46,5	44,0
22.08.01	Euro	2004	10,3	4,3	3,4	7,9	8,1	7,2	13,0	5,0	4,8	5,6	7,0	4,4	7,4	6,4
	Volkshochschulen: Einnahmen pro Einwohner	2003	11,5	4,0	3,4	8,1	8,0	7,4	14,9	5,3	4,8	6,2	7,4	4,5	7,8	6,7
22.08.02	Euro	2004	8,5	4,1	4,4	4,3	4,3	6,0	5,9	6,9	3,1	4,6	4,7	4,8	5,3	4,8
	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse je Einwohner	2003	8,4	4,1	4,6	4,4	4,5	6,3	6,1	6,9	3,1	4,6	4,9	4,9	5,5	5,0

Quelle/ Anmerkungen:

22.01. Quelle: Kulturfinanzbericht; Statistik regional.

22.02. Quelle: Kulturfinanzbericht; Statistik regional.

22.04. Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch.

22.05. Quelle: Ländervergleich; StaBA: Statistisches Jahrbuch.

22.06. Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch/ Statistik regional.

22.07. Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch.

22.08. Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung; Volkshochschulstatistik/ Statistik regional.

22.08.05: Kosten für Personal: Summe aus hauptberuflichen Personal, nebenberuflicher/ ehrenamtlicher Leitung und Honorare/ Reisekosten für Kursleitung/ Referenten

Produktplan 24 Hochschulen und Forschung

Vorbemerkungen

Der Mitteleinsatz stellt sich wie folgt dar:

Ausgaben (incl. AIP-Anteile)	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	Tsd. €			%	Tsd. €
Personalausgaben	3.077	2.958	-119	-3,9	3.403
Sonst. konsumtive Ausgaben	183.773	207.681	23.908	13,0	254.144
Investitionsausgaben	126.158	144.679	18.522	14,7	42.834
Gesamtausgaben:	313.008	355.318	42.310	13,5	300.381

Anzumerken ist, dass die Ansätze für Versorgungsbezüge und Beihilfe bis 2003 zentral veranschlagt wurden. Ab 2004 werden diese Positionen im Haushalt des Produktplans 24 gebucht. Daraus ergibt sich die große Steigerung der sonstigen konsumtiven Ausgaben 2005 gegenüber 2003. Die erhebliche Steigerung bei den konsumtiven Mitteln in 2006 liegt an der in diesem Haushaltsjahr erstmalig stattgefundenen Verlagerung der bisher investiv veranschlagten (Teil-) Personalkosten der Universität in den konsumtiven Bereich.

Die Benchmark-Darstellungen für den Produktplan 24 haben sich insofern geändert, dass Hochschulen des Bundes und Hochschulen für öffentliche Verwaltung nicht mehr im Zahlenmaterial enthalten sind. Zu beachten ist außerdem, dass aufgrund der 2003 erfolgten Fusion der beiden Universitäten Duisburg und Essen die Daten ausschließlich für Essen ausgewiesen werden. Der Wissenschaftsbereich wird ganz wesentlich über Kennzahlen gesteuert. Aufgrund einer Sonderauswertung durch das Statistische Bundesamt ist umfangreiches Datenmaterial vorhanden. So konnte auch in diesem Benchmark-Bericht ein lückenloser Großstadtvergleich für das Jahr 2003 erfolgen.

Zentrale Ziele des Produktplanes

- ❖ Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu einem der führenden Wissenschaftsstandorte

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

- Fortschreibung der Umstrukturierung der Universität Bremen zu einer international anerkannten Forschungsuniversität und Ausweitung der Exzellenzbereiche
- Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte für Wirtschaft und Gesellschaft in exzellenten und innovativen Wissenschaftsfeldern
- Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens und Verstärkung der Transferleistungen
- Effizienzsteigerung, Qualitätssicherung und laufende Kontrolle der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und hier insbesondere eine Steigerung der Absolventenzahlen und eine Verkürzung der Studiendauer
- Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit den stärksten Wachstums- und Beschäftigungseffekten
- Schaffung zukunftssträchtiger neuer Arbeitsplätze durch Wissenschaft und Wissenstransfer als Voraussetzung zur Bewältigung des Strukturwandels und der demographischen Entwicklung
- Bereitstellung eines Arbeitskräftepotentials mit hohem Qualifikationsniveau und Gewinnung neuer Einwohner

Benchmarking-Ergebnisse

Der kontinuierliche Anstieg der Anzahl der Studierenden je 1.000 Einwohner setzte sich in Bremen auch 2003 fort, so dass fast der Durchschnittswert der Vergleichsstädte erreicht wurde und im Stadtstaatenvergleich erneut der in Bremen inzwischen deutlich höhere Studierendenanteil an der Bevölkerung sichtbar wird.

Der erneute Anstieg der Versorgungsquote für auswärtige Studierende geht zurück auf die Kapazitätsplanung und die darin angestrebte Eigennutzungsquote (65 %).

Die Absolventenquote (also das Verhältnis der jeweils aktuellen Absolventendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulesemester vor 4 Jahren) ist in Bremen in 2003 geradezu eingebrochen. Sie liegt mit ca. 50% weit unter Durchschnitt und abgeschlagen auf dem letzten Rang. Gleiches gilt für die Kennziffer Absolventen je Professor/in.

Die Erhöhung der Absolventenzahlen stellt ein wesentliches Ziel in der Aufgabenwahrnehmung des Fachressorts dar.

Die Grundmittel je Einwohner sind in Bremen zwischen 1995 und 2003 um 32% gestiegen. Trotzdem liegt Bremen nach wie vor im Städtevergleich auf dem letzten Rang.

Sofern der Grundmitteleinsatz allerdings auf die Absolventenzahlen bezogen wird, zeigt sich eine stark überdurchschnittliche Steigerung zwischen 1995 und 2003 i.H.v. 55% und Bremen erreicht einen mittleren Platz im Städtevergleich. Diese Kennziffer wurde im Benchmark-Bericht neu aufgenommen.

Das Fachressort führt dazu Folgendes kritisch an: Der Hochschulausbau hat u.a. zur Folge, dass der Grundmitteleinsatz steigt, die Zahl der Absolventen jedoch zunächst konstant bleibt. Dieses Phänomen des time-lags zeige sich auch in Bremen, wo die Studienanfängerzahlen von 1999 bis 2003 um 44,3% gestiegen seien. Demnach ergibt die – hier abgebildete – Momentaufnahme ein verzerrtes Bild. Darüber hinaus sind die Grundmittel pro Absolvent stark von der fachlichen Struktur der Hochschulen abhängig. So wird eine stark natur- bzw. ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Hochschule in diesem Bereich immer höhere Werte haben, als eine eher geistes- bzw. sozialwissenschaftlich ausgerichtete Hochschule. Direkte Vergleiche sind daher nur dann wirklich aussagefähig, wenn dieser Aspekt berücksichtigt wird.

Auch für 2003 wird die besondere Stärke Bremens im Drittmittelbereich sichtbar. Damit wurde das Ziel „Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens“ sogar übererfüllt. Vor allem beim Verhältnis Drittmittel zu Grundmittel liegt Bremen wie in den vergangenen Jahren hinter Stuttgart auf Rang 2.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Entwicklung Bremens zu einer der 10 leistungsstärksten Wissenschaftsregionen in Deutschland bis 2010 ist in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich verlaufen und hat durch das sehr gute Abschneiden Bremens im Forschungswettbewerb „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder“ auch überregional große Anerkennung erfahren.

Die Stärke im Drittmittelbereich konnte 2003 sogar noch ausgebaut werden.

Die Kennzifferndarstellung zeigt aber auch die Defizite in der Lehre im Bremer Hochschulbereich. Zwischenzeitlich erfolgte Entscheidungen zur Studienstruktur (Umstellung auf BA/MA-Studiengänge) und die Einführung von Studienkonten gehören zu den Maßnahmen, mit denen die Hochschulen den Studienerfolg zukünftig verbessern wollen.

Ziel ist es nach wie vor, das Benchmarking mit dem Hochschulranking zu verknüpfen. Auch hier gibt es Fortschritte:

Der Wissenschaftsrat hat im November 2004 Empfehlungen zu Rankings im Wissenschaftssystem – Forschung- beschlossen. Er hat im Juli 2005 beschlossen, eine Pilotstudie für ein Forschungsranking durchzuführen, das die Forschungsleistungen aller deutschen Universitäten und der von Bund und Ländern gemeinsam geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen vergleicht und

bewertet. Die Pilotstudie hat exemplarisch zwei Fachgebiete zum Gegenstand: die Chemie und die Soziologie.

Weiterhin beschäftigt sich der Wissenschaftsrat mit möglichen Verfahren zur vergleichenden Bewertung von Lehre.

Im November 2006 wird nach Beschluss des Ausschusses für Hochschulstatistik eine Fachtagung zum Thema „Hochschulrankings und amtliche Hochschulstatistik“ stattfinden. Themenschwerpunkte sollen mögliche Beiträge der amtlichen Statistik sein.

Benchmarking

Produktplan 24: Hochschulen und Forschung

Stand: 21.07.2006

Städte-/ Stadtstaatenvergleich	Einheit	Jahr	Land Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebiettsstädte		Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund		
24.01.01 Studierende je 1.000 Einwohner	Anzahl	2003	49,2	36,6	40,5	58,5	82,1	70,3	88,8	66,8	44,6	35,0	59,6	52,0	7
		2002	45,0	36,2	39,7	60,3	77,5	74,1	89,7	64,3	41,6	37,2	57,5	51,0	7
		2000	39,8	34,8	37,7	60,4	71,7	73,3	89,1	62,9	36,5	39,1	56,3	49,0	7
		1995	37,9	38,8	39,2	54,5	69,7	82,6	86,5	73,9	43,1	39,9	57,7	51,2	11
24.02.01 Versorgungsquote für auswärtige Studierende	%	2003	34,0	22,8	35,7	32,7	58,7	27,1	62,6	60,3	38,2	29,2	54,9	43,3	7
		2002	28,7	24,8	37,7	32,8	58,5	31,7	63,0	60,3	35,9	22,8	53,0	43,6	10
		2000	17,4	22,8	35,7	34,1	57,4	47,5	62,6	58,4	27,8	26,5	50,5	42,8	12
		1995	11,7	27,9	44,8	39,0	47,8	53,7	65,7	60,9	26,9	27,6	51,8	46,0	12
24.03.01 Absolventenquote	%	2003	49,9	64,8	63,4	63,6	61,4	71,2	65,8	70,3	63,8	54,0	59,4	63,9	11
		2002	64,6	59,2	65,8	67,3	61,5	67,5	72,0	72,3	58,4	61,5	63,8	65,3	6
		2000	68,6	68,5	62,8	67,9	62,3	78,7	68,5	73,7	67,6	55,8	80,3	60,9	4
		1998	68,6	56,1	73,5	70,3	69,8	85,4	73,6	80,9	66,2	68,7	82,2	54,3	9
24.03.02 Absolventen je Professor/in	Anzahl	2003	2,9	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,5	4,5	4,1	4,1	4,8	4,3	11
		2002	3,2	3,5	4,2	4,4	4,0	4,1	4,2	5,1	3,8	3,6	4,4	4,1	11
		2000	3,2	4,2	3,8	4,3	4,2	4,6	4,5	4,4	4,1	3,9	5,5	4,2	12
		1998	3,4	3,4	3,9	4,3	4,5	5,6	6,8	4,7	4,7	4,6	6,6	4,6	11
24.04.01 Grundmittel je Einwohner	Euro	2003	254	264	298	496	367	903	496	638	390	280	337	385	11
		2002	257	223	303	545	396	825	511	653	411	409	342	388	10
		2000	231	246	308	385	401	635	406	638	388	297	277	354	11
		1995	193	252	365	360	379	536	355	622	363	273	244	352	11
24.04.02 Grundmittel je Absolvent	1.000 Euro	2003	88,3	84,0	84,0	111,3	66,0	126,3	78,9	91,2	96,3	130,7	78,6	90,4	6
		2002	79,9	77,3	88,5	125,6	71,2	123,5	77,2	96,2	106,3	156,8	86,1	93,4	9
		2000	70,9	74,0	99,4	87,2	70,7	83,4	55,2	91,8	92,3	105,2	55,4	81,4	9
		1995	56,9	92,8	105,6	81,9	51,5	74,8	45,5	74,8	86,5	91,2	47,2	75,8	9
24.05.01 Drittmittel je Professor	1.000 Euro	2003	115,4	59,6	104,1	79,4	76,7	126,7	71,1	147,3	187,1	122,4	65,8	105,0	5
		2002	100,6	54,5	96,7	63,0	70,1	127,5	45,8	153,1	180,1	94,1	67,7	94,6	4
		2000	81,2	53,0	79,4	62,8	61,3	101,0	41,8	134,6	171,0	75,4	56,8	82,9	4
		1998	68,0	52,8	64,1	51,1	61,7	95,0	48,5	114,4	188,7	65,1	51,8	76,2	4
24.05.02 Drittmittel je Grundmittel	%	2003	44,8	18,4	27,7	15,4	29,4	23,3	16,2	35,8	47,7	23,0	17,5	26,7	2
		2002	39,7	20,2	25,8	11,4	24,5	25,4	14,0	31,2	44,1	16,6	17,8	24,5	2
		2000	36,0	17,1	20,9	16,7	20,6	26,4	16,9	33,4	44,7	18,4	18,6	24,2	2
		1995	28,0	14,3	8,4	13,4	21,6	27,3	9,6	20,9	43,7	15,2	15,5	16,6	2

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- alle ab 2003: Fusion der Universitäten Duisburg und Essen zur Universität Duisburg-Essen, die Darstellung der Kennzahlen erfolgt unter Essen. Bei Kennzahlen mit Einwohnerbezug liegt die Summe der Bevölkerung der beiden Städte zugrunde
- 24.01. Senator für Bildung und Wissenschaft, basierend auf einer Sonderauswertung des StaBA aus der Hochschulstatistik; Bevölkerung: Statistik regional. Studierende: in einem Fachstudium immatrikulierte Personen, ohne Beurlaubte, Gasthörer und Teilnehmer an Studienkollegs
- 24.02. Senator für Bildung und Wissenschaft, basierend auf einer Sonderauswertung des StaBA aus der Hochschulstatistik. Die Versorgungsquote (...) gibt an wie hoch der Anteil auswärtiger Studierender (d.h. Hochschulzugangsberechtigung wurde nicht im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworben) wäre, wenn alle Studierende mit im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworbener Hochschulzugangsberechtigung an den heimischen Hochschulen eingeschrieben wären
- 24.03. Senator für Bildung und Wissenschaft, basierend auf einer Sonderauswertung des StaBA aus der Hochschulstatistik. Absolventen: Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung (nur Erststudium); Absolventenquote: Verhältnis der jeweils aktuellen Absolventendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsemester vor 4 Jahren
- 24.04. Senator für Bildung und Wissenschaft, basierend auf einer Sonderauswertung des StaBA aus der Hochschulstatistik; Bevölkerung: Statistik regional. Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt
- 24.05. Senator für Bildung und Wissenschaft, basierend auf einer Sonderauswertung des StaBA aus der Hochschulstatistik. Drittmittel: Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre, die zusätzlich von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden

Produktplan 31 Arbeit

Vorbemerkungen

Die ausgewiesenen Kennzahlen beziehen sich ausschließlich auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der im Land Bremen rd. 50 % des Ausgabevolumens ausmacht. Damit wird allerdings nicht das ganze Aufgabenspektrum des Produktplans Arbeit abgebildet. Einen weiteren Schwerpunkt stellt der Bereich der Sozialen Sicherheit dar, der Aufgaben des sozialen Entschädigungsrechts, der Wiedereingliederung schwerbehinderter Menschen in die Gesellschaft sowie des Lastenausgleichs und der Wiedergutmachung umfasst. Weiterhin umfasst der Produktplan den Bereich Arbeitsschutz, technische Sicherheit und Eichwesen. Das Ausgabevolumen des Produktplans 31 beträgt:

Ausgaben	Ist				Anschlag
	2003	2005	Veränderung 2003/05		2006
	T €			%	T €
Personalausgaben	20.916	17.505	-3.410	-16,3	16.740
Sonst. konsumtive Ausgaben	52.094	44.814	-7.280	-14,0	53.893
Investitionsausgaben	2.218	1.050	-1.168	-52,7	1.664
Gesamtausgaben	75.228	63.370	-11.858	-15,8	72.297

Zentrale Zielsetzungen des Produktplanes

Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, den Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und den Arbeitsuchenden bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen. Arbeitsmarktpolitik soll präventiv ausgerichtet sein und gleichzeitig der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Der Schwerpunkt der Arbeitsförderung liegt auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote verfolgen damit vorrangig das Ziel, die Bedingungen zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu verbessern.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Es wird auf die Ansätze von Qualifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen Personen, also die aktivierende Dimension der Arbeitsförderung abgehoben. Die beiden übergreifenden Instrumente der Aktivierung sind damit „Qualifizierung“ und „Beschäftigung“. Aktive Maßnahmen sollen an die Stelle der Zahlung von Transferleistungen treten. Reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt hat Vorrang. Hinsichtlich der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen wird der gezielten Unterstützung von Betrieben und von älteren Arbeitnehmer/innen eine besondere Bedeutung gewidmet.

Die Förderung von Frauen im Beruf, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Ausbildung soll eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen. Frauen werden entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden.

Unterschiedliche Qualifizierungsangebote sowie finanzielle Eingliederungshilfen im Bereich der Beschäftigungsförderung stehen im Mittelpunkt der Förderangebote. Die Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit bleibt besonderer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik.

Benchmarking-Ergebnisse

Das aktuelle Erhebungsjahr 2005 ist aufgrund der Umstellung auf Hartz IV bezüglich der Förderprogramme und Datenlagen ein Jahr des Umbruchs. Dies zeigt sich in Bremen beispielsweise im Auslaufen von bis dahin zentralen kommunalen Förderprogrammen im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (Programme „Hilfen zur Arbeit“), in der landesseitigen Einstellung des ABM – Komplementärprogramms sowie in der Einstellung der sogenannten

Strukturanpassungsmaßnahmen seitens der BA. Die vorliegenden Kennzahlen, die auf Stadtstaatenebene gebildet wurden, spiegeln das Ziel wider, Arbeitslose durch Aktivierung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die ermittelten Werte zu den eingesetzten Mitteln stellen die Ausgaben bezogen auf arbeitsmarktpolitische Programme für arbeitslose Personen dar. Finanzmittel, die sich auf berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen beziehen und damit Beschäftigte zur Zielgruppe haben, bleiben unberücksichtigt, weil die Datenlage unter den Vergleichstädten nicht gesichert ist.

In Bezug auf die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt ist zu berücksichtigen, dass die verwendeten Daten nicht in jedem Fall identischen Erhebungsmodalitäten unterliegen und darum Unschärfen enthalten können. Bei einer Abweichung von 0,3 Prozentpunkten können zwischen Hamburg und Bremen – bei einer deutlich angespannteren Arbeitsmarktlage in Bremen - nahe beieinander liegende Ergebnisse festgestellt werden. Das Ergebnis wird vom Ressort positiv beurteilt.

Bei den eingesetzten Mitteln pro Teilnehmer/-in nimmt Bremen zwischen Hamburg und Berlin eine mittlere Position mit größerer Nähe zu Hamburg ein. Bremen hat pro Teilnehmer leicht überdurchschnittlich hohe Ausgaben. Hamburg liegt bei den eingesetzten Mitteln pro Fallzahl am höchsten. Für einen Vergleich der Ergebnisse ist insbesondere die jeweilige förderpolitische Entscheidung zu berücksichtigen, ob mit den Mitteln eher extensiv, d.h. mit hohem Aktivierungsgrad und relativ geringem Mitteleinsatz pro Person oder tendenziell intensiv und mit höherem Mittelaufwand pro Person gearbeitet wird. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Mitteleinsatz pro Förderfall aus Perspektive des Landes auch eine abgeleitete Größe ist, die sich aus Mittelbereitstellung und Programmgestaltung der Agenturen für Arbeit im Rechtskreis des SGB III und der Arbeitsgemeinschaften im Rechtskreis des SGB II ergibt und sich regional unterschiedlich darstellen kann. Die genannten Werte geben also keine Auskunft über den gesamten Mitteleinsatz aller arbeitsmarktpolitischen Akteure pro geförderter Person.

Bei den eingesetzten Mitteln pro arbeitsloser Person ist das Bild deutlich heterogener. Bremen weist bei dieser Kennziffer den niedrigsten Mitteleinsatz auf. Der höchste Mitteleinsatz Hamburgs erklärt sich aus einer bezogen auf die Einwohnerzahl relativ geringeren Zahl von Arbeitslosen sowie größeren Finanzkraft bei gleichzeitig hohem arbeitsmarktpolitischen Engagement.

Ebenfalls groß sind die Unterschiede zwischen den Stadtstaaten beim Ausweis der eingesetzten Mittel pro Einwohner. Der grundlegende Benchmarking – Befund mit dem niedrigsten Wert für Bremen und dem höchsten für Hamburg ist hier der gleiche wie bei der vorherigen Kennzahl.

Die Ausschöpfungsquote, die als Aktivierungsquote betrachtet werden kann, weist für Bremen den niedrigsten und für Berlin den höchsten Wert auf. Dies dürfte im wesentlich Ergebnis des relativ geringen Mitteleinsatzes pro arbeitsloser Person in Bremen sein. Auch hier bezieht sich die Quote auf zusätzlich durch Mittel des Landes und der EU geförderte Personen und sagt nichts über die jeweiligen Aktivierungsquoten in den Ländern insgesamt aus.

Der Auffassung der Arbeitsgruppe, den Bereich der Integrationshilfen nach SGB II als Vergleichsgröße aufgrund der Bedeutung dieses Themas hinsichtlich der Höhe der eingesetzten Mittel, des hohen Interesses der Öffentlichkeit sowie der Tatsache, dass Daten vorhanden sind, in den Bericht aufzunehmen, hat sich das Ressort nicht angeschlossen. Es führt dazu aus, dass aufgrund der mangelnden bremischen Steuerungsmöglichkeit in der Außendarstellung ein verfälschtes Bild entstehen würde, da die Aufgaben der BAglS - die sog. Grundversicherung für Arbeitssuchende zu organisieren - ausschließlich aus Bundesmitteln finanziert werden und diese Mittel auch nicht der parlamentarischen Kontrolle Bremens unterliegen. Gegenstand des Ressortbenchmarking könnten nur Finanzmittel sein, die haushaltsseitig und politisch in der Verantwortung des jeweiligen Ressorts lägen. Gleichzeitig weist das Ressort der sachlichen Vollständigkeit halber darauf hin, dass aufgrund der geforderten Einbeziehung der Mittel der BAglS aus systematischen Gründen auch die Mittel der ARGE Job Center Bremerhaven einbezogen werden müssten, da es sich beim hier durchgeführten Benchmarking um eine Landesbetrachtung handelt.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Entsprechend des Prüfauftrages aus dem Benchmarking-Bericht 2005 und um das Interesse des Ressorts an einem interregionalen Vergleich unter den Stadtstaaten sowie den bundesdeutschen Großstädten deutlich zu machen, hat sich Senatorin Röpke im Juli 2005 an die beiden Stadtstaaten sowie an die 9 Großstädte mit der Bitte gewandt, sich an einem Benchmarking zu beteiligen. Da die Initiative nicht die gewünschte Resonanz gefunden hat, können lediglich Vergleiche unter den Stadtstaaten veröffentlicht werden. Insgesamt ist festzustellen, dass Unschärfen in der Erfassung der Aktivitäten u.a. darin begründet sind, dass die Daten zu den hier gesetzten Fristen in den Vergleichsländern bzw. interessierten Kommunen wie z. B. München noch nicht vollständig vorliegen.

Das Ressort hat angeboten, an der weiteren Verbesserung der Datenlage, ihrer Interpretation und der Erweiterung des Kreises der beteiligten Kommunen mit Blick auf den nächsten Benchmarking-Bericht zu arbeiten. Falls auch weiterhin ein Städtevergleich nicht möglich ist, bittet die Benchmarking-AG zu prüfen, ob valide Vergleichsdaten auf Länderebene bei einheitlicher Darstellung (Landesmittel / ESF – Mittel) erhoben werden können und ein Benchmarking zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten hinsichtlich der vorliegenden Kennzahlen sinnvoll erscheint.

Zur transparenteren Abbildung des gesamten Produktplans hat das Ressort angeboten zu prüfen, ob weitere Kennzahlen zu den Bereichen:

- Soziale Sicherheit und
- Arbeitsschutz, technische Sicherheit und Eichwesen

gebildet und mit Vergleichsdaten hinterlegt werden können.

Die Benchmarking-AG bittet zudem das Ressort, aufgrund der Gesellschafterfunktion, die Bremen bei der BAgIS gleichberechtigt ausübt, sowie der Tatsache, dass die Verwendung der Mittel durch die BAgIS an den lokalen Erfordernissen ausgerichtet sein soll und der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, im nächsten Benchmarking-Bericht geeignete Daten zum Bereich der Integrationshilfen nach SGB II aufzunehmen.

Benchmarking

Produktplan 31: Arbeit

Stand: 12.07.2006

Stadtstaatenvergleich	Einheit	Jahr	Land Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
31.01.01	%	2005	23,2	23,5												
31.02.01	1.000 Euro	2005	14.839	58.558	108.300											
31.02.02	Euro	2005	2.043	2.143	1.629											
31.02.03	Euro	2005	279	596	339											
31.02.04	Euro	2005	22,4	33,8	32,0											
31.03.01	%	2005	13,6	16,7	20,8											

* "Städte insgesamt" wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung der beiden Größen erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quellen/ Anmerkungen

- 31.01. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales. Berlin: Es liegen noch keine Daten zur Vermittlung vor, der Schätzwert für den Bereich Beschäftigung beträgt 5%, für den Bereich Qualifizierung beträgt er 20%.
- 31.02. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales; BA Arbeit; Statistik regional (- lokal). 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004.
01: Die Darstellung der Mittel umfasst Landesmittel und ESF – Mittel.
02: Als Teilnehmerwert sind für Berlin und Bremen kumulierte Fallzahlen (Anfangsbestand plus Zugänge) zugrunde gelegt worden, für Hamburg wurden ersatzweise Abgänge, d.h. Maßnahmenaustritte erfasst. Als Finanzdatum sind für Hamburg die Landesmittel zugrunde gelegt worden, weil die auf die ESF – Mittel bezogenen Teilnehmerzahlen nicht vorliegen. Die methodische Vergleichbarkeit mit Bremen und Berlin ist damit gegeben.
03: In allen drei Stadtstaaten ist der gesamte Mittelansatz (Landesmittel und ESF – Mittel) zugrunde gelegt worden.
04: In allen drei Stadtstaaten ist der gesamte Mittelansatz (Landesmittel und ESF – Mittel) zugrunde gelegt worden.
- 31.03. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales; BA Arbeit.
Berechnung: [Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Teilnehmer/innen] / Arbeitslose * 100.
(...)Teilnehmer: Als Teilnehmerwert sind für Berlin und Bremen kumulierte Fallzahlen (Anfangsbestand plus Zugänge) zugrunde gelegt worden, für Hamburg wurden ersatzweise Abgänge, d.h. Maßnahmenaustritte erfasst.

Produktplan 41 Ressort Jugend und Soziales - Teilbereich Soziales -

Mitteleinsatz und Aufgabenstruktur

Der Produktplan Jugend und Soziales wurde - wie auch schon im letzten Bericht - aufgrund der politischen Bedeutung, des Mittelvolumens und der klaren Abgrenzungsmöglichkeit in den Bereich Soziales (PPL 41 ohne 41.01) und den Bereich Jugend (41.01) getrennt, wobei nachfolgend der Bereich Soziales (ohne Jugend) kommentiert wird:

Der Bereich gliedert sich in Leistungen nach dem SGB XII und II, Hilfe zur Pflege, Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Eingliederungshilfe. Wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht, beträgt das Ausgabevolumen 2006 rd. 519 Mio. € und nimmt mit einem Anteil von fast 16 % an den Gesamtausgaben aller Ressorts den zweiten Rang hinter dem Produktplan Bildung ein. Nur auf die konsumtiven Sachausgaben bezogen, stehen dem Bereich Soziales 27 % aller eckwertrelevanten Mittel zur Verfügung.

Ausgaben	Ist				Anschlag
	2003	2005	Veränderung 2003/05		2006
	T €		%		T €
Personalausgaben	44.178	46.373	2.195	5,0	45.314
Sonst. konsumtive Ausgaben	461.147	489.144	27.997	6,1	465.391
Investitionsausgaben	9.697	10.658	961	9,9	8.400
Gesamtausgaben	515.022	546.175	31.153	6,0	519.104

Zentrale Zielsetzungen des Produktplanes

Soziale Leistungen dienen - ob zum Ausgleich bei zu geringem Einkommen oder in besonderen Lebenslagen wie bei Behinderung oder Pflegebedürftigkeit - dem Ziel, ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Die öffentliche Sozial- und Daseinsvorsorge orientiert sich dabei am Leitbild des aktivierenden Staates und dem Grundsatz von Fördern und Fordern.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Integration, Bürgernähe, Selbstverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei neben Effizienz und Effektivität im Verwaltungshandeln von grundlegender Bedeutung. Ziel der aktivierenden Politik ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern und zu unterstützen, aktiv an der Lösung der eigenen, aber auch der gesellschaftlichen Probleme, mitzuarbeiten.

In der Hilfe zur Pflege richten sich generell die Steuerungsziele auf den mittelbaren Einfluss zur Vermeidung und Verzögerung von stationärer Versorgung zugunsten der ambulanten Pflege. Innerhalb der ambulanten Versorgung gilt es bei der Feststellung von zusätzlichen Hilfeleistungen und der Vermittlung von Hilfen einen "Hilfemix" von Pflegedienstleistungen und Nachbarschaftshilfen (z.B. durch Dienstleistungszentren) zu erzielen, um eine kostengünstige Versorgung sicherzustellen.

Die Hilfen und Leistungen für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene zielen auf die Förderung und Erhaltung der Selbstständigkeit, die Stabilisierung lebenspraktischer, sozialer und kommunikativer Fähigkeiten sowie des Gesundheitszustandes. Angestrebt wird die Selbstbestimmung und Unterstützung durch Angehörige sowie die Eingliederung ins Arbeitsleben. Dabei hat die ambulante und gemeindenahere Versorgung Vorrang.

Bewertung der Kennzahlen:

Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII

Bedingt durch die Hartz-IV-Umstellung muss anstelle der früher als zentral angesehenen Kennzahl der Sozialhilfedichte eine neue Kennzahl zur Dichte von Transferleistungsempfängern gebildet werden.

In der politischen Diskussion und in der Medienberichterstattung sind die ALG II – Empfänger von besonderer Bedeutung. Zusammen mit den Sozialgeldempfängern bilden diese die Gruppe der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, die im wesentlichen aus den erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfängern und den zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Personen, sowie aus ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern und ihren Angehörigen bestehen. Es gibt dabei deutlich mehr ALG II -Empfänger als Sozialgeldempfänger. Die Aufteilung bewegt sich in der Stadt Bremen bei 72 % ALG II -Empfänger zu 28 % Sozialgeldempfänger. Zusammengenommen einwohnerbezogen der früheren Sozialhilfedichte gegenübergestellt, ergeben sich dabei insbesondere folgende Besonderheiten:

Zur letztmalig erhobenen Sozialhilfedichte (2004: 83 Empfänger je 1.000 Einwohner) hat sich der Wert der oben beschriebenen Kennzahl in der Stadt Bremen deutlich auf 139 Empfänger je 1.000 Einwohner erhöht, da nun u. a. Langzeitarbeitslose mit zu den ALG II – Empfängern gehören. Im Gegensatz zu den Vorjahren verzeichnet Bremen mit diesem Wert jedoch nicht mehr die oberste Position in der Rangfolge der Großstädte. Gemessen an der neuen Abgrenzung liegt die Stadt Bremen deutlich hinter Berlin (171) und marginal hinter Dortmund und Duisburg (142 bzw. 141) nur noch auf Rang vier der Städte mit einer überproportional hohen Sozialleistungsproblematik. Der Durchschnitt aller Städte liegt – verzerrt durch den besonders negativen Wert der mit Abstand größten Stadt (Berlin) – bei 126 Empfängern je 1.000 Einwohnern, wobei die Städte München und Stuttgart – wie auch bei der früheren Sozialhilfedichte – die mit Abstand positivsten Werte verzeichnen. Der Abstand der Städte mit einer geringen Anzahl von Empfängern nach SGB II zu den Städten mit einer hohen Anzahl hat sich gegenüber dem Abstand bei den früheren HLU – Empfängern jedoch absolut und prozentual noch deutlich erhöht. Dies spiegelt sich auch in den einwohnerbezogenen Ausgaben wider. Die Stadt München musste mit 131 € je Einwohner 2005 nur 40 % der Leistungen der Stadt Bremen (323 €) und sogar nur 33 % der Leistungen Berlins (401 €) aufbringen. Korrespondierend mit den einwohnerbezogenen Empfängern (Leistungsdichte) liegt die Stadt Bremen auch bei den Ausgaben je Einwohner an vierthöchster Stelle, obwohl Bremen bei den Kosten je Leistungsempfänger mit 2.319 € einen Platz im hinteren Mittelfeld sowie bei den Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft mit 4.135 € exakt den Platz in der Mitte aller Großstädte, deren Werte ermittelt werden konnten, einnimmt. Die einwohnerbezogene Kostenproblematik der Stadt Bremen ist somit statistisch nicht auf überproportional hohe Zahlungen an die Leistungsempfänger bzw. Bedarfsgemeinschaften, sondern auf die hohe Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II zurückzuführen.

Bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (3. Kap. SGB XII) liegt Bremen mit 12,6 € pro Einwohner auf dem 7. Rang, pro Leistungsempfänger mit 5.799 € auf dem 9. Rang; Bremen liegt damit unter dem Durchschnitt (19,2 € bzw. 9.750 €).

Auch für den Bereich 4. Kap. SGB XII (Ausgaben pro Einwohner für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) nimmt Bremen einen mittleren, 6. Rang ein. Hier liegt Bremen mit 52,0 € leicht über dem Durchschnitt der Städte (49,4 €).

Asylbewerberleistungsgesetz

Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes konnten vom Ressort weder für Bremen noch für Vergleichsstädte Daten geliefert werden, obwohl nur Grunddaten wie die geleisteten Ausgaben erforderlich waren. Das Ressort merkt an, dass auf Einladung von Bremen eine Arbeitsgruppe – in der Frankfurt am Main, Duisburg und Hannover vertreten waren – Definitionen und Indikatoren erarbeitet hat, um einen Vergleich zum AsylbLG mit ausgewählten Merkmalen zu ermöglichen. Die Städte werden für das Jahr 2006 erstmals einen entsprechenden Probelauf einer Datenerhebung durchführen. Inwieweit daraus aussagefähige Vergleichswerte veröffentlicht werden können, wird sich jedoch erst im nächsten Jahr zeigen.

Hilfe zur Pflege

Die Kennzahlen für ambulante Pflege wurden um die entsprechenden Kennzahlen für die stationäre Pflege erweitert und mit bremischen Daten hinterlegt. Bei den Vergleichsstädten konnten laut Ressort bisher nur eine kleinere Anzahl von Städten modellhafte Daten liefern, die bisher noch keine ausreichende Validität für eine Veröffentlichung erreicht haben. Eine Verbesserung der Datenlage soll in nächster Zeit so gestaltet werden, dass den Anforderungen des Benchmarkings der 16 großen Großstädte entsprochen wird. Zudem sieht das SGB XII ab 2007 einheitliche Zuständigkeiten für ambulante und stationäre Hilfen vor, so dass dann auch das Benchmarking entsprechend für stationäre Hilfe zur Pflege umgesetzt werden kann.

Eingliederungshilfe

Das Ressort weist darauf hin, dass bei der Eingliederungshilfe wegen der mangelnden Datenverfügbarkeit derzeit kein Städtevergleich sinnvoll ist. Das Ressort nimmt jedoch an einer Versuchserhebung teil, deren Auswertung um die Jahreswende 2006/2007 erwartet wird und die zeigen muss, ob der Städtevergleich tragfähige Vergleichsdaten erbringen kann.

Momentan ist nur ein Vergleich der überörtlichen Träger möglich, der außer in den Stadtstaaten bei drei anderen Ländern das Gebiet des jeweiligen Landes umfasst. Beim Vergleich dieser sechs „Länder“ fällt ein über alle ausgewählten Bereiche (stationäres Wohnen, Werkstätten, Tagesförderung) hoher Ausgabenbedarf in Bremen auf, der aus den vergleichswisen hohen Fallzahlen resultiert. Bremen nimmt jeweils den zweithöchsten Rang hinter Hamburg bzw. dem Saarland ein. Die teilweise deutlich überproportionalen Ausgaben gegenüber Berlin sind jedoch durch einen Sondereffekt verzerrt: Im Ostteil von Berlin wurden bis vor der Wende behinderte Menschen zu einem großen Teil in Brandenburg und Sachsen-Anhalt untergebracht. Auch wenn sich die Verhältnisse in Berlin langsam angleichen, zeigen sich für Berlin auch heute noch diesbezügliche Effekte. Im Vergleich zu Hamburg sind nur die einwohnerbezogenen Kosten für Werkstätten auffällig, die in Bremen um 40 % höher als in Hamburg liegen. Mit 36 € je Einwohner liegt Bremen jedoch mit den entsprechenden Werten in Niedersachsen und dem Saarland gleichauf.

Für den nächsten Bericht ist eine Überprüfung und ggf. Erweiterung des Kennzahlenspektrums vom Ressort zugesagt.

Zusammenfassende Bewertung und weiteres Verfahren

Das Sozialressort beteiligt sich aktiv an Benchmarking-Aktivitäten und hat diese auch durch Eigeninitiative auf den Weg gebracht. In diesem Bericht wird eine verbesserte Datenlage insbesondere im Bereich der Leistungen nach SGB XII und II deutlich, während im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie bei der Hilfe zur Pflege die vorhandene Datenlage noch nicht die inzwischen angefangenen Aktivitäten in Vergleichsringen widerspiegelt. Sowohl in diesen Bereichen als auch bei der Eingliederungshilfe hat das Ressort eine Überprüfung und Ergänzung der Kennzahlen bzw. der Daten zugesagt.

Da nach der Hartz-IV-Umstellung der Begriff der Sozialhilfedichte nicht mehr existiert, bittet die AG das Ressort, zum nächsten Bericht eine Nachfolgekennzahl vorzuschlagen und mit Vergleichsdaten zu hinterlegen.

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgelbstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
41.20.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	83,2	71,1	79,9	53,3	61,2	73,2	59,3	40,0	41,1	73,3	63,4	61,8	66,5	1
41.21.01	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld)	je 1.000 EW	139,4	114,2	171,1	104,9	102,7	.	119,8	55,5	66,9	128,9	142,0	141,0	126,2	4
41.21.02	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II / ALG II	je 1.000 EW	100,4	83,7	127,8	78,1	74,1	.	88,3	41,0	48,5	92,3	102,8	101,8	92,9	4
41.21.03	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II / Sozialgeld	je 1.000 EW	39,1	30,6	43,3	26,8	28,6	.	31,5	14,4	18,4	36,6	39,2	39,2	33,3	4
41.22.01	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E. nach SGB XII 3. Kap.	je 1.000 EW	2,2	1,8	2,4	0,9	3,6	1,9	1,5	1,9	1,5	1,7	1,3	1,4	2,0	3
41.23.01	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap.	je 1.000 EW	10,5	10,0	9,8	11,7	13,5	13,6	11,0	8,6	7,4	9,5	10,9	8,9	10,1	6
41.23.02	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	je 1.000 EW	4,8	4,0	7,4	3,9	6,1	6,0	3,8	3,4	3,4	5,1	4,7	4,5	5,2	5
41.23.03	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. im Alter von 65 Jahren und älter	je 1.000 EW	37,3	40,6	42,5	47,9	55,4	50,1	48,5	36,8	28,6	29,5	40,0	29,7	40,9	6
41.24.01	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Einwohner	Euro	323,4	266,9	401,0	254,0	231,2	.	285,8	130,6	152,7	296,8	337,1	331,6	295,6	4
41.24.02	Ausgaben SGB II / ALG II pro Einwohner	Euro	307,2	256,3	383,1	244,5	220,1	.	272,5	126,7	145,6	281,4	319,9	315,7	282,5	4
41.24.03	Ausgaben SGB II / Sozialgeld pro Einwohner	Euro	16,3	10,7	26,7	9,6	11,2	.	13,4	4,0	7,1	15,5	17,2	16,0	15,8	3
41.25.01	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Leistungsempfänger	Euro	2.319	2.337	2.344	2.422	2.252	.	2.387	2.355	2.281	2.303	2.374	2.352	2.343	8
41.25.02	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Bedarfsgemeinschaft	Euro	4.135	4.042	4.010	4.220	4.007	.	4.258	3.920	4.002	4.269	4.378	4.369	4.095	6
41.25.03	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft SGB II	Euro	3.559	3.735	3.483	3.891	4.108	.	3.952	4.401	3.743	3.700	3.554	3.292	3.664	8
41.26.01	Ausgaben SGB XII 3. Kap. a.v.E. pro Einwohner	Euro	12,6	17,4	30,3	4,1	45,2	13,9	13,6	10,0	9,5	10,2	16,6	5,5	19,2	7
41.26.02	Ausgaben SGB XII 3. Kap. a.v.E. pro Leistungsempfänger	Euro	5.799	9.783	12.433	4.850	12.687	7.237	9.242	5.347	6.284	5.996	13.212	3.900	9.750	9
41.27.01	Ausgaben SGB XII 4. Kap. a.v.E. pro Einwohner	Euro	52,0	46,7	45,5	61,2	65,5	78,6	53,4	47,5	36,0	40,3	52,2	37,9	49,4	6
41.27.02	Ausgaben SGB XII 4. Kap. a.v.E. pro Leistungsempfänger	Euro	4.968	4.694	4.669	5.230	4.856	5.787	4.871	5.546	4.886	4.261	4.770	4.259	4.871	4

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgabtsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
41.28.01	Euro	2005	67,4	.	83,0	36,0	141,2	82,0	51,1	20,0	52,0	48,0	54,0	47,0	x	4
41.28.02	je 1.000 EW	2005	2,0	3,0	.	0,3	.	.	1,5	.	0,7	1,0	1,6	1,2	1,7	2
41.28.03	Euro	2005	10.193	10.899	.	25.898	.	.	6.084	.	.	9.608	7.372	3.884	9.545	3
41.28.04	Euro	2005	3,6	3,6	.
41.28.05	je 1.000 EW	2005	12.870	12.870	.
41.28.06	Euro	2005	46,6	46,6	.
41.29.01	Euro	2005
41.29.02	Euro	2005

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städte, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städte vorliegen.

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	
41.30.01	Euro / EW	2004	107,9	108,7	.	.	.	76,9	93,9	.	.	69,6
41.30.02	Euro / EW	2003	106,4	111,2	.	.	73,9	93,2	.	.	.	65,2
		2004	36,9	23,7	16,3	.	28,4	35,8	.	.	.	38,0	20,9	.	.	2
41.30.03	Euro / EW	2003	35,5	25,3	15,2	.	27,4	34,9	.	.	.	36,8	20,5	.	.	2
		2004	11,4	12,0	9,6	.	3,8	3,2	.	.	.	10,5	10,5	.	.	2
		2003	10,5	11,6	8,8	.	3,6	3,1	.	.	.	9,2	9,8	.	.	2

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länder vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 41.20. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales nach: Kennzahlenvergleich SGB XII der 16 deutschen Großstädte, Vorjahresdaten aus dem Datensatz 2005 zum SGB XII 3. Kapitel. 2005: Leistungsempfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt a.v.E. nach BSHG bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004
- 41.21. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bevölkerung: Statistik regional. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004.
41.21.01: Empfänger: Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II lt. amtlicher Statistik der Bundesagentur für Arbeit für das SGB II, revidierte Daten Dezember 2005.
41.21.02: Aus dem KZV der großen Großstädte Deutschlands. Die Zahlen basieren auf der Statistik der BA zum SGB II, es handelt sich um revidierte Daten Dezember 2005. Hannover nicht verfügbar.
41.21.03: Daten sind dem Kennzahlenvergleich der großen Großstädte zum SGB II entnommen, sie basieren auf den Daten der BA zum SGB II und stellen den Stand Dezember 2005, revidiert, dar. Hannover: Sonderauswertung für diesen Leistungsempfängerbereich nicht durchgeführt. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004
- 41.22. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Statistik regional. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004. Daten zum SGB XII sind dem Benchmarking der großen Großstädte für das Berichtsjahr 2005 entnommen. Stichtag 31.12.2005.
- 41.23. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bevölkerung: Statistik regional. 2005: bezogen auf die (altersgleiche) Bevölkerung am 31.12.2004.
Empfänger: Stichtag 31.12.2005. Bei Berechnungen der Dichte (Empfänger in Relation zur altersgleichen oder zur Gesamtbevölkerung) ergeben sich ggf. Unterschiede zum KZV der Großstädte, da dort auch Dichten auf der Basis des Jahresmittelwertes der Hilfeempfänger ausgewiesen werden.
- 41.24. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004.
Ausgaben: Eingetragen ist die Summe ALG II + Sozialgeld gemäß der Statistik der BA zum SGB II. Nicht ausgewiesene Daten liegen nicht vor, so wird z.B. in den Statistiken die Region Hannover, aber die Stadt Hannover ausgewiesen. Alle Werte gerundet.
- 41.25. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales gemäß Statistik der BA zum SGB II.
Ausgaben: Eingetragen ist die Summe ALG II + Sozialgeld. Nicht ausgewiesene Daten liegen nicht vor, so wird z.B. in den Statistiken die Region Hannover, nicht aber die Stadt Hannover ausgewiesen. Alle Werte gerundet.
Leistungsempfänger: Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II, revidierte Daten Dezember 2005.
Bedarfsgemeinschaften: Es handelt sich um die revidierten Daten für Dezember 2005. Ausgewiesen sind alle BG, die lt. dieser Statistik im Monat Dezember Leistungen nach SGB II erhalten haben (revidiert).
Kosten der Unterkunft: Die Daten sind dem Kennzahlenvergleich der großen Großstädte Deutschlands entnommen. Für Hannover liegt keine Meldung vor (Abgrenzungsprobleme Region Hannover ./.
Stadt Hannover). Die Daten sind aus den kommunalen Haushalten / FINAS, nicht aus der Statistik der BA zum SGB II.
- 41.26. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004.
Die Ausgabenwerte aus dem Benchmarking weichen definitionsgemäss ggf. von den Daten aus Haushalt und Controlling ab. Quelle: KZV-Datenbestand 2005.
Leistungsempfänger: Daten sind dem Benchmarking der großen Großstädte für das Berichtsjahr 2005 entnommen. Stichtag 31.12.2005.
- 41.27. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
Ausgaben: Jahresergebnis 2005.
Leistungsempfänger: Stichtag 31.12.2005.
- 41.28. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004.
41.28.01/41.28.02: Die Zahl der Hilfeempfänger umfasst Pflegeversicherte mit ergänzendem Pflegesachleistungsbedarf und nichtversicherte Pflegebedürftige, die entweder Pflegegeld oder Pflegesachleistungen beziehen.
41.28.03: Aus dem KZV HLU für 2005 entnommen (28.07.2006). Ausgewiesen sind die Bruttoausgaben €
41.28.04: Jahresdurchschnittswert
41.28.05/41.28.06: Die Ausgaben enthalten auch die Teilausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen, der systematisch und statistisch ab 1.1.2005 gesondert darzustellen ist. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgabe erfolgte uneinheitlich in den Kommunen und Ländern. Dies betrifft auch die Teilausgabe Grundsicherung in Einrichtungen, die im Jahr 2005 auch gesondert verbucht worden ist.
- 41.29. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales . Geplante Kennzahl, Daten vorauss. ab 2007 verfügbar.
- 41.30. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Statistik regional. 2005: bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2004

Produktplan 41 Ressort Jugend und Soziales - Teilbereich Jugend -

Mitteleinsatz und Aufgabenstruktur

Der Produktbereich wird in Kindertageseinrichtungen und Erziehungshilfe gegliedert. Das Ausgabevolumen beträgt:

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/05		
	T €			%	T €
Personalausgaben	59.256	16.491	-42.766	-72,2	15.245
Sonst. konsumtive Ausgaben	127.864	170.800	42.936	33,6	171.847
Investitionsausgaben	1.465	3.976	2.511	171,4	630
Gesamtausgaben	188.586	191.266	2.681	1,4	187.722

Die Veränderung in den Haushaltsdaten zwischen den Jahren 2003 und 2005 stehen im Zusammenhang mit der Gründung des Eigenbetriebes KiTa Bremen zum 01.08.2004. Das im Personalhaushalt des Produktplanes 41 für den kommunalen Träger der Kindertagesbetreuung zur Verfügung stehende Budget wurde in den konsumtiven Haushalt für Zuschüsse an den Eigenbetrieb übertragen.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplanes

Ziel der Jugend- und Familienpolitik ist es, Beiträge für ein familien- u. kinderfreundliches Bremen zu leisten. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsfähige Angebote der Kinderbetreuung, familienfreundliche Wohn- und Lebensverhältnisse sowie Fragen der Bildung, Förderung und Ausbildung stehen dabei besonders im Mittelpunkt.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Um Kinder altersgerecht zu betreuen und zu fördern, sollen die Betreuungsangebote ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung von neuen Plätzen vorrangig für Kinder unter 3 Jahren (Senatsbeschluss vom Dezember 2005) und der Ausbau der Kindertagesheime zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen.

In der Erziehungshilfe ist die Kindeswohlsicherung und die Wiederherstellung und Stärkung der Familie als Lebensort vorrangiges Ziel. Die Umsteuerung der Erziehungshilfe (ambulant vor stationär) erfolgt gemäß Senatsbeschluss vom 05.10.1999.

Einordnung der gebildeten Kennzahlen:

Die Kennzahlen zu den Tagesbetreuungsplätzen und zu den Versorgungsquoten im Bereich der Kindertageseinrichtungen messen die Versorgungssituation und können somit als Maßstab einer Zielerreichung hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf herangezogen werden. Im Bereich der Erziehungshilfe sind die gebildeten Kennzahlen geeignet, den beim Detailziel angegebenen Umsteuerungserfolg (ambulant vor stationär) im Zeitreihenvergleich und im Vergleich zu anderen Städten zu messen.

Bewertung der Kennzahlen:

Für den Bereich Kindertagesheime können vom Ressort Jugend bislang nur hinsichtlich der Versorgungsquote Kinder 0 bis unter 3 Jahre Vergleichsdaten mit anderen Städten geliefert werden. Diese Daten beruhen auf telefonischen Umfragen des Ressorts und sind daher nur bedingt aussagekräftig. Unter Berücksichtigung dieser eingeschränkten Aussagekraft, belegt Bremen 2005 bei der Versorgungsquote Kinder 0 bis unter 3 Jahre Rang 5 unter 8 Städten. Bei den Ausgaben pro betreutem Kind sind aufgrund fehlender Vergleichsdaten aus anderen Städten lediglich die bremischen Daten an sich zu betrachten. Interessant ist, dass der kom-

munale Träger pro betreutem Kind von 0 bis unter 3 Jahren 12.795 € ausgibt, während die entsprechenden Zuschüsse an andere Träger niedriger (10.426 €) liegen. Diese erklärt sich dadurch, dass der kommunale Träger nur eine sehr geringe Anzahl von unter 3jährigen Kindern betreut und es sich bei den anderen Trägern vorrangig um Elternvereine handelt, die vor dem Hintergrund ihrer ehrenamtlichen Arbeit nach anderen Richtlinien gefördert werden. Die Ausgaben pro betreutem Kind 3 bis unter 6 Jahre sind hingegen auf ähnlichem Niveau; sie belaufen sich für den kommunalen Träger auf 3.129 €, der entsprechende Wert für den Zuschuss an andere Träger liegt bei 3.156 €.

Die Kennzahlen zur Platz-Kind-Relation werden durch die Statistischen Ämter zur Verfügung gestellt, die neuesten Daten hierzu beziehen sich auf das Jahr 2002. Ländervergleiche können ebenfalls in Bezug auf Landesvorgaben sowie Ausgaben für Kindertageseinrichtungen erfolgen.

Bei den Ausgaben pro Einwohner von Tageseinrichtungen für Kinder liegt das Land Bremen unter den Ausgaben der Stadtstaaten Hamburg und Berlin; bezogen auf die Westländer insgesamt liegt Bremen auf Rang 4.

Das Ressort führt an, dass ein interkommunaler Vergleich bzgl. Kindertagesbetreuung die Validität der Daten voraussetzt, was bislang in der Regel nicht gegeben sei. Vor diesem Hintergrund ist der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales gemeinsam mit anderen Großstädten (Hamburg, Düsseldorf, Leipzig, Nürnberg, Hannover) initiativ geworden, um einen Vergleichsring zu gründen; dieser soll durch eine externe Beratungsfirma (con_sens Hamburg) koordiniert und unterstützt werden.

Vergleichbare Kennziffern sollen vor allem zu folgenden Bereichen entwickelt werden:

- Vergleich der Kosten der Kindertagesbetreuung im Verhältnis zu den bestehenden Angeboten
- Vergleich der Finanzierung von Kindertagesbetreuung (Finanzierungs- und Steuerungsmodelle, Gestaltung der Elternbeiträge)
- Personalausstattung (qualitativ / quantitativ) und Personalsteuerung
- Angebotsstruktur, Flexibilisierung des Angebotes sowie Ausrichtung an dem Bedarf von Eltern und Kindern
- Steuerungshebel in der Kindertagesbetreuung: Welche Möglichkeiten zur Angebotssteuerung bieten die jeweiligen Finanzierungsmodelle?

Datenquelle für die Kennzahlen im Bereich Erziehungshilfe ist die Erhebung des IKO-Vergleichsringes der Großstadtjugendämter. Der Vergleichsring ermöglicht einen interkommunalen Vergleich der Fall- bzw. Leistungsdichte sowie Ausgaben zu den im SGB VIII normierten Hilfen zur Erziehung. Eine Bewertung der Struktur- und Leistungsqualität des Gesamtversorgungssystems für Junge Menschen sowie eine sozialstrukturelle Analyse und Bewertung nach Sozialindikatoren ist nicht Gegenstand des Benchmarking und daher auf dieser Basis nicht darstellbar. In den Kennzahlenvergleich wurden für 2004 erstmals auch die Hilfen für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte junge Menschen gem. § 35 a SGB VIII einbezogen. Die Hilfen werden nicht gesondert ausgewiesen, sondern den ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen hinzugerechnet. Die Daten 2004 sind somit nicht unmittelbar vergleichbar mit 2003.

Sowohl bei den Kosten im Bereich der ambulanten und teilstationären sowie der stationären Betreuung je Jugendeinwohner nimmt Bremen den zweiten Rang – nach Frankfurt am Main – ein (bei den Kosten für stationäre Betreuung liegt Köln aber in fast gleicher Höhe wie Bremen). Nach Essen und etwa gleichauf mit Frankfurt liegt die Quote für die stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner bei 15,2 und damit ebenfalls auf dem 2. Rang.

Das Ressort führt aus, dass sich in Bremen im Vorjahresvergleich – ohne Berücksichtigung der Hilfen gem. § 35 a SGB VIII folgendes Bild ergibt:

	2003	2004
Stationäre Hilfen / 1.000 Jugendeinwohner	14,7	14,6
Ambulante/teilstat.Hilfen / 1.000 Jugendeinwohner	8,8	12,0
Kosten stationäre Betreuung / Jugendeinwohner (€)	333	343
Kosten ambulante/teilstationäre Betreuung / Jugendeinwohner (€)	86	103

Während sowohl die Anzahl der Hilfen für Jugendeinwohner wie auch die Kosten im stationären Bereich relativ konstant geblieben sind, hat es von 2003 auf 2004 eine deutliche Ausweitung im Bereich der ambulanten und teilstationären Hilfen gegeben. An der Entwicklung in den folgenden Jahren und der Frage, ob die Kennzahl für stationäre Leistungen nach Anstieg der ambulanten Leistungen nunmehr gesenkt werden kann, wird der Erfolg des Umsteuerungsprozesses (von stationär zu ambulant und teilstationär) gemessen werden müssen.

Beim Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung nimmt Bremen mit 7,6 % nach dem Saarland mit 12,2 % den zweithöchsten Rang ein. Das Ressort strebt eine Verbesserung der Datenlage, die die Basis für das hier dargestellte Zahlenmaterial bildet, an. Es ist geplant, mit den anderen Bundesländern und den mit der Bundesstatistik befassten Stellen zu den Einnahmen und Ausgaben der Jugendhilfe durch eine exaktere Abstimmung über die einzubeziehenden Kosten valide Vergleichszahlen zu ermitteln. Entsprechende Gespräche sollen noch im zweiten Halbjahr 2006 erfolgen.

Zusammenfassende Bewertung und weiteres Verfahren

Dass für die politische Schwerpunktzielsetzung bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Frühförderung durch Ausbau der Kindertagesbetreuung nach wie vor keine gesicherten vergleichenden Darstellungen möglich sind, ist sehr zu bedauern, zumal es Beschluss des Senats ist, dass der Ausbau des Betreuungssystems analog zu vergleichbaren Großstädten sichergestellt werden soll.

Auch durch die Etablierung des durch das Ressort initiierten Vergleichsrings zur Kindertagesbetreuung sind erst für den Benchmarking-Bericht 2008 vergleichende Daten zu erwarten. Allerdings wird ab dem Jahr 2006 die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bislang im Turnus von 4 Jahren vorgelegte Statistik zur Kindertagesbetreuung (letzte Veröffentlichung 2002) jährlich vorgelegt werden (erstmalige Veröffentlichung 2007) und dabei deutlich erweiterte Informationen umfassen (Informationen zum Träger, genehmigte Plätze, Anzahl der Gruppen, betreute Kinder, Personal etc.). Damit werden umfangreiche, für das gesamte Bundesgebiet vergleichbare Informationen zum gesamten Spektrum der Kindertagesbetreuung vorliegen. Für den Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen in Bremen koordiniert das Ressort Jugend die Erhebung und sichert infolgedessen die Qualität der bremischen Daten.

Das Ressort wird gebeten, die Ergebnisse der initiierten Planungsgespräche zu den Einnahmen und Ausgaben der Jugendhilfe(verwaltung) der Benchmarking-AG mitzuteilen.

Benchmarking

Produktplan 41: Bereich Jugend

Stand: 13.07.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
41.01.01 Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre	%	2005	2,3													
41.01.02 Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre	%	2005	42,5													
41.02.01 Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre); kommunale Träger	Euro	2005	12.795													
41.02.02 Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre); kommunale Träger	Euro	2005	3.129													
41.02.03 Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre); Zuschüsse an andere Träger	Euro	2005	10.426													
41.02.04 Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre); Zuschüsse an andere Träger	Euro	2005	3.156													
41.03.01 Kitas: Versorgungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2005	6,2	21,5		5,9	14,0	10,7	5,5	15,0				1,5		5
41.04.01 Kitas: Auslastungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2005	103,1								13,4					
41.04.02 Kitas: Auslastungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2005	97,6								4,2					
41.04.03 Kitas: Platz-Kind-Relation 0 bis unter 3 Jahre	%	2002	11,2	13,1	35,8	5,3	8,7	8,7	4,0	9,1	9,8	3,4	3,1	1,8		3

Benchmarking

Produktplan 41: Bereich Jugend

Stand: 13.07.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
41.04.04 Kitas: Platz-Kind-Relation 3 bis unter 6 Jahre	%	2002	83,1	64,8	80,6	87,4	85,8		85,7	79,3	96,0	84,6	82,5	87,2	7	
41.04.05 Kitas: Platz-Kind-Relation 6 bis unter 12 Jahre	%	2002	14,3	17,9	23,9	11,9	29,4		14,4	20,8	14,9	7,2	3,5	1,7	7	
41.06.01 Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	%	2005	12,6													
41.06.02 Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (andere Träger)	%	2005	18,2	26,8												
41.07.01 Kitas: Kinder pro Fachkraft (0 bis unter 3 Jahre)	Anzahl	2005	4,0													
41.07.02 Kitas: Kinder pro Fachkraft (3 bis unter 6 Jahre)	Anzahl	2005	20,0													
41.10.01 Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	2004	14,0			14,4	21,2		11,1			9,2	9,1		3	
41.10.02 Erziehungshilfe: stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	2004	15,2			12,4	15,1		12,8			18,3	13,1		2	
41.10.03 Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	2004	107			89	214		104			76	57		2	
41.10.04 Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	2004	370			312	466		369			348	292		2	
41.10.05 Erziehungshilfe: Gesamtkosten je Einwohner	Euro	2004	81,0			74,0	110,6		94,3			75,9	68,9		3	

* "Städte insgesamt" wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung der beiden Größen erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Benchmarking

Produktplan 41: Bereich Jugend

Stand: 13.07.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*	
														Staatstaaten	Flächen. (West)		Bundesgebiet
41.05.02 Kitas: Landesvorgaben zu Gruppenraumfläche je Kind	m ²	2005	2,5														
		2003	2,5	2,2	3,0	2,2	2,0	1,5	2,0	3,0	2,0	2,0				3	
41.08.01 Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben	Euro / EW	2004	148,3	194,6	236,9	129,8	45,8	157,0	108,2	140,4	188,5	116,5	111,4		119,0	132,5	5
41.08.02 Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben	Euro / EW	2004	136,0	191,0	219,1	116,0	37,4	132,9	94,7	121,3	175,9	108,8	96,6		103,9	116,1	4
41.09.01 Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung	%	2004	7,6	4,1	6,7	5,2	6,8	3,3	2,2	7,4	3,2	12,2	4,1		5,3	5,6	2

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

41.01. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Stand: Status III, 01.10.2005 für das KGJ 05/06.

41.02. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

01 und 02: Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) auf Basis des Referenzwertes ohne Miete und außergewöhnliche Aufwendungen
03 und 04: Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) für alle Plätze auf Basis des Referenzwertes ohne Mieten und außergewöhnlichen Aufwendungen. Die Ausgaben für die Plätze ohne Spielkreise betragen in Bremen 10.298.369 Euro. Alle Plätze ohne Tagespflege.

41.03. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Stand: Status III, 01.10.2005 für das KGJ 05/06. Plätze mit mindestens 20 Wochenstunden Betreuungszeit, ohne Tagespflege. In Bremen handelt es sich um die Versorgungsquote ohne Tagespflege und Spielkreise bei zuwendungsfinanzierten Trägern. Berücksichtigung aller Träger: 10,11 %, Berücksichtigung aller Träger: 9,69 %.
Angaben basieren auf einer telefonischen Anfrage, daher mit Einschränkungen.

41.04. 01 und 02: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Stand: Status III, 01.10.2005 für das KGJ 05/06. Anteil der belegten Plätze an allen angebotenen Plätzen mit mindestens 20 Wochenstunden

03, 04 und 05: Statistisches Bundesamt; Statistik regional.

41.05. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: Altersgruppe 0 bis unter 3: 3,5 qm, Altersgruppe 3 bis unter 6: 2,5 qm

41.06. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

01: Basis: Kalkulation 2005

02: Basis: Kalkulation 2005 ohne Elternbeiträge bei Elternvereinen

41.07. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. gemäß den rechtlichen Vorgaben, ohne Zusatzkräfte für Sonderleistungen.

01: 8 Kinder mit 2 Fachkräften, in Ausnahmefällen auch 10 Kinder mit 2 Fachkräften.

02: 20 Kinder pro Gruppe/ Fachkraft

41.08. Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt; Statistik regional.

41.09. Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt; Statistik regional.

41.10. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, basierend auf IKO-Berichten; Jugendeinwohner: Bevölkerung bis unter 21 Jahren

Die Daten 2003 und 2004 sind nicht unmittelbar vergleichbar, da der Vergleich ab 2004 auf Beschluss der an IKO teilnehmenden Städte auch die Fälle und Kosten für die Eingliederungshilfe gem. § 35 a SGB VIII umfasst.

Produktplan 51 Gesundheit

Vorbemerkungen

Für den Produktplan 51 wurde geprüft, ob es über die aufgeführten Kennziffern hinaus weitere sinnvolle Kennziffern für ein Benchmarking gibt. Dies ist aus unterschiedlichen Gründen nicht der Fall:

Voraussetzung für benchmarkgeeignete Kennziffern ist, dass die Daten routinemäßig erhoben werden, dass sie aussagefähig und valide sind und dass sie in anderen Bundesländern in der gleichen Art und Weise unter den gleichen strukturellen Rahmenbedingungen erhoben werden und zur Verfügung gestellt bzw. veröffentlicht werden.

Unter diesen Prämissen werden nach wie vor keine weiteren sinnvollen Daten für ein Benchmarking gesehen, da viele Daten nur anlassbezogen, also nicht regelmäßig, erhoben und ausgewertet werden (z.B. Gesundheitsberichterstattung), für die dann keine Vergleichsdaten aus anderen Bundesländern vorliegen, oder die einen direkten Vergleich mit anderen Regionen aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeits- und Kompetenzverteilungen in den Ländern nicht erlauben oder die keine Steuerungsrelevanz aufweisen, also mithin nicht beeinflussbar sind (z.B. Inanspruchnahme von Institutionen des Gesundheitswesens).

Das Ausgabevolumen des Produktplans 51 beträgt 60,0 Mio. € (Basis beschlossene Haushalte L+G 2006 mit Zurechnungen und Modifizierungen s.u.), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 18,5 Mio. € und die Investitionen mit rd. 13,1 Mio. € veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 1,83 %, an den Personalausgaben 1,75 % und an den Investitionsausgaben 5,57 %. Bereits enthalten sind die umgelegten AIP-Ressortanteile (mit Ausnahme der noch nicht aufgeteilten Globalen AIP-Minderausgabe); die Personalausgaben sind um die Ressortanteile aus Versorgung und Beihilfe ergänzt und die konsumtiven Ausgaben um die eckwertrelevanten Zinsausgaben modifiziert.

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €		%		T €
Personalausgaben	22.647	19.830	-2.817	-12,4	18.516
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.979	11.540	-1.439	-11,1	13.082
Investitionsausgaben	28.969	29.051	82	0,3	28.431
Gesamtausgaben	64.596	60.421	-4.174	-6,5	60.030

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Ziel bremischer Gesundheitspolitik sind solidarisch finanzierte hochwertige, qualitätssichernde und gleichwohl wirtschaftlich erbrachte Gesundheitsleistungen. Die Gesundheitswirtschaft im Lande Bremen soll dabei nicht nur für eine qualitative Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen sorgen, sie soll auch einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes leisten.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

- Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Krankenhäuser im Land Bremen durch Konzentration von Disziplinen, durch Erschließung hausübergreifender Rationalisierungspotentiale sowie durch Ausbau telematischer medizinischer Leistungen und Erweiterung des Leistungsspektrums durch die Integration nicht stationärer Leistungen,
- Konkretisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen für Bremen und Bremerhaven auch im Hinblick auf die neuen Vergütungsformen (Fallpauschalen),
- Nutzung von Möglichkeiten für verstärkte Kooperationen und Expansionen mit dem Ziel ausgeglichener Budgets,
- Sicherung der oberzentralen Funktion der Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten zur Erhaltung der Arbeitsplätze und
- Ausbau der Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Benchmarking-Ergebnisse

Kennziffern zur Überprüfung der Erreichung o.g. Ziele liegen fast ausschließlich nur den Bereich der Krankenhausversorgung vor.

Die **KHG-Investitionen je Einwohner** sind im Jahre 2005 mit 51,7 € in Bremen im Vergleich zu den Flächenländer (West), aber auch im Vergleich zu Hamburg und Berlin am höchsten. Gegenüber dem Jahr 2001 ist der Wert für Bremen entsprechend den im Haushalt zusätzlich eingestellten KHG – Mitteln gestiegen, für Hamburg und Berlin dagegen gesunken. Diese Relation des finanziellen Aufwands erklärt sich u.a. in Zusammenhang mit der Versorgungsquote auswärtiger Patienten und den Investitionen pro Planbett. Die **KHG-Investitionen pro Planbett** im Jahr 2005 zeigen, dass Bremen mit 5.863 € je Planbett über dem Vergleichswert von Berlin, aber deutlich unter Hamburg liegt und den Durchschnittswert aller Bundesländer von 5.179 € um ca. 700 € überschreitet. Dieser Durchschnittswert ist aber geprägt durch die besonders niedrigen Kennziffern in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Die KHG-Investitionen in Bremen sind bezogen auf die Planbetten zwar überdurchschnittlich, sie werden aber von drei anderen Ländern noch übertroffen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist es demnach die durch die hohe Versorgungsquote bedingte Anzahl der Planbetten, die den Spitzenwert bei den **KHG-Investitionen je Einwohner** begründet.

Um den Einfluss der hohen Versorgungsquote auf die Kennziffer KHG-Investitionen je Einwohner zu neutralisieren, sind letztere entsprechend bereinigt. Die Kennziffer **KHG-Investitionen je Einwohner – bereinigt** liegt dann auch für Bremen mit 35,6 € zwischen den Werten für die beiden anderen Stadtstaaten (Hamburg 40,2 €; Berlin 30,5 €).

Die hohe Anzahl an Planbetten in Relation zur Einwohnerzahl in Bremen liegt in der unter allen Bundesländern höchsten **Versorgungsquote auswärtiger Patienten** begründet. Die Versorgungsquote stellt einen Wanderungsindex dar, der die Patientenbewegungen zwischen den Bundesländern saldiert. Am Beispiel Bremens: Eine Versorgungsquote von 145 % (gegenüber 2003 um 3,4 %-Punkte angestiegen) bedeutet: auf 100 insgesamt im Bundesgebiet behandelte Bremer kommen 145 im Bundesland Bremen insgesamt behandelte Patienten. Je höher dieser Wert, desto größer (relativ gesehen) ist der saldierte "Wanderungsgewinn" aus anderen Bundesländern. Bremen nimmt hier eine ausgeprägte zentralörtliche Funktion für das erweiterte Umland wahr und zwar im Verhältnis zu seiner Größe in einem stärkeren Ausmaß als Hamburg oder Berlin.

Die ausgeprägte Versorgungsfunktion beeinflusst auch die Kennziffer **Bettenindex pro 1000 Einwohner (unbereinigt)**. Da kein anderes Bundesland einen vergleichsweise hohen Anteil Krankenhausleistungen für andere Bundesländer erbringt, ist es zur Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern erforderlich, die (unbereinigte) Kennziffer zu bereinigen, so dass sie sich ausschließlich auf die Versorgung der Bevölkerung des Landes Bremen bezieht. Bei der Bildung der Kennziffer **Bettenindex pro 1.000 Einwohner (bereinigt)** sind in der Bettenzahl, die der Berechnung des "Bettenindex - bereinigt" zu Grunde liegt, rechnerisch die von auswärtigen Patienten belegten Betten ausgeschlossen. Der **Bettenindex pro 1.000 Einwohner (bereinigt)** ist in Bremen stärker als im Bundesdurchschnitt gesunken (von 6,6 in 2004 auf 6,1 Betten im Jahr 2005). Der Index im Durchschnitt aller Bundesländer ist dagegen „nur“ von 6,6 auf 6,4 Betten pro 1.000 Einwohner zurückgegangen.

Die Betten werden zu 75,9 % in etwa im Bundesdurchschnitt genutzt. Berlin kann hier mit 80,7% Auslastungsquote (**Bettennutzung – incl. Psychiatrie**) eine höhere Auslastung aufweisen. Die Aussagekraft dieser Kennziffer ist jedoch eingeschränkt, da sie neben der länderunterschiedlichen Fallzahl- und Verweildauerentwicklung abhängt von den Anpassungsmaßnahmen und deren Aktualisierung –in diesem Fall Bettenreduktionen- über die Fortschreibung des Krankenhausplans. Diese erfolgt derzeit in beiden Ländern. Die **durchschnittliche Verweildauer (mit Psychiatrie)** liegt mit 8,5 Tagen im Vergleich zu Berlin und dem Bundesdurchschnitt (beide 8,7 Tage) leicht niedriger.

Hinsichtlich der Lebensmittelüberwachung zeigen die Zahlen für Bremen, Hamburg und Niedersachsen für das Jahr 2004, dass die drei Bundesländer vergleichbare Aktivitäten im Rahmen der Lebensmittelüberwachung durch Probenuntersuchungen durchführen.

Die Unterschiede, die sich im Vergleich zum Vorjahr (2003) aufzeigen, ergeben sich aus den jährlichen Schwerpunktsetzungen der Lebensmittelüberwachung durch Risikobewertungen der Lebensmittelüberwachungsbehörden, die sich nicht an der Bevölkerungszahl ausrichtet.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Datenlage der aufgeführten Kennziffern ist gut. Allerdings sind nur Länder- und keine Städtevergleiche möglich.

Das Ressort weist darauf hin, dass es trotz ständiger Bemühungen nicht gelungen ist, andere Länder dazu zu bewegen, über eine anlassbezogene Datenerhebung hinaus regelmäßige Auswertungen vorzunehmen. Die Begleitarbeitsgruppe teilt die in den Vorbemerkungen dargestellte Auffassung des Ressorts, dass über die ausgewerteten Kennziffern hinaus keine weiteren sinnvollen Daten für ein Benchmarking gewonnen werden können, appelliert jedoch an das Ressort, sich weiterhin um eine regelmäßige länderübergreifende Datenauswertung zu bemühen.

Die Begleitarbeitsgruppe hatte im Benchmarkingbericht 2005 eine intensivere Beschäftigung mit der Frage, ob die Versorgungsfunktion für das Umland im bundesstaatlichen Finanzausgleich sachgerecht abgegolten wird, empfohlen.

Die Deputation für Arbeit und Gesundheit hatte in ihrer Sitzung am 16.03.2006 in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass Ausgleichszahlungen für Infrastrukturnutzung im Zusammenhang mit der Kostenübernahme für auswärtige Patienten (insbesondere aus Niedersachsen) zu sehen sind und dieser Anteil wiederum einen erheblichen regionalwirtschaftlichen Nutzen zur Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung darstellt.

Benchmarking

Produktplan 51: Gesundheit

Stand:

16.08.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			Rang Land Bremen*
														Staatstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet	
51.01.01	%	2004	145,0	124,3	111,1	102,7	101,7	97,9	94,3	100,3	95,0	104,9	97,5	119,2	99,6	100,0	1
51.02.01	Euro	2005	5.863	6.772	5.435	4.648	5.932	7.083	2.236	3.721	4.733	3.064	5.334	5.928	4.541	5.179	4
51.02.02	Euro	2005	51,7	49,9	33,9	26,2	36,3	40,6	12,1	26,9	29,6	22,3	29,5	40,7	28,3	32,7	1
51.02.03	Euro	2005	35,6	40,2	30,5	25,5	35,7	41,5	12,9	26,8	31,2	21,3	30,3	34,2	28,4	32,7	4
51.03.01	Tage	2005	8,9	7,5	6,3	5,8	6,3	5,9	5,4	7,3	6,5	7,3	5,7	6,9	6,4	6,4	1
51.03.02	Tage	2005	6,1	6,0	5,6	5,6	6,2	6,1	5,8	7,3	6,9	7,0	5,8	5,8	6,4	6,4	5
51.04.01	Tage	2004	8,5	8,4	8,7	8,9	8,5	8,4	8,8	9,0	8,4	8,3	8,6	8,5	8,6	8,7	6
51.05.01	%	2004	75,9	75,5	80,7	74,3	74,1	73,3	77,7	74,6	72,0	79,7	77,1	x	x	75,5	5
51.06.01	Anzahl	2004	4,3	4,1	4,7

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 51.01.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Berechnung: Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort
- 51.02.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
- 51.02.02 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: Bezogen auf die Bevölkerung am 30.06.2005. Für Ländervergleiche der Krankenhauskenzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden.
- 51.02.03 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Vom Einfluss auswärtiger Patienten (Wohnort nicht im Land Bremen) bereinigter Wert. 2005: bezogen auf die Versorgungsquote 2004 sowie die Bevölkerung am 30.06.2005.
- 51.03.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. 2005: Bezogen auf die Bevölkerung am 30.06.2005. Für Ländervergleiche der Krankenhauskenzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden.
- 51.03.02 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Unter Berücksichtigung der Versorgungsquote. 2005: bezogen auf die Versorgungsquote 2004 sowie die Bevölkerung am 30.06.2005.
- 51.04.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Die Entwicklung von 2002 bis 2004 unter dem Vorbehalt methodischer Brüche in der Fallzählweise (bedingt durch die Einführung des Fallpauschalen-Entgeltsystems). Im Bericht 2005 wurde diese Kennzahl ohne Psychiatrie dargestellt, daher keine Vergleichbarkeit.
- 51.05.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziale. Starke jährliche Schwankungen durch Neufestsetzung und Fortschreibung der Krankenhauspläne möglich
- 51.06.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

Produktplan 68 – Bau, Umwelt und Verkehr

Vorbemerkungen

Ausgaben	Ist				Anschlag
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		2006
	T €		%		T €
Personalausg. (incl. Versorg./Beih.)	63.379	64.249	870	1,4	65.865
Sonst. konsumtive Ausgaben	243.161	150.568	-92.592	-38,1	187.983
Investitionsausgaben	140.960	133.412	-7.548	-5,4	125.516
Gesamtausgaben	447.500	348.229	-99.270	-22,2	379.365

Das Ausgabevolumen des Produktplans 68 beträgt 379,4 Mio. € (Basis beschlossene Haushalte L+G 2006 mit Zurechnungen und Modifizierungen s.u.), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 65,9 Mio. € und die Investitionen mit rd. 125,5 Mio. € veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 11,4 %, an den Personalausgaben 6,2 % und an den Investitionsausgaben 23,1 %. Bereits enthalten sind die umgelegten AIP-Ressortanteile (mit Ausnahme der noch nicht aufgeteilten Globalen AIP-Minderausgabe); die Personalausgaben sind um die Ressortanteile aus Versorgung und Beihilfe ergänzt und die konsumtiven Ausgaben um die eckwertrelevanten Zinsausgaben modifiziert.

Im Ausgabevolumen des Produktplans 68 ist der Verlustausgleich BSAG im Umfang von rd. 68 Mio. € enthalten. Die Zahlung des Verlustausgleichs erfolgt über eine Verrechnungshaushaltsstelle an die BVV. Somit muss bei einem Vergleich von konsumtiven und investiven Ist-Werten ohne die Darstellung von Verrechnungs-Ist-Werten der Vorjahre mit Anschlagswerten 2006 dieser Sachverhalt berücksichtigt werden.

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird der Produktplan Bau, Umwelt und Verkehr auf Landes- und Städteebene dargestellt. Dabei wird, um eine Straffung der Kennzahlen zu erreichen, dem Städtevergleich Priorität eingeräumt. In der Darstellung werden der Bau- und Verkehrsbereich und der Umweltbereich getrennt dargestellt. Neben der Fortschreibung von Kennzahlen des Benchmarking-Berichts 2005 konnten weitere Kennzahlen in den diesjährigen Bericht aufgenommen werden, wobei die Datenlage insgesamt nach wie vor keinen lückenlosen Städte- und Ländervergleich ermöglicht.

Auf Grund der Größe des im Produktplan enthaltenen Bereichs und der daraus resultierenden Vielzahl der Kennzahlen kann nur eine Auswahl diskutiert werden.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Das Ressort ist verantwortlich für das Planen, Gestalten, Bauen, Erhalten und Betreiben der öffentlichen Infrastruktur. Eine entscheidende Steuerungsaufgabe des Ressorts liegt dabei in der Planung. Dies betrifft nicht nur Regional-, Raum-, und Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, sondern auch Grün-, Quartiers- und Stadtteilplanung und den Städtebau. Es besteht der Anspruch, u.a. durch eine engere Verzahnung dieser Bereiche das Ressort als erste Adresse für Transparenz, Beteiligung und Verfahrensoptimierung zu profilieren.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Die mittel- und langfristigen Aufgabenschwerpunkte des Produktplans umfassen die nachfolgend aufgelisteten Ziele, die eine weitere Untergliederung in Detailziele erfahren haben, auf deren differenzierte Darstellung hier zugunsten der Übersichtlichkeit verzichtet wird:

- Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV und Verbesserung der Erreichbarkeit im Straßenverkehr,
- Beitrag zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt und Verbesserung der Wohnqualität,
- Lenkung städtebaulicher Entwicklung und Gestaltung der Stadt,
- Leistungen von Beiträgen zum aktiven Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz und insgesamt zu einer nachhaltigen Entwicklung durch effizientere Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe,
- Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft,
- Schutz von Boden, Luft und Wasser.

Benchmarking-Ergebnisse

Bereich Bau und Verkehr

- Wohnraumförderung und Wohngeld

Die Angaben der anderen Länder bzw. Kommunen beruhen auf freiwilligen Angaben, die SBUV auf Anfrage im Rahmen der ARGEBAU und des DST erhält. Ein länderübergreifender Vergleichsring besteht nicht. Die Kennzahl zu den Eigentumsmaßnahmen wurde auf Gesamtzahlen im Jahr geändert, da der bisher abgefragte Gesamtbestand ganz überwiegend nicht lieferbar ist. Die Daten sind wegen der im Bundesgebiet stark differierenden Förderungsmodalitäten nicht uneingeschränkt vergleichbar.

In der Stadt Bremen waren im Jahre 2005, dem ersten Jahr der Hartz-IV-Regelungen, je 1.000 Einwohner 12,1 Wohngeldempfänger zu verzeichnen. Bremen liegt damit in dem Bereich der anderen Stadtstaaten. Bei den anderen Städten liegen u.a. starke Schwankungen in den Angaben vor.

Der Anteil der geförderten Mietwohnungen an den Wohnungen gesamt ist in der Stadt Bremen mit 4,9 % unter allen Städten am niedrigsten. Das Ressort hält diesen geringen Anteil angesichts der aktuellen Wohnungsmarktlage für vertretbar.

- Verkehr

Ein Teil der Kennzahlen des Verkehrsbereichs wurden aus Angaben des VDV (Verband der Verkehrsunternehmen, Statistik 2004) entnommen; zum anderen wurden sie aus den Geschäftsberichten der ÖPNV-Unternehmen von 2004 ermittelt.

Kennzahl Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen/ Einwohner (km) – 2004:

Beim ÖPNV-Angebot liegt Bremen mit einem Wert von 40,5 km deutlich unterhalb des Durchschnitts von 62,3 km. Nur die Ruhrgebietsstädte Dortmund, Duisburg und Essen weisen niedrigere Werte auf. Diese Städte haben die Straßenbahn- und Busnetze im Zuge des unterirdischen Stadtbahnausbaus mäßig bzw. sehr ausgedünnt. Düsseldorf, München, Berlin, Hannover und Hamburg leisten sich im Hinblick auf das Angebot einen deutlich höheren Aufwand als Bremen. Gegenüber den Werten aus 2003, die Eingang in den Benchmarking-Bericht 2005 gefunden haben, hat es Veränderungen gegeben, die das Ressort wie folgt erläutert: „In Hamburg und Berlin sowie v.a. in Frankfurt hat das Angebot deutlich abgenommen. In Frankfurt steht die Abnahme um 15 km je Einwohner/-in (um fast 25 %) mit einer Ausgliederung von Leistungen des Hauptanbieters vermutlich in Zusammenhang, worauf auch die Abnahme des Stadt-

/Straßenbahnnetzes um 6 km (=10%) hindeutet. In Köln, München und Dortmund hat das Angebot zugenommen, während es in Bremen sehr leicht reduziert wurde.“

Kennzahl Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen/ Einwohner (km) – 2004:

Abgesehen von Duisburg und Essen weist Bremen bei dieser nachfrageorientierten Kennzahl den niedrigsten Wert auf. In München, Düsseldorf, Stuttgart, Köln und Hannover liegt die Nachfrage pro Einwohner von einem Viertel bis zum Doppelten höher als in Bremen. Gegenüber den Werten aus 2003, die Grundlage für den Benchmarking-Bericht 2005 waren, hat es praktisch keine Veränderungen gegeben: Konstanz in Bremen, leichte Reduzierungen in Hamburg, Frankfurt, Hannover und Duisburg, leichte Steigerungen in Düsseldorf, Köln und Dortmund.

Kennzahlen Verlustausgleiche – 2004:

Bremen verzeichnet bei den drei Kennzahlen überwiegend höhere Werte, die Bremen im Vergleich zu den anderen Städten auf die ungünstigen Positionen zwei bis vier bringen. Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover und Duisburg weisen teilweise schlechtere Werte auf; deutlich besser stellen sich Hamburg und Stuttgart dar. Im Vergleich zu den Werten aus 2003 ist eine Verbesserung eingetreten. Das Ressort ergänzt dieses wie folgt: „Weiterhin kritisch ist die eher mäßige Nachfrage bei gleichzeitig hohem Angebot und die Kostensituation, insbesondere im Betrieb. Der Senat hat daher mit der BSAG einen Kontrakt vereinbart, der bis 2010 eine Reduzierung des Verlustausgleichs auf 45,7 Mio € vorsieht (zum Vergleich 2003 = 73,83 Mio. €).“

Kennzahl Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer in €:

Bremen weist bei der Straßenunterhaltung im Vergleich zu Hamburg und Berlin den niedrigsten Wert auf, bei der Instandsetzung liegt der Wert für Bremen zwischen denen Hamburgs und Berlins.

Das Ressort gibt zur Einordnung der Kennzahlen aus dem Verkehrsbereich folgende Erläuterungen:

„Bremen hat historisch gesehen ein sehr dichtes Straßennetz, welches aus der Struktur mit dem sog. Bremer Haus und den kleinen Grundstücken (siehe Neustadt), der Bandstadtstruktur mit 2 Städten und dem Mehraufwand für die Wahrnehmung der Hafenfunktion resultiert. Charakteristisch für den ÖPNV in Bremen ist - neben der traditionell gut aufgestellten Konkurrenz durch das Fahrrad - das im Vergleich zu allen anderen Städten sehr kleine Stadtbahn-/Straßenbahnnetz und das große Busnetz. Die nahezu gleich großen Städte Düsseldorf, Stuttgart und Hannover besitzen eine fast doppelt so große Netzlänge bei den Stadtbahn-/Straßenbahnen wie Bremen. Busse schneiden in der Nachfrage der Fahrgäste generell schlechter ab als Straßenbahnen (sog. "Schienenbonus" von 20 %) und sind wegen der geringeren "Gefäßgrößen" auf nachfragestarken Linien unwirtschaftlicher. Ein wesentlicher Grund für diesen geringen Ausbau des Stadtbahn-/Straßenbahnnetzes ist die im Vergleich zu den Flächenländern nicht vorhandene Möglichkeit, Bundesmittel und die Komplementärmittel des Landes in den größeren Städten zu konzentrieren. Bremen hat – nach erfolgter "Standardisierter Bewertung" mit positivem Ergebnis - beim BMVBS in 2006 den Antrag zur Aufnahme der Vorhaben einer Verlängerung der Straßenbahnlinien 1, 2 und 10 sowie der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn in das GVFG-Großvorhabenprogramm gestellt, um eine 60% Finanzierung der förderfähigen Kosten durch den Bund zu erreichen. Die ausgewiesenen Verluste der Verkehrsunternehmen wurden um verschiedene Faktoren ergänzt bzw. korrigiert, um eine näherungsweise Vergleichbarkeit zu ermöglichen: So erhalten die Verkehrsbetriebe in Berlin, Frankfurt, Hannover und Stuttgart vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlungen, die bis zu viermal so hoch sind, wie die ausgewiesenen Verluste. Keine Informationen liegen für München hinsichtlich der geleisteten Zahlungen vor. Darüber hinaus ist die Verlusthöhe durch Erträge bzw. Aufwendungen beeinflusst, die nicht im Jahr 2004 entstanden sind und deswegen als „aperiodisch“ bzw. „periodenfremd“ bezeichnet werden. Dies trifft für 2004 insbesondere für die BSAG zu. Schließlich sind in den Ergebnissen Gewinne bzw. Verluste

enthalten, die aus Beteiligungen stammen und nicht den ÖPNV in den jeweiligen Städten betreffen (besonders: Hamburg und Düsseldorf).“

Bereich Umwelt

Die Stadt Bremen weist mit 8,6 € Unterhaltungskosten für öffentliche Grünanlagen/ Einwohner einen Wert auf, der, mit Ausnahme von Hannover, deutlich unter den Unterhaltskosten der anderen Städte liegen. Bei den Unterhaltungskosten öffentlicher Grünanlagen/ qm schneidet Bremen mit 0,6 € deutlich besser als alle anderen Vergleichsstädte ab, die im Mittel mit rd. 1,25 € auf einen doppelt so hohen Betrag kommen.

Bei der Kennzahl Naturschutzgebiete bezogen auf die Bodenfläche liegt das Land Bremen mit 4,7% auf dem zweiten Rang aller Bundesländer hinter Hamburg (7,3 %).

Besonders auffällig stellt sich die Kennzahl „Vogelschutzgebiete in % der Bodenfläche“ dar. Das Land Bremen weist 17,6 % höchsten Wert aller alten Bundesländer auf. Hamburg mit 3,0 % sowie Berlin mit 5,6 % liegen ein vielfaches unter dem Bremer Wert. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt von 8,3 % liegt Bremen mehr als doppelt so hoch.

Bei den „FFH-Gebieten in % der Bodenfläche“ liegt Bremen leicht über den beiden anderen Stadtstaaten, aber doch deutlich unter dem Flächenländerdurchschnitt, insbesondere was die neuen Bundesländer angeht.

Zu den Kennzahlen „Naturschutzgebiete“, „Vogelschutzgebiete“ und „FFH-Gebiete“ führt das Ressort folgendes aus: „Die Meldung von Europäischen Schutzgebieten, also den Vogelschutzgebieten (SPA = Special Protection Areas) und den Gebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) ist – anders als bei den Natur- und Landschaftsschutzgebieten, nicht in das Ermessen der Länder gestellt. Hier fordert die EU die Anmeldung derjenigen Gebiete, die den in den jeweiligen Anhängen der Vogelschutz- oder FFH-RL genannten Kriterien entsprechen. Dies soll dazu dienen, dass in Europa ein kohärentes Netz wertvoller Naturräume erhalten bleibt: NATURA 2000. Hieraus ergibt sich, dass sowohl bereits als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesene Flächen als auch bislang ungeschützte Bereiche als SPA oder FFH-Gebiete gemeldet werden müssen. Ein Großteil der jetzt von Bremen gemeldeten Natura 2000 Gebiete ist schon unter einer anderen Schutzkategorie gesichert. Die hohe Anzahl an Vogelschutzgebieten resultiert vor allem aus der sehr guten Naturlandschaftsausstattung in den Feuchtwiesen, die Bremen wie einen Ring umgeben. Die dagegen relativ niedrige Zahl an FFH-Flächen beruht darauf, dass es in Bremen nicht so viele entsprechende Lebensräume gibt, die meldepflichtig sind.“

Gegenüber dem Benchmarkingbericht 2005 wurden die Flächenkennzahlen im Städtevergleich aus Gründen der Übersichtlichkeit ohne Aussageverlust reduziert.

Ausblick

Für die künftige Tätigkeit steht weiterhin die Bildung von Vergleichsringen an, die sich langwierig gestaltet. Der Themenfeld Bau soll ab 2007 in das Berichtswesen eingegliedert werden. Daneben ist beabsichtigt, die Unterhaltungskosten der Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebiete darzustellen.

Benchmarking

Produktplan 68: Bau, Umwelt und Verkehr/ Bereich Bau und Verkehr

Stand: 12.09.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
68.01.01 Siedlungs- und Verkehrsfläche: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	57,6	58,6	69,4	58,9	56,5	68,1	60,4	72,4	50,4	67,7	58,8	60,5	62,4	10
68.01.02 Einwohner je Siedlungs- und Verkehrsfläche	EW / qkm	2004	29,1	39,2	54,7	44,8	46,1	37,1	39,6	55,6	56,6	41,3	35,7	35,8	44,4	12
68.02.01 Wohngeld: Empfänger je 1.000 Einwohner	Anzahl	2005	12,1	11,0	12,8	29,4	8,4	13,1	9,1	4,7	.	.	12,3	12,6	x	6
68.03.01 geförderte Mietwohnungen: Anteil an den Wohnungen gesamt	%	2005	4,9	16,6	11,1	9,8	11,3	9,0	.	7,2	5,8	.	.	.	x	8
68.03.02 geförderte Eigentumsmaßnahmen: Anteil an den Baufertigstellungen (Wohnungen) gesamt	%	2004	17,8	25,2	0,0	11,0	4,0	0,3	12,4	3,3	44,5	18,4	31,8	43,8	x	6
68.05.01 Gutachten für bebaute Grundstücke: Personalkosten je Gutachten	Euro	2002	718	1.260	.
68.05.02 Gutachten für bebaute Grundstücke: Durchlaufzeit in Tagen	Anzahl	2002	83	156	.
68.05.03 Gutachten für unbebaute Grundstücke: Durchlaufzeit in Tagen	Anzahl	2002	71	153	.
68.06.01 VD.V: Nutzwagenkilometer: ÖPNV-Unternehmen je Einwohner	km	2004	40,5	66,9	72,1	81,3	57,6	70,1	56,0	74,2	53,9	38,9	38,3	27,7	62,3	9
68.06.02 VD.V: Personenkilometer: ÖPNV-Unternehmen je Einwohner	km	2004	902	1.018	1.204	1.679	917	1.303	1.323	.	1.560	838	1.005	506	1.137	9
68.06.03 VD.V: Streckenlänge Straßenbahn / Stadtbahn	km	2004	67,3	100,7	187,7	146,5	128,9	115,3	141,3	71,2	123,5	75,8	73,6	56,6	8,9	11
68.07.01 Verlustausgleich ÖPNV-Unternehmen: je Fahrgast	Euro	2004	0,76	0,19	0,56	0,38	0,63	0,43	0,44	.	0,38	0,61	0,52	0,93	0,48	2
68.07.02 Verlustausgleich ÖPNV-Unternehmen: je Einwohner	Euro	2004	135,6	40,8	149,4	138,2	150,0	127,4	108,8	.	118,6	121,8	111,6	105,3	118,2	4
68.07.03 Verlustausgleich ÖPNV-Unternehmen: je 1.000 Personenkilometer	Euro	2004	150,3	40,1	124,1	82,3	163,5	97,8	82,2	.	76,0	145,4	111,0	208,1	104,0	3
68.08.01 Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer	Euro	2004	5.206	7.859	7.151
68.08.02 Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer: Straßenunterhaltung	Euro	2004	1.249	2.452	4.399
68.08.03 Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer: Straßeninstandhaltung	Euro	2004	3.957	5.407	2.752

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Benchmarking

Produktplan 68: Bau, Umwelt und Verkehr/ Bereich Bau und Verkehr

Stand: 12.09.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*
														Stadtstaaten	Flächenl. (West)	
68.02.01 Wohngeld: Empfänger je 1.000 Einwohner	Anzahl	2006	10,9	11,0	11,1	6,0	.	6,0	9,1	9,8	7,6	5,8	7,5	.	.	3
68.03.01 geförderte Mietwohnungen: Anteil an den Wohnungen gesamt	%	2005	5,0	16,6	11,1	1,8	.	.	2,5	.	.	.	5,1	12,0	.	3
68.03.02 geförderte Eigentumsmaßnahmen: Anteil an den Baufertigstellungen (Wohnungen) gesamt	%	2004	15,8	25,2	0,0	4,2	3,0	.	2,0	18,4	15,6	.	5,0	.	.	3
68.04.01 Wohnungen im Eigentum: Anteil an den Wohnungen insgesamt	%	2002	35,1	21,9	12,7	49,3	48,9	44,7	51,0	39,0	55,7	56,8	49,4	46,6	42,6	9

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 68.01. Quelle: Statistik regional (- lokal).
Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr.
- 68.02. Städtevergleich: Die Meldungen der Städte gehen zurück auf unterschiedliche Stichtage des Jahres 2005 und enthalten teilweise erhebliche Abwicklungsfälle aus dem Jahr 2004. Daher lassen sich die ausgewiesenen V nur eingeschränkt miteinander vergleichen.
Ländervergleich: Hamburg: Ergebnis der Städteumfrage, Stand Dezember 2005.
- 68.03. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr.
Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch
- 68.05. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr. Die Durchschnittswerte stammen von den Städten Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hamburg, Köln, Leverkusen, Ludwigslust, Münster, Neuss, Wesel und Wuppertal.
- 68.06. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr. VDV: Verband der Verkehrsunternehmen.
68.05.01: Hamburg: Nutzwagenkilometer, Personenkilometer, Fahrgäste: Bus und Bahn
68.05.02: Hamburg: Entspricht dem Wert in der VDV-Statistik ungefähr für Bus und Bahn
68.05.03: Hamburg: nur U-Bahn; Berlin: + 144,2 km U-Bahn; München: + 85,8 km U-Bahn
- 68.07. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr.
Verlustausgleich:
Bremer: ohne Erlösschmälerungen gem. § 148 SGB IX aus Vorjahren von 11,08 Mio (S. 19 GB); mit Saldo Ertrag/Aufwand aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens von 0,16 Mio.
Hamburg: ohne aperiodisches Ergebnis, da im GB nicht näher beschrieben; unberücksichtigt bleibt eine 2003 gebildete Wettbewerbsrückstellung, deren planmäßiger Verbrauch die Personalaufwendungen mindert (S. 48 GB).
Berlin: einschl. Erstattungen aus Unternehmensvertrag mit dem Land Berlin (S. 54 GB) und aperiodischer Erträge von 4,23 Mio sowie Vertragsstrafen und Schadenersatzzahlungen von 4,35 Mio. € (S. 54 GB) bzw. Aufwendungen von 21,42 Mio € (S. 56 GB).
Düsseldorf: Verlust = "operatives Ergebnis" = 71,4 Mio € ("Wirtschaftliche Lage", S. 17 GB), aperiodisches Erträge von 0,14 Mio. € (S. 64 GB).
Frankfurt: einschl. Ausgleichszahlungen für Nachteile aus Einnahmeverteilung, Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste, Infrastrukturkosten sowie Erträge aus Auferlegung von Busleistungen (vgl. S. 20 GB) und aperiodischer Erträge bzw. Aufwendungen von 2,02 Mio € (S. 21 GB).
Hannover: einschl. Vergütung aus Verkehrsvertrag (S. 114 GB) und aperiodischer Erträge von 13,50 Mio € bzw. Aufwendungen von 1,90 Mio. € (S. 114 GB) Investitionszuschüsse und Rückstellungen ohne Ansatz.
Köln: einschl. aperiodischer Erträge aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens von 0,65 Mio € (S. 76 GB) und Aufwendungen von 0,51 Mio. € (S. 78 GB).
München: Ergebnisse werden konsolidiert; Verlustausgleich Verkehr aus Konzernabschluss nicht ersichtlich, deswegen keine Einbeziehung in den Vergleich möglich.
Stuttgart: einschl. Zuwendungen für verbundene Belastungen (S. 51 GB).
Essen: einschl. Erträge aus Nießbrauch RWE-Aktien von 12,68 Mio € und Erträge aus Beteiligungen von 0,50 Mio € (S. 39 GB).
Duisburg: einschl. Vorhaltekostenförderung VRR (S. 34 GB) und aperiodischer Erträge von 0,53 Mio € (S. 34 GB).
Fahrgäste:
Hamburg: Fahrgastzahl aufgeteilt in 193,2 Bus u. 181,1 U-Bahn (Gesamtbetrieb), im Gegensatz zu Gesamtbetrieb (Fahrgäste), wo Umsteiger nur einmal erfasst werden.
Berlin: mit U-Bahn.
Fahrgastzahlen: deutlicher Zuwachs zu 2003 entsteht durch unterschiedliche Berechnungsmethoden (Text entnommen dem Geschäftsbericht).
Frankfurt: Fahrgastzahl Bus, Strab., U-Bahn.
Hannover: Fahrgastzahlen = Unternehmensbeförderungsfälle (UBF) im Gegensatz zu Linienbeförderungsfälle (LBF).
München: Umsteiger einfach gezählt (im Gegensatz zu Hamburg).
Stuttgart: Fahrten.
Personenkilometer: Hamburg: Entspricht dem Wert in der VDV-Statistik ungefähr für Bus und Bahn
- 68.08. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr.

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Duisburg	Dortmund	Essen		
68.20.01 Grünanlagen: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	6,8	6,7	10,4	5,5	4,6	11,4	8,4	7,5	4,0	9,1	2,7	5,6	7,4	6
68.20.02 Grünanlagen je 100 EW	ha	2004	0,40	0,29	0,27	0,21	0,18	0,45	0,35	0,19	0,14	0,33	0,13	0,26	0,27	2
68.20.03 öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je EW	Euro	2005	8,6	.	23,9	13,7	14,7	7,2	.	.	17,2	.	.	.	x	5
68.20.04 öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je qm	Euro	2005	0,6	.	1,1	1,2	1,1	1,2	.	.	1,8	.	.	.	x	6
68.21.01 Erholungsflächen: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	8,1	7,9	11,5	7,5	6,1	12,8	10,3	8,9	5,4	10,8	4,0	7,0	8,8	6
68.21.02 Erholungsflächen je 100 EW	ha	2004	0,48	0,34	0,30	0,28	0,23	0,51	0,43	0,22	0,19	0,39	0,19	0,32	0,32	2

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*	
														Stadtstaaten	Flächen. (West)		Bundesgebiet
68.22.01 Naturschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	4,7	7,3	2,1	2,2	2,2	1,9	3,0	3,9	1,8	2,5	2,7	4,5	2,6	2,8	2
68.22.02 Naturschutzgebiete je 100 EW	ha	2004	0,29	0,32	0,06	0,74	1,25	0,65	1,76	0,74	0,87	0,60	1,51	0,16	1,00	1,22	10
68.23.01 Vogelschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	17,6	3,0	5,6	4,9	7,7	14,7	6,1	4,5	8,2	4,7	6,4	7,0	7,1	8,3	1
68.23.02 Vogelschutzgebiete je 100 EW	ha	2004	1,07	0,13	0,15	1,63	4,37	5,09	3,63	0,85	4,01	1,15	3,57	0,25	2,76	3,59	8
68.24.01 FFH-Gebiete Anteil an der Bodenfläche	%	2004	7,2	7,0	6,1	11,6	9,2	9,9	6,6	5,4	12,5	10,3	7,9	6,6	8,8	11,2	7
68.24.02 FFH-Gebiete je 100 EW	ha	2004	0,44	0,31	0,16	3,87	5,22	3,43	3,93	1,02	6,11	2,51	4,40	0,24	3,43	4,84	9

* Die Durchschnitte werden als Quotienten der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. fünf Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

68.20. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Statistik regional (- lokal). Grünanlagen sind Teil der Erholungsflächen.

68.21. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Statistik regional (- lokal). Erholungsflächen sind unbebaute Flächen, die dem Sport, der Erholung und der Freizeitgestaltung dienen. Dazu gehören auch Kleingärten, Wochenend- oder Campingplätze, Grünanlagen usw. Im diesjährigen Bericht wurde die Darstellung der Kennzahl "Erholungsfläche" im Vergleich zum Bericht 2005 verändert. Die Kennzahl "Erholungsfläche" ist nun incl. der Grünanlagen ausgewiesen, während sie im Bericht 2005 ohne Grünanlagen dargelegt wurde.

68.22. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Statistik regional.

68.23. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Statistik regional.

68.24. Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Statistik regional.

Produktplan 71 Wirtschaft

Vorbemerkungen

Im Mittelpunkt der letztjährigen Berichterstattung zum Benchmarking im Produktplan „Wirtschaft“ standen u. a. auch kritische Nachfragen zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten, die dem Bereich direkt oder über Gesellschaften/Beteiligungen zuzuordnenden Aktivitäten der regionalen Wirtschaftsförderung und die bei der entsprechenden Leistungserbringung entstehenden Kosten hinsichtlich Umfang, Struktur und Effizienz im Städte- oder Ländervergleich einer systematischen Bewertung bzw. Überprüfung zu unterziehen. Die zwischenzeitlichen Erörterungen zu diesem Komplex haben ergeben, dass entsprechende Kennzahlenvergleiche – insbesondere aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen und Konzeptionen der Wirtschaftsförderung – praktisch nicht möglich sind. In dieser Hinsicht konnten gegenüber dem Vorjahresstand daher keine Fortschritte erzielt werden (vgl. „Zusammenfassung und weiteres Verfahren“).

Bei Kennzahlen, die Ausgangslagen und Entwicklungen in den (Wirtschafts-) Bereichen abbilden, auf die die fachpolitischen Aktivitäten des Ressorts gerichtet sind, bietet die amtliche Statistik hingegen ein breites Spektrum an Auswertungsmöglichkeiten, die in hinreichendem Maße auch Verknüpfungen zu den Zielsetzungen des Ressorts – und damit letztendlich auch die Konkretisierung dieser Ziele sowie die Überprüfung ihrer Umsetzung – ermöglichen.

Ausgabe	Ist				Anschla 2006
	2003	2005	Veränderung		
	T €			%	T €
Personalausgaben	7.396	8.503	1.107	15,0	8.036
Sonst. konsumtive Ausgaben	57.687	46.416	-11.271	-19,5	57.795
Investitionsausgaben	225.774	190.067	-35.707	-15,8	199.650
Gesamtausgaben	290.858	244.986	-45.872	-15,8	265.480

Auf den Produktplan „Wirtschaft“ entfallen 2006 8,1 % der Gesamtausgaben des Haushaltes des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (265 Mio. €). Bei Ressortzuordnung der AIP-Mittel werden hier im laufenden Jahr 39,1 % der Investitionsansätze des Landes (ohne Bremerhaven) verausgabt (200 Mio. €). Die Ist-Ausgaben des Bereichs fielen zwischen 2003 und 2005 deutlich rückläufig aus (- 15,8 %).

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Zentrale Zielsetzung des Bereichs ist, durch **Gestaltung der Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes zu stärken und Arbeitsplätze in Bremen zu schaffen bzw. zu sichern**. Dabei treten zwangsläufig Überschneidungen zu anderen Produktplänen auf, deren Tätigkeiten – zumindest teilweise – ebenfalls auf diese Zielsetzungen ausgerichtet sind. Zudem zählt die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft zu den vordringlichen, übergeordneten Zielen des Landes bei der Überwindung der Haushaltsnotlage. Die den zentralen Zielsetzungen des Bereichs zuzuordnenden (Städte-) Vergleichsdaten sind dementsprechend auch unter den „Zentralen Strukturkennzahlen“ im Einleitungsteil des Benchmarking-Berichts ausgewiesen und kommentiert.

Hinsichtlich der zu stärkenden regionalen **Wirtschaftskraft** ist feststellbar, dass sich die Stadt Bremen im Großstädte-Vergleich zwar noch immer unter dem Durchschnittswert, jedoch zwischenzeitlich in einem deutlichen Aufholprozess befindet. Das im Stadtgebiet erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt erreichte im Jahr 2004 mit (nominal) knapp 37.900 € pro Einwohner zwar nur Rang 7 von insgesamt 11 Vergleichsstädten und wurde dabei lediglich von den Werten der Ruhrgebietsstädte und der extrem wirtschaftsschwachen Stadt Berlin unterschritten. Gleichzeitig stellt die Entwicklung im aktuellsten datenmäßig darstellbaren Fünf-Jahres-Zeitraum (1999/2004) allerdings das drittbeste Ergebnis aller bundesdeutschen Großstädte über 500.000

Einwohner dar, das nur von Stuttgart und – auf deutlich niedrigerem Niveau – von Dortmund übertroffen wurde (vgl. „Zentrale Strukturkennziffern“).

Der Eindruck eines nach wie vor bestehenden Entwicklungsrückstandes bei gleichzeitigem dynamischen Aufholprozess bestätigt sich für Bremen auch in verschiedenen **Städte- und Länderrankings**, die durch Kombination von Daten der amtlichen Statistik mit eigenen Erhebungen die – aus Sicht des Bereichs – zielrelevanten Rahmenbedingungen der regionalen Wirtschaft abbilden: Auswertungen der „Wirtschaftswoche“ aus dem Jahr 2005 stufen die Dynamik der Standortentwicklung in Bremen auf Rang 2 im Ländervergleich sowie – für die Stadt Bremen – auf Rang 1 im Städtevergleich ein. Im aktuellen Städtetest (Juli 2006) konnte diese ausgesprochen positive Einstufung hinsichtlich der Standortqualität der Stadt Bremen gehalten werden.

Eher verhaltene Fortschritte konnten hingegen beim Ziel der **Arbeitsplatzschaffung und -sicherung** verzeichnet werden: Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels konnte bei der Erwerbstätigenentwicklung (am Arbeitsort) im Fünf-Jahres-Zeitraum 1999/2004 mit + 1,4 % - vor Düsseldorf, Hannover, Essen und insbesondere Berlin – nur der achte Rang aller Großstädte über 500.000 Einwohner erreicht werden und auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl im Zeitraum 2000/2005 in der Stadt Bremen um 4,5 % rückläufig ausfiel, wiesen nur vier andere Großstädte ungünstigere Entwicklungsdaten auf. Die Folgen des fortgesetzten Strukturwandels der bremischen Wirtschaft mit anhaltenden überdurchschnittlichen Beschäftigungsverlusten im Verarbeitenden Gewerbe und einem noch nicht vollständig kompensierenden Aufbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen spiegeln sich dabei auch in der Arbeitsplatzdichte wider, die 2004 in der Stadt Bremen mit 593 Erwerbstätigen je 1.000 Einwohner lediglich die Vergleichswerte der Ruhrgebietsstädte und Berlins übertraf.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Auf die Realisierung der zentralen Zielsetzungen des Ressorts sind im Produktplan „Wirtschaft“ **sieben Detailziele** ausgerichtet, die in dieser Form auch im bremischen Produktgruppenhaushalt abgebildet sind. Im Städte- und Ländervergleich ergeben sich hinsichtlich dieser Detailziele folgende Einordnungen:

- o Maßstab und Vergleichsgröße für die angestrebte **Steigerung der Produktivität der** (regionalen) **Wirtschaft** ist das in Bremen erwirtschaftete (nominale) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Hier kann die Stadt Bremen im Vergleich der Großstädte über 500.000 Einwohner aktuell (Stand 2004) mit knapp 64.000 € zwar bisher erst Rang 7 einnehmen. Die Entwicklung des vorhergehenden Fünf-Jahres-Zeitraumes weist allerdings für Bremen mit + 11,8 % die zweithöchste Zuwachsrates aller Vergleichsstädte – nach Stuttgart – aus.
- o Zur Zielsetzung der **Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen** liegen Beschäftigtenzahlen vor, die ausweisen, dass Bremen 2005 im Ländervergleich mit 34 % den geringsten Beschäftigtenanteil in kleineren Unternehmen (bis unter 50 Beschäftigte), gleichzeitig jedoch mit über 40 % den höchsten Anteil in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte) verzeichnete. Die in allen Betriebsgrößenklassen feststellbaren Beschäftigtenverluste Bremens im Zeitraum 2000/2005 fielen bei Großunternehmen besonders deutlich aus (nur übertroffen von Schleswig-Holstein und Berlin), bei kleinen und mittleren Unternehmen blieben die Beschäftigungsverluste hingegen unterdurchschnittlich (nur unterboten von Hamburg und Bayern).
- o Erfolge der **Förderung von Existenzgründungen** sind in erster Linie an den Gewerbeneuerrichtungen ablesbar. Hier wurde im Jahr 2004 mit 89 Neuerrichtungen je 10.000 Einwohner ein Wert registriert, der im Städtevergleich nur von Duisburg unterschritten wurde. Eine vergleichbare Platzierung am Ende des Großstädtefeldes (Rang 10 bzw. 11) war auch in den Vorjahren (2001/2003) zu verzeichnen. Das Ressort verweist hinsichtlich dieser relativ schwachen Platzierung allerdings auf den Aspekt der Qualität der Gewerbeneuerrichtungen (Schwerpunktbildung in Bremen bei den regionalwirtschaftlich bedeutsamen Technologie orientierten und –intensiven Gründungen), auf den begrenzten Zusammenhang zur

Wirtschaftskraft (Beispiel Berlin) sowie auf die am aktuellen Rand – nur im Ländervergleich nachweisbare – erhebliche Zunahme der (reinen) Existenzgründungen im Land Bremen.

- o Gemessen an der Produktivität des Verarbeitenden Gewerbes besteht bei der Zielsetzung **„Stabilisierung der industriellen Kerne durch Modernisierung“** in Bremen nach wie vor Handlungsbedarf: Im Städtevergleich rangierte die bremische Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe 2004 im hinteren Mittelfeld (Rang 7 von 11) und auch die Entwicklung im vorhergehenden Fünf-Jahres-Zeitraum fiel mit der gleichen Platzierung wenig dynamisch aus. Unverändert weist das Verarbeitende Gewerbe der Stadt mit 55 % die zweithöchste Exportquote aller Vergleichsstädte – nach München – auf. Trotz leicht rückläufiger Tendenz gegenüber dem Vorjahr positiv fallen in Bremen darüber hinaus auch die ausländischen Direktinvestitionen auf (2005: Rang 4).
- o Hinsichtlich des Beschäftigtenstandes fallen die Fortschritte bei der **Stärkung des Dienstleistungssektors** bisher eher verhalten aus: Dass die stadtbremische Arbeitsplatzdichte im Dienstleistungsbereich (2004: 455 je 1.000 Einwohner) von Berlin und den Ruhrgebietsstädten unterboten wird, ist ausschließlich auf den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ zurückzuführen, bei dem Bremen im Städtevergleich aktuell Rang 5 bei der Arbeitsplatzdichte und sogar Rang 1 beim Erwerbstätigenanteil einnimmt. In allen übrigen Dienstleistungsbereichen bestehen noch erhebliche Nachholbedarfe. Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung konnten im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ bereits positive Ergebnisse erzielt werden (dritthöchste Zuwachsrate aller Städte 1999/2004), während die Erwerbstätigenentwicklung bei „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ im gleichen Zeitraum – u. a. auch aufgrund des eingeleiteten Beschäftigtenabbaus im öffentlichen Dienst – den Schlusswert aller Vergleichsstädte bildete.
- o Nur bedingt spiegelt die Statistik des Gastgewerbes, die allerdings Tagesbesucher nicht erfasst, bisher Effekte der **Förderung der touristischen Infrastruktur** wider: Die einwohnerbezogenen Übernachtungszahlen der stadtbremischen Beherbergungsbetriebe wurden 2004 lediglich von den Ruhrgebietsstädten verfehlt – die Zuwachsrate im Fünf-Jahres-Zeitraum 1999/2004 bewegte sich im Mittelfeld aller Vergleichsstädte. Unterdurchschnittlich fällt im Städtevergleich unverändert das stadtbremische Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten sowie - mit geringerem Abstand zum Städtedurchschnitt - dessen Auslastungsgrad aus. Die Einzelhandels-Zentralität übertraf 2005 in der Stadt Bremen mit Rang 6 im Städtevergleich u. a. die Werte von Hamburg, Frankfurt und Berlin und lag auf etwa vergleichbarem Niveau mit Köln, München und Stuttgart.
- o Beispiele für die angestrebte **Erschließung von weiteren Wachstumsfeldern** bilden u. a. die Bereiche Logistik und Raumfahrt. Zwar sieht der „Prognos Zukunftsatlas 2006“ für Bremen besondere Stärken in diesen Bereichen, eindeutig abgrenzbare Kennzahlen für die Bemessung der Zielerreichung liegen jedoch weder bremenintern noch im Städte- oder Ländervergleich vor. Das Ressort erarbeitet allerdings zur Zeit im Rahmen der Innovationsberichterstattung (Umsetzung des InnoVisions-Programms 2010) Konzepte zur Analyse der Performance der bremischen Wirtschaft in den ausgewählten Kompetenzfeldern, deren Ergebnisse u. U. in die Fortschreibung des Benchmarking-Berichts einbezogen werden können. Im Ländervergleich vorliegende Kennzahlen belegen für Bremen am aktuell messbaren Rand den zweithöchsten Anstieg der FuE-Aktivitäten, eine deutlich überdurchschnittliche Personalintensität dieses Bereichs sowie leicht über dem Durchschnitt der Länder liegende FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die für den Produktplan im Städte- und Ländervergleich vorliegenden Kennzahlen ermöglichen einen relativ **umfassenden Überblick über Ausgangslagen und Fortschritte** bei den vom Ressort verfolgten zentralen und differenzierteren **fachpolitischen Zielsetzungen**. Zusammenfassend ist hierzu festzustellen, dass die Vergleichsdaten nachdrücklich bestätigen, dass Bremen vor dem Hintergrund schwieriger Ausgangsbedingungen zwar zwischenzeitlich eine relativ dynamische Entwicklung einleiten, die z. T. erheblichen Niveaurückstände jedoch noch nicht im

erforderlichen Maße abbauen konnte. Mit der inzwischen sehr guten Datengrundlage, die in den zukünftigen Aktualisierungsrunden der Benchmarking-Analysen zunächst unverändert beibehalten werden sollte, kann der dementsprechend notwendige weitere Aufholprozess im Städte- und Ländervergleich hinreichend dokumentiert und – bei Festlegung eigener Zielwerte – zukünftig u. U. auch ein differenzierter innerbremischer Gradmesser der (jeweiligen) Zielerreichung im Bereich der Wirtschaftsförderung geschaffen werden.

Nach wie vor **keine Bewertungsmöglichkeiten** bestehen im Städte- und Ländervergleich **hinsichtlich Umfang, Strukturen und Effizienz der bremischen Wirtschaftsförderung**. Zwar kann auf umfangreiche innerbremische Bewertungsansätze zu regionalwirtschaftlichen Effekten wirtschafts- und finanzkraftstärkender Maßnahmen und zur Inanspruchnahme bzw. Wirksamkeit betrieblicher Förderprogramme zurückgegriffen werden. Maßstäbe für deren Einordnung im Städte- und/oder Ländervergleich sind allerdings noch immer nicht verfügbar. Über die bekannte Problematik der Vergleichsbarmachung von Wirtschaftsförderungsansätzen (unterschiedliche regionalwirtschaftliche Ausgangslagen mit darauf gerichteten Entwicklungsstrategien, Konzeptionen und Förderstrukturen; differenzierte Organisationsformen; unzureichende Kooperationsbereitschaft) wurde bereits intensiv diskutiert.

Dennoch hatte der Bereich im Rahmen des Benchmarking-Berichts 2005 zugesagt, „im weiteren Verfahren unter Einbeziehung der Gesellschaften zu prüfen, in welchen Feldern der Wirtschaftsförderung eigene oder aus Erhebungen anderer Länder bzw. Städte zu entnehmende Vergleichsmöglichkeiten bestehen bzw. geschaffen werden können. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob bestehende Vergleichsringe genutzt, Kennzahlenbeispiele abgeschlossener Vergleichsringe als Muster für eigene Vergleiche herangezogen oder Gutachten- bzw. Analyseaufträge in dieser Richtung vergeben werden können.“ Das Ressort hat diese Prüfung vorgenommen und im Rahmen der Erörterungen des Benchmarking-Berichts hierzu ausgeführt, dass zusätzliche Erhebungen und Evaluierungsarbeiten - unter Berücksichtigung der ohnehin nur eingeschränkten Vergleichsmöglichkeiten - aufgrund begrenzter Personalkapazitäten sowohl bei den Gesellschaften als auch im Ressort selbst kaum bzw. nur in sehr begrenztem Umfang (durch Gutachteraufträge) erfolgen können.

Benchmarking

Produktplan 71: Wirtschaft

Stand: 07.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
71.01.01	ha	2004	36,6	20,9	10,4	18,4	17,8	28,2	26,4	9,4	13,6	26,3	32,6	49,2	19,6	2
71.01.02	%	2004	-2,7	6,4	-2,1	5,0	-5,3	3,0	2,8	-4,4	-0,5	-4,5	-0,8	-5,6	-0,5	8
71.02.01	Euro/ET (Preisen) je Erwerbstätigen	2004	63.860	75.277	51.678	79.596	81.329	.	62.425	71.843	72.814	64.843	57.252	60.505	66.651	7
71.02.02	Euro / ET	2004	73.574	82.108	64.422	64.694	110.551	.	76.866	87.927	86.629	59.563	62.731	82.846	78.745	7
71.02.03	%	2004	11,8	9,0	2,9	6,2	5,4	.	-1,5	5,9	14,8	9,4	7,3	11,2	8,4	2
71.02.04	%	2004	23,7	23,0	26,3	14,2	27,7	.	42,4	20,3	33,8	7,8	38,7	44,9	27,2	7
71.03.01	je 1.000 EW	2004	455	503	385	676	799	598	547	598	585	416	408	317	496	8
71.03.02	je 1.000 EW	2004	177	178	107	222	259	161	187	160	148	131	131	122	154	5
71.03.03	je 1.000 EW	2004	107	155	100	240	337	188	162	208	205	122	111	69	154	10
71.03.04	je 1.000 EW	2004	171	170	179	215	204	249	199	229	232	163	166	127	189	8
71.04.01	%	2004	4,3	4,5	4,9	3,8	5,7	4,0	7,5	5,4	6,9	2,6	14,5	7,0	5,5	9
71.04.02	%	2004	-0,2	-1,2	1,6	-5,6	3,8	-7,9	2,6	-1,8	-6,0	-1,9	1,7	1,7	-0,6	6
71.04.03	%	2004	21,3	16,4	13,1	14,5	8,1	14,8	15,0	10,4	14,9	9,9	26,3	26,3	13,8	3
71.04.04	%	2004	0,2	1,3	2,7	3,7	4,3	5,2	6,6	6,4	9,7	1,2	18,9	3,5	4,5	12
71.05.01	%	2004	76,7	83,7	84,8	84,2	87,7	82,8	84,2	80,7	74,8	81,0	83,1	73,0	82,6	10

Benchmarking

Produktplan 71: Wirtschaft

Stand: 07.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
71.05.02 Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2004	29,8	29,7	23,5	27,6	28,4	22,3	28,7	21,6	18,9	25,4	26,7	27,9	25,6	1
71.05.03 Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2004	18,1	25,7	22,0	29,9	36,9	26,0	24,9	28,1	26,3	23,8	22,6	15,7	25,5	11
71.05.04 Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2004	28,8	28,3	39,4	26,7	22,4	34,5	30,7	30,9	29,6	31,8	33,8	29,3	31,5	9
71.06.01 Zentralitätskennziffer Einzelhandel		2005	125,5	117,5	104,4	133,0	115,2	136,0	126,3	128,1	125,7	116,0	109,6	95,9	x	6
71.07.01 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben	Anzahl je EW	2004	2,2	3,4	3,9	4,4	6,7	2,6	4,0	6,2	3,8	1,6	1,2	0,7	3,7	9
71.07.02 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	13,9	27,0	39,9	10,5	10,3	18,2	30,1	5,6	10,6	17,3	13,9	3,5	21,3	7
71.08.01 Gästebetten in Beherbergungsbetrieben	je 1.000 EW	2004	14,0	18,9	22,1	29,8	42,0	21,4	25,3	33,3	24,8	10,8	9,1	5,1	22,3	9
71.08.02 Gästebetten: durchschnittliche Auslastung letzten 5 Jahre	%	2004	41,4	47,3	47,6	41,4	44,9	34,1	43,1	51,5	41,7	42,6	34,9	34,6	45,5	8
71.09.01 Gewerbenueerrichtungen	je 10.000 EW	2004	89,4	112,3	123,8	133,4	148,5	96,1	127,0	143,6	110,2	104,8	114,5	85,1	119,8	11
71.11.01 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	%	2004	55,0	18,4	29,2	44,8	45,9	41,1	44,3	62,5	53,6	21,9	34,5	24,9	40,2	2

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Benchmarking

Produktplan 71: Wirtschaft

Stand: 07.08.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			Rang Land Bremen*
														Stadtstaaten	Flächenl. (West)	Bundesgebiet	
71.10.01 FuE-Personal (alle Sektoren): Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) je 1.000 Einwohner	Anzahl	2003	8,3	6,4	8,1	9,6	7,7	6,4	4,7	4,1	3,8	2,6	2,6	7,6	5,9	5,7	2
71.10.02 FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors	Euro/EW	2003	498	499	464	913	733	685	480	284	298	95	114	478	532	461	5
71.10.03 Entwicklung der FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in den letzten 2 Jahren	%	2003	37,4	48,2	-10,8	3,4	4,7	11,3	19,6	1,6	-10,8	5,2	-5,7	7,0	5,3	4,7	2
71.12.01 Ausländische Direktinvestitionen	Euro/EW	2004	4.202	17.989	3.949	3.779	4.135	11.376	2.840	4.688	1.713	1.797	2.590	8.190	4.503	4.184	4
71.12.02 Ausländische Direktinvestitionen: Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr	%	2004	-3,6	43,9	5,4	3,9	-2,3	3,3	76,7	10,4	2,9	0,8	3,0	27,1	7,9	10,5	11
71.13.01 Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP	%	2003	13,6	20,4	12,8	17,4	18,3	15,2	19,7	16,0	19,1	20,0	16,5	16,1	17,3	17,8	10
71.14.01 Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner	Anzahl	2005	2,6	5,3	2,6	12,0	11,0	5,6	3,4	4,5	5,5	3,4	2,1	3,4	7,0	5,9	9
71.14.02 Entwicklung der Patentanmeldungen in den letzten 3 Jahren	%	2005	15,3	-24,2	-24,4	0,0	-3,2	-17,7	-7,5	-9,7	-9,8	5,9	-4,6	-22,0	-5,4	-6,1	1
71.15.01 Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2005	34,0	34,4	35,9	38,8	41,2	37,8	44,6	39,3	44,8	37,7	50,4	35,1	40,8	41,5	11
71.15.02 Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2005	40,4	35,6	34,7	37,2	35,1	37,0	36,1	38,6	35,6	35,9	36,9	35,8	36,9	37,1	1
71.15.03 Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2005	25,6	30,0	29,4	24,0	23,7	25,2	19,3	22,0	19,7	26,4	12,6	29,1	22,3	21,4	4
71.16.01 Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	-4,2	-3,1	-10,0	-4,8	-3,9	-5,3	-5,7	-6,3	-5,1	-4,7	-6,4	-6,9	-5,3	-7,3	3
71.16.02 Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	-1,0	1,5	-7,1	-2,2	-0,7	-3,5	-5,3	-3,5	-3,5	-1,1	-1,0	-3,2	-2,8	-3,8	4
71.16.03 Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	-11,3	-8,2	-16,3	2,0	-1,1	-2,3	-4,6	-9,4	0,0	-8,1	-16,6	-12,8	-3,9	-6,8	9

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 71.01. Quelle: Statistik regional (- lokal). Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung (Bundesstatistik)
- 71.02. Quelle: AK VGR d Länder.
- 71.03. Quelle: AK VGR d L. Grundlage: revidierte Werte der VGR, daher Abweichungen zu den 2005 veröffentlichten Zahlen möglich.
- 71.04. Quelle: AK VGR d L. Grundlage: revidierte Werte der VGR, daher Abweichungen zu den 2005 veröffentlichten Zahlen möglich.
- 71.05. Quelle: AK VGR d L. Grundlage: revidierte Werte der VGR, daher Abweichungen zu den 2005 veröffentlichten Zahlen möglich.
- 71.06. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen. Die Zahl ergibt sich aus dem Verhältnis von Kaufkraftbindung in der Stadt und dem Kaufkraftzufluss von außerhalb. Zentralität >100 bedeutet, dass die Zuflüsse die Abflüsse übersteigen
- 71.07. Quelle: Statistik regional.
- 71.08. Quelle: Statistik regional.
- 71.09. Quelle: Statistik regional. Gewerbenueerrichtung: Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes (Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz), incl. Kleinunternehmen (z.B. Ich-AGs oder Nebenerwerbsbetriebe)
- 71.10. Quelle: Eurostat, Statistik regional. Interne FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors: alle zur Durchführung von FuE im Wirtschaftssektor verwendeten Mittel, unabhängig von ihrer Finanzierungsquelle
- 71.11. Quelle: Statistik regional. Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
- 71.12. Quelle: Deutsche Bundesbank/ Senator für Wirtschaft und Häfen. Bezogen auf die Summe aus den mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen. 2003: Abweichungen zum Benchmarking-Bericht 2005, da vorläufige Zahlen verwendet wurden.
- 71.13. Quelle: AK VGR d L. Grundlage: revidierte Werte der VGR, daher Abweichungen zu den 2005 veröffentlichten Zahlen möglich.
- 71.14. Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht. Meldungen nach Anmeldersitz. 2004: wegen methodischer Veränderungen (PCT-Reform) sind die absoluten Werte nicht mit den vorangehenden Berichtsjahren vergleichbar
- 71.15. Quelle: BA Arbeit. Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindecchlüssels.
- 71.16. Quelle: BA Arbeit. Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindecchlüssels.

Produktplan 81 Häfen

Vorbemerkungen

Die Problematik, den Aufgabenbereich des Produktplanes „Häfen“ im Rahmen eines Benchmarking-Prozesses in systematischen Städte- und/oder Ländervergleichen abzubilden, hat verschiedene Ursachen: Einerseits ist eine vergleichende Darstellung der diesem Aufgabenfeld zuzuordnenden bremischen Kosten und Leistungen mit anderen Bundesländern nicht möglich bzw. sinnvoll und auf Städteebene im nationalen Rahmen ausschließlich mit dem zumindest ansatzweise kompatiblen Universalhafen Hamburgs realisierbar, so dass – ersatzweise – nur auf Vergleichsdaten der sogenannten „Nord-Range“ zurückgegriffen werden kann, die neben Bremen und Hamburg auch die Häfen Rotterdams und Antwerpens umfasst. Andererseits tragen Unterschiede in den Hafenstrukturen und –spezialisierungen sowie in den Organisationsstrukturen (Ausgliederungen) zusätzlich dazu bei, das Spektrum aussagefähiger Indikatoren weiter zu schmälern.

Die **mangelnde Vergleichbarkeit** der Aktivitäten und deren Rahmenbedingungen und Folgewirkungen im Hafenbereich dokumentieren zugleich die Besonderheit dieser Aufgabenwahrnehmung Bremens innerhalb des Bundesgebietes. Berechnungen des Senators für Finanzen belegen, dass Ausbau und Unterhaltung der bremischen Häfen das Land aktuell jährlich mit rd. 100 Mio. € belasten und noch im Finanzplanungs-Zeitraum ein Anstieg dieses Ausgabenniveaus auf rd. 130 Mio. € p. a. zu erwarten ist. Obwohl Bremen diese Vorleistungen in erheblichem Umfang für das übrige Bundesgebiet erbringt, in dem Steuer-, Wertschöpfungs- und z. T. auch Beschäftigungseffekte der Hafenfunktionen überwiegend eintreten – 63 % der aus Bremen kommenden und 51 % der nach Bremen fließenden bundesweiten Containerverkehre betrafen 2004 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Quelle: Statistisches Bundesamt; Wirtschaft und Statistik) –, werden seit 2005 mit jährlich 10,7 Mio. € nur noch **knapp 10 % der bremischen Hafenlasten durch Finanzhilfen des Bundes ausgeglichen**. Dieser Sachverhalt ist auch Gegenstand der von Bremen beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Klage auf Sanierungshilfen.

Trotz der unzureichenden Kompensation der von Bremen zu tragenden Hafenlasten durch die Profiteure dieser Vorleistungen in Bund und Ländern ist bei Betrachtung des Aufgabenfeldes allerdings auch die für Bremen selbst gegebene **regionalwirtschaftliche Bedeutung der Häfen** und ihrer Verknüpfungsbereiche zu beachten. Schon im Rahmen des Benchmarking-Berichts 2005 wurde festgestellt, dass es zur Beurteilung dieses Stellenwertes des Hafenbereichs – und damit auch des hierfür vertretbaren Mitteleinsatzes – aktualisierter Berechnungen und Betrachtungen zur Loco-Quote und zur Hafenabhängigkeit des Landes bedarf, die mit gutachterlicher Unterstützung durchzuführen sind. Zwischenzeitlich liegen erste Neuberechnungen vor, die die Zahl der innerhalb Bremens **hafenabhängigen Arbeitsplätze** – bei annähernd gleichen Beschäftigungseffekten im übrigen Bundesgebiet – weitgehend vorhergehenden Analysen entsprechend mit **rd. 86.000** beziffern. Die steuerlichen Effekte eines theoretischen Wegfalls dieser Arbeitsplätze würden allerdings zu knapp 95 % den Bund und die übrigen Länder betreffen.

Ausgabe	Ist				Anschla 2006
	2003	2005	Veränderung		
	T €		%		T €
Personalausgaben	15.149	13.886	-1.263	-8,3	13.615
Sonst. konsumtive Ausgaben	19.500	17.778	-1.722	-8,8	28.662
Investitionsausgaben	55.662	54.703	-959	-1,7	49.608
Gesamtausgaben	90.311	86.367	-3.945	-4,4	91.885

Mit 91,9 Mio. € sind im laufenden Jahr 2,8 % der Gesamtausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Produktplan „Häfen“ veranschlagt. Der auf den Bereich entfallende Anteil

an den Investitionsausgaben des Kernhaushaltes beträgt gut 9,7 % (50 Mio. €), ist allerdings in starkem Maße durch Tilgungsbeträge für Kapitaldienstfinanzierungen geprägt, die das tatsächliche jahresbezogene Investitionsniveau nicht adäquat abbilden. Die im Zeitraum 2003/2005 feststellbaren Ausgabenrückgänge im konsumtiven Bereich dürften in erheblichem Umfang auch durch Ausgliederungseffekte verursacht sein.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Der Bereich betrachtet als zentrale Zielsetzung die **Erfüllung des staatlichen Auftrages, einen reibungslosen Hafenebetrieb sicherzustellen**. Zur Frage der Quantifizierbarkeit dieser relativ abstrakten Aufgabenstellung wurde erörtert, dass Umschlagvolumina oder sonstige Kapazitätsgrößen zwar als zielorientierte Kennzahlen gelten können, als reine Ist-Daten ohne Planungshintergrund in dieser Hinsicht aber nur von geringer Aussagekraft sind. Statt der im Benchmarking-Prozess ansonsten üblichen Betrachtungen von Ist-Daten im Regionenvergleich könnten als alternative Maßstäbe zur Zieldefinition und –erreichung im Produktplan „Häfen“ daher ggf. auch rein bremische Plandaten herangezogen werden, die durch Aussagen zur (angestrebten) Positionierung im Verhältnis zu den übrigen Häfen der Nord-Range ergänzt werden könnten.

Der Bereich sah sich im Rahmen der aktuellen Beratungsrunde allerdings noch nicht in der Lage, die hierfür erforderlichen Planungen als Zielorientierungen vorzulegen, weil die dem Ressort diesbezüglich zur Verfügung stehenden Berechnungsgrundlagen zwischenzeitlich als veraltet und durch die tatsächliche Ist-Entwicklung längst übertroffen zu betrachten sind. Angestrebt wird, die nur mit erheblichem Aufwand zu erstellenden bzw. zu aktualisierenden **Hochrechnungen zur Umschlagsentwicklung** sowie zu den damit in Verbindung stehenden **Kosten und Einnahmen** im kommenden Jahr als (erste) Zielgrößen des Produktplanes in die Benchmarking-Darstellungen einzubeziehen.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Zur Ausdifferenzierung der genannten zentralen Zielsetzung benennt der Bereich zwar keine Detailziele, jedoch Maßnahmen(bündel), deren Realisierung den „reibungslosen Hafenebetrieb“ ermöglichen bzw. flankieren soll und die ihrerseits mit konkreten Einzelzielen verknüpft werden. Hierzu gehören

- der **Neubau und die Modernisierung von Anlagen** sowie die **Privatisierung von Aufgaben** (mit dem Ziel, den weltweiten Güterverkehr zu sichern und schnellen Umschlag sowie weitgehende Distribution marktorientiert anzubieten),
- der **wirtschaftliche Einsatz von Ressourcen** und dabei insgesamt
- die **Steigerung der Umschlagzahlen** (mit dem Ziel der Verbesserung der Einnahmesituation).

Konkrete Ausgangs- und Vergleichsdaten liegen dabei nur für den **Seehafenumschlag** vor, aus denen folgende Erkenntnisse gewonnen werden können: Der Güterverkehr über die bremischen Häfen verzeichnete im Fünf-Jahres-Zeitraum 2000/2005 eine Zuwachsrate von 21 % auf knapp 54,2 Mio. t. Mit einer Zunahme um 36 % (TEU) bzw. knapp 35 % (Gewicht) wies der **Containerumschlag** dabei die größte Dynamik auf, konnte allerdings die Zunahmewerte der Containerverkehre in den übrigen Häfen der Nord-Range damit nicht erreichen. Die Umschlagsmenge **je Kaje-meter** fällt beim Containerverkehr in Bremen mit 1.232 TEU allerdings nach wie vor um knapp 10 % höher aus als in Hamburg.

Während der Massengutumschlag in den vergangenen Jahren sogar relativ deutlich rückläufig ausfiel (2000/2005: - 20 %), erweist sich das nicht-containerisierte Stückgut zunehmend als besonderer Wachstumsträger der bremischen Häfen: Bei sich gleichzeitig verringernden Umschlagsmengen in den Vergleichshäfen erhöhte sich die umgeschlagene Tonnage dieser Güterart in den bremischen Häfen im Zeitraum 2000/2005 um über 33 % auf einen im Nord-Range-Vergleich ansonsten nicht erreichten Anteilssatz von 15 %. Ursache dieser Entwicklung ist der **Automobilumschlag** in Bremerhaven, dessen Stückzahl („Units“) in den vergangenen fünf Jahren um knapp 50 % stieg. Nur Rotterdam konnte in der Nord-Range diese Zunahme

annähernd mitvollziehen und nur Zeebrügge, als Automobilhafen, noch etwas höhere Zuwachsraten realisieren (+ 68 %).

Ebenfalls zum Aufgabenspektrum des Produktplanes „Häfen“ gehört der **Flughafen Bremen**, für den allerdings weder Zahlungen aus dem Haushalt erfolgen, noch Ziele bzw. Zielgrößen formuliert sind. Feststellbar ist, dass die **Fluggastzahlen** des Flughafens Bremen pro Einwohner (2005: 3,2) und deren Entwicklung in den zurückliegenden Jahren (2000/2005: - 9,5 %) am unteren Ende der Verkehrsflughäfen in den Vergleichsstädten rangieren. Gleiches gilt für die über den bremischen Flughafen laufende **Frachtmenge**, deren Volumen (pro Einwohner) die deutlich geringste aller Vergleichsflughäfen darstellt und deren Rückgang im Zeitraum 2000/2005 (- 67 %) im Städtevergleich nur von den Flughäfen Berlins (- 74 %) übertroffen wurde. In seiner Bewertung des Benchmarking-Berichts 2005 hatte der Hafenausschuss der Bremischen Bürgerschaft allerdings bereits daraufhin gewiesen, dass diese Entwicklungen vor dem Hintergrund der **geografischen Lage** und insbesondere der unterschiedlichen **Funktionen** der Flughäfen innerhalb der Luftverkehrsnetze (Drehkreuz- oder Zubringerfunktionen) zu betrachten und zu bewerten sind.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die zwangsläufig unbefriedigende Datenlage erfordert es, die Zielsetzungen des Produktplanes „Häfen“ und deren Erreichungsgrade statt an praktisch nicht vorhandenen Vergleichsstädten oder gar –ländern in erster Linie an bremeninternen (Plan-)Daten zu messen. Die hierfür notwendigen **Analysen und Hochrechnungen zur Umschlagsentwicklung** und zu den daran geknüpften **Kosten und Einnahmen** sollten bis zur Fortschreibung des Benchmarking-Berichts im Sommer 2007 in aktueller Form vorliegen.

Parallel ist es erforderlich, die bereits im Vorjahr als vordringlich eingestuften **Analysen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Häfen**, die insbesondere Arbeitplatzeffekte („Hafenabhängigkeit“), BIP-Beiträge („Loco-Quote“) und steuerliche Wirkungen zu berücksichtigen haben, in aktualisierter Form vorzulegen und hinsichtlich ihrer Konsequenzen für zukünftige Prioritätensetzungen im Bereich „Häfen“ auszuwerten. Das Ressort weist allerdings darauf hin, dass sowohl die Erstellung neuer Umschlagsprognosen, als auch Analysen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Häfen nur mit Hilfe externer **gutachterlicher Unterstützung** durchgeführt werden können.

Nach der zwischenzeitlich erfolgten vollständigen Erfassung der von Bremen zu tragenden Hafenlasten ist der Bereich darüber hinaus aufgefordert, die u. a. in der bremischen Sanierungsklage beim Bundesverfassungsgericht ablesbaren Bemühungen des Landes, die **unzureichende Kompensation der bremischen Anstrengungen im Häfenbereich** durch die Nutznießer dieser Vorleistungen **überregional zu thematisieren**, - auch durch Einbeziehung der ausgegliederten Bereiche – datentechnisch und argumentativ nach Kräften zu unterstützen.

Städtevergleich Häfen	Einheit	Jahr	Brem. Häfen	Hamburg	Nordrange-Häfen		Automobilhäfen		Rang Bremen
					Rotterdam	Antwerper	Emden	Zeebrügge	
81.01.01 Containerumschlag in Mio. t	Anzahl	2005	37,3	83,0	91,2	74,6	0,0	15,6	4
81.01.02 Containerumschlag in Mio t: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	34,7	83,4	39,9	67,5	-95,0	34,4	4
81.01.03 Containerumschlag in Mio t: Anteil am Gesamtumschlag	%	2005	68,9	66,0	24,6	46,6	0,2	45,1	1
81.02.01 Containerumschlag in Mio TEU	Anzahl	2005	3,7	8,1	9,3	6,5	0,0	1,4	4
81.02.02 Containerumschlag in Mio TEU: Entwicklung in den letzten 5 Jahren		2005	36,0	90,4	48,0	58,9		46,1	4
81.02.03 Containerumschlag in TEU je Kajenmeter	TEU/m	2005	1.232	1.123					1
81.03.01 nicht-containerisiertes Stückgut	Mio. t	2005	8,1	2,7	18,4	21,5	2,2	12,8	3
81.03.02 nicht-containerisiertes Stückgut: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	33,1	-19,0	-2,0	-11,2	17,9	-21,7	1
81.03.03 nicht-containerisiertes Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag	%	2005	15,0	2,2	5,0	13,4	62,7	37,0	1
81.04.01 Automobilumschlag	Mio Units	2005	1,6	0,1	0,3	0,8	0,9	1,7	1
81.04.02 Automobilumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	49,6	-55,2	43,7	5,2	21,2	68,3	1
81.05.01 Massengutumschlag	Mio. t	2005	8,7	40,0	260,7	64,0	1,3	6,2	4
81.05.02 Massengutumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	-20,3	9,7	9,3	3,5	-10,9	-17,6	4
81.05.03 Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	2005	16,1	31,8	70,4	40,0	37,1	17,9	4

Städtevergleich Flughäfen	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin*	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln**	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte***	Rang Bremen***
												Dortmund	Duisburg	Essen		
81.06.01 Flughäfen: Fluggäste	Anzahl je EW	2005	3,2	6,1	5,0	27,0	80,5	10,9	9,7	22,8	15,8	2,9		14,0	9	
81.06.02 Flughäfen: Entwicklung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	%	2005	-9,5	7,4	28,9	-3,2	5,8	2,2	50,6	23,9	16,0			12,7	9	
81.07.01 Flughäfen: Frachtmenge	t je 1.000 EW	2005	1,4	15,1	6,8	99,7	2.900,6	12,8	672,3	166,5	29,2			281,0	9	
81.07.02 Flughäfen: Entwicklung der Frachtmengen in den letzten 5 Jahren	%	2005	-67,0	-16,1	-74,0	-4,2	18,8	-27,3	54,4	56,2	-12,6			22,3	8	

** Summen der Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld

*** Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechn. Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- 81.01. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen
- 81.02. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen.
- 81.03. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen.
- 81.04. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen.
- 81.05. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen
- 81.06. Quelle:StA:BA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2. Fluggäste: Summe aus Ein- und Aussteiger sowie Durchgang
- 81.07. Quelle:StA:BA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2. Frachtmenge: Summe aus Einladung und Ausladung sowie Durchgang

Produktplan 91 Finanzen / Personal

Vorbemerkungen

Im Produktplan 91 werden vermehrt Anstrengungen unternommen, die unterschiedlichen Benchmarking-Aktivitäten der einzelnen Bereiche soweit wie möglich zu vernetzen. Zunächst ist mit dem Bereich der Steuerverwaltung ein Aufgabengebiet vorhanden, welches sich sehr gut für Benchmarking-Untersuchungen eignet. Das Ressort beteiligt sich an bundesweiten Vergleichen, die die Steuerverwaltung unter verschiedenen Effizienzgesichtspunkten evaluieren. Im Gegensatz dazu lassen sich für die beiden Produktbereiche „Personal- und Verwaltungsmanagement“ sowie „Haushalt, Kredit, Vermögen“ überwiegend ressortübergreifende Strukturkennzahlen darstellen, da diese Produktbereiche vorrangig Leistungen für andere Ressorts erbringen. Insbesondere wird im Ressort die Mitarbeit an Vergleichsringen und Benchmarking in den Themenbereichen Personalmanagement und Steuerverwaltung vorangetrieben. So wurde z. B. im Rahmen des Stadtstaatenvergleiches mit Hamburg und Berlin der Schwerpunkt für die Analyse des Themas Personal in Bremen verortet.

Ausgaben	Ist				Anschlag 2006
	2003	2005	Veränderung 2003/2005		
	T €			%	T €
Personalausgaben	101.628	100.966	-662	-0,7	100.377
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.314	20.095	3.781	23,2	17.244
Investitionsausgaben	4.491	5.208	718	16,0	4.887
Gesamtausgaben	122.432	126.269	3.837	3,1	122.508

Für den Produktplan „Finanzen und Personal“ wurden im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2006 knapp 123 Mio. € (3,7 % des Gesamthaushaltes) veranschlagt. Den größten Anteil an den Ausgaben haben auch beim Produktplan 91 die Personalausgaben, die allerdings im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 leicht abgesenkt wurden.

Zentrale Zielsetzungen des Produktplans

Folgende Zielsetzungen werden vom Ressort als zentral angesehen:

- Sanierung der bremischen Haushalte
- Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems einschließlich Umstellung auf kaufmännisches Rechnungswesen
- Weiterentwicklung der Verwaltungsmodernisierung
- Weiterentwicklung der Personalverwaltung zu einem zukunftsorientierten Personalmanagement

Diese Schwerpunktsetzungen sind – wie für ein Querschnittsressort nicht unüblich – relativ allgemein gehalten, lassen sich aber in gewissem Maße dennoch als Ressortaufgaben vergleichbar machen. So können die Zielsetzungen der Weiterentwicklung von Verwaltungsmodernisierung und Personalmanagement z. B. durch Vergleiche der Kosten und Strukturen des Personals im öffentlichen Sektor der Länder und Großstädte einem Kennzahlenvergleich zugänglich gemacht werden. Dagegen lässt sich die Zielsetzung der Haushaltskonsolidierung nur als übergreifendes Ziel darstellen, sie eignet sich daher nicht für eine ressortgebundene Kennzahl.

Detailziele und Aufgabenschwerpunkte

Von den zentralen Zielen lassen sich weitere Ziele ableiten, die das Ressort jedoch nicht im Detail konkretisiert hat.

Für den Bereich der Steuerverwaltung ist dabei besonders die Frage nach dem Verhältnis zwischen Mitteleinsatz (in der Regel durch Personalmittel) und Verwaltungseffizienz von Bedeutung.

Die Steuerverwaltung liegt sowohl beim **Prüfungsturnus für Großbetriebe** als auch für Mittelbetriebe auf dem 5. Rang im Ländervergleich.

Bei der **Umsatzsteuer-Sonderprüfung** liegt Bremen bei der Anzahl von Prüfungen pro Mitarbeiter an letzter Stelle, allerdings ist die Anzahl der geprüften Betriebe höher als z. B. in Hamburg.

Bei der **Veranlagung natürlicher Personen** hat Bremen zwar im Vergleich zu den Flächenländern hohe Personalausgaben pro Steuerpflichtigem, verglichen mit den anderen Stadtstaaten sind sie allerdings deutlich geringer. Auffallend ist der **hohe Anteil von Beschäftigten im gehobenen Dienst** (im Vergleich zum mittleren Dienst) bei der Veranlagung natürlicher Personen. Für diese Kennzahl liegen keine neuen Daten vor, so dass eine Entwicklung seit dem letzten Benchmarking-Bericht nicht dargestellt werden kann.

Bemerkenswert ist auch die hohe Streubreite der zur Verfügung stehenden **Prüfungszeit pro Betrieb für Betriebsprüfungen**. Bremen hat mit 143,6 Stunden den zweithöchsten Wert hinter Hamburg. Bei den Flächenländern gibt es einige Länder, die nur rd. die Hälfte der Zeit pro Betrieb benötigen, andere weisen einen ähnlich hohen Zeitaufwand auf, wie die Stadtstaaten.

Die Ausgaben für das **Personal der Finanzämter** pro 1.000 Einwohner sind, dem Stadtstaatenstatus entsprechend hoch. Bremen liegt an 4. Stelle hinter Hamburg, Berlin und – als einzigem Flächenland – hinter Rheinland-Pfalz. Die Ausgaben für die Steuer- und Finanzverwaltung insgesamt sind dagegen im Bundesvergleich (einwohnerbezogen) extrem niedrig. Mit 77 Euro je Einwohner werden in Bremen nur ca. 57 % der Summe ausgegeben, die beim Maximalwert (den Hamburg aufweist) an Kosten anfallen. Die Frage, warum Bremen bei den Personalausgaben einen sehr hohen, bei den Gesamtausgaben aber einen extrem niedrigen Wert aufweist, sollte vom Ressort noch einmal gesondert untersucht werden.

Der Bereich Personal- u. Verwaltungsmanagement ist als Querschnittsinstitution für das Personal im öffentlichen Dienst verantwortlich für das ressortübergreifende Personalmanagement.

Neben dem eher übergeordneten Bereich der Personalhaushalte sind es die Steuerung der Personalstruktur, sowie der Personalentwicklung, die als Kernbestandteile des Personalmanagement-Systems einem Benchmarking-Prozess unterzogen werden.

Eine zentrale Kennzahl für die **Effizienz** des Personals im öffentlichen Dienst ist die **Personalquote**, d. h. die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro 1.000 Einwohner**. Hier liegt Bremen als Stadtstaat mit 35,3 Beschäftigten pro 1.000 Einwohner im Bundesländervergleich um ca. 14 % über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Während in Berlin ein deutlich höherer Personaleinsatz beobachtet wird, ist in Hamburg eine leicht niedrigere Personalquote zu verzeichnen.

Im kommunalen Vergleich zum Personal im öffentlichen Dienst nimmt Bremen an einem Vergleichsring mit den Städten Düsseldorf, Köln, Stuttgart und Dortmund teil. Im Vergleich zum Mittelwert der Vergleichsstädte hat Bremen als Großstadt einen deutlich **geringeren Wert für die Personalquote**.

In Bezug auf die **Altersstruktur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst** weist Bremen unter den 5 Vergleichsstädten den höchsten Altersschnitt auf. Da dieser hohe Altersdurchschnitt auf einem überproportional hohen Anteil von über 50jährigen Beschäftigten basiere, werde sich nach Auffassung des Ressorts das Durchschnittsalter der Beschäftigten zukünftig durch Fluktuation wieder absenken lassen.

Die stadtbremische **Ausbildungsquote** liegt deutlich über dem Mittelwert der Vergleichsstädte. Im Rahmen des Konzeptes zur betrieblichen Gesundheitsförderung wird zukünftig auch die Erfassung einer Krankheitsquote geregelt werden. Zur Zeit ist eine Darstellung einer **bremischen Krankheitsquote** wie in den Vergleichsstädten noch nicht möglich.

Im Bereich der Personalstruktur weist Bremen im Ländervergleich einen durchschnittlichen **Frauenanteil** und eine überdurchschnittliche Erfüllung der **Schwerbehindertenquote** auf.

Der Informationstechnologie (IT) inklusive E-Government kommt im Produktplan 91 eine hohe Bedeutung zu. Kennzahlen, die im Benchmarking in diesem Bereich zukünftig erhoben werden sollen sind z. B. „Kosten des IT-Arbeitsplatzes“ (darunter v. a. Kosten aller Prozesse aus dem

Bereich Administration und Support, und die Kosten für Verwaltungsaufwand) sowie Kosten für die Koordination von Trainingsmaßnahmen für das IT-Personal und die Endanwender/innen. Zur Zeit werden derzeitige Kennzahlen noch nicht den Dienststellen erhoben. Zukünftig können diese Kennzahlen aber im Rahmen des noch zu entwickelnden „transparenten IT-Gesamt-Budgets“ dem Benchmarking-Prozess zugeführt werden.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Für den Bereich der Steuerverwaltung ergibt sich ein differenziertes Bild, die z.T. guten Leistungsergebnisse werden mit einem relativ hohen Personaleinsatz erbracht. Es scheint sich hierbei um ein stadtstaatentypisches Phänomen zu handeln, denn für Hamburg und Berlin ergeben sich ähnliche Ergebnisse.

Im Bereich des Personal- und Verwaltungsmanagements weist Bremen eine für Stadtstaaten typische Ausstattung von Personal im öffentlichen Dienst auf. Die Verringerung der Personalquote bedingt im öffentlichen Dienst die Gefahr der Entwicklung einer ungünstigen Personalstruktur. Dieser Prozess wurde verhindert, wenn auch zur Zeit eine leichte Überalterung des Personals festgestellt werden kann.

Im Bereich des Personalmanagements wird zur Zeit in einer Arbeitsgruppe der Stadtstaaten unter Bremer Federführung an einer Verbesserung der Benchmarking-Methodik gearbeitet. Zukünftig sollte angestrebt werden, diese Ergebnisse auf einen Vergleich mit allen Ländern zu übertragen.

In Ermangelung von Kennzahlen zur Wirkung der Leistungserbringung des Ressorts - insbesondere für die Produktbereiche „Haushalt, Kredit, Vermögen“ und „Personal- und Verwaltungsmangement“ – bittet die Benchmarking-AG das Ressort zu prüfen, ob sich bis zur Fortschreibung des Benchmarking-Berichts im Sommer 2007 Kennzahlen bilden lassen, die etwas über den Input aussagen. In diesem Zusammenhang sollte auch geklärt werden, ob sich Vergleichsbetrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung auf Länder- und Städteebene nicht über die Instrumentarien der KLR - insbesondere über eine einheitliche Kostenträgerstruktur - herstellen lassen.

Benchmarking

Produktplan 91: Finanzen/ Personal

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Minimum	Maximum	Städte insges.
												Duisburg	Dortmund	Essen			
91.01.01 Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 EW	Anzahl	2003	9,4			x			x		x			9,4	14,4	12,4	
91.01.02 Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	%	2003	6,3			x			x		x			2,4	6,3	3,9	
91.01.03 Durchschnittsalter der Beschäftigten im kommunalen Bereich	Jahre	2003	46,7			x			x		x			42,5	46,7	44,0	
91.01.04 Krankheitsquote nach Kalendertagen im kommunalen Bereich	Anzahl	2003				x			x		x			5,2	6,4	5,9	

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*			Rang Land Bremen*
														Stadtstaaten	Flächen. (West)	Bundesgebiet	
91.02.01 öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Personalquote (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	BVOL je 1.000 EW	2004	35,3	33,3	39,7	31,8	29,1	32,7	30,6	29,6	31,4	30,6	29,2	37,3	30,4	31,8	2
91.02.02 öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil weiblich (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	2004	50,7	47,6	59,7	54,8	48,5	53,6	51,7	52,2	49,9	45,9	52,4	55,4	51,8	54,2	7
91.02.03 öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil Teilzeitbeschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	2004	34,3	26,6	18,3	34,5	32,8	31,9	35,0	28,3	32,1	23,3	33,1	22,4	31,9	31,1	3
91.02.04 Erfüllung der Beschäftigtenquote von Schwerbehinderten durch die Obersten Landesbehörden	%	2004	6,3	5,6	6,1	4,5	4,6	6,4	4,4	5,4	4,7	5,7	4,8	6,0	5,3	5,0	2
91.03.01 Prüfungsturnus Großbetriebe	Jahre	2005	4,4	4,8	3,9	4,6	4,4	4,3	4,2	4,8	3,5	5,4	4,0	x	x	x	5
91.03.02 Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Jahre	2005	12,7	11,2	11,0	11,5	14,6	15,9	11,5	16,7	9,9	18,4	10,2	x	x	x	5
91.04.01 Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	%	2005	1,9	1,3	2,3	1,7	1,3	1,3	2,1	2,1	2,5	1,5	1,5	x	x	x	5
91.04.02 Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Prüfungen je Mitarbeiter	Anzahl	2005	30,3	32,9	45,8	44,3	49,9	41,2	53,0	42,7	48,8	39,9	42,5	x	x	x	11
91.04.03 Ausgaben-Ertragsquote	%	2005	5,8	12,0	5,7	3,8	4,0	7,3	7,3	4,5	8,4	1,7	10,7	x	x	x	6
91.05.01 Veranlagung natürlicher Personen: Personalausgaben je Steuerpflichtiger	Euro	2005	62,0	65,0	70,0	.	44,0	47,0	44,0	50,0	60,0	.	.	x	x	x	3

Benchmarking

Produktplan 91: Finanzen/ Personal

Stand:

21.08.2006

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Durchschnitt*		Rang Land Bremen*	
														Staatstaaten	Flächenl. (West)		Bundesgebiet
91.05.02	h	2005	2,7	2,8	3,0	2,0	2,0	2,0	2,2	2,1	2,3	2,3	2,2	x	x	3	
91.05.03		2004	48 : 52		39 : 61		33 : 67	29 : 71	22 : 78		28,5 : 71,5	28,5 : 71,5	36 : 64	x	x	1	
91.06.01	Euro	2005	3.217	3.441	3.087	1.511	2.568	3.261	2.112	2.804	2.017	2.731	1.898	x	x	3	
91.06.02	h	2005	143,6	147,9	127,9	77,3	115,8	138,9	104,7	121,2	76,6	115,9	80,6	x	x	2	
91.06.03	Anzahl	2005	11,5	11,2	12,3	21,9	14,7	12,4	16,3	14,0	21,4	14,0	20,1	x	x	10	
91.06.04	%	2005	6,0	3,6	8,8	3,9	3,8	2,4	5,0	2,5	7,3	8,9	6,1	x	x	5	
91.07.01	%	2005	95,2	84,3	98,8	88,2	91,2	90,7	94,3	91,8	101,4	90,8	92,1	x	x	3	
91.08.01	Euro	2005	54.939	61.264	70.760	39.695	46.461	51.025	46.729	50.470	55.980	47.174	48.790	x	x	4	
91.09.01	Euro	2003	77,0	134,5	101,7	95,6	100,7	106,6	95,0	99,6	108,0	91,2	91,5	108,7	99,3	102,1	11
91.10.01		2005	3,5	6,9	7,0	7,2	3,9	5,0	4,1	5,0	9,0	7,2	8,9	x	x	11	

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Länderdaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 5 Länderdaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

91.01. Quelle: Senator für Finanzen. Ergebnisse des Vergleichsringes "Personal in Großstädten". Die teilnehmenden Städte sind durch ein Kreuz gekennzeichnet

91.02. Quelle: Senator für Finanzen basierend auf StaBA: Fachserie 14, Reihe 6, Tab. 4.2.1 und 4.2.4.

91.03. Quelle: Senator für Finanzen.

91.04. Quelle: Senator für Finanzen. Die Empfehlung der FMK beträgt 2%

91.05. Quelle: Senator für Finanzen.

91.06. Quelle: Senator für Finanzen.

91.07. Quelle: Senator für Finanzen.

91.08. Quelle: Senator für Finanzen.

91.10. Quelle: Senator für Finanzen.

IV. Prüfaufträge

Prüfaufträge

Rechnungshof

Der Rechnungshof wird gebeten, im Rahmen der fachpolitischen Zielsetzung zu prüfen, inwieweit Kennziffern zur Messung des Zielerreichungsgrades bzw. zur Quantifizierung der Leistungserbringung benannt werden können und zur Veröffentlichung im nächsten Benchmarking-Bericht geeignet sind.

Inneres

Das Ressort wird gebeten, für die Aufgabenbereiche des Produktplans für die bisher kaum Vergleichsbetrachtungen möglich sind, wie z. B. Bußgeldstelle, Standesamt, weiterhin die Beteiligung an Vergleichsringen zu suchen. Das Ressort wird gebeten, Vergleichsringe, die für Bremen aufgrund des Mitgliederkreises (Größenklassen; regionale Konzentration) nicht geeignet oder bereits abgeschlossen sind, hinsichtlich ihrer Methodik und Kennzahlensystematik auszuwerten und die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse in bestehende Städtekooperationen zu übernehmen bzw. zum Aufbau neuer Vergleichsstrukturen zu nutzen.

Sport:

Die Recherche nach aussagefähigem und belastbarem Datenmaterial wird fortgesetzt. Die Benchmarking-AG bittet das Ressort um die Fortführung der Beteiligung Bremens an Vergleichsringen.

Bildung:

Der Austausch im KGSt-Vergleichsring soll intensiviert und wenn möglich um die Angabe „Fläche pro Schüler“ erweitert werden.
Prüfung der Aufnahme ostdeutscher Bundesländer in den Vergleich.

Wissenschaft:

Die Verknüpfung des Benchmarkings mit dem Hochschulranking soll vorangetrieben werden.

Arbeit

Die Benchmarking-AG bittet das Ressort

1. im nächsten Benchmarking-Bericht geeignete Daten zum Bereich der Integrationshilfen nach SGB II aufzunehmen.
2. zu prüfen, ob valide Vergleichsdaten auf Länderebene bei einheitlicher Darstellung (Landesmittel / ESF – Mittel) erhoben werden können und ein Benchmarking zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten hinsichtlich der vorliegenden Kennziffern sinnvoll erscheint.
3. zu prüfen, ob weitere Kennziffern zu den Bereichen Soziale Sicherheit sowie Arbeitsschutz, technische Sicherheit und Eichwesen gebildet und mit Vergleichsdaten hinterlegt werden können.

Soziales – Teilbereich Soziales -

Da nach der Hartz-IV-Umstellung der Begriff der Sozialhilfedichte nicht mehr existiert, bittet die Benchmarking-AG das Ressort, zum nächsten Bericht eine Nachfolge Kennzahl vorzuschlagen und mit Vergleichsdaten zu hinterlegen.

Soziales – Teilbereich Jugend –

Das Ressort wird gebeten, die Ergebnisse der initiierten Planungsgespräche zu den Einnahmen und Ausgaben der Jugendhilfe(-verwaltung) der Benchmarking-AG mitzuteilen.

Häfen

Das Ressort wird gebeten - um die Zielsetzungen des Produktplans und deren Erreichungsgrade an bremeninternen (Plan-)Daten messen zu können - die notwendigen Analysen und Hochrechnungen zur Umschlagsentwicklung und zu den daran geknüpften Kosten und Einnahmen bis zur Fortschreibung des Benchmarking-Berichts im Sommer 2007 in aktueller Form vorzulegen.

Des Weiteren wird das Ressort gebeten, Analysen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Häfen, die insbesondere Arbeitsplatzeffekte („Hafenabhängigkeit“), BIP-Beiträge („Loco-Quote“) und steuerliche Wirkungen berücksichtigen sollen, in aktualisierter Form vorzulegen und hinsichtlich ihrer Konsequenzen für zukünftige Prioritätensetzungen im Bereich „Häfen“ auszuwerten.

Finanzen

In Ermangelung von Kennziffern zur Wirkung der Leistungserbringung - insbesondere für die Produktbereiche „Haushalt, Kredit, Vermögen“ und „Personal- und Verwaltungsmanagement“ – wird das Ressort gebeten zu prüfen, ob sich bis zur Fortschreibung des Benchmarking-Berichts im Sommer 2007 Kennziffern bilden lassen, die etwas über den Input aussagen. Es soll auch geklärt werden, ob sich Vergleichsbetrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung auf Länder- und Städteebene über die Instrumentarien der KLR - insbesondere über eine einheitliche Kostenträgerstruktur - herstellen lassen.

V. Benchmarking der Stadt Bremerhaven

Benchmarking-Aktivitäten der Stadt Bremerhaven

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat bereits Anfang 2004 das Aufgabengebiet „Benchmarking“ an zentraler Stelle (Magistratskanzlei) institutionalisiert und gewährleistet dadurch, die auf dezentraler Ebene bereits seit einigen Jahren vorhandenen Vergleichsaktivitäten in ein strategisches Gesamtkonzept zu integrieren und somit die Koordinierung und Transparenz der Informationen sicherzustellen.

Die Stadt Bremerhaven verfügt seither über einen festen Stamm von sogen. Benchmark-Städten. Mit einer Zahl von elf Städten ist eine effektive Bearbeitung von Fragestellungen gewährleistet, die zugleich für hinreichend repräsentativ gehalten wird. Bei der Auswahl der Vergleichsstädte waren zwei Kriterien von Bedeutung:

- Städte mit ähnlichen Bevölkerungszahlen wie Bremerhaven, die – über das Bundesgebiet verteilt – zentralörtliche Funktionen erfüllen (Bottrop, Darmstadt, Gera, Heilbronn, Oldenburg, Osnabrück, Offenbach am Main, Regensburg, Wolfsburg) bzw.
- Küstenstädte, die aufgrund ihrer Küstenrandlage für Bremerhaven-Vergleiche von Bedeutung sind, wobei die Bevölkerungszahl nachrangig ist (Rostock, Wilhelmshaven).

Neben den vielfältigen Erhebungen, die für Bremerhaven insbesondere von Bedeutung für die lfd. Verwaltungsarbeit im weitesten Sinne sind, stellen diese Benchmark-Städte die Basis für die nachfolgenden Vergleiche zu „Zentralen Strukturkennziffern“ dar.

Über diese Aktivitäten hinaus ist die Arbeit in Vergleichsringen für die Bremerhavener Verwaltung sehr hilfreich. Da es von großem Interesse ist, in methodisch festgelegten und nachvollziehbaren Verfahren, z. B. geleitet durch die Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren, wird jedes neue Angebot zur Beteiligung an einem Vergleichsring geprüft und oftmals genutzt. Teilnahme und Ergebnisauswertung obliegen dabei den fachlich zuständigen Stellen, eine übergeordnete Bewertung durch die Verwaltungsspitze ist ebenfalls sichergestellt.

Die Integration Bremerhavens in die Arbeit der Begleit-AG „Benchmarking“ konnte im Berichtszeitraum deutlich weiter entwickelt werden. Insbesondere die umfangreichen Datenerhebungen des Statistischen Landesamtes haben dazu geführt, dass die „Zentralen Strukturkennziffern im vorliegenden Bericht in derselben Datendichte dargestellt werden wie für die Stadt Bremen. Darüber hinaus sind nachfolgend erstmalig ausgewählte Strukturkennziffern Bremerhavens im Städtevergleich kommentiert worden.

Für Bremerhaven stellt die Zusammenarbeit in der Begleit-AG einen wichtigen Baustein dar, die Vergleiche mit seinen Benchmark-Städten auf Grundlage umfassender und gesicherter Daten weiter zu betreiben und vertiefen zu können. Darüber hinaus wird an der Absicht festgehalten, ressortbezogene Kennzahlen für Städtevergleiche – vordringlich mit Bremen, langfristig möglicherweise mit den Benchmark-Städten – zu ermitteln und darüber zu berichten. Die bisherige Arbeit an dieser Aufgabe hat jedoch gezeigt, dass die Definition der Kennzahlen erheblicher Sorgfalt bedarf, zumal sie in der Regel nicht amtlichen Statistiken entstammen. Der Magistrat Bremerhaven, der hieran weiterhin großes Interesse hat, wird diese Arbeit gemeinsam mit der Begleit-AG fortsetzen, so dass im nächsten Benchmarking-Bericht voraussichtlich entsprechende Ergebnisse vorgestellt werden.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 18.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach a. M.	Gera	Wilhelmshaven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
A.01.01	%	2005	-3,4	-1,9	0,5	2,5	1,1	2,9	0,6	-0,7	1,3	2,0	-7,1	-1,8	-0,3	1,2	11
A.01.02	%	2004	-4,4	-3,6	0,4	3,1	2,0	3,8	0,9	-1,0	1,5	4,2	-8,1	-2,2	-0,3	1,0	11
A.01.03	%	2004	-5,4	-3,7	-0,4	2,1	0,8	2,3	0,1	-0,8	0,6	1,3	-8,9	-3,9	-1,3	0,2	11
A.02.01	je 1.000 EW	2004	-5,3	5,1	-5,7	0,8	2,6	3,2	-3,0	-0,2	5,4	0,5	-6,3	-0,4	0,0	4,8	10
A.02.02	je 1.000 EW	2004	-3,2	-1,6	-0,6	-0,5	0,1	-0,8	-1,8	-3,2	-0,3	2,1	-5,2	-5,2	-1,5	-2,9	9
A.03.01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)	2004	1,46	1,21	1,16	1,27	1,39	1,22	1,36	1,46	1,40	1,56	1,24	1,29	1,31	1,21	3
A.04.01	Bevölkerungsdichte	2004	1,510	1,099	1,373	1,538	1,146	1,596	599	1,192	1,215	2,662	692	813	1,137	1,672	4
A.05.01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	2004	14,0	9,5	12,6	13,9	13,2	12,2	13,4	14,8	14,6	14,9	9,2	12,9	12,8	13,1	4
A.05.02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	2004	65,3	70,7	68,6	69,0	69,0	69,1	65,0	65,6	66,4	68,4	69,4	65,3	67,9	67,1	10
A.05.03	Altenquote (65 Jahre und älter)	2004	20,6	19,8	18,8	17,1	17,8	18,7	21,7	19,6	19,0	16,7	21,5	21,8	19,3	19,8	4
A.06.01	Ausländeranteil	2004	10,7	3,7	8,7	7,4	15,1	11,1	12,0	9,4	20,3	26,2	1,4	5,3	10,7	13,2	6
A.07.01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	2004	27,2													26,2	
A.08.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	2004															
A.09.01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	2003	16.760	14.373	23.162	17.435	17.305	17.928	18.140	15.982	18.846	15.356	14.716	14.605	17.184	20.056	7
A.09.02	Primäreinkommen privater Haushalte	2003	16.303	14.094	25.225	19.988	21.047	20.938	20.891	17.303	21.346	17.657	13.868	14.873	18.793	22.218	9

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

A.01. Quelle: Statistik regional. Berechnet anhand der durchschnittlichen Jahresbevölkerung, 2005: Bevölkerungsstand am 30.06.

A.02.01 Quelle: Statistik regional (- lokal). Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen

A.02.02 Quelle: Statistik regional (- lokal).

A.03. Quelle: Statistik regional. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik), mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen Geburtenraten

A.04. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12., Gebietsstand am 31.12.

A.05. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.06. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.07. Quelle: StatLa Bremen: Auswertung Mikrozensus, Statistik regional.

A.09. Quelle: AK VGR d Länder Statistik regional.

Verfügbares Einkommen: Primäreinkommen zuzüglich monetärer Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfers, aber abzüglich Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von privaten Haushalten zu leisten sind. Primäreinkommen: Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer- haven	Rostock	Oсна- brück	Oldenburg	Darm- stadt	Regens- burg	Wolfs- burg	Boitrop	Heil- bronn	Offenbach a. M.	Gera	Wilhelms- haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
B.01.01 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	je 1.000 EW	2004	505	504	687	631	848	1.023	930	374	710	532	508	523	651	593	10
B.02.01 Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	-2,8	-4,5	2,3	7,0	0,4	1,9	20,9	0,9	-5,0	0,2	-6,3	3,8	1,9	1,4	9
B.03.01 SV Beschäftigte (Wohnort)	je 1.000 EW	2005	256	302	288	290	327	325	346	288	314	307	306	248	301	291	11
B.03.02 SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	je 1.000 EW	2004	288	312	333	311	365	360	441	349	371	345	339	270	340	332	11
B.03.03 SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	je 1.000 EW	2004	237	310	260	282	299	299	269	237	274	289	305	245	278	265	12
B.04.01 SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2005	-13,6	-18,2	-7,6	-5,4	-3,9	-0,8	-0,9	-5,3	-6,9	-8,2	-20,7	-13,7	-9,0	-6,8	9
B.04.02 SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2004	-15,1	-18,2	-4,3	-4,1	0,0	1,8	3,3	-7,0	-4,1	-3,5	-20,4	-10,7	-7,0	-5,6	10
B.04.03 SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2004	-8,5	-10,9	-1,7	0,8	1,8	4,7	4,7	3,1	-1,8	-1,0	-17,9	-3,8	-3,2	-0,7	10
B.05.01 SV Beschäftigte (Arbeitsort)	je 1.000 EW	2005	356	358	477	404	599	718	755	261	470	371	339	300	454	418	9
B.05.02 SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	je 1.000 EW	2004	398	355	563	416	665	836	1.131	310	508	432	331	339	524	506	8
B.05.03 SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	je 1.000 EW	2004	321	379	416	396	542	606	447	185	429	321	369	263	397	348	10
B.06.01 SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2005	-7,2	-14,3	-5,3	-1,5	-4,2	3,2	5,9	1,3	-6,9	-6,9	-17,5	-8,1	-4,4	-4,5	9
B.06.02 SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2004	-7,2	-19,0	-3,7	-1,8	-3,5	4,9	17,2	-6,3	-8,5	-0,4	-20,5	-5,0	-2,6	-4,2	9
B.06.03 SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2004	-4,1	-9,0	1,4	5,8	2,6	8,1	15,7	-0,3	-3,0	1,2	-14,2	-4,8	0,3	1,8	9
B.07.01 Anteil Eimpender an SV Beschäftigten	%	2004	44,5	37,9	58,5	49,3	68,7	66,2	61,0	.	60,8	68,6	42,2	36,0	56,4	42,1	8
B.07.02 Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	%	2004	24,0	26,6	31,6	30,4	43,1	26,2	13,6	.	43,0	62,6	37,0	25,1	32,9	17,4	10
B.07.03 Pendlersaldo insgesamt	Anzahl	2005	11.730	11.283	31.090	18.098	38.085	50.658	50.036	-3.334	18.954	7.662	3.481	4.365	242.108	69.300	7
B.07.04 Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Anzahl	2005	281	158	397	283	454	547	542	-107	332	173	98	173	337	304	7
B.08.01 Akademikerquote (Wohnort)	%	2004	5,0	13,0	11,4	12,1	20,3	16,5	7,7	7,1	7,1	8,4	10,9	5,1	11,0	11,8	12
B.08.02 Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2004	6,1	13,2	8,9	9,4	19,2	12,1	10,9	5,0	7,6	12,4	10,6	6,1	11,0	11,2	11
B.09.01 Beschäftigte in Insolvenzverfahren	%	2004	1,9	0,5	0,5	0,4	0,3	0,1	0,1	0,9	0,5	0,7	0,7	0,5	0,5	0,7	1

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- B.01. Quelle: AK VGR d L.
B.02. Quelle: AK VGR d L.
B.03. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
B.04. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
B.05. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
B.06. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
B.07. Quelle: Statistik regional. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999). Der Pendlersaldo wird errechnet aus der Differenz der Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich der Beschäftigten am Wohnort.
B.08. Quelle: Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten (Neuregelung April 1999); erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule
B.09. Quelle: Statistik regional. Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern C: Arbeitslosigkeit

Stand: 11.09.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer- haven	Rostock	Oсна- brück	Oldenburg	Darm- stadt	Regens- burg	Wolfs- burg	Bottrop	Heil- bronn	Offenbach a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
C.01.01	%	2005	25,6	21,4	14,2	15,4	11,9	10,9	11,5	15,3	12,2	16,6	21,3	20,0	16,2	16,8	1
C.01.02	%	2005	24,5	20,0	12,9	14,2	10,9	10,0	13,3	14,7	11,9	14,8	20,7	19,2	15,4	15,4	1
C.02.01	%	2005	43,8	46,3	44,5	45,7	43,4	44,7	51,1	44,4	45,8	42,0	48,4	45,7	45,5	43,5	10
C.02.02	%	2005	12,2	13,6	13,1	11,1	11,8	13,9	15,8	10,7	14,0	13,7	12,9	13,0	12,9	10,5	9
C.02.03	%	2005	10,8	10,4	10,2	9,4	11,3	10,1	8,5	12,2	11,2	12,6	10,5	9,4	10,6	11,1	5
C.02.04	%	2005	37,9	41,6	33,5	33,2	34,2	29,8	35,9	47,6	28,8	34,0	44,2	34,1	37,1	34,9	4

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

C. Quelle: BA Arbeit. Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

C.01.01 und C.01.02: Der Städtedurchschnitt wird auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand: 21.08.2006

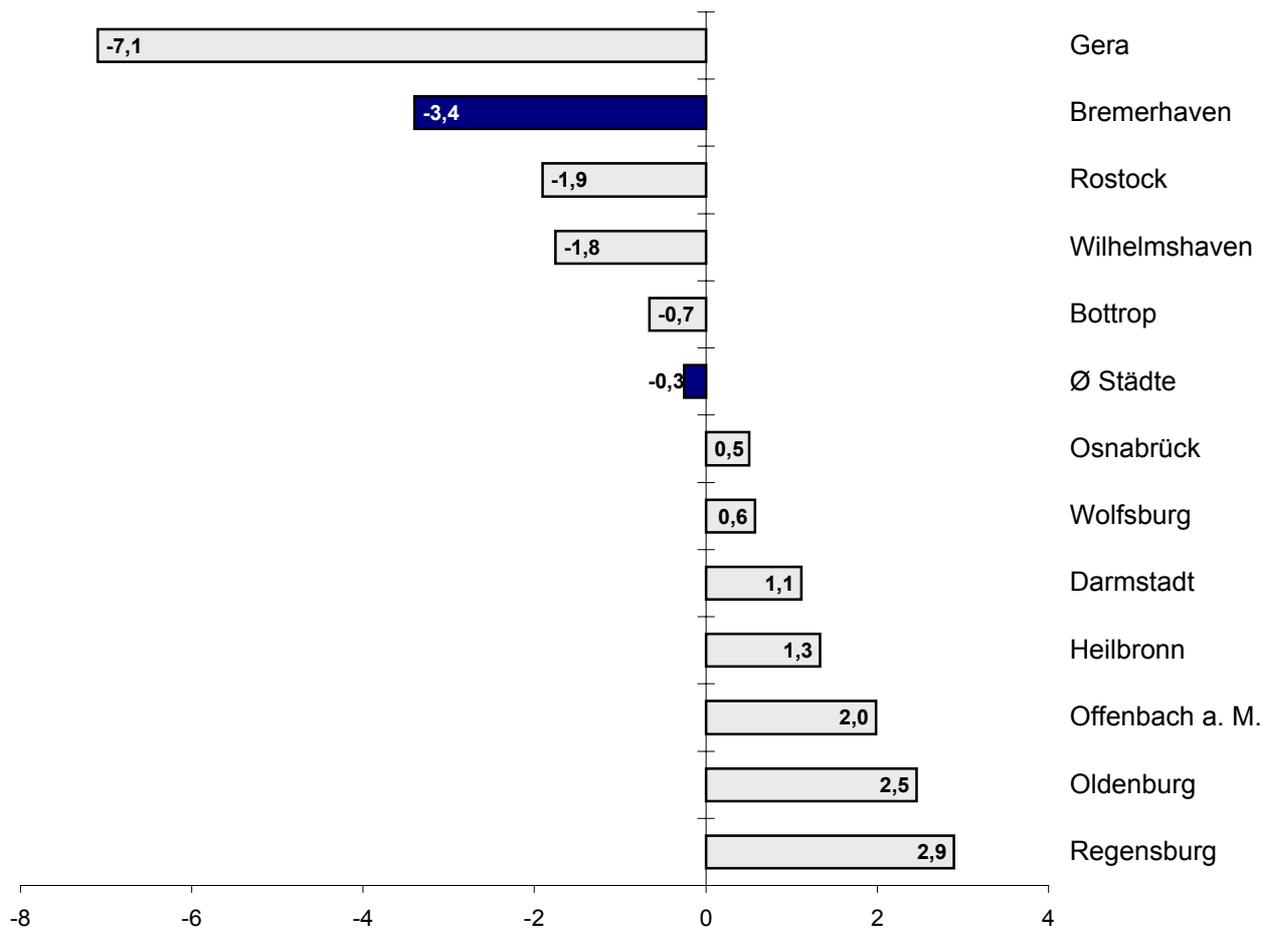
Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer- haven	Rostock	Oсна- brück	Oldenburg	Darm- stadt	Regens- burg	Wolfs- burg	Botrop	Heil- bronn	Offenbach a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
D.01.01 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)	Euro/EW	2004	28.200	24.246	36.054	33.199	51.353	62.943	61.942	15.174	43.719	35.873	20.396	31.660	36.958	37.863	9
D.02.01 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in den letzten 5 Jahren	%	2004	5,6	0,5	5,3	13,4	8,9	11,9	-8,7	3,5	-6,8	5,0	0,1	0,3	3,1	13,3	4
D.03.01 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	Euro/ET	2004	55.894	48.104	52.456	52.652	60.523	61.499	66.592	40.525	61.579	67.431	40.118	60.561	56.773	63.860	7
D.04.01 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	8,6	5,3	2,9	6,0	8,4	9,8	-24,5	2,6	-1,9	4,9	6,9	-3,4	1,1	11,8	2
D.05.01 Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge	je 1.000 EW	2004	-0,14	-0,50	-0,50	-0,13	-0,38	-0,25	-0,07	-0,07	0,07	-0,24	-0,29	-0,13	-0,24	-0,16	6
D.05.02 Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgabern	je 1.000 EW	2004	1,98	1,56	2,44	4,00	2,89	4,35	2,30	1,67	2,55	2,68	2,85	1,04	2,56	2,59	9
D.06.01 Insolvenzverfahren	je 10.000 EW	2004	14	32	15	22	12	9	16	15	13	19	13	36	18	25	8

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- D.01.01 Quelle: AK VGR d Länder, Statistik regional.
- D.02.01 Quelle: AK VGR d Länder.
- D.03.01 Quelle: AK VGR d Länder.
- D.04.01 Quelle: AK VGR d Länder.
- D.05.01 Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)
- D.05.02 Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)
- D.06.01 Quelle: Statistik regional. Insolvenzzstatistik (Bundesstatistik); Zeitraum: Jahressumme

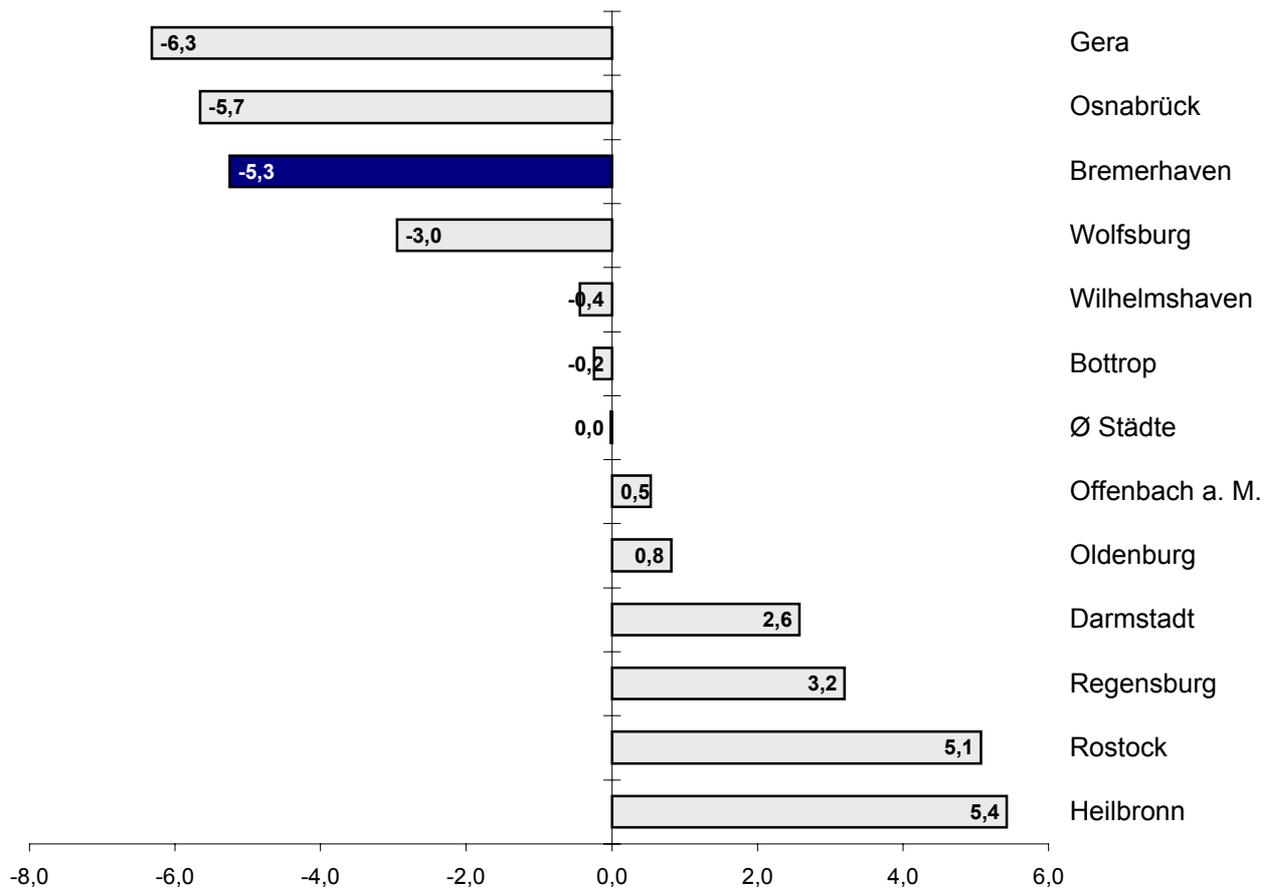
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Die Stadt Bremerhaven muss seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich Bevölkerungsverluste hinnehmen. Deren Ausmaß verringert sich jedoch allmählich, denn mit $-3,4\%$ im aktuellen Fünf-Jahres-Zeitraum hat sich der Rückgang weiter verlangsamt, der noch einige Jahre zuvor bei jeweils -7% im Beobachtungszeitraum lag.

Einerseits spiegelt diese Entwicklung den bundesweit feststellbaren Trend wider, dass der Bevölkerungsrückgang in den Städten Deutschlands nahezu zum Stillstand gekommen ist (aktuell: $-0,3\%$ ggü. $-3,7\%$ vor fünf Jahren). Andererseits kann auch Bremerhaven mittlerweile von dieser Entwicklung moderat profitieren und ist hiervon nicht in dem Maße abgekoppelt, wie noch vor einiger Zeit zu befürchten war. So muss beispielsweise die Stadt Gera auch am aktuellen Rand nach wie vor massive Rückgänge der Bevölkerungszahl hinnehmen, die Bremerhavens Probleme in dieser Hinsicht deutlich übersteigen.

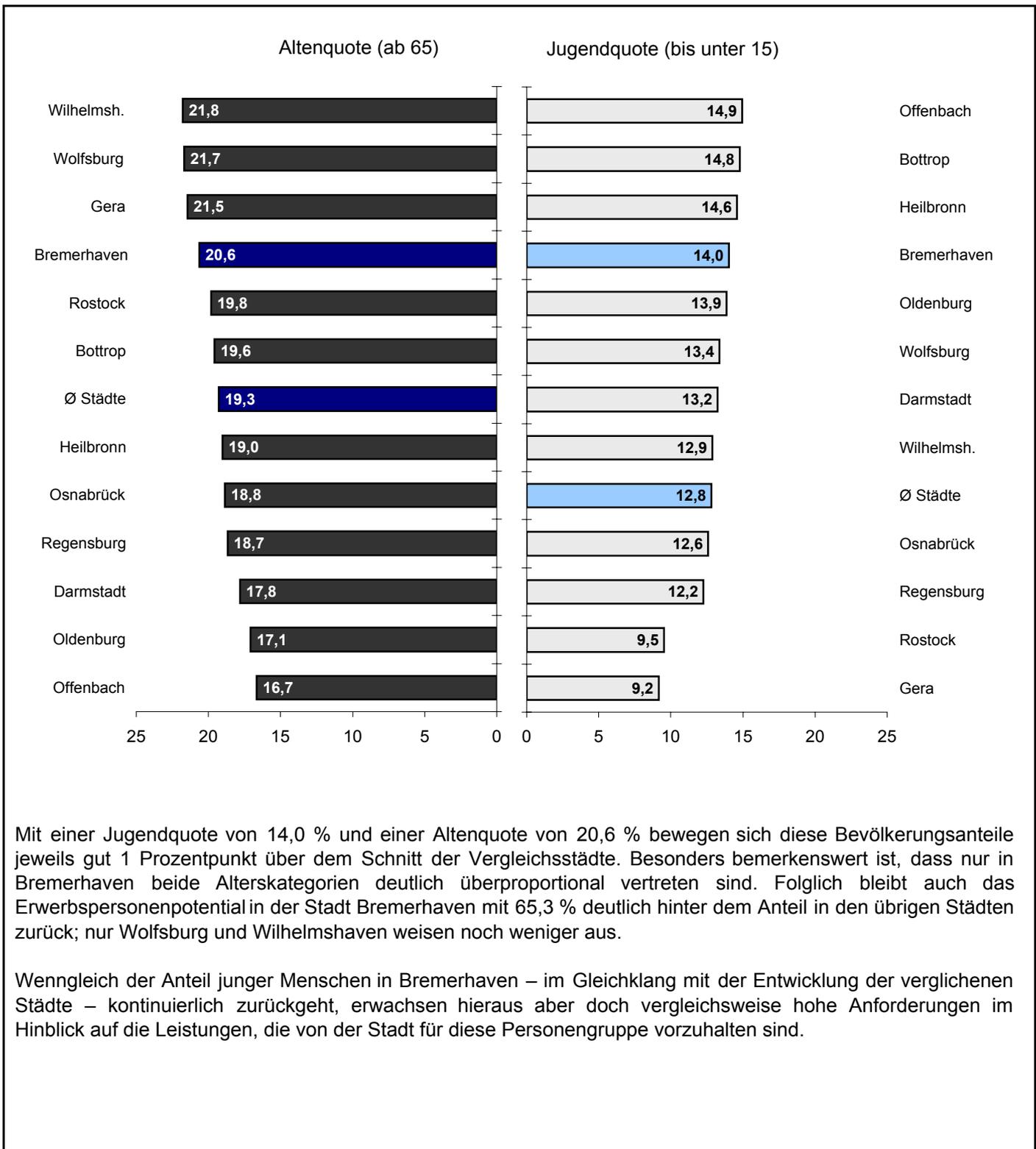
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Dass die Zahl der Fortzüge aus Bremerhaven die der Zuzüge nach wie vor nennenswert übersteigt, verdeutlicht der weiterhin hohe Wanderungssaldo von – 5,3 je 1.000 Einwohner. Die vor allem arbeitsplatzbedingte Abwanderung hat sich zwar im Vergleich zu den Vorjahren grundsätzlich verringert, dennoch liegt der Bremerhavener Wert deutlich über dem Durchschnitt der verglichenen Städte entsprechender Größenordnung.

Von Bedeutung ist ebenso, dass sowohl Wolfsburg als auch Osnabrück im Vorjahr noch Wanderungsgewinne verzeichneten, während die Stadt Bremerhaven – wie auch Gera – auch in der Vergangenheit eine negative Wanderungsbilanz hatte. Obgleich der Wanderungssaldo sich für 2005 nur noch verhalten negativ darstellt (Vergleichswerte der übrigen Städte liegen noch nicht flächendeckend vor), kann Bremerhaven im Wettbewerb um Arbeitskräfte bzw. Einwohner offenkundig noch nicht in hinreichendem Maß bestehen.

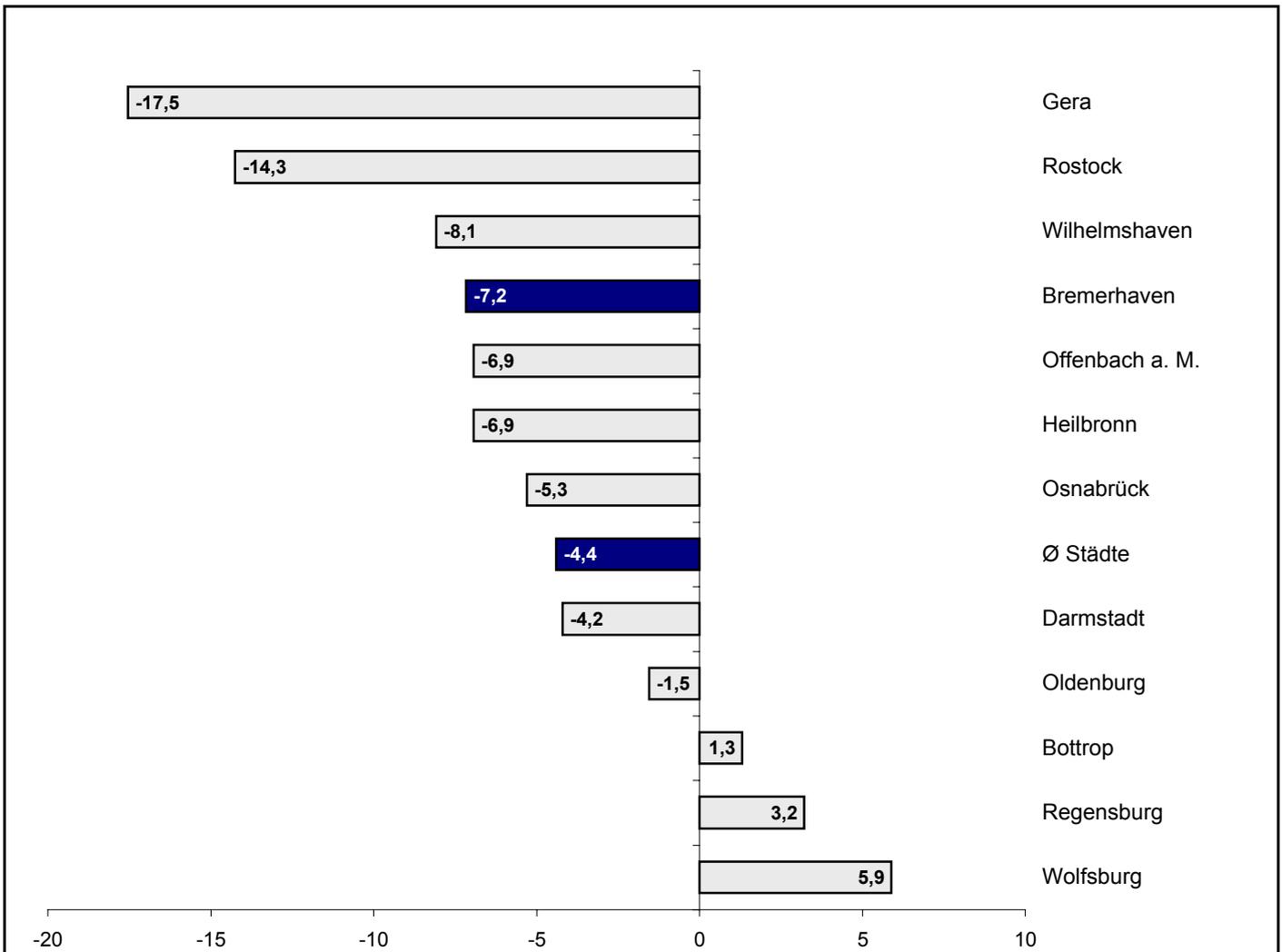
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Jugend- und Altenquote in %)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Mit einer Jugendquote von 14,0 % und einer Altenquote von 20,6 % bewegen sich diese Bevölkerungsanteile jeweils gut 1 Prozentpunkt über dem Schnitt der Vergleichsstädte. Besonders bemerkenswert ist, dass nur in Bremerhaven beide Alterskategorien deutlich überproportional vertreten sind. Folglich bleibt auch das Erwerbspotential in der Stadt Bremerhaven mit 65,3 % deutlich hinter dem Anteil in den übrigen Städten zurück; nur Wolfsburg und Wilhelmshaven weisen noch weniger aus.

Wenngleich der Anteil junger Menschen in Bremerhaven – im Gleichklang mit der Entwicklung der verglichenen Städte – kontinuierlich zurückgeht, erwachsen hieraus aber doch vergleichsweise hohe Anforderungen im Hinblick auf die Leistungen, die von der Stadt für diese Personengruppe vorzuhalten sind.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitsplatzentwicklung* in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06

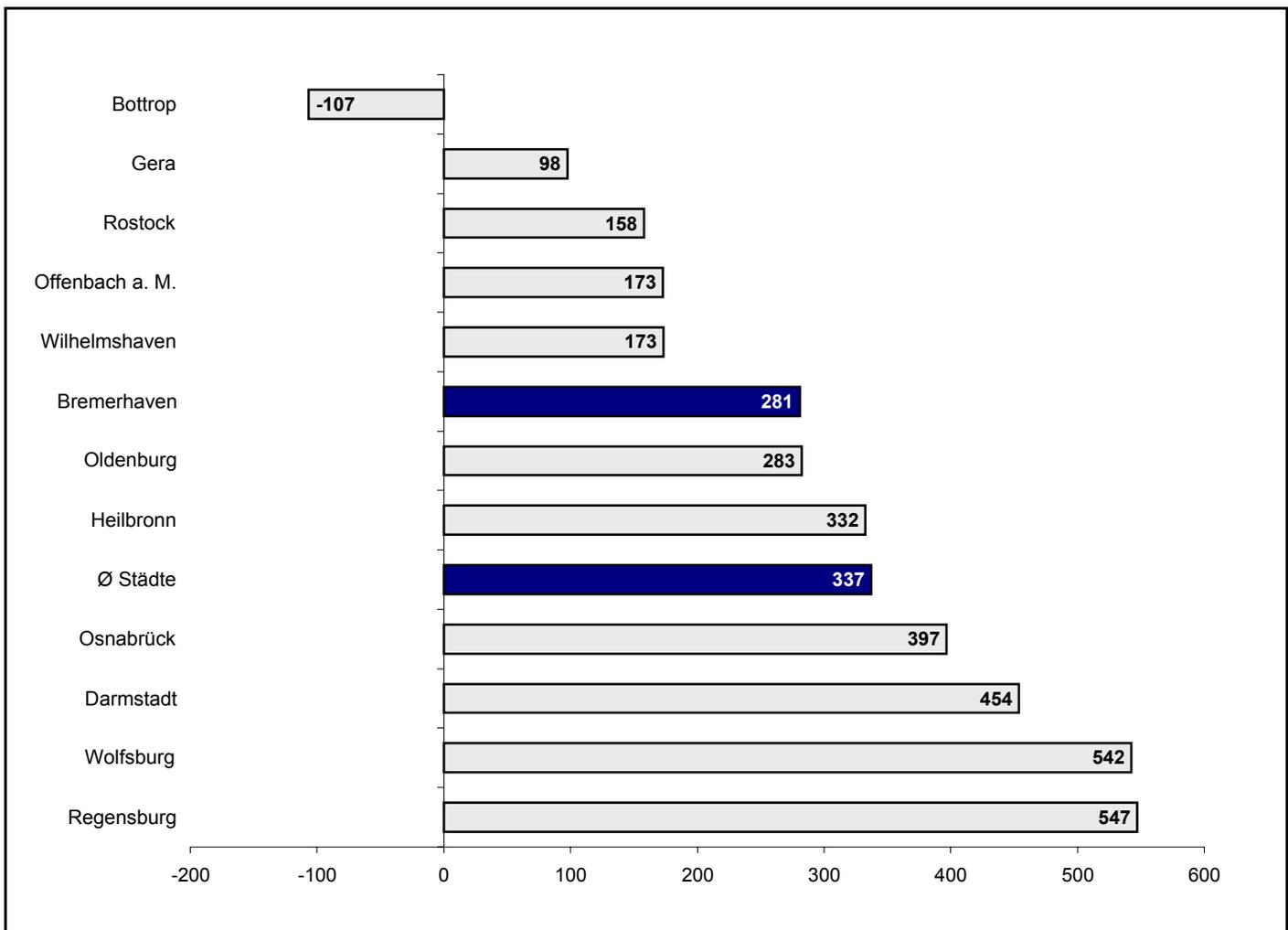


*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

Anders als bei den bundesdeutschen Großstädten weisen immerhin drei der hier dargestellten Städte Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. Dass es sich hierbei gleichwohl um „Ausreißer“ handelt, belegt die im Durchschnitt um 4,4 % rückläufige Zahl der Beschäftigungsverhältnisse; mit – 7,2 % hat Bremerhaven hieran seinen Anteil.

Dass auch Rostock und Gera einen Rückgang der Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen hätten, war zwar zu erwarten, doch die Dimension ist durchaus bemerkenswert. Entsprechend gering ist dort mittlerweile auch der Arbeitsplatz-Besatz (auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort), der im verhältnismäßig großen Rostock mittlerweile dieselbe Größenordnung erreicht hat (358 je 1.000 Einwohner) wie Bremerhaven (356 je 1.000 Einwohner).

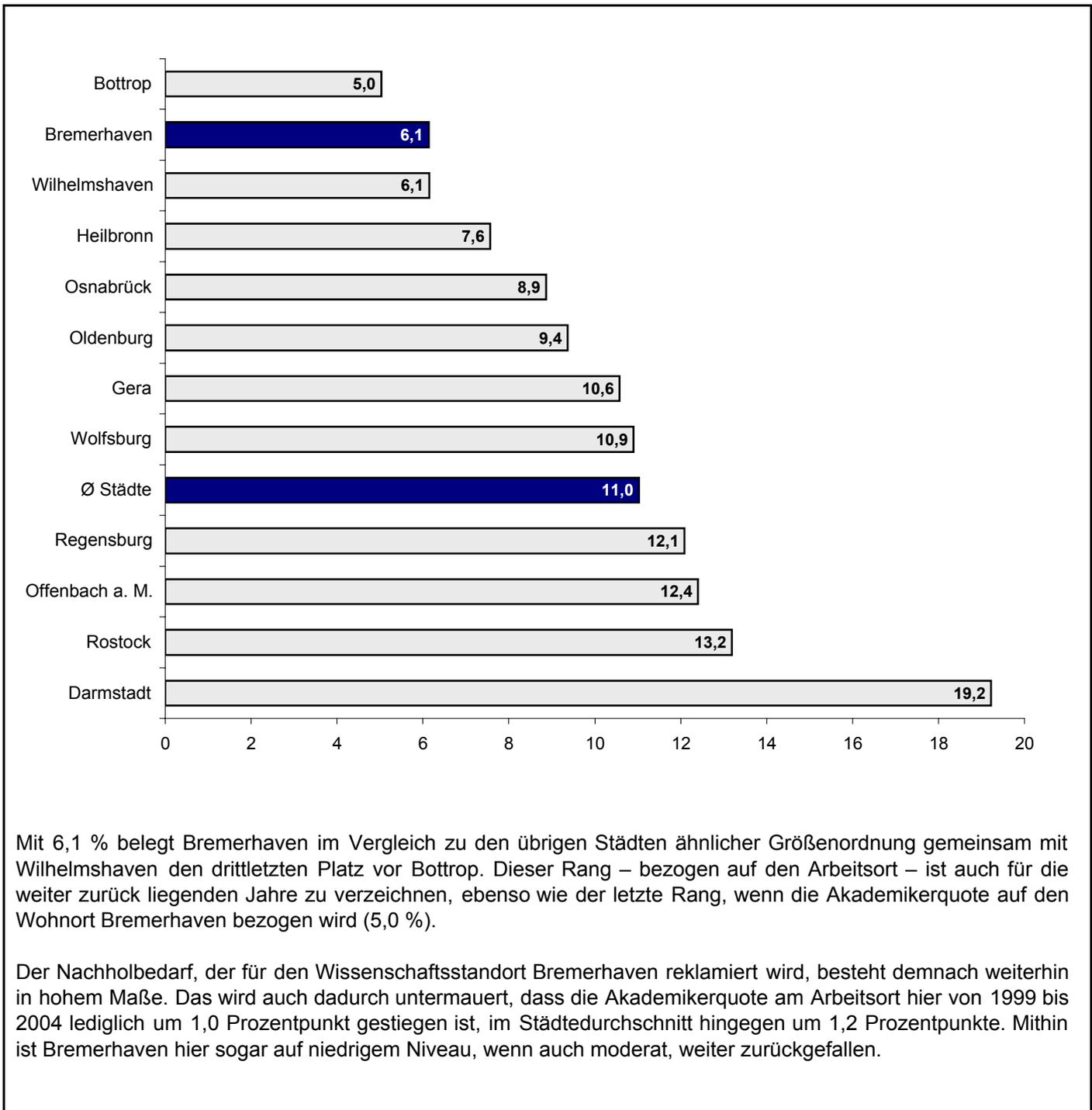
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigte)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



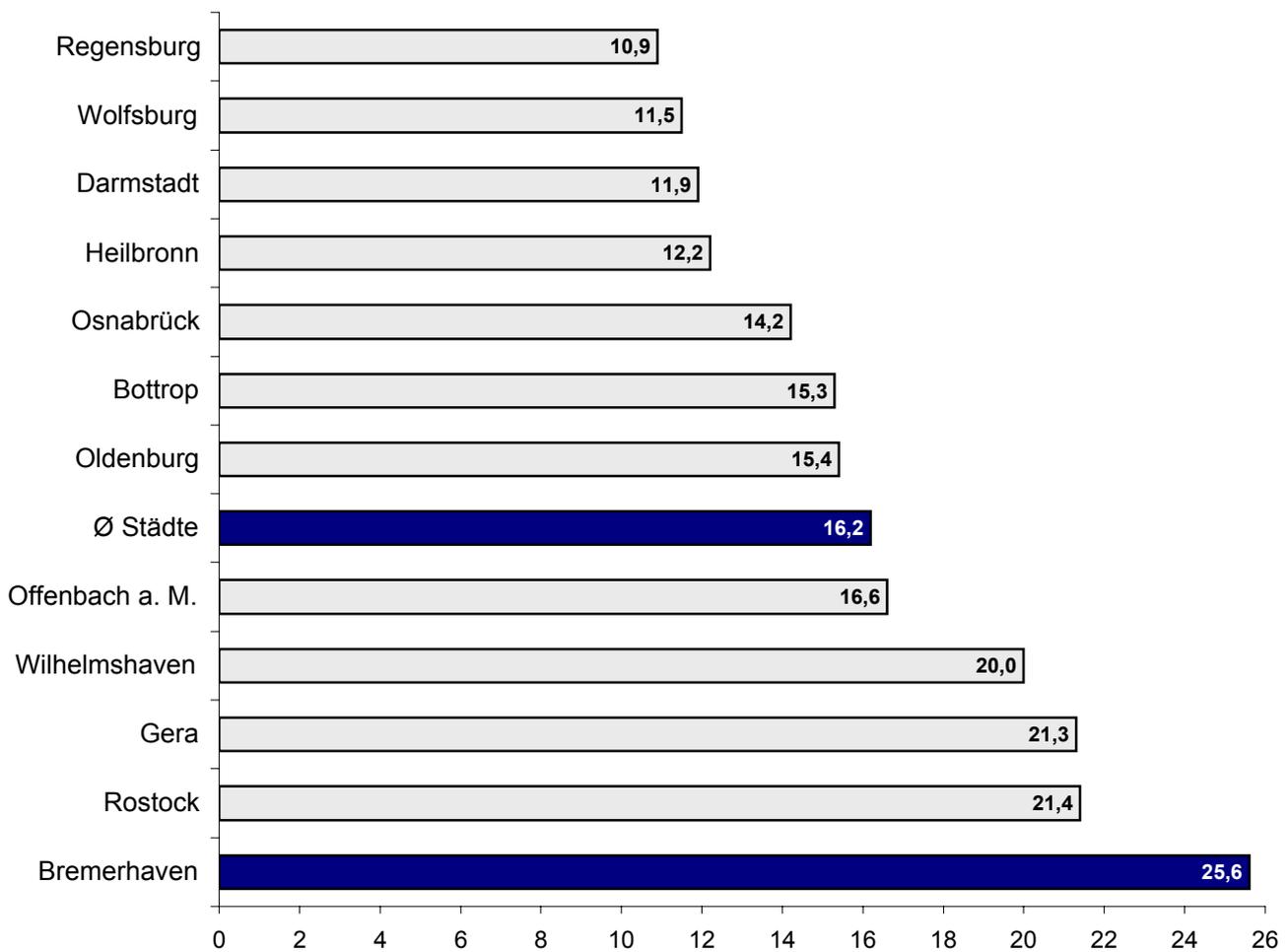
Wie in den Jahren zuvor nimmt Bremerhaven beim Vergleich der Pendlersalden den 7. Rang ein, nähert sich dabei allerdings mit 281 je 1.000 Beschäftigten ganz allmählich dem Durchschnitt der Vergleichsstädte (337) – und auch dem Wert der Stadt Bremen (304) – an. Korrelierend mit ihrem unterdurchschnittlichen Arbeitsplatz-Besatz weisen erneut Gera, Rostock und Wilhelmshaven noch geringere Pendlersalden als Bremerhaven aus.

Im Verbund mit den pendlerbedingten Verlusten, die auch die Stadt Bremen bei den originären Steuereinnahmen – in noch höherem Maße – verzeichnet, stellt sich hier das besondere Problem für das Land dar, das sich aus der Pendlerproblematik insgesamt ergibt.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Akademikerquote am Arbeitsort in %)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote in %) *	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06

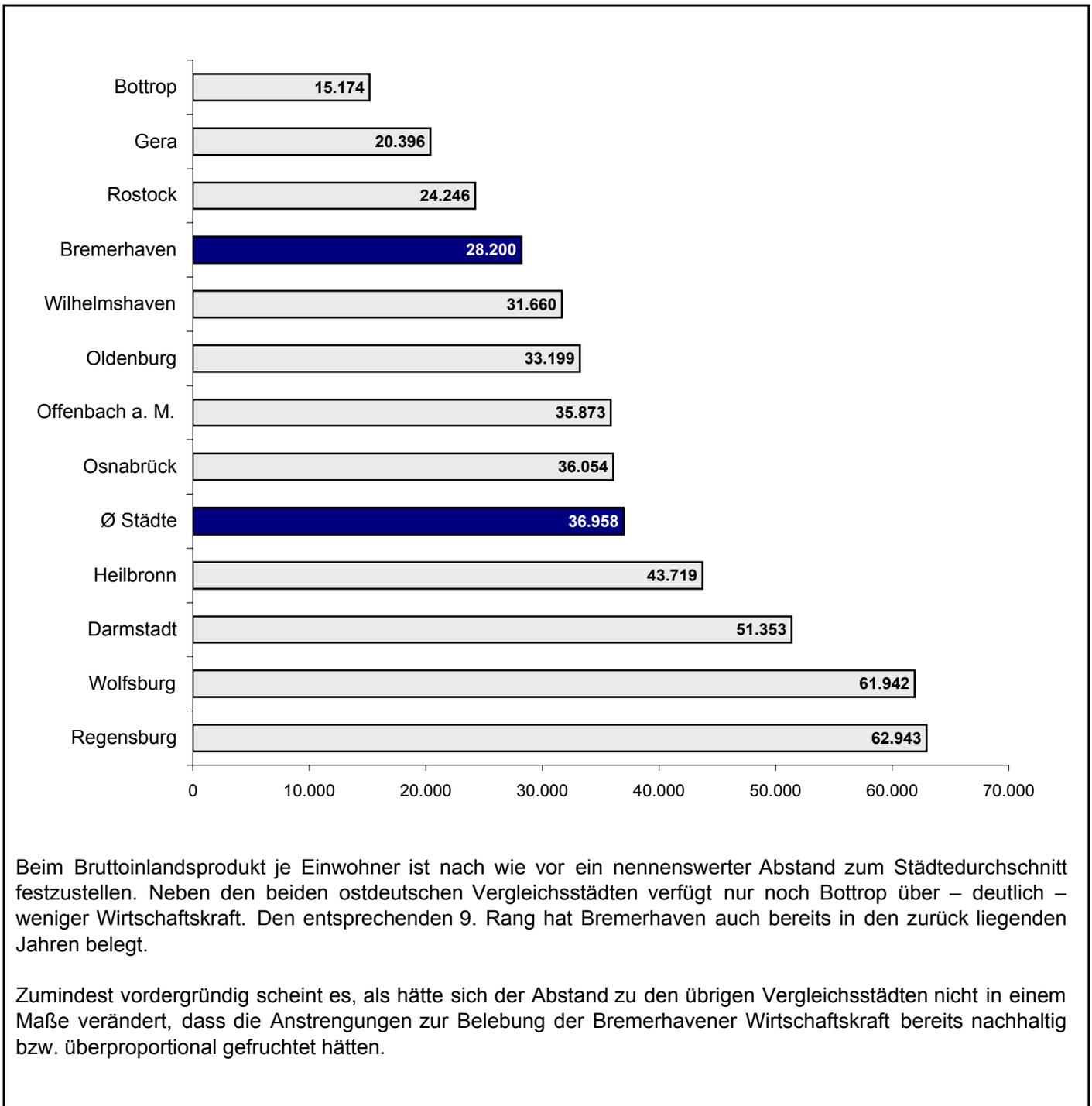


*) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik („Hartz IV“) hat Bremerhaven bei der Arbeitslosenquote einen Spitzenwert zu verzeichnen, der erstmals sogar über dem von Rostock und Gera liegt. Auch wenn der exorbitante Anstieg um 5,8 Prozentpunkte zum Vorjahr – systembedingt – nicht aussagekräftig ist, wird er gleichwohl für keine der übrigen Städte ausgewiesen.

Insofern sind hier, abseits von den Entlastungen durch sozialgesetzliche Verschiebungen bei der Finanzierungszuständigkeit, massive Mehrausgaben für die Stadt Bremerhaven vorprogrammiert, da sich hinsichtlich der nunmehr anteilig zu tragenden Kosten der Unterkunft der Berechtigtenkreis nachhaltig massiv erhöht hat.

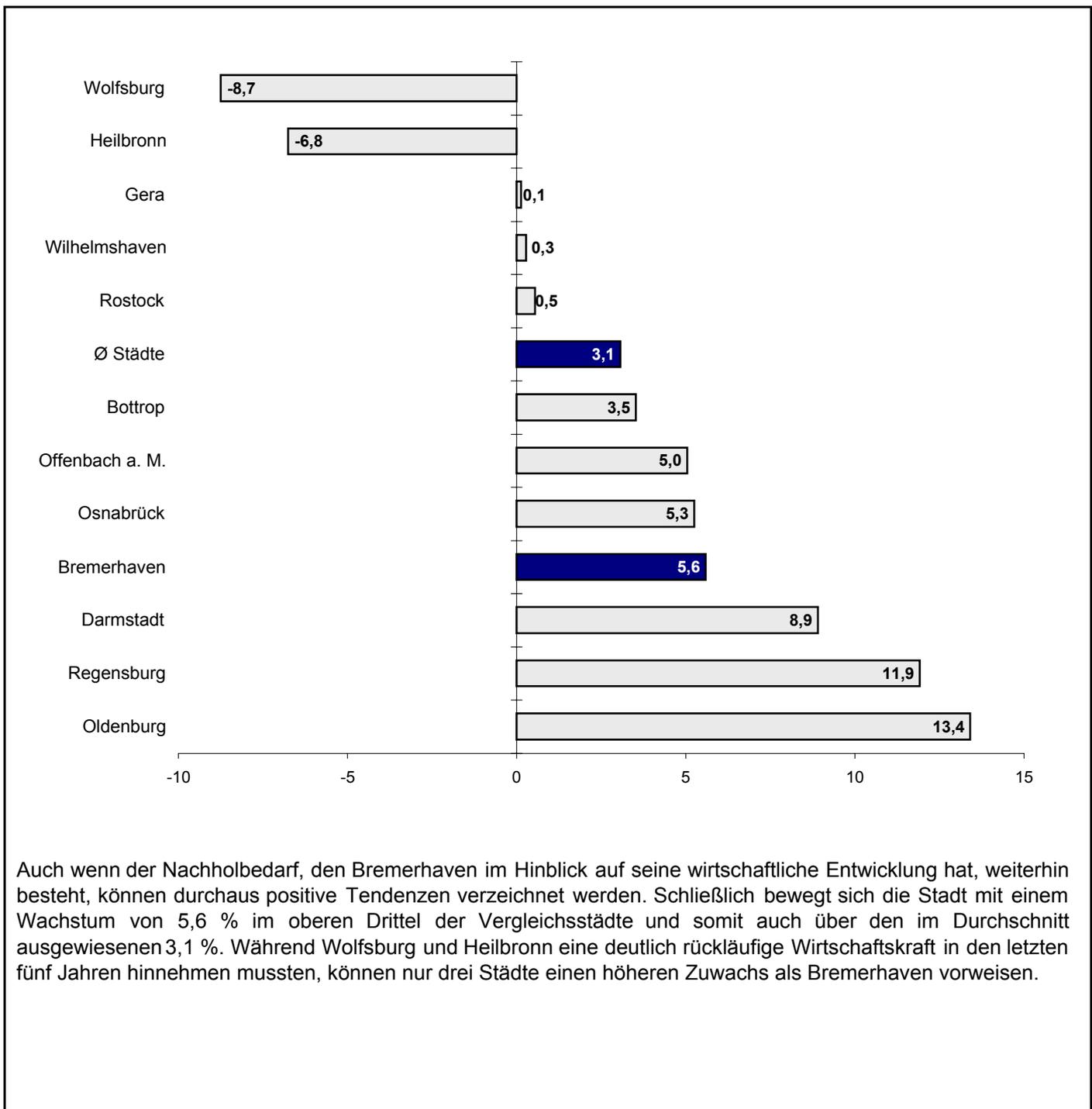
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwohner)	2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist nach wie vor ein nennenswerter Abstand zum Städtedurchschnitt festzustellen. Neben den beiden ostdeutschen Vergleichsstädten verfügt nur noch Bottrop über – deutlich – weniger Wirtschaftskraft. Den entsprechenden 9. Rang hat Bremerhaven auch bereits in den zurück liegenden Jahren belegt.

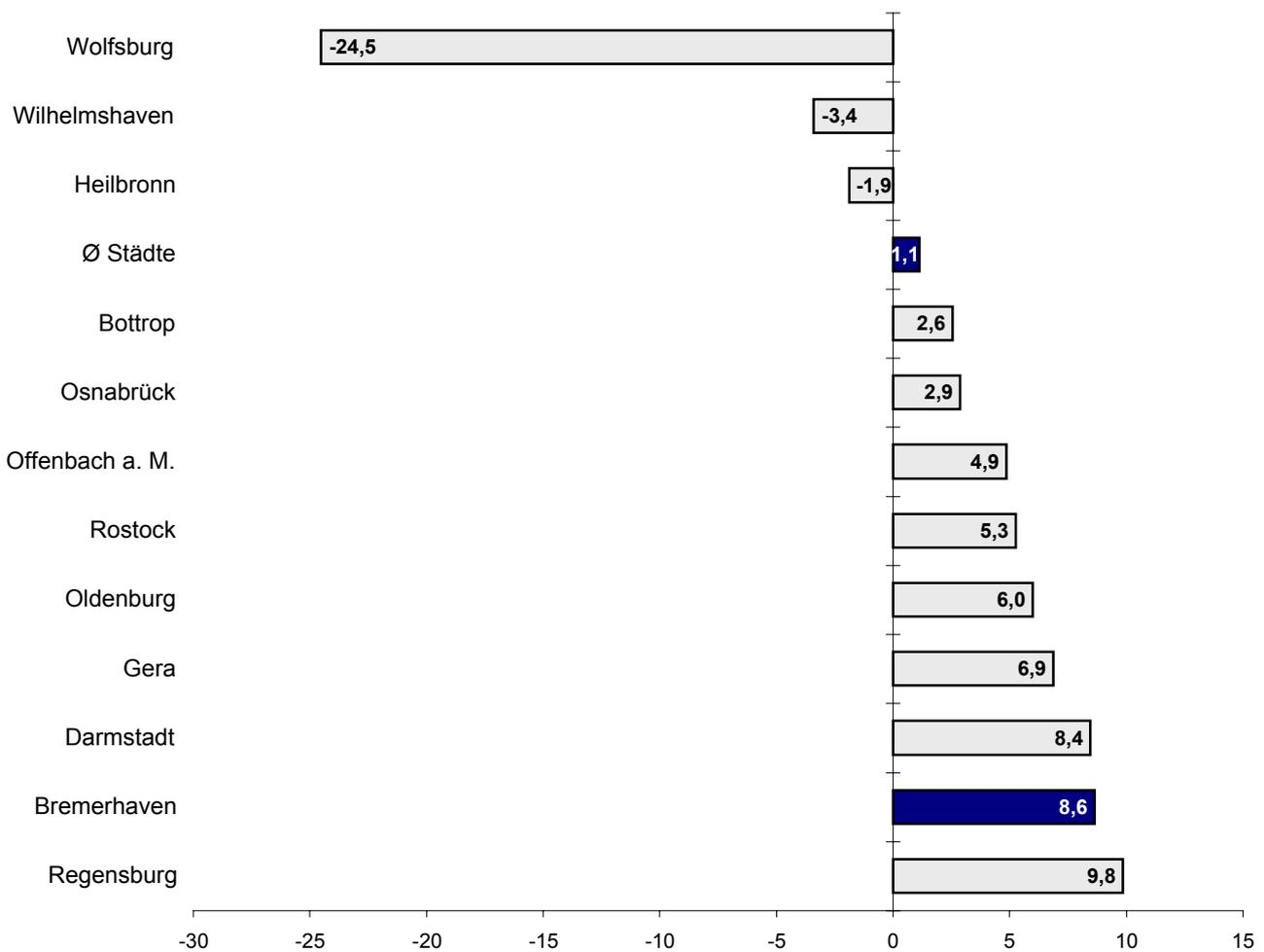
Zumindest vordergründig scheint es, als hätte sich der Abstand zu den übrigen Vergleichsstädten nicht in einem Maße verändert, dass die Anstrengungen zur Belebung der Bremerhavener Wirtschaftskraft bereits nachhaltig bzw. überproportional gefruchtet hätten.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP; in %)	1999 - 2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



Auch wenn der Nachholbedarf, den Bremerhaven im Hinblick auf seine wirtschaftliche Entwicklung hat, weiterhin besteht, können durchaus positive Tendenzen verzeichnet werden. Schließlich bewegt sich die Stadt mit einem Wachstum von 5,6 % im oberen Drittel der Vergleichsstädte und somit auch über den im Durchschnitt ausgewiesenen 3,1 %. Während Wolfsburg und Heilbronn eine deutlich rückläufige Wirtschaftskraft in den letzten fünf Jahren hinnehmen mussten, können nur drei Städte einen höheren Zuwachs als Bremerhaven vorweisen.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung der Produktivität* in %)	1999 - 2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	15.09.06



*) nominales BIP je Erwerbstätigen

Eine positiv herausragende Kennzahl stellt die Entwicklung der Produktivität in der Stadt Bremerhaven dar. Bei einem Durchschnitt der Städte von + 1,1 % wird für Bremerhaven ein Zuwachs von 8,6 % ausgewiesen, der lediglich von Regensburg (mit 9,8 %) übertroffen wird. Ebenso bemerkenswert ist der massive Rückgang in der Stadt Wolfsburg, wo Wirtschaftskraft wie Produktivität maßgeblich vom (Wirtschafts-) Faktor Volkswagen beeinflusst werden und erheblichen Schwankungen unterliegen.

Ogleich der Beschäftigungsabbau in Bremerhaven nicht ohne Einfluss auf diese Entwicklung sein dürfte, kann in Anbetracht der Steigerung der Wirtschaftsentwicklung eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens festgestellt werden. Diese Bilanz wird auch durch überproportionale Zuwächse in den Vorjahren – wenn auch nicht in dieser Größenordnung – untermauert.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 18.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Botrop	Heilbronn	Offenbach h a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
A.01.01	%	2005	-3,4	-1,9	0,5	2,5	1,1	2,9	0,6	-0,7	1,3	2,0	-7,1	-1,8	-0,3	1,2	11	
		2004	-4,9	-3,7	0,0	2,6	1,4	3,0	0,5	-0,9	1,0	2,7	-8,5	-3,0	-0,8	0,6	11	
		2003	-5,5	-5,8	-0,7	2,6	1,1	2,8	0,1	-0,7	0,2	3,0	-8,8	-4,0	-1,4	-0,2	10	
		2002	-7,7	-8,8	-1,7	2,3	0,4	1,8	-1,2	-0,5	-0,7	2,1	-9,3	-4,9	-2,6	-1,1	10	
		2001	-7,4	-10,9	-2,5	2,2	-0,3	0,7	-2,9	-0,1	-1,4	1,5	-8,9	-5,7	-3,3	-1,6	10	
		2000	-6,8	-12,5	-2,6	2,6	-0,7	-0,4	-3,7	0,6	-2,0	0,6	-8,8	-5,6	-3,7	-1,7	10	
		2004	-4,4	-3,6	0,4	3,1	2,0	3,8	0,9	-1,0	1,5	4,2	-8,1	-2,2	-0,3	1,0	11	
		2003	-5,0	-5,3	-0,4	3,5	1,7	3,5	0,6	-0,7	0,5	4,7	-8,4	-3,3	-0,8	0,0	10	
		2002	-7,3	-8,6	-1,5	3,2	1,0	2,5	-0,8	-0,4	-0,6	3,7	-8,8	-4,4	-2,1	-1,0	10	
		2001	-7,2	-10,9	-2,3	3,1	0,4	1,1	-2,7	-0,1	-1,1	2,9	-8,5	-5,1	-2,9	-1,5	10	
	2000	-6,7	-12,6	-2,6	3,4	0,2	-0,3	-3,7	0,7	-1,7	2,0	-8,5	-4,9	-3,4	-1,7	10		
A.01.03	%	2004	-5,4	-3,7	-0,4	2,1	0,8	2,3	0,1	-0,8	0,6	1,3	-8,9	-3,9	-1,3	0,2	11	
		2003	-6,0	-6,2	-0,9	1,8	0,5	2,1	-0,4	-0,7	-0,1	1,3	-9,2	-4,8	-1,9	-0,4	10	
		2002	-8,0	-9,0	-1,9	1,5	-0,2	1,2	-1,6	-0,5	-0,9	0,6	-9,7	-5,4	-3,0	-1,3	10	
		2001	-7,7	-10,8	-2,6	1,4	-1,1	0,3	-3,1	-0,1	-1,7	0,2	-9,3	-6,2	-3,7	-1,7	10	
		2000	-6,9	-12,4	-2,5	1,8	-1,5	-0,6	-3,7	0,5	-2,3	-0,8	-9,2	-6,2	-4,0	-1,8	10	
		2004	-5,3	5,1	-5,7	0,8	2,6	3,2	3,2	-3,0	-0,2	5,4	0,5	-6,3	0,0	4,8	10	
		2003	-3,8	2,5	7,0	6,7	6,2	6,1	6,3	6,3	-0,1	0,7	-2,4	-11,0	3,4	2,3	11	
		2002	7,1	-1,7	3,1	10,5	4,4	8,2	5,8	2,6	2,6	4,2	4,6	-12,2	2,6	3,3	3	
		2001	-14,4	-5,7	1,7	7,3	2,1	13,4	2,7	3,1	3,1	7,7	6,5	-21,7	1,3	0,4	5,2	11
		2000	-13,2	-11,9	-2,2	3,8	4,4	5,4	5,4	1,0	-1,7	-0,9	6,9	-12,6	-8,2	-2,5	0,6	12
A.02.01	je 1.000 EW	1999	-13,3	-18,2	-4,6	-1,3	2,9	4,4	0,6	0,6	-4,0	5,3	-10,2	-8,7	-4,4	-3,1	11	
		1998	-14,9	-22,9	-8,6	5,5	-0,8	-0,3	-2,3	-0,1	-8,6	-3,6	-14,8	-12,0	-7,5	-4,7	11	
		1997	-14,1	-35,2	-4,0	3,6	-2,8	0,0	-13,3	5,1	-4,6	-3,8	-14,4	-4,5	-8,7	-1,3	10	
		1996	-9,5	-25,3	-7,0	9,6	-1,8	-1,5	-11,8	4,7	0,3	0,1	-12,9	-8,9	-6,3	1,3	9	
		1995	-1,3	-17,9	4,2	12,2	1,0	4,3	-3,0	9,0	-5,9	1,8	-13,1	-3,9	-1,7	3,4	7	
		2004	-3,2	-1,6	-0,6	-0,5	0,1	-0,8	-0,8	-1,8	-3,2	-0,3	2,1	-5,2	-5,2	-1,5	-2,9	9
		2003	-3,2	-2,3	-1,2	-1,0	-1,2	-1,6	-1,6	-3,1	-3,5	-0,5	2,1	-5,0	-5,4	-2,0	-3,1	9
		2002	-3,6	-1,9	-0,9	-0,8	-0,7	-1,7	-1,7	-2,2	-2,7	0,2	2,1	-4,8	-5,5	-1,7	-3,2	10
		2001	-3,3	-2,0	-1,1	-0,4	-0,6	-1,3	-1,3	-2,0	-1,7	-0,5	1,0	-4,4	-4,8	-1,6	-2,3	10
		2000	-2,5	-1,8	-0,5	0,8	-1,1	-1,9	-1,9	-2,2	-2,4	-1,0	0,9	-4,0	-5,4	-1,6	-2,3	10
A.02.02	je 1.000 EW	1999	-2,5	-2,0	0,1	0,0	-1,0	-1,3	-2,5	-2,3	-0,1	0,9	-4,5	-4,3	-1,5	-2,3	9	
		1998	-2,8	-2,2	0,3	-0,4	-1,9	-1,6	-1,6	-2,7	-2,0	0,5	1,0	-3,4	-1,6	-2,1	10	
		1997	-1,8	-3,0	-0,1	0,9	-1,3	-1,9	-1,9	-1,7	-0,8	-0,1	0,4	-5,7	-2,8	-1,5	8	
		1996	-1,7	-3,7	-0,7	0,0	-2,0	-2,6	-2,6	-1,6	-1,4	0,1	0,5	-6,7	-2,9	-1,9	7	
		1995	-2,1	-4,2	-0,9	-1,0	-1,6	-2,4	-2,4	-2,1	-0,9	-0,2	-1,4	-6,8	-2,2	-2,2	8	
		2004	1,46	1,21	1,16	1,27	1,39	1,22	1,22	1,36	1,46	1,40	1,56	1,24	1,29	1,31	1,21	3
A.03.01		Zusammengefasste Geburtenziffer																

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 18.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach h a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*		
(Fertilitätsrate)		2003	1,50	1,24	1,10	1,20	1,37	1,12	1,27	1,40	1,48	1,57	1,19	1,42	1,29	1,23	2		
		2002	1,44	1,14	1,11	1,23	1,36	1,12	1,31	1,36	1,46	1,54	1,24	1,33	1,28	1,21	3		
		2001	1,56	1,14	1,12	1,24	1,31	1,18	1,34	1,38	1,43	1,39	1,48	1,14	1,50	1,29	1,29	1	
		2000	1,59	1,16	1,21	1,36	1,33	1,13	1,38	1,40	1,42	1,42	1,53	1,15	1,32	1,31	1,33	1	
		1999	1,57	1,12	1,18	1,27	1,35	1,15	1,23	1,41	1,50	1,50	1,50	1,06	1,41	1,29	1,29	1	
		1998	1,51	1,05	1,20	1,22	1,28	1,21	1,30	1,21	1,36	1,49	1,45	1,00	1,42	1,26	1,33	1	
		1997	1,52	0,94	1,22	1,29	1,30	1,16	1,26	1,26	1,44	1,48	1,54	0,90	1,48	1,26	1,35	2	
		1996	1,51	0,85	1,18	1,17	1,21	1,11	1,30	1,30	1,35	1,45	1,51	0,84	1,42	1,20	1,31	2	
		1995	1,49	0,75	1,13	1,14	1,14	1,08	1,27	1,27	1,36	1,38	1,38	0,72	1,42	1,14	1,24	1	
		A.04.01	Bevölkerungsdichte	2004	1,510	1,099	1,373	1,538	1,146	1,596	599	1,192	1,215	2,662	692	813	1,137	1,672	4
				2003	1,523	1,095	1,382	1,538	1,143	1,592	602	1,196	1,209	2,655	700	817	1,139	1,669	4
				2002	1,533	1,095	1,374	1,529	1,137	1,585	600	1,200	1,208	2,656	711	819	1,139	1,663	3
				2001	1,528	1,099	1,371	1,514	1,133	1,575	597	1,200	1,203	2,638	724	822	1,137	1,657	3
				2000	1,555	1,108	1,370	1,504	1,131	1,560	597	1,199	1,194	2,618	743	825	1,139	1,652	3
				1999	1,580	1,125	1,373	1,497	1,131	1,555	598	1,204	1,197	2,618	755	836	1,139	1,655	1
		1998	1,605	1,148	1,380	1,499	1,125	1,550	599	1,206	1,202	2,585	766	847	1,151	1,664	2		
		1997	1,634	1,178	1,391	1,491	1,128	1,552	602	1,208	1,211	2,592	781	860	1,161	1,675	2		
		1996	1,660	1,224	1,397	1,484	1,133	1,551	611	1,203	1,217	2,601	797	867	1,173	1,681	2		
		1995	1,679	1,260	1,407	1,470	1,137	1,557	619	1,199	1,217	2,599	813	877	1,182	1,682	2		
A.05.01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	2004	14,0	9,5	12,6	13,9	13,2	12,2	13,4	14,8	14,6	14,9	9,2	12,9	12,8	13,1	4		
		2003	14,3	10,0	12,7	14,0	13,2	12,3	13,5	15,0	14,7	15,1	9,6	13,3	13,0	13,3	4		
		2002	14,5	10,5	13,0	14,2	13,2	12,4	13,8	15,3	14,8	15,1	10,2	13,6	13,3	13,6	4		
		2001	14,7	11,2	13,2	14,3	13,3	12,5	14,0	15,6	14,8	15,1	10,9	13,9	13,5	13,7	4		
		2000	14,9	11,9	13,3	14,5	13,3	12,5	14,1	15,8	14,9	14,9	11,6	14,0	13,7	13,7	4		
		1999	15,1	12,6	13,4	14,4	13,3	12,5	14,3	15,8	15,1	14,8	12,3	14,1	13,9	13,7	2		
		1998	15,2	13,3	13,6	14,5	13,2	12,4	14,5	15,8	15,1	14,7	13,1	14,1	14,1	13,6	2		
		1997	15,3	14,1	13,7	14,4	13,1	12,5	14,7	15,9	15,1	14,7	13,9	14,2	14,3	13,6	2		
		1996	15,4	15,0	13,7	14,3	13,1	12,5	15,0	16,0	15,1	14,6	14,8	14,4	14,5	13,6	2		
		1995	15,4	15,9	13,8	14,2	13,1	12,5	15,3	16,0	15,2	14,5	15,6	14,5	14,7	13,5	4		
A.05.02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	2004	65,3	70,7	68,6	69,0	69,0	69,1	65,0	65,6	66,4	68,4	69,4	65,3	67,9	67,1	10		
		2003	65,7	71,3	69,0	69,3	69,2	69,3	65,6	65,8	66,7	68,6	69,9	65,6	68,3	67,3	10		
		2002	66,0	71,7	68,8	69,4	69,3	69,4	65,9	66,1	67,0	68,9	70,1	65,8	68,5	67,5	10		
		2001	65,9	72,0	68,9	69,5	69,3	69,4	66,3	66,1	67,3	69,0	70,2	66,0	68,6	67,7	12		
		2000	66,3	72,3	69,0	69,5	69,4	69,3	66,9	66,3	67,5	69,2	70,5	66,4	68,8	67,9	12		
		1999	66,5	72,6	69,1	69,7	69,5	69,5	67,3	66,6	67,8	69,4	70,6	66,8	69,1	68,3	12		
		1998	66,7	72,8	69,2	69,7	69,6	69,6	67,8	67,0	67,9	69,6	70,5	67,1	69,2	68,7	12		
		1997	66,7	72,7	69,2	69,6	69,5	69,4	67,9	67,1	68,2	69,6	70,2	67,2	69,2	68,7	12		
		1996	66,8	72,7	69,2	69,6	69,3	69,3	68,1	67,2	68,3	69,7	69,8	67,0	69,2	68,8	12		

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 18.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Bottrop	Heilbronn	Offenbach a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
A.05.03	%	1995	66,9	72,5	69,3	69,6	69,2	69,2	68,4	67,4	68,3	69,7	69,5	67,1	69,2	68,8	12	
		2004	20,6	19,8	18,8	17,1	17,8	18,7	18,7	21,7	19,6	19,0	16,7	21,5	21,8	19,3	19,8	4
		2003	20,0	18,8	18,4	16,7	17,6	18,4	18,4	20,9	19,1	18,6	16,3	20,5	21,1	18,7	19,3	4
		2002	19,6	17,8	18,2	16,4	17,5	18,2	18,2	20,3	18,6	18,2	16,0	19,7	20,6	18,3	19,0	4
		2001	19,3	16,8	17,9	16,2	17,5	18,1	18,1	19,7	18,3	17,9	15,9	18,9	20,1	17,9	18,7	3
		2000	18,8	15,8	17,7	16,1	17,3	18,2	18,2	19,0	17,9	17,6	15,9	17,9	19,6	17,5	18,3	3
		1999	18,4	14,8	17,4	15,8	17,2	18,0	18,0	18,4	17,5	17,2	15,8	17,1	19,0	17,0	18,0	2
		1998	18,1	13,9	17,2	15,7	17,2	18,0	18,0	17,7	17,2	17,0	15,7	16,4	18,7	16,7	17,7	2
		1997	18,0	13,1	17,1	16,0	17,4	18,2	18,2	17,4	17,0	16,6	15,6	15,9	18,5	16,5	17,7	3
		1996	17,8	12,3	17,0	16,1	17,6	18,3	18,3	16,8	16,8	16,5	15,7	15,4	18,5	16,3	17,7	3
		1995	17,7	11,5	16,9	16,2	17,7	18,3	18,3	16,3	16,6	16,5	15,8	14,9	18,4	16,1	17,7	3
A.06.01	%	2004	10,7	3,7	8,7	7,4	15,1	11,1	12,0	9,4	20,3	26,2	1,4	5,3	10,7	13,2	6	
		2003	10,7	3,9	8,9	7,9	14,9	11,3	11,3	12,2	9,5	20,2	26,3	1,4	10,8	13,1	6	
		2002	10,6	3,6	8,7	8,0	14,4	11,1	11,1	12,0	9,5	20,3	26,0	1,4	10,7	12,9	6	
		2001	10,2	3,2	8,7	7,5	14,2	10,9	10,9	11,7	9,5	20,2	25,9	1,3	10,4	12,6	6	
		2000	10,2	3,0	8,7	7,2	14,3	10,5	10,5	11,4	9,5	20,3	26,2	1,2	10,3	12,3	6	
		1999	10,3	2,6	9,0	7,1	14,5	10,4	10,4	11,4	9,8	20,6	25,9	1,1	10,3	12,3	6	
		2004	27,2	26,2	.	
		2004	
		2004	
A.09.01	Euro / EW	2003	16.760	14.373	23.162	17.435	17.305	17.928	18.140	15.982	18.846	15.356	14.716	14.605	17.184	20.056	7	
		2002	16.612	14.226	22.965	17.374	17.147	17.839	17.839	18.362	15.835	18.541	15.187	14.427	14.443	17.042	19.818	7
		2001	16.343	13.964	22.084	17.002	16.957	17.828	17.828	18.291	15.785	18.376	15.029	14.093	14.110	16.759	20.077	7
		2000	16.032	13.687	21.162	16.518	16.213	17.272	17.272	17.807	15.155	17.681	14.605	13.721	13.627	16.217	19.466	7
		1999	15.351	13.388	20.135	15.972	15.895	16.836	16.836	17.273	14.572	17.188	14.484	14.013	13.215	15.765	18.728	7
		1998	14.922	12.591	18.928	15.460	15.510	16.359	16.359	16.631	14.104	16.606	14.279	13.367	12.782	15.161	18.053	7
		1997	13.932	12.195	17.746	15.047	15.165	15.867	15.867	15.715	13.781	16.163	14.146	12.955	12.549	14.610	17.707	8
		1996	13.523	11.963	17.070	14.828	14.967	15.555	15.555	15.234	13.614	15.684	14.203	12.836	12.462	14.311	17.059	9
		1995	13.050	11.219	16.976	14.684	14.618	15.220	15.220	14.717	13.433	15.341	14.159	12.181	12.316	13.940	17.054	9
		2003	16.303	14.094	25.225	19.988	21.047	20.938	20.938	20.891	17.303	21.346	17.657	13.868	14.873	18.793	22.218	9
		2002	16.297	14.154	25.137	20.050	21.074	20.967	20.967	21.218	17.245	21.153	17.682	13.653	14.795	18.779	22.142	9
		2001	16.141	14.212	24.356	19.895	21.061	21.151	21.151	21.334	17.344	21.140	17.647	13.385	14.592	18.654	22.480	9
		2000	16.575	14.212	23.649	19.615	20.435	20.594	20.594	20.857	16.860	20.615	17.466	13.292	14.397	18.324	21.974	9
		1999	15.771	13.784	22.485	18.893	19.678	19.696	19.696	19.952	16.134	19.798	17.104	13.102	13.899	17.609	21.060	9
		1998	15.070	13.029	21.312	18.388	19.104	18.917	18.917	19.105	15.601	19.127	16.798	12.560	13.593	16.924	20.259	9

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 18.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer- haven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach h a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
		1997	14.118	12.770	20.096	17.815	18.641	18.214	17.940	15.227	18.565	16.693	12.193	13.337	16.311	19.896	9
		1996	13.491	12.728	19.401	17.529	18.390	17.799	17.206	14.975	18.119	16.829	12.203	13.266	15.983	19.089	9
		1995	13.470	12.471	19.448	17.508	18.178	17.528	16.682	14.876	17.921	17.004	12.024	13.278	15.827	19.232	9

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

A.01. Quelle: Statistik regional. Berechnet anhand der durchschnittlichen Jahresbevölkerung, 2005: Bevölkerungsstand am 30.06.

A.02.01 Quelle: Statistik regional (- lokal); Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen

A.02.02 Quelle: Statistik regional (- lokal);

A.03. Quelle: Statistik regional. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik), mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen Geburtenraten

A.04. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12., Gebietsstand am 31.12.

A.05. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.06. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.

A.07. Quelle: StaLa Bremen: Auswertung Mikrozensus. Statistik regional.

A.09. Quelle: AK VGR d Länder/ Statistik regional.

Verfügbares Einkommen: Primäreinkommen zuzüglich monetärer Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfers, aber abzüglich Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von privaten Haushalten zu leisten sind.

Primäreinkommen: Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach h. a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
B.01.01 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	je 1.000 EW	2004	505	504	687	631	848	1.023	930	374	710	532	508	523	651	593	10	
		2003	501	505	663	624	852	624	1.026	908	374	744	529	500	522	650	596	10
		2002	512	512	691	632	863	632	1.029	870	377	753	552	499	537	654	603	9
		2001	518	513	696	642	868	642	1.047	868	376	775	574	498	541	661	608	9
		2000	510	512	695	640	874	640	1.036	839	379	779	571	503	523	656	603	10
		1999	494	508	672	604	857	604	1.035	773	368	755	546	496	488	634	588	10
		1998	479	496	640	608	849	608	1.001	708	364	703	522	468	488	611	585	10
		1997	479	498	641	613	849	613	968	678	363	700	521	460	502	606	585	10
		1996	473	514	623	616	861	616	975	663	361	702	522	467	511	607	581	10
		1995	481	506	631	626	879	626	977	683	353	700	517	490	506	612	593	11
		2004	%	-2,8	-4,5	2,3	7,0	0,4	1,9	20,9	0,9	-5,0	0,2	-6,3	3,8	1,9	1,4	9
		2003		-1,3	-4,2	6,1	5,5	1,5	5,3	28,4	2,2	5,9	4,2	-2,6	2,6	4,9	1,6	10
		2002		-1,3	-6,1	5,9	5,5	2,0	8,2	26,7	3,5	6,8	8,3	-1,5	1,7	5,2	2,0	10
		2001		1,3	-11,0	9,0	6,4	0,5	8,0	27,3	4,0	8,9	11,6	-2,9	-0,1	5,2	3,0	8
		2000		-1,1	-11,5	7,3	4,9	-1,2	5,6	18,4	7,8	9,1	11,0	-6,3	-2,4	3,2	-0,2	8
1999		-4,9	-11,1	5,3	-0,7	-3,4	6,3	7,9	5,1	4,6	4,5	-9,7	-8,4	-0,2	-4,3	9		
1998		-6,8	-5,6	.	
1997		-6,2	.	-0,5	0,3	-6,3	-0,4	-11,7	5,7	-3,8	-6,0	-6,8	7	
1996		-4,8	-6,4	.	
B.03.01 SV Beschäftigte (Wohnort)	je 1.000 EW	2005	256	302	288	290	327	325	346	288	314	307	306	248	301	291	11	
		2004	262	311	295	296	332	296	328	353	291	321	317	322	308	308	297	11
		2003	269	326	300	303	339	303	332	354	295	328	327	331	266	315	305	11
		2002	278	343	308	309	350	309	340	353	301	339	340	341	275	325	313	11
		2001	290	360	312	313	349	313	341	352	302	342	345	352	279	330	317	11
B.03.02 SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	je 1.000 EW	2000	287	366	312	314	345	336	350	303	343	340	359	283	330	316	11	
		1999	285	357	304	309	334	309	328	341	297	337	333	365	324	311	11	
		2004	288	312	333	311	365	311	360	441	349	371	345	339	270	340	332	11
		2003	298	326	338	319	373	319	367	440	353	377	356	351	280	348	342	11
		2002	312	348	349	329	388	329	375	440	364	393	374	362	293	361	355	11
B.03.03 SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	je 1.000 EW	2001	329	370	358	336	390	379	439	370	397	382	377	302	370	362	11	
		2000	326	380	358	339	385	339	375	437	375	400	377	385	309	372	362	11
		1999	326	373	349	334	373	334	367	428	371	394	371	392	297	365	357	11
		2004	237	310	260	282	299	282	299	269	237	274	289	305	245	278	265	12
		2003	240	326	266	289	306	289	301	271	240	280	298	311	252	284	271	12
2002	245	338	271	291	312	291	309	270	242	287	307	322	256	290	274	11		
2001	253	351	271	293	310	293	306	268	238	290	308	329	256	293	276	11		

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Botrop	Heilbronn	Offenbach h a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
B.04.01 SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2000	251	353	271	291	306	301	265	235	288	304	335	258	291	273	11	
		1999	246	341	264	286	297	292	257	257	282	295	340	246	284	268	11	
		2005	-13,6	-18,2	-7,6	-5,4	-3,9	-0,9	-0,8	3,1	3,9	-6,9	-8,2	-20,7	-13,7	-9,0	-6,8	9
		2004	-12,2	-14,6	-3,1	-1,7	0,8	3,1	3,1	3,9	-3,0	-3,1	-2,4	-19,2	-7,6	-5,3	-3,4	10
		2004	-15,1	-18,2	-4,3	-4,1	0,0	1,8	4,7	4,7	-7,0	-4,1	-3,5	-20,4	-10,7	-7,0	-5,6	10
2004	-8,5	-10,9	-1,7	0,8	1,8	4,7	4,7	4,7	3,1	-1,8	-1,0	-17,9	-3,8	-3,2	-0,7	10		
B.05.01 SV Beschäftigte (Arbeitsort)	je 1.000 EW	2005	356	358	477	404	599	718	755	261	470	371	339	300	454	418	9	
		2004	359	368	486	405	603	716	783	783	245	468	377	351	301	459	424	9
		2003	364	379	489	412	623	716	764	764	252	487	384	352	305	465	436	9
		2002	370	396	499	415	631	721	727	727	260	497	390	365	313	469	443	9
		2001	377	406	507	425	635	721	735	735	260	504	412	370	317	476	447	9
		2000	372	415	504	420	634	714	715	715	256	514	405	383	321	475	442	10
		1999	364	419	493	409	618	694	672	672	253	505	385	388	308	463	436	10
		1998	354	412	480	401	608	670	628	628	254	507	379	367	296	450	431	10
		1997	356	423	468	409	607	656	597	597	257	507	392	376	295	449	434	10
		1996	365	440	470	419	626	669	587	669	263	705	409	395	296	473	438	10
1995	375	435	472	416	645	672	600	672	259	519	408	413	304	463	445	10		
B.05.02 SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	je 1.000 EW	2004	398	355	563	416	665	836	1.131	310	508	432	331	339	524	506	8	
		2003	406	368	565	424	695	832	832	1.100	320	531	440	332	531	522	8	
		2002	415	390	579	431	711	839	839	1.037	334	544	453	346	537	535	8	
		2001	425	406	595	452	713	849	849	1.052	334	555	480	353	549	542	8	
		2000	416	418	596	448	721	842	842	1.026	330	572	471	371	549	541	9	
		1999	412	429	588	437	705	827	827	968	327	566	451	383	538	536	9	
		2004	321	379	416	396	542	606	606	447	185	429	321	369	263	397	348	10
		2003	325	390	419	400	552	609	609	438	188	445	329	372	267	402	355	10
		2002	326	402	427	401	553	613	613	427	190	452	327	382	272	405	358	10
		2001	332	406	428	399	560	605	605	428	191	455	345	385	272	408	358	10
2000	330	412	422	395	549	597	597	416	186	458	341	394	276	405	351	10		
1999	318	408	408	383	534	573	573	386	184	447	321	393	267	392	343	10		
B.06.01 SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2005	-7,2	-14,3	-5,3	-1,5	-4,2	3,2	5,9	1,3	-6,9	-6,9	-17,5	-8,1	-4,4	-4,5	9	
		2004	-5,8	-14,0	-1,5	1,9	-0,8	6,3	6,3	16,8	-4,0	-6,0	0,3	-17,2	-4,9	-1,3	-1,8	9
		2003	-2,3	-12,0	1,9	5,2	4,0	10,0	10,0	22,1	-1,6	-3,3	4,3	-12,2	-0,2	2,3	1,4	9
		2002	-2,6	-12,7	5,2	4,1	4,7	12,5	12,5	21,3	0,2	-2,4	2,2	-11,6	1,0	2,6	1,4	10
		2001	-4,9	-17,0	5,8	3,4	1,6	9,5	9,5	22,4	-1,3	-29,3	2,3	-14,9	1,5	-2,3	0,5	9
		2000	-8,1	-16,0	4,0	3,2	-2,3	6,1	6,1	14,9	-1,2	-2,9	0,3	-15,3	-0,7	-1,3	-2,4	10
1999	-11,7	-17,7	1,4	-0,9	-8,4	2,8	2,8	3,5	-2,7	-6,2	-7,2	-20,0	-3,8	-6,0	-5,2	10		

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach h a. M.	Gera	Wilhelmshaven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
B.06.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	1998	-15,4	.	-2,6	-2,3	-12,6	-0,4	-7,7	0,0	-7,2	-12,4	.	-8,5	.	-7,9	10	
		1997	-15,8	.	-5,5	-0,5	-13,3	-4,5	-17,3	0,6	-9,0	-12,3	.	-10,4	.	-9,0	9	
B.06.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2004	-7,2	-19,0	-3,7	-1,8	-3,5	4,9	17,2	-6,3	-8,5	-0,4	-20,5	-5,0	-2,6	-4,2	9	
		2004	-4,1	-9,0	1,4	5,8	2,6	8,1	15,7	-0,3	-3,0	1,2	-14,2	-4,8	0,3	1,8	9	
B.07.01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2004	44,5	37,9	58,5	49,3	68,7	66,2	61,0	.	60,8	68,6	42,2	36,0	56,4	42,1	8	
		2003	44,0	36,4	57,7	48,4	68,7	65,5	60,1	60,1	.	60,6	67,8	40,7	35,0	55,6	41,8	8
B.07.02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	2002	43,0	35,7	57,1	47,5	68,1	64,8	58,2	50,8	55,8	66,8	40,0	34,8	54,1	41,2	9	
		2001	42,3	34,6	57,0	47,8	68,3	64,7	58,5	49,9	55,3	67,0	38,7	34,8	53,8	41,0	9	
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt	2000	41,7	34,7	56,5	46,9	68,1	64,5	57,4	47,5	.	65,8	38,0	34,5	52,8	40,8	8	
		1999	40,8	35,1	56,1	46,2	67,9	64,1	55,6	46,8	.	63,9	36,6	32,9	51,9	40,3	8	
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	1998	40,7	32,0	55,2	45,8	67,4	63,7	54,5	45,8	.	62,2	34,5	32,0	50,6	40,1	8	
		2004	24,0	26,6	31,6	30,4	43,1	26,2	13,6	13,6	.	43,0	62,6	37,0	25,1	32,9	17,4	10
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	2003	24,1	26,1	31,2	29,9	42,5	25,6	14,0	14,0	.	41,4	62,2	36,9	25,4	32,5	16,8	10
		2002	24,1	25,8	30,6	29,5	42,5	25,4	13,8	13,8	57,5	38,4	61,9	35,9	25,6	33,9	16,8	11
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt	2001	25,0	26,3	30,1	29,3	42,3	25,3	13,4	13,4	56,9	38,0	60,5	35,7	25,9	33,6	16,9	11
		2000	24,6	26,0	29,7	28,9	41,3	24,7	13,0	13,0	55,7	38,0	59,3	33,9	25,6	32,5	17,1	10
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	1999	24,4	23,9	28,8	28,8	40,6	23,9	12,5	54,6	.	58,2	32,5	23,7	31,5	16,4	7	
		2005	11,730	11,283	31,090	18,098	38,085	50,658	50,036	50,036	-3,334	18,954	7,662	3,481	4,365	242,108	69,300	7
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	2004	11,358	11,247	31,413	17,414	38,014	50,038	52,466	52,466	-5,479	17,786	7,161	3,078	3,686	238,182	69,142	7
		2003	11,300	10,473	31,206	17,206	39,616	49,321	50,286	50,286	-5,135	19,272	6,819	2,317	3,322	236,003	71,142	7
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt	2002	10,947	10,486	31,405	16,652	39,026	48,766	45,750	45,750	-4,971	19,084	5,923	2,518	3,265	228,851	70,569	7
		2001	10,345	9,096	31,957	17,322	39,642	48,428	46,626	46,626	-5,103	19,486	7,956	1,931	3,231	230,917	70,033	7
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2000	10,241	9,746	31,562	16,467	39,919	47,433	44,531	44,531	-5,692	20,377	7,692	2,679	3,260	228,215	68,331	7
		1999	9,680	12,566	31,057	15,415	39,101	45,843	40,336	40,336	-5,327	20,142	6,096	2,693	3,213	220,815	67,539	8
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2005	281	158	397	283	454	547	542	-107	332	173	98	173	337	304	7	
		2004	270	154	393	271	450	542	542	549	-186	313	159	83	145	328	299	7
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2003	262	139	386	264	456	536	536	-169	328	149	62	129	321	300	7	
		2002	249	134	382	255	445	528	514	-158	318	127	64	123	308	293	7	
B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2001	231	113	384	262	451	528	521	-163	322	163	47	120	307	290	7	
		2000	228	117	381	253	456	529	511	-185	333	161	62	119	304	286	7	
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	1999	217	148	383	245	459	528	493	-174	334	136	60	121	300	287	7	
		2004	5,0	13,0	11,4	12,1	20,3	16,5	7,7	7,1	7,1	8,4	10,9	5,1	5,1	11,0	11,8	12
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	2003	4,9	13,0	11,1	11,8	20,3	15,9	7,0	7,1	6,8	8,5	11,0	5,0	10,8	11,5	12	

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand:

21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Bottrop	Heilbronn	Offenbach h. a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
B.08.02 Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2002	4,7	12,6	10,7	11,5	19,6	15,3	6,4	7,0	6,8	8,2	11,4	4,9	10,5	11,1	12	
		2001	4,6	12,2	10,2	11,0	19,0	14,7	5,6	6,8	6,8	8,0	11,7	4,8	10,2	10,8	12	
		2000	4,5	12,0	9,8	10,6	18,9	14,3	5,4	5,4	6,6	6,7	7,9	11,7	4,6	10,0	10,4	12
		1999	4,5	11,9	9,4	10,5	18,7	13,6	5,1	5,1	6,4	6,6	7,9	.	4,9	.	10,3	11
		2004	6,1	13,2	8,9	9,4	19,2	12,1	10,9	10,9	5,0	7,6	12,4	10,6	6,1	11,0	11,2	11
B.09.01 Beschäftigte in Insolvenzverfahren	%	2003	6,0	13,3	8,7	9,2	20,4	11,8	10,0	5,0	7,3	12,4	11,0	6,0	11,0	11,0	11	
		2002	5,7	12,8	8,5	8,8	19,6	11,2	9,2	4,8	7,2	11,6	11,3	5,9	10,5	10,6	11	
		2001	5,4	12,8	8,1	8,0	18,8	10,9	7,5	4,4	7,3	11,9	11,7	5,7	10,1	10,4	11	
		2000	5,2	12,7	7,8	7,9	18,5	10,8	7,2	4,3	7,2	11,6	11,5	5,6	9,9	10,1	11	
		1999	5,1	12,5	7,5	7,7	18,5	10,4	6,9	4,4	7,1	11,6	11,5	5,6	9,8	9,9	11	
B.09.01 Beschäftigte in Insolvenzverfahren	%	2004	1,9	0,5	0,5	0,4	0,3	0,1	0,1	0,9	0,5	0,7	0,7	0,5	0,5	0,7	1	
		2003	2,2	0,5	0,5	1,1	0,4	0,6	0,2	1,3	1,5	0,4	1,1	0,3	0,8	0,5	1	
		2002	0,5	1,1	0,7	0,7	0,7	0,5	0,0	1,6	2,8	1,3	0,8	1,5	0,9	0,7	10	
		2001	0,2	0,6	0,9	0,2	0,2	0,1	0,2	0,6	1,0	0,5	0,9	0,2	0,4	0,3	8	
		2000	0,0	1,0	1,4	0,3	0,8	0,5	0,1	0,1	0,5	0,6	0,2	1,5	0,4	0,6	0,1	12

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Statedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Statedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- B.01. Quelle: AK VGR d L.
- B.02. Quelle: AK VGR d L.
- B.03. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.04. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.05. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.06. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.07. Quelle: Statistik regional. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999). Der Pendersaldo wird errechnet aus der Differenz der Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich der Beschäftigten am Wohnort.
- B.08. Quelle: Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten (Neuregelung April 1999); erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule
- B.09. Quelle: Statistik regional. Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern C: Arbeitslosigkeit

Stand: 11.09.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremerhaven	Rostock	Osnabrück	Oldenburg	Darmstadt	Regensburg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach h. a. M.	Gera	Wilhelmshaven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*	
C.01.01 Arbeitslosenquote	%	2005	25,6	21,4	14,2	15,4	11,9	10,9	11,5	15,3	12,2	16,6	21,3	20,0	16,2	16,8	1	
		2004	19,8	20,6	11,2	12,3	9,7	9,7	9,9	8,7	14,1	10,4	14,1	20,7	14,8	13,9	3	
		2003	19,3	20,1	11,1	12,0	9,2	9,2	9,9	8,8	13,2	10,0	12,9	20,1	14,7	13,6	3	
		2002	18,2	18,2	10,7	11,6	7,7	7,7	9,3	9,0	12,3	8,7	10,6	19,0	14,1	12,6	2	
		2001	17,7	16,9	10,2	11,4	7,2	7,2	9,0	9,3	11,6	7,8	9,8	18,6	13,6	12,1	2	
C.01.02 Arbeitslosenquote Frauen	%	2005	24,5	20,0	12,9	14,2	10,9	10,0	13,3	14,7	11,9	14,8	20,7	19,2	15,4	15,4	1	
		2004	14,8	19,3	9,7	9,9	8,1	8,6	8,6	9,9	12,3	9,6	12,1	20,6	11,1	12,4	3	
C.02.01 Anteil Frauen an den Arbeitslosen	%	2005	43,8	46,3	44,5	45,7	43,4	44,7	51,1	44,4	45,8	42,0	48,4	45,7	45,5	43,5	10	
		2004	34,2	46,4	42,1	40,0	39,2	39,2	42,4	50,5	40,0	43,4	40,4	49,4	35,6	42,4	12	
C.02.02 Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an Arbeitslosen insgesamt	%	2005	12,2	13,6	13,1	11,1	11,8	13,9	15,8	10,7	14,0	13,7	12,9	12,9	13,0	12,9	10,5	9
		2004	9,9	12,2	10,4	8,4	12,0	12,2	14,9	11,7	11,7	13,3	12,0	12,4	10,8	11,6	9,3	11
		2003	10,5	12,8	10,4	8,7	11,2	12,7	13,7	13,7	11,8	12,2	12,6	12,8	10,6	11,7	9,8	10
		2002	12,4	12,4	11,1	10,4	10,3	12,3	14,4	14,4	12,5	12,8	11,3	12,8	11,4	12,0	10,2	6
		2001	12,4	11,3	11,0	11,4	10,3	12,2	14,0	14,0	10,7	11,2	10,6	12,5	11,4	11,6	10,0	3
C.02.03 Anteil der 55jährigen und älter an allen Arbeitslosen	%	2005	10,8	10,4	10,2	9,4	11,3	10,1	8,5	12,2	11,2	12,6	10,5	9,4	10,6	11,1	11,1	5
		2004	10,0	9,3	10,3	8,6	10,1	9,8	8,7	8,7	11,7	11,1	12,0	9,7	9,7	10,0	10,5	6
		2003	10,2	10,8	11,0	9,5	10,8	13,0	11,9	13,0	12,1	12,7	12,6	12,3	11,5	11,4	12,6	11
		2002	11,4	13,5	13,7	10,5	13,5	16,1	14,8	16,1	14,6	16,5	15,2	13,9	13,4	13,6	15,3	11
		2001	14,4	17,1	16,4	13,4	17,7	19,7	23,9	19,7	19,8	23,7	20,6	16,3	15,4	17,5	16,9	11
C.02.04 Anteil der Arbeitslosen, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind an allen Arbeitslosen (=Langzeitarbeitslose)	%	2005	37,9	41,6	33,5	33,2	34,2	29,8	35,9	47,6	28,8	34,0	44,2	34,1	37,1	34,9	4	
		2004	49,2	40,9	38,7	40,9	35,2	28,6	36,5	47,2	30,6	35,7	43,3	42,7	40,1	41,1	1	
		2003	45,5	36,0	34,7	37,2	29,8	26,4	35,3	43,1	29,0	28,1	41,0	36,3	36,1	37,7	1	
		2002	39,4	29,7	30,9	33,7	29,3	24,0	33,0	38,3	24,0	26,1	26,1	38,3	33,6	32,3	35,0	1
		2001	40,2	27,5	32,4	35,1	33,6	26,2	38,3	41,0	31,9	31,7	31,7	34,2	34,6	33,4	37,8	2

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

C. Quelle: BA Arbeit. Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

C.01.01 und C.01.02: Der Städtedurchschnitt wird auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand: 21.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer- haven	Rostock	Osnab- rück	Oldenbur- g	Darm- stadt	Regens- burg	Wolfs- burg	Bottrop	Heil- bronn	Offenbac h a. M.	Gera	Wilhelms haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
D.05.02	je 1.000 EW	2001	.	-0,41	-0,15	-0,28	-0,38	-0,63	-0,16	-0,07	.	0,55	-0,39	-0,09	-0,22	.	.
		2004	1,98	1,56	2,44	4,00	2,89	4,35	2,30	1,67	2,55	2,68	2,85	1,04	2,56	2,59	9
		2003	1,01	-0,08	1,81	2,53	0,13	2,76	1,79	0,56	1,07	1,06	-0,07	1,16	1,14	1,53	8
		2002	-0,30	-3,03	1,32	1,44	0,51	2,09	0,40	0,59	0,45	-0,04	-0,95	-0,66	0,10	0,60	9
		2001	0,17	-0,95	1,42	1,56	-0,12	2,58	0,91	0,43	0,48	0,57	-0,07	0,76	0,61	0,86	9
D.06.01	je 10.000 EW	2004	14	32	15	22	12	9	16	15	13	19	13	36	18	25	8
		2003	13	25	11	15	12	9	14	14	28	16	16	25	17	20	9
		2002	8	18	10	10	12	9	9	8	24	11	13	23	13	22	11
		2001	5	9	6	6	6	5	4	4	16	10	9	5	7	6	9
		2000	3	9	5	6	6	4	3	3	13	7	10	5	6	6	11

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

D.01.01 Quelle: AK VGR d Länder, Statistik regional.

D.02.01 Quelle: AK VGR d Länder.

D.03.01 Quelle: AK VGR d Länder.

D.04.01 Quelle: AK VGR d Länder.

D.05.01 Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)

D.05.02 Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)

D.06.01 Quelle: Statistik regional. Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Zeitraum: Jahressumme

- Benchmarking-Bericht 2006 -

VI. Anlagen

Impressum:

Der Senator für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 361-2965
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:
Arbeitsgruppe Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: (0421) 361-10162
e-Mail: Marion.Warnke@Finanzen.Bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei des Senators für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im September 2006

Inhaltsverzeichnis	Seite
A: Zentralen Strukturkennziffern (Stadt Bremen: Zeitreihen)	3
B: Aufschlüsselung der Haushaltsdaten für die einzelnen Produktpläne	17
C: Dokumentation der Kennziffern	25
Vorbemerkungen zu den Übersichten	27
Teil I: Kennziffern	29
Tabelle/ Produktplan: A Einwohner	30
Tabelle/ Produktplan: B Beschäftigung	31
Tabelle/ Produktplan: C Arbeitslosigkeit	33
Tabelle/ Produktplan: D Wirtschaftskraft	34
Tabelle/ Produktplan:01 Bürgerschaft	35
Tabelle/ Produktplan:02 Rechnungshof	36
Tabelle/ Produktplan:05 Bund und Europa	37
Tabelle/ Produktplan:07 Inneres	38
Tabelle/ Produktplan:11 Justiz	40
Tabelle/ Produktplan:12 Sport	41
Tabelle/ Produktplan:21 Bildung	42
Tabelle/ Produktplan:22 Kultur	43
Tabelle/ Produktplan:24 Hochschulen und Forschung	44
Tabelle/ Produktplan:31 Arbeit	45
Tabelle/ Produktplan:41 Jugend und Soziales, Teilbereich Jugend	46
Tabelle/ Produktplan:41 Jugend und Soziales, Teilbereich Soziales	48
Tabelle/ Produktplan:51 Gesundheit	50
Tabelle/ Produktplan:68 Bau, Umwelt und Verkehr, Teilbereich Bau und Verkehr	51
Tabelle/ Produktplan:68 Bau, Umwelt und Verkehr, Teilbereich Umwelt	52
Tabelle/ Produktplan:71 Wirtschaft	53
Tabelle/ Produktplan:81 Häfen	56
Tabelle/ Produktplan:91 Finanzen/ Personal	58
Teil II: Basiszahlen (alphabetisch)	61

**Die bremischen Ressorts im Städte- und
Ländervergleich**
– Benchmarking-Bericht 2006 –

Anlage A: Zentrale Strukturkennziffern
(Stadt Bremen: Zeitreihen)
Stand: 15.09.2006

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhgebtsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insges.	
												Essen	Dort- mund	Duis- burg				
A.01.01 Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	1,2	1,6	0,2	0,8	0,5	0,0	1,4	4,4	1,4	-1,8	-0,2	-2,9	0,8	5	0,3	
		2004	0,6	2,0	-0,2	0,6	0,2	0,1	0,1	0,5	4,5	1,4	-2,1	-0,4	-3,1	0,6	5	0,5
		2003	-0,2	1,8	-0,7	0,4	0,0	-0,3	0,4	0,4	2,4	0,9	-3,3	-0,5	-3,5	0,0	7	0,6
		2002	-1,1	1,2	-1,6	0,0	-0,4	-0,9	0,5	0,4	1,3	0,4	-3,5	-0,8	-3,5	-0,6	9	0,5
		2001	-1,6	0,7	-2,3	-0,2	-0,8	-1,4	0,0	-0,9	0,0	-0,9	-3,2	-1,4	-3,8	-1,2	9	0,5
		2000	-1,7	0,2	-2,5	-0,5	-0,9	-1,7	-0,3	-3,1	-0,7	-3,2	-3,2	-1,8	-3,4	-1,7	7	0,6
		2004	1,0	2,5	0,3	1,1	0,2	0,7	0,3	0,3	5,6	2,1	-1,9	0,1	-2,7	1,1	5	0,8
A.01.02 Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2003	0,0	2,4	-0,2	1,1	0,3	0,3	0,4	3,4	1,8	-3,1	0,1	-3,2	0,5	9	0,9	
		2002	-1,0	1,7	-1,1	0,8	0,3	-0,3	0,6	1,9	1,4	-3,2	-0,3	-3,5	-0,1	9	0,8	
		2001	-1,5	1,3	-1,7	0,7	0,1	-0,9	0,2	-0,9	0,9	-2,7	-0,9	-3,5	-0,8	9	0,8	
		2000	-1,7	0,8	-1,6	0,3	0,0	-1,0	0,1	-3,7	0,2	-2,5	-1,1	-3,0	-1,2	9	1,0	
		2004	0,2	1,5	-0,6	0,1	0,2	-0,4	0,7	3,5	0,7	-2,3	-0,8	-0,8	-3,4	0,2	5	0,3
		2003	-0,4	1,3	-1,1	-0,2	-0,4	-0,8	0,4	1,4	0,1	-3,5	-1,1	-1,1	-3,8	-0,4	7	0,3
		2002	-1,3	0,7	-2,0	-0,6	-1,1	-1,4	0,3	0,8	-0,4	-3,9	-1,4	-4,2	-4,2	-1,1	7	0,3
A.01.03 Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2001	-1,7	0,2	-2,9	-0,9	-1,6	-1,9	-0,1	-0,8	-0,9	-3,6	-2,0	-4,2	-1,7	7	0,3	
		2000	-1,8	-0,4	-3,3	-1,2	-1,7	-2,2	-0,6	-2,5	-1,5	-3,8	-2,4	-3,8	-2,2	6	0,3	
		2004	4,8	1,4	0,5	1,9	4,1	0,8	3,7	-0,9	2,0	1,7	1,2	1,2	-0,8	1,3	1	1,0
		2003	6,6	4,4	0,1	3,8	-0,7	-0,1	-2,4	9,7	1,6	11,8	1,2	1,2	-0,8	2,6	3	1,7
		2002	7,0	3,1	2,6	4,0	3,9	3,3	0,6	4,5	2,3	6,1	5,6	6,1	-3,5	2,5	1	2,7
		2001	5,2	7,8	3,1	4,7	-8,8	8,4	4,9	13,9	5,7	3,0	-0,9	3,0	-2,7	4,5	5	3,3
		2000	0,6	7,4	-0,3	3,0	4,2	2,2	-0,1	12,4	2,5	0,6	-3,0	0,6	-6,8	2,5	8	2,0
A.02.01 Gesamtwanderungssaldo	Je 1.000 EW	1999	-3,1	4,2	-2,1	3,3	0,5	-1,5	-0,4	4,1	0,9	-1,9	-0,2	-4,4	0,1	11	2,5	
		1998	-4,7	-1,0	-6,2	-2,0	0,8	-7,1	-2,2	-14,5	-5,6	-5,1	-3,3	-9,2	-5,3	6	0,6	
		1997	-1,3	-0,5	-7,8	1,3	-5,4	-2,0	-0,6	-16,8	-0,7	-1,3	-2,1	-5,2	-4,9	5	1,1	
		1996	1,3	2,2	-1,3	3,5	-3,1	1,4	-1,6	-8,6	0,1	-0,8	-1,4	-3,0	-1,2	4	3,4	
		1995	3,4	3,8	2,9	0,5	-1,8	-2,2	2,6	-6,1	-4,5	-1,1	-1,1	0,1	0,6	2	4,9	
		2004	-2,9	-0,8	-0,7	-1,6	1,2	-1,5	0,1	1,9	0,6	4,1	-4,1	-2,9	-3,3	-0,8	10	-1,4
		2003	-3,1	-1,2	-1,3	-2,7	0,1	-2,1	-0,4	1,1	-0,4	4,9	-3,2	-4,9	-3,5	-1,4	9	-1,8
A.02.02 Natürlicher Bevölkerungssaldo	Je 1.000 EW	2002	-3,2	-1,6	-1,4	-2,0	0,2	-1,6	0,1	1,0	0,0	-4,7	-2,9	-3,1	-1,3	11	-1,5	
		2001	-2,3	-1,2	-1,2	-2,2	0,3	-1,8	0,4	0,7	-0,1	-4,8	-2,6	-2,9	-1,2	9	-1,1	
		2000	-2,3	-1,2	-1,1	-2,1	0,0	-1,6	0,5	0,6	0,0	-4,1	-2,7	-2,7	-1,1	9	-0,9	
		1999	-2,3	-1,5	-1,5	-2,5	-0,5	-1,2	0,3	0,6	-0,1	-4,2	-2,4	-2,4	-2,4	-1,3	8	-0,9
		1998	-2,1	-1,8	-1,6	-2,4	-0,2	-1,6	0,4	0,3	-0,1	-4,0	-2,0	-2,0	-1,7	-1,3	10	-0,8
		1997	-2,1	-1,4	-1,8	-2,2	-0,5	-1,7	0,6	0,4	0,3	-3,8	-1,5	-1,6	-1,6	-1,2	10	-0,6
		1996	-2,3	-2,1	-2,4	-2,7	-1,1	-2,5	0,2	0,1	-0,2	-4,2	-1,6	-1,6	-1,8	-1,7	8	-1,1
1995	-3,1	-2,6	-3,1	-3,3	-1,8	-2,8	-0,6	-0,6	-0,4	-3,9	-2,3	-3,9	-1,7	-2,3	9	-1,5		

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhgebtsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insges.
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
A.03.01 Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2004	1,21	1,23	1,20	1,27	1,35	1,21	1,26	1,30	1,19	1,34	1,35	1,44	1,26	10	1,36
		2003	1,23	1,21	1,16	1,22	1,29	1,19	1,27	1,26	1,16	1,29	1,35	1,43	1,23	7	1,34
		2002	1,21	1,19	1,16	1,23	1,26	1,19	1,27	1,29	1,29	1,16	1,31	1,37	1,23	8	1,35
		2001	1,29	1,20	1,15	1,20	1,26	1,20	1,29	1,24	1,24	1,18	1,30	1,39	1,23	4	1,36
		2000	1,33	1,23	1,20	1,20	1,24	1,24	1,22	1,32	1,28	1,21	1,35	1,38	1,26	4	1,38
		1999	1,29	1,21	1,20	1,19	1,22	1,22	1,18	1,30	1,29	1,20	1,33	1,39	1,25	5	1,36
		1998	1,33	1,23	1,17	1,21	1,24	1,24	1,23	1,30	1,29	1,20	1,33	1,42	1,25	3	1,36
		1997	1,35	1,26	1,18	1,24	1,21	1,21	1,19	1,34	1,30	1,26	1,36	1,46	1,27	4	1,37
		1996	1,31	1,23	1,14	1,22	1,18	1,22	1,16	1,32	1,24	1,21	1,34	1,44	1,23	5	1,32
		1995	1,24	1,17	1,07	1,16	1,12	1,12	1,13	1,23	1,16	1,20	1,32	1,35	1,17	4	1,25
A.04.01 Bevölkerungsdichte		2004	1,672	2,297	3,799	2,639	2,605	2,529	2,393	4,024	2,848	2,795	2,100	2,167	2,773	12	231
		2003	1,669	2,296	3,800	2,638	2,591	2,530	2,384	4,019	2,841	2,802	2,103	2,176	2,771	12	231
		2002	1,663	2,289	3,804	2,635	2,591	2,535	2,391	3,977	2,838	2,793	2,108	2,185	2,768	12	231
		2001	1,657	2,286	3,800	2,630	2,581	2,531	2,389	3,955	2,832	2,814	2,102	2,199	2,765	12	231
		2000	1,652	2,271	3,793	2,624	2,604	2,524	2,377	3,897	2,816	2,830	2,101	2,212	2,756	12	230
		1999	1,655	2,257	3,799	2,621	2,621	2,522	2,376	3,846	2,809	2,850	2,106	2,233	2,763	11	230
		1998	1,664	2,251	3,818	2,620	2,593	2,529	2,376	3,828	2,807	2,867	2,111	2,248	2,757	12	230
		1997	1,675	2,257	3,846	2,631	2,591	2,551	2,380	3,883	2,823	2,894	2,122	2,272	2,775	12	230
		1996	1,681	2,261	3,879	2,634	2,606	2,561	2,380	3,948	2,824	2,909	2,130	2,288	2,792	12	230
		1995	1,682	2,261	3,897	2,632	2,617	2,563	2,384	3,982	2,824	2,923	2,137	2,299	2,800	12	229
A.05.01 Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)		2004	13,1	13,1	12,2	12,7	12,8	12,6	13,7	12,7	12,8	13,5	14,1	14,7	12,9	5	14,5
		2003	13,3	13,2	12,4	12,7	12,8	12,6	13,9	12,6	12,9	13,6	14,3	15,0	13,1	5	14,7
		2002	13,6	13,4	12,8	12,8	12,7	12,7	14,1	12,7	13,0	13,8	14,4	15,2	13,2	5	15,0
		2001	13,7	13,5	13,1	12,9	12,7	12,8	14,2	12,6	13,1	13,1	14,0	14,6	13,4	5	15,3
		2000	13,7	13,5	13,4	12,9	12,5	12,7	14,2	12,6	13,1	14,1	14,7	15,5	13,5	5	15,5
		1999	13,7	13,5	13,8	12,9	12,5	12,7	14,2	12,7	13,2	13,2	14,1	14,7	13,6	6	15,7
		1998	13,6	13,5	14,0	12,9	12,6	12,7	14,2	12,6	13,1	14,2	14,7	15,5	13,7	6	15,8
		1997	13,6	13,5	14,4	13,0	12,6	12,6	14,2	12,6	13,2	13,2	14,2	14,8	13,8	6	16,0
		1996	13,6	13,4	14,7	13,0	12,6	12,6	14,2	14,2	13,2	13,2	14,3	14,7	13,8	6	16,1
		1995	13,5	13,4	15,0	12,9	12,6	12,5	12,5	14,1	12,2	13,2	14,2	14,7	13,9	6	16,2
A.05.02 Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)		2004	67,1	69,0	71,2	68,2	70,4	68,2	68,9	70,3	69,4	65,2	66,0	64,7	69,2	9	66,9
		2003	67,3	69,2	71,6	68,5	70,7	68,4	69,0	70,9	69,7	65,5	66,3	64,9	69,5	9	67,3
		2002	67,5	69,3	71,8	68,7	70,9	68,6	69,3	71,1	69,9	65,4	66,6	65,0	69,7	9	67,5
		2001	67,7	69,5	71,9	69,0	71,0	68,8	69,5	71,3	70,2	65,8	66,7	65,2	69,8	9	67,6
		2000	67,9	69,6	72,0	69,2	71,4	68,9	69,8	71,4	70,4	66,0	67,0	65,5	70,0	9	67,8
		1999	68,3	69,8	72,1	69,5	71,4	69,1	70,1	71,4	70,6	66,3	67,3	66,0	70,2	9	68,1
		1998	68,7	69,8	72,1	69,7	71,4	69,4	70,4	71,5	70,8	66,6	67,6	66,5	70,3	9	68,2
		1997	68,7	69,8	71,9	69,6	71,2	69,4	70,4	71,6	70,8	66,7	67,7	66,7	70,3	9	68,2

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebtsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insges.	
												Essen	Dortmund	Duisburg				
A.05.03 Altenquote (65 Jahre und älter)	%	1996	68,8	69,7	71,6	69,6	71,1	69,3	70,5	72,0	70,7	66,7	67,8	66,9	70,2	9	68,2	
		1995	68,8	69,6	71,3	69,7	71,2	69,3	70,6	72,3	70,7	66,9	68,0	67,2	70,2	9	68,3	
		2004	19,8	17,9	16,6	19,1	16,8	19,2	17,4	17,4	17,0	17,8	21,3	19,9	20,6	17,9	4	18,6
		2003	19,3	17,6	16,0	18,7	16,6	18,9	17,0	17,0	16,5	17,4	20,9	19,4	20,1	17,5	4	18,0
		2002	19,0	17,3	15,5	18,4	16,4	18,6	16,6	16,6	16,3	17,0	20,7	19,0	19,8	17,1	4	17,5
		2001	18,7	17,1	15,0	18,1	16,3	18,4	16,3	16,3	16,0	16,7	20,3	18,7	19,4	16,8	4	17,1
		2000	18,3	16,9	14,6	17,9	16,1	18,3	16,0	16,0	16,0	16,5	19,9	18,3	19,0	16,5	5	16,6
		1999	18,0	16,7	14,2	17,6	16,0	18,1	15,7	15,7	15,9	16,3	19,5	18,0	18,5	16,2	5	16,2
		1998	17,7	16,7	13,8	17,4	16,0	17,9	16,0	16,0	15,9	16,1	19,2	17,7	18,0	16,0	4	15,9
		1997	17,7	16,8	13,7	17,4	16,2	18,0	16,2	16,0	15,8	16,0	19,1	17,6	17,8	15,9	4	15,8
1996	17,7	16,9	13,7	17,4	16,2	18,1	16,2	16,1	15,6	16,1	19,0	17,5	17,6	15,9	3	15,7		
1995	17,7	17,0	13,7	17,4	16,2	18,2	16,2	16,1	15,5	16,1	18,9	17,3	17,4	15,9	3	15,6		
A.06.01 Ausländeranteil	%	2004	13,2	14,1	13,4	17,8	21,6	15,2	17,4	23,8	23,7	11,7	15,9	16,4	16,3	11	8,8	
		2003	13,1	14,6	13,2	18,0	22,0	15,4	17,8	24,1	24,0	11,6	16,1	16,5	16,5	11	8,9	
		2002	12,9	14,8	13,1	17,8	22,3	15,7	18,3	23,8	24,3	11,5	16,2	16,6	16,5	11	8,9	
		2001	12,6	15,1	13,0	17,6	22,5	15,4	18,8	23,7	24,4	11,4	15,9	16,6	16,5	11	8,9	
		2000	12,3	15,3	12,8	17,5	23,9	15,2	19,2	23,1	24,3	11,3	16,1	16,8	16,5	11	8,8	
1999	12,3	15,4	12,8	17,4	24,1	15,1	19,7	22,8	24,5	11,4	16,3	17,3	17,3	11	8,9			
A.07.01 Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	2004	26,2	26,0	28,0	27,2	.	17,7	
		2003	25,6	26,0	27,9	27,1	.	17,5	
		2002	26,4	25,6	26,9	26,5	.	17,2	
		2001	26,3	26,0	27,0	26,6	.	17,1	
		2000	25,4	25,4	25,6	25,5	.	16,7	
A.08.01 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	2004	83,2	71,1	79,9	53,3	61,2	73,2	59,3	40,0	41,1	73,3	63,4	66,5	1	.		
		2003	20,056	18,997	14,660	20,176	17,418	18,082	18,100	21,915	20,251	17,352	15,612	14,498	17,586	4	16,842	
A.09.01 Verfügbares Einkommen privater Haushalte	Euro / EW	2002	19,818	18,863	14,515	20,028	17,147	17,633	17,889	21,576	19,891	17,138	15,458	14,327	17,377	4	16,642	
		2001	20,077	19,079	14,536	20,225	16,882	17,660	18,046	21,695	19,786	17,014	15,476	14,183	17,425	3	16,552	
		2000	19,466	18,210	14,398	19,550	15,921	17,178	17,456	21,049	18,939	16,721	14,970	13,689	16,899	3	15,960	
		1999	18,728	17,673	14,277	18,890	15,435	.	16,894	20,606	18,411	16,422	14,454	13,269	16,480	3	15,476	
		1998	18,053	17,071	13,872	18,383	15,044	.	16,416	19,815	17,806	16,205	14,048	12,898	15,980	3	14,961	
		1997	17,707	16,738	13,765	18,080	14,680	.	16,025	19,001	17,374	15,799	13,778	12,646	15,657	3	14,581	
		1996	17,059	16,377	13,682	17,821	14,394	.	15,730	18,427	16,833	15,562	13,621	12,504	15,376	3	14,310	
1995	17,054	16,243	13,579	17,658	14,057	.	15,463	17,996	16,602	15,357	13,363	12,299	15,186	3	13,994			
A.09.02 Primäreinkommen privater Haushalte	Euro / EW	2003	22,218	22,739	15,937	25,081	22,673	20,252	21,878	29,415	24,690	19,294	16,932	15,227	20,708	6	19,305	
		2002	22,142	22,668	16,111	25,076	22,629	19,992	21,795	29,124	24,431	19,157	16,875	15,121	20,668	6	19,225	

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhregbietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insges.
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
		2001	22.480	23.046	16.450	25.475	22.518	20.204	22.087	29.524	24.482	19.154	17.005	15.068	20.918	6	19.323
		2000	21.974	22.466	16.499	24.854	21.270	19.834	21.615	28.747	23.741	19.045	16.653	14.775	20.502	5	18.834
		1999	21.060	21.478	16.233	23.870	20.005	.	20.768	27.512	22.738	18.623	16.021	14.237	19.789	5	18.123
		1998	20.259	20.617	15.926	23.128	19.011	.	20.125	26.146	21.961	18.366	15.542	13.866	19.135	5	17.544
		1997	19.896	20.072	15.736	22.571	18.411	.	19.614	24.818	21.206	17.892	15.193	13.549	18.637	5	17.050
		1996	19.089	19.697	15.777	22.160	17.997	.	19.210	23.998	20.619	17.555	14.937	13.347	18.319	6	16.763
		1995	19.232	19.523	15.741	21.998	17.628	.	19.028	23.450	20.347	17.440	14.817	13.286	18.159	5	16.588

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedaten vorliegen.

Quelle/ Anmerkungen:

- A.01. Quelle: Statistik regional. Berechnet anhand der durchschnittlichen Jahresbevölkerung, 2005: Bevölkerungsstand am 30.06.
- A.02. Quelle: Statistik regional (- lokal). Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen
- A.03. Quelle: Statistik regional. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik), mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen
- A.04. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12., Gebietsstand am 31.12.
- A.05. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.
- A.06. Quelle: Statistik regional (- lokal). Bevölkerungsstand am 31.12.
- A.07. Quelle: StaBA: Statistisches Jahrbuch/ Statistik regional. Basis: Mikrozensus
- A.08. Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf der Grundlage des Kennzahlenvergleichs SGB XII der 16 deutschen Großstädte, Vorjahresdaten aus dem Datensatz 2005 zum SGB XII.
- A.09. Quelle: AK VGR d Länder/ Statistik regional, Hannover: Niedersächsisches Landesamt für Statistik.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
B.01.01	je 1.000 EW	2004	593	601	454	802	911	723	650	741	782	513	491	435	601	8	471
		2003	596	599	450	804	917	708	649	752	791	518	481	428	600	8	469
		2002	603	608	456	812	934	727	655	762	797	523	476	424	608	8	474
		2001	608	614	464	818	937	739	656	770	797	528	476	429	613	8	477
		2000	603	609	466	813	913	747	653	765	793	518	472	430	609	8	476
		1999	588	601	457	798	887	718	628	752	772	504	455	415	595	8	468
		1998	585	594	455	777	872	710	607	736	776	493	455	405	586	8	462
		1997	585	585	454	751	862	708	593	717	766	482	446	392	578	8	457
		1996	581	588	461	756	858	713	589	708	760	482	446	392	578	8	458
		1995	593	593	468	759	844	.	586	708	757	472	450	393	549	5	460
B.02.01	%	2004	1,4	1,9	-0,9	1,2	2,9	0,8	4,1	2,9	2,7	-0,3	7,5	1,6	1,7	8	1,2
		2003	1,6	2,8	-1,7	3,9	5,2	-0,7	7,4	4,6	2,9	1,6	5,1	1,8	2,5	10	2,1
		2002	2,0	5,2	-1,1	8,2	7,9	1,9	11,1	7,7	4,4	4,7	5,7	3,9	4,6	10	4,4
		2001	3,0	5,1	-1,6	8,1	8,4	2,3	11,4	7,9	4,9	6,1	5,2	5,4	4,7	10	4,8
		2000	-0,2	2,9	-2,9	6,5	7,3	.	11,1	4,6	4,2	6,1	3,1	5,6	.	11	4,1
		1999	-4,3	-0,2	-4,6	2,9	2,0	-2,3	5,8	-0,2	-0,6	2,9	-1,7	0,7	-0,6	11	2,4
B.03.01	je 1.000 EW	2005	291	312	274	330	335	.	319	376	329	284	278	283	306	7	316
		2004	297	316	283	333	340	317	323	378	335	290	283	289	312	8	320
		2003	305	321	290	339	349	321	334	385	344	297	289	293	319	8	325
		2002	313	331	302	352	359	327	346	402	355	309	297	302	330	8	333
		2001	317	333	310	355	363	331	345	405	356	310	301	304	334	8	336
		2000	316	331	317	353	353	339	342	400	354	310	302	304	334	9	337
		1999	311	324	316	346	345	326	334	395	346	306	296	300	329	9	333
B.03.02	je 1.000 EW	2004	332	337	286	366	367	340	359	401	369	333	324	352	335	10	358
		2003	342	343	295	373	377	345	372	408	379	343	331	358	343	10	364
		2002	355	356	310	390	391	353	389	429	393	360	343	371	358	9	374
		2001	362	361	322	400	396	360	392	436	397	366	354	379	366	8	381
		2000	362	360	331	398	385	372	390	433	397	368	358	382	368	9	385
		1999	357	353	333	394	377	357	382	429	389	367	353	377	364	9	383
B.03.03	je 1.000 EW	2004	265	296	280	303	315	296	289	356	302	249	243	228	290	9	283
		2003	271	301	286	309	322	300	297	363	310	255	248	232	295	9	288
		2002	274	307	295	318	329	304	306	376	318	262	253	236	303	9	293
		2001	276	308	300	316	330	304	301	376	316	259	251	234	304	9	292
		2000	273	304	303	312	322	309	297	371	312	257	248	231	302	9	291
		1999	268	297	301	304	315	298	289	365	305	251	241	227	296	9	286
B.04.01	%	2005	-6,8	-4,6	-13,4	-5,8	-4,9	.	-6,1	-3,1	-6,0	-9,4	-7,8	-9,1	-7,9	7	-5,9

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebiet			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
		2004	-3,4	-0,7	-10,4	-3,2	-0,9	-2,7	-2,5	0,0	-1,8	-7,3	-4,7	-6,6	-4,6	8	-3,5
B.04.02	%	2004	-5,6	-2,3	-13,5	-5,9	-2,3	-4,3	-5,6	-1,1	-3,4	-10,6	-8,2	-9,2	-6,9	7	-5,7
B.04.03	%	2004	-0,7	1,0	-7,1	0,0	0,6	-1,0	1,3	1,1	0,0	-2,8	0,3	-2,5	-1,9	8	-0,7
B.05.01	je 1.000 EW	2005	418	426	299	586	712	533	449	533	579	344	321	297	418	7	317
		2004	424	426	308	582	717	525	454	532	583	351	326	306	427	8	321
		2003	436	433	314	600	739	532	469	540	595	363	326	305	436	7	327
		2002	443	445	325	616	758	542	482	563	604	374	331	306	448	8	334
		2001	447	449	332	618	768	548	479	567	603	376	334	308	452	8	337
		2000	442	444	337	613	739	570	476	559	599	371	335	308	450	8	338
		1999	436	436	334	601	715	547	461	539	585	362	324	303	439	8	334
		1998	431	430	333	592	702	536	447	532	581	356	329	299	434	7	332
		1997	434	430	338	584	703	537	448	528	578	357	331	298	435	7	332
		1996	438	435	350	588	708	547	444	522	583	362	334	303	440	7	338
		1995	445	442	361	591	705	553	442	526	588	359	339	307	445	6	344
B.05.02	je 1.000 EW	2004	506	477	307	665	830	593	526	585	663	404	370	385	474	7	360
		2003	522	485	314	685	856	601	545	596	679	423	367	385	485	7	366
		2002	535	502	328	707	881	616	562	624	692	438	376	389	502	7	376
		2001	542	510	339	719	900	628	562	633	696	445	388	396	511	7	383
		2000	541	507	348	718	868	657	562	629	698	443	394	397	512	7	387
		1999	536	499	348	709	840	637	545	613	687	435	382	393	503	7	385
B.05.03	je 1.000 EW	2004	348	378	309	508	610	464	386	482	505	303	283	230	383	8	284
		2003	355	383	315	523	628	468	397	488	513	308	287	230	390	8	289
		2002	358	390	322	534	640	473	406	505	519	315	288	228	398	8	294
		2001	358	391	326	528	642	475	401	505	513	312	282	225	397	8	293
		2000	351	386	327	519	615	490	394	494	505	306	278	224	392	8	292
		1999	343	378	321	505	595	465	382	471	488	294	268	218	380	8	287
B.06.01	%	2005	-4,5	-3,1	-11,0	-3,9	-3,6		-5,0	-1,6	-2,2	-8,4	-4,2	-5,3	-5,3	7	-5,9
		2004	-1,8	-0,6	-7,9	-2,4	0,8	-3,7	-0,9	3,2	1,0	-4,8	0,4	-2,0	-2,0	7	-3,5
		2003	1,4	2,6	-5,9	1,9	5,3	-0,7	5,2	6,5	3,5	-0,3	-1,3	-1,3	1,0	7	-0,9
		2002	1,4	5,0	-4,8	5,6	7,8	0,3	8,0	9,0	5,1	0,8	-0,5	-1,0	2,8	7	1,1
		2001	0,5	4,3	-7,0	5,0	7,4	-1,0	8,2	8,7	3,6	0,4	-1,5	-2,4	1,8	7	0,3
		2000	-2,4	1,1	-9,2	3,4	4,2	1,4	7,3	3,9	1,7	0,2	-2,8	-3,7	-0,5	9	-1,0
		1999	-5,2	-3,5	-12,3	-2,0	-2,9	-3,9	2,7	-3,9	-4,3	-2,7	-7,8	-7,7	-5,4	9	-2,7

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebiet			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt	
												Essen	Dortmund	Duisburg				
B.06.02		1998	-7,9	-6,6	28,6	-6,3	-7,3	-9,7	-2,9	-8,1	-8,5	-5,8	-6,9	-13,7	-1,2	8	-17,7	
		1997	-9,0	-7,5	31,0	-9,0	-9,0	-10,0	-10,0	-4,6	-9,7	-12,1	-6,0	-15,3	-2,1	8	15,9	
B.06.02	%	2004	-4,2	-2,2	-11,5	-5,1	-0,9	-6,3	-3,1	0,8	-1,4	-8,8	-2,9	-4,6	-4,5	7	-5,7	
B.06.03	%	2004	1,8	1,3	-4,2	0,9	3,1	-0,4	2,1	6,1	4,3	0,7	4,8	2,4	1,0	7	-0,6	
B.07.01	% Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2004	42,1	36,3	18,8	.	65,2	23,3	.	45,2	59,2	.	.	.	38,1	4	x	
		2003	41,8	36,0	18,1	.	65,1	22,8	.	44,9	58,4	.	.	.	37,7	4	x	
		2002	41,2	35,7	17,3	58,5	64,6	22,8	45,2	44,5	51,6	40,1	44,5	41,9	39,4	8	x	
		2001	41,0	35,8	16,8	58,2	64,6	22,7	45,1	44,4	51,2	44,3	39,4	41,2	39,0	8	x	
		2000	40,8	7,0	15,8	57,5	64,1	23,5	44,5	44,0	44,0	43,0	38,1	39,7	33,0	6	x	
		1999	40,3	9,7	14,7	57,0	63,4	21,9	44,0	43,3	43,3	41,7	36,7	38,7	32,5	6	x	
		1998	40,1	35,5	14,1	56,3	63,1	20,9	43,1	42,7	42,7	40,7	37,6	37,8	35,9	6	x	
		2004	17,4	14,1	11,8	.	26,5	10,2	.	22,9	29,0	29,0	.	.	.	16,9	4	x
		2003	16,8	13,8	11,3	.	26,0	10,0	.	22,6	28,0	28,0	.	.	.	16,4	4	x
		2002	16,8	13,5	11,0	27,3	25,3	9,6	23,7	22,3	24,3	32,8	32,8	33,2	40,9	19,6	9	x
2001	16,9	13,5	10,9	27,2	25,0	9,8	23,8	22,3	23,8	32,5	32,5	32,9	40,5	19,5	9	x		
2000	17,1	43,8	10,4	26,2	24,9	9,5	22,9	21,8	21,8	31,7	31,7	31,3	39,1	23,3	9	x		
1999	16,4	47,8	9,9	25,3	24,3	8,9	22,6	22,6	22,8	31,2	31,2	30,6	38,1	23,5	9	x		
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt	2005	69.300	197.574	86.352	146.259	243.333	.	125.988	195.650	147.897	35.398	25.115	7.454	116.393	8	x	
		2004	69.142	191.186	82.550	143.009	243.984	107.724	126.687	191.697	146.452	36.161	25.496	8.747	114.403	9	x	
		2003	71.142	193.307	82.280	149.105	251.170	108.532	130.557	194.231	147.656	38.838	22.093	6.156	116.256	9	x	
		2002	70.569	197.035	78.204	151.006	256.426	110.897	131.436	198.618	146.858	38.159	20.428	2.507	116.845	9	x	
		2001	70.033	199.440	74.114	150.067	259.973	112.170	129.367	198.076	145.042	38.689	19.037	1.914	116.494	9	x	
		2000	68.331	195.243	68.268	148.138	249.481	118.904	128.551	191.528	143.326	36.655	19.540	1.677	114.137	8	x	
		1999	67.539	191.745	60.532	145.048	238.072	113.571	122.509	171.010	139.251	33.173	16.583	1.611	108.387	8	x	
		2005	304	268	85	436	529	.	289	294	432	175	133	133	50	269	4	x
		2004	299	259	79	429	526	397	288	289	425	175	133	133	57	270	5	x
		2003	300	258	77	434	528	395	288	288	422	181	115	115	40	269	5	x
2002	293	256	71	429	526	396	282	286	413	174	104	104	16	264	5	x		
2001	290	257	66	425	528	396	279	285	410	174	97	97	12	261	5	x		
2000	286	256	60	424	522	405	281	283	410	166	99	99	11	257	5	x		
1999	287	258	53	424	517	404	276	266	409	153	87	87	10	251	5	x		
B.07.04	Anzahl																	

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand:

28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insgesamt
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
B.08.01	%	2004	11,8	11,7	13,7	14,4	16,6	14,0	14,5	19,0	17,6	10,2	9,5	5,7	13,8	8	9,3
		2003	11,5	11,4	13,5	13,9	16,3	13,7	14,1	18,7	16,9	9,9	9,4	5,6	13,5	8	9,2
		2002	11,1	11,0	13,2	13,3	15,8	13,1	13,5	18,1	16,2	9,6	9,1	5,5	13,1	8	8,9
		2001	10,8	10,5	12,7	12,6	15,1	12,5	12,9	17,4	15,6	9,4	8,8	5,3	12,6	8	8,7
		2000	10,4	10,2	12,6	11,9	14,8	12,1	12,4	16,6	15,2	9,3	8,5	5,1	12,2	8	
		1999	10,3	10,2	12,5	11,3	14,5	12,1	12,0	16,1	14,5	9,0	8,4	5,0	11,9	8	
B.08.02	%	2004	11,2	11,7	13,1	14,1	16,8	12,9	13,4	19,7	19,5	11,7	10,0	7,7	14,2	10	9,3
		2003	11,0	11,5	12,9	13,7	16,6	12,7	13,3	19,5	19,1	11,6	9,7	7,4	14,0	10	9,2
		2002	10,6	11,2	12,7	13,3	16,3	12,2	12,9	18,9	18,2	11,3	9,5	7,1	13,6	10	8,9
		2001	10,4	10,9	12,3	12,8	15,8	11,7	12,6	18,5	17,6	11,2	9,2	7,2	13,2	10	8,7
		2000	10,1	10,5	12,2	12,4	15,6	11,3	12,3	17,7	17,2	11,0	9,0	6,8	12,8	10	8,5
		1999	9,9	10,4	12,0	12,0	15,6	11,3	12,1	17,1	16,7	10,8	8,9	6,7	12,6	10	8,3
B.09.01	%	2004	0,4	1,2	0,9	0,7	0,5	0,8	0,4	0,5	0,2	1,0	0,8	1,0	0,7	10	0,8

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedat

Quelle/ Anmerkungen:

- B.01. Quelle: AK VGR d L.
- B.02. Quelle: AK VGR d L.
- B.03. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.04. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.05. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.06. Quelle: BA Arbeit/ Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2005: vorläufige Zahlen
- B.07. Quelle: Statistik regional. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999). Der Pendersaldo wird errechnet aus der Differenz der Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich der Beschäftigten am Wohnort.
- B.08. Quelle: Statistik regional. Stichtag: 30.06.; ohne sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten (Neuregelung April 1999); erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule
- B.09. Quelle: Statistik regional. Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern C: Arbeitslosigkeit

Stand: 28.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insgesamt
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
C.01.01 Arbeitslosenquote	%	2005	16,8	12,9	21,5	13,9	11,8	.	15,1	9,8	11,1	17,9	19,7	19,0	16,1	5	13,0
		2004	13,3	11,0	19,8	11,3	10,3	.	13,2	7,6	8,1	13,3	16,7	15,3	13,9	4	11,7
		2003	13,3	11,3	32,4	10,9	9,7	.	13,1	7,8	7,9	12,9	15,7	14,9	15,6	4	11,6
		2002	12,7	10,2	18,9	10,1	7,9	.	11,7	6,5	7,0	12,4	14,7	14,2	12,8	4	10,8
		2001	12,6	9,3	17,9	10,1	7,4	.	11,5	5,2	6,3	11,8	14,5	13,8	12,1	4	10,3
C.01.02 Arbeitslosenquote Frauen	%	2005	15,4	11,6	19,0	11,9	10,4	.	13,3	9,3	11,0	16,4	18,4	19,0	14,6	5	.
		2004	10,9	9,0	16,8	8,9	8,5	.	10,8	6,7	7,1	10,0	13,5	13,7	11,6	4	10,8
C.02.01 Anteil Frauen an den Arbeitslosen	%	2005	43,5	43,8	43,3	41,6	42,2	46,3	42,4	46,7	47,0	42,7	43,0	44,8	43,7	6	46,4
		2004	38,5	39,9	41,5	38,7	39,7	38,9	38,9	39,3	43,7	41,3	35,1	37,1	39,8	10	44,1
C.02.02 Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an Arbeitslosen insgesamt	%	2005	10,5	10,4	12,1	6,2	11,9	12,5	7,6	9,7	12,0	9,4	10,2	11,3	10,8	6	12,7
		2004	9,3	8,8	10,6	5,0	8,6	8,6	7,5	8,9	11,1	8,3	9,1	10,0	9,4	4	11,5
		2003	9,8	9,8	11,4	6,1	9,1	9,0	8,5	9,6	10,8	10,8	7,6	9,7	10,6	5	11,8
		2002	10,2	11,0	12,2	7,6	8,8	9,5	9,3	9,2	11,3	11,3	9,3	10,6	11,8	6	12,2
		2001	10,0	10,5	11,8	7,6	8,7	.	8,9	7,7	10,1	10,1	8,4	10,2	12,2	6	11,5
C.02.03 Anteil der 55jährigen und älter an allen Arbeitslosen	%	2005	11,1	12,7	10,8	15,3	12,2	9,0	12,9	16,7	13,6	12,3	12,9	11,3	12,1	10	11,9
		2004	10,5	12,0	10,3	14,0	12,5	9,3	12,8	14,3	13,4	13,4	12,4	11,6	10,6	10	11,0
		2003	12,6	13,3	11,2	13,6	13,6	12,4	13,0	15,3	15,1	15,1	15,1	13,3	12,6	9	12,2
		2002	15,3	15,2	12,6	18,3	16,5	15,9	15,7	18,7	18,5	18,5	17,5	15,5	15,1	9	14,9
		2001	16,9	18,6	14,7	23,1	22,5	.	19,3	25,2	23,6	23,6	20,6	18,7	19,2	10	18,5
C.02.04 Anteil der Arbeitslosen, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind an allen Arbeitslosen (=Langzeitarbeitslose)	%	2005	34,9	30,0	39,4	41,5	32,7	35,7	39,6	23,4	26,7	40,8	46,1	41,7	36,8	8	31,2
		2004	41,1	33,2	41,5	42,6	32,6	41,4	39,1	25,9	29,9	29,9	44,9	44,8	39,4	7	38,4
		2003	37,7	29,0	37,9	36,3	26,0	39,8	34,9	21,4	27,8	27,8	43,9	43,1	35,7	6	34,8
		2002	35,0	27,0	33,3	32,4	25,3	34,9	34,0	18,9	25,2	25,2	40,9	42,4	38,0	4	32,3
2001	37,8	31,0	32,0	37,5	32,2	.	37,2	23,2	30,0	30,0	42,8	45,8	39,9	4	33,4		

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedat

Quelle/ Anmerkungen:

- C. Quelle: BA Arbeit. Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
C.01.01 und C.01.02: Der Städtedurchschnitt wird auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand: 24.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet insgesamt
												Essen	Dortmund	Duisburg			
D.01.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)																
		2004	37.863	45.210	23.460	63.852	74.118	.	40.577	53.248	56.915	33.272	28.083	26.325	39.706	7	26.856
		2003	37.275	44.467	23.194	62.456	72.649	40.008	40.115	53.032	56.468	33.077	27.510	24.972	39.145	8	26.217
		2002	37.154	45.113	23.178	61.909	71.684	39.127	39.870	52.746	54.511	31.758	26.578	23.695	38.795	8	26.006
		2001	36.203	45.009	23.196	62.763	71.859	39.063	40.174	51.985	52.462	31.002	26.296	23.652	38.562	8	25.664
		2000	35.126	42.423	23.161	60.242	68.405	40.935	38.944	51.650	49.107	29.893	24.940	23.579	37.441	8	25.095
		1999	33.610	41.493	22.970	59.786	68.449	41.848	39.796	51.051	48.940	29.863	24.246	22.572	37.080	8	24.511
		1998	33.247	41.106	22.721	.	63.193	40.900	.	48.739	47.010	.	.	.	36.415	6	23.960
		1997	32.710	40.010	22.560	.	64.139	38.917	.	46.442	48.120	.	.	.	35.795	6	23.346
D.02.01	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in den letzten 5 Jahren																
		2004	13,3	11,1	2,0	7,4	8,5	.	2,4	9,0	17,9	9,0	15,4	13,0	8,4	3	10,1
		2003	11,9	10,1	1,4	.	14,9	-2,5	.	11,4	21,2	.	.	.	9,1	3	10,1
		2002	12,3	14,1	1,1	.	11,3	-0,3	.	15,1	13,8	.	.	.	9,6	4	12,0
		2001	13,6	17,0	-0,2	.	12,2	.	.	14,8	14,1	.	.	.	17,7	5	12,6
		2000	9,9	11,9	-1,9	.	11,0	.	.	14,6	8,5	.	.	.	15,4	5	11,6
		1999	7,7	11,9	0,8	.	16,1	8,9	.	16,0	10,0	.	.	.	9,6	6	13,0
		1997	11,4	16,3	11,5	.	15,1	8,3	.	12,6	5,1	.	.	.	12,3	5	16,3
D.03.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen																
		2004	63.860	75.277	51.678	79.596	81.329	.	62.425	71.843	72.814	64.843	57.252	60.505	66.651	7	57.004
		2003	62.537	74.195	51.550	77.714	79.209	56.523	61.813	70.504	71.378	63.879	57.248	58.410	65.201	7	55.870
		2002	61.595	74.180	50.803	76.213	76.752	53.790	60.841	69.251	68.435	60.723	55.844	55.896	63.851	6	54.865
		2001	59.549	73.353	49.975	76.733	76.660	52.830	61.271	67.496	65.805	58.718	55.232	55.121	62.902	7	53.748
		2000	58.273	69.615	49.753	74.135	74.899	54.818	59.680	67.554	61.888	57.732	52.835	54.821	61.445	7	52.690
		1999	57.142	69.032	50.216	74.960	77.146	58.298	63.405	67.867	63.425	59.270	53.345	54.404	62.351	9	52.363
		1998	56.792	69.259	49.958	.	72.481	57.570	.	66.220	60.586	.	.	.	60.892	6	51.842
		1997	55.945	68.407	49.703	.	74.430	54.999	.	64.816	62.784	.	.	.	60.511	5	51.133
D.04.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren																
		2004	11,8	9,0	2,9	6,2	5,4	.	-1,5	5,9	14,8	9,4	7,3	11,2	6,5	2	8,9
		2003	10,1	7,1	3,2	.	9,3	-1,8	.	6,5	17,8	2	7,8
		2002	10,1	8,4	2,2	.	3,1	-2,2	.	6,8	9,0	1	7,3
		2001	10,3	11,3	1,3	.	3,5	.	.	6,4	8,7	3	7,4
		2000	10,1	8,7	1,1	.	3,4	5,8	.	9,6	4,2	1	7,2
		1999	12,6	12,2	5,6	.	13,9	11,5	.	16,2	10,7	3	10,3
		1997	19,6	20,4	17,4	.	19,2	16,3	.	21,6	13,3	3	18,2
D.05.01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)																
		2005	-0,19	-0,10	-0,12	-0,25	-0,27	-0,01	-0,07	-0,51	1,05	-0,05	-0,10	-0,09	-0,10	9	-0,09
D.05.02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)																
		2005	2,0	3,9	3,5	3,0	6,9	2,6	3,6	4,2	1,6	1,9	3,5	1,3	3,4	9	2,56
		2004	1,6	3,5	2,8	2,9	2,3	2,0	2,9	3,6	1,1	1,4	3,1	1,0	2,7	8	2,13

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand:

24.08.2006

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet insgesamt
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
letzten 3 Jahre)		2003	1,0	2,8	1,6	2,2	1,2	0,9	2,4	2,3	0,8	0,6	2,2	0,4	1,7	8	1,34
D.06.01 Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre)	je 10.000 EW	2004	16	12	12	11	13	14	10	10	8	8	12	7	11	1	10

* Der Durchschnitt wird als Quotient der Summen der Einzelwerte berechnet. Der Rang ist eine rechnerische Größe auf der Grundlage der ausgewiesenen Städtedaten, wobei der Höchstwert als Rang 1 definiert ist. Die Darstellung erfolgt, wenn mind. 6 Städtedat

Quelle/ Anmerkungen:

- D.01. Quelle: AK VGR d Länder, Statistik regional.
- D.02. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.03. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.04. Quelle: AK VGR d Länder.
- D.05. Quelle: Statistik regional. Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)
- D.06. Quelle: Statistik regional. Insolvenzzstatistik (Bundesstatistik).

**Die bremischen Ressorts im Städte- und
Ländervergleich**

– Benchmarking-Bericht 2006 –

Anlage B: Aufschlüsselung der Haushaltsdaten
für die einzelnen Produktpläne

Stand: 15.09.2006

Aufschlüsselung der Haushaltsdaten für die einzelnen Produktpläne

Trotz derzeit noch weitgehend fehlender unmittelbarer Bezüge zwischen (Leistungs-) Kennziffern und jeweiligem Mitteleinsatz ist in den Eckwert-Volumina der Produktpläne ablesbar, in welchen Ausgabenbereichen aufgrund der dafür gebundenen Mittel ein besonderes Interesse an Ausbau und Intensivierung der Benchmarking-Ansätze bestehen sollte.

In den nachfolgenden Tabellen sind die dabei zugrunde zu legenden Bereichswerte (Ist 2003 und 2005 sowie Haushaltsanschläge 2006) dargestellt.

In den anliegenden **Tabellen 1 bis 5** sind zunächst die jeweiligen **Produktplan-Eckwerte** für Personalausgaben, konsumtive und investive Ausgaben sowie die eckwertrelevanten Zins- und Tilgungsausgaben dargestellt.

Zusätzlich zu der ansonsten üblichen Darstellung nach Produktplaneckwerten sind in **Tabelle 6** die im Produktplan 92 „Allgemeine Finanzen“ zentral für Versorgung, Beihilfe, Unfallfürsorge/-versicherung etc. veranschlagten Ansätze auf die jeweiligen Produktpläne aufgeteilt. In **Tabelle 7** sind des weiteren die Ausgaben des Anschlussinvestitionsprogramms (PPI 94) den jeweiligen Produktplan-Bereichen zugeordnet. Die AIP-Ansätze gemäß Tabelle 7 entsprechen bereits dem aktuellen Stand nach Abstimmung mit den Ressorts (Stand: WfA-Beschluss 29.06.2006); sie weichen dementsprechend (moderat) ab von den in Tab. 1 bis 5 dargestellten AIP-Eckwerten.

Zur eindeutigeren Definition der Verantwortlichkeiten wurden die Ansätze gemäß Tabellen 6 und 7 den jeweiligen Produktplan-Eckwerten gemäß Tab. 1 bis 5 zugeordnet; das **Gesamtergebnis** ist in der zusammengefassten Tabelle „**Benchmarkausgaben 2006 nach Produktplänen**“ auf Seite 8 des Benchmarking-Berichts 2006 dargestellt. Für die Zuordnung der AIP-Ansätze wurde bereits der aktuelle AIP-Stand gem. WfA-Beschluss 29.06.2006 berücksichtigt.

Ergänzender Hinweis: Die vorstehend dargestellte Ableitung der Benchmarkausgaben (Produktplan-Eckwerte plus Zuordnungen gem. Tab. 6+7) ist grundsätzlich auch übernommen worden für die jeweiligen Budget-Darstellungen in den einzelnen PPI-Bewertungen.

Im Detail ergeben sich folgende Aufschlüsselungen (alle Beträge in EURO):

Tabelle 1: Eckwerte Personal-Ausgaben nach Produktplänen (HGr. 4)

Tabelle 2: Eckwertrelevante Zins-Ausgaben nach Produktplänen

Tabelle 3: Eckwerte konsumtive Ausgaben nach Produktplänen

Tabelle 4: Eckwerte investive Ausgaben nach Produktplänen

Tabelle 5: Eckwertrelevante Tilgungsausgaben nach Produktplänen

Tabelle 6: Zuzuordnende Anteile für Versorgung + Beihilfe nach Produktplänen

Tabelle 7: Zuzuordnende AIP-Anteile nach Produktplänen

Tabelle 1

		Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
PPI	Eckwerte Personal-Ausgaben nach Produktplänen (HGr. 4):			
01	Bürgerschaft	10.135.198,77	9.709.750,31	9.949.050,00
02	Rechnungshof	2.267.366,10	2.387.542,93	2.631.970,00
03	Senat und Senatskanzlei	4.967.759,46	4.708.613,96	4.758.400,00
05	Bund	2.718.348,64	2.688.455,36	2.749.690,00
06	Datenschutz	616.052,12	698.814,66	673.410,00
07	Inneres	155.429.814,90	152.455.337,55	146.857.590,00
08	Gleichberechtigung der Frau	891.689,16	806.531,22	766.160,00
09	Staatsgerichtshof	37.764,24	37.764,24	38.510,00
11	Justiz	59.292.568,77	59.541.115,01	61.491.900,00
12	Sport	1.321.437,60	1.257.986,74	1.214.480,00
21	Bildung	291.995.093,81	294.188.075,13	287.600.920,00
22	Kultur	5.731.491,35	6.534.739,73	6.625.020,00
24	Hochschulen und Forschung	27.106.512,51	2.288.636,23	2.260.780,00
31	Arbeit	15.659.508,43	13.086.100,53	12.331.640,00
41.01	Soziales - Teilbereich Jugend	54.075.883,35	14.132.152,64	12.715.520,00
41.xx	Soziales (ohne Teilb. Jugend)	40.315.902,84	39.739.553,36	37.793.520,00
51	Gesundheit	18.144.727,82	15.515.861,30	14.081.020,00
68	Bau, Umwelt und Verkehr	39.750.985,09	40.642.793,06	40.464.450,00
71	Wirtschaft	5.197.556,86	5.991.684,74	5.420.840,00
81	Häfen	8.814.878,30	7.633.847,24	7.517.210,00
91	Finanzen / Personal	78.091.872,76	76.764.175,60	75.491.100,00
92	Allgemeine Finanzen 1)	304.944.327,45	312.676.623,22	322.981.440,00
93	Zentrale Finanzen	0,00	0,00	0,00
94	AIP	2.058.527,96	2.237.162,96	2.424.000,00
95	Stadtrenovierungsfonds	0,00	0,00	0,00
	Eckwerte Personal-Ausgaben:	1.129.565.268,29	1.065.723.317,72	1.058.838.620,00

- 1) Die hier ausgewiesenen Eckwerte des PPI 92 Allg. Fin. werden in der Systematik des Benchmarking-Berichtes den entspr. PPI-Ansätzen zugeordnet (vgl. hierzu auch Aufteilung gemäß Tab 6); zusätzl. wurde ein Teilbetrag i.H.v. 1.118.327,69 € für Versorgungslasten des Bauamtes Br.-Nord im Ist 2003 den kons. Ausgaben des PPI 68 Bau, Umw.+Verkehr zugeordnet.

Tabelle 2

		Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
PPI	Eckwertrelevante Zins-Ausgaben nach Produktplänen:			
01	Bürgerschaft	0,00	0,00	0,00
02	Rechnungshof	0,00	0,00	0,00
03	Senat und Senatskanzlei	0,00	0,00	0,00
05	Bund	0,00	0,00	0,00
06	Datenschutz	0,00	0,00	0,00
07	Inneres	0,00	0,00	460.700,00
08	Gleichberechtigung der Frau	0,00	0,00	0,00
09	Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00
11	Justiz	0,00	0,00	0,00
12	Sport	0,00	0,00	0,00
21	Bildung	1.994,04	947,45	0,00
22	Kultur	0,00	0,00	0,00
24	Hochschulen und Forschung	0,00	0,00	0,00
31	Arbeit	0,00	0,00	0,00
41.01	Teilbereich Jugend	0,00	0,00	0,00
41.xx	Teilbereich Soziales	0,00	0,00	0,00
51	Gesundheit	0,00	0,00	0,00
68	Bau, Umwelt und Verkehr	-95.260,74	1.143.191,58	1.033.920,00
71	Wirtschaft	0,00	0,00	773.000,00
81	Häfen	0,00	0,00	11.626.000,00
91	Finanzen / Personal	0,00	0,00	0,00
92	Allgemeine Finanzen	0,00	0,00	3.600.000,00
93	<i>nicht in den Ressort-Eckwerten enthalten!</i>			
94	AIP	0,00	0,00	12.902.000,00
95	Stadtrenovierungsfonds	0,00	0,00	0,00
	Gesamtsumme (eckwertrelev.) Zins-Ausgaben:	-93.266,70	1.144.139,03	30.395.620,00

Tabelle 3

		Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
PPI	Eckwerte konsumtive Ausgaben nach Produktplänen:			
01	Bürgerschaft	6.615.643,50	6.848.196,91	6.513.070,00
02	Rechnungshof	569.389,06	361.685,24	358.270,00
03	Senat und Senatskanzlei	1.926.989,15	1.773.862,31	1.376.100,00
05	Bund	2.816.639,25	2.812.060,53	2.526.510,00
06	Datenschutz	88.526,30	90.012,34	87.560,00
07	Inneres	64.388.286,89	66.143.176,90	58.762.460,00
08	Gleichberechtigung der Frau	190.860,32	297.086,24	271.340,00
09	Staatsgerichtshof	3.819,12	3.522,16	5.880,00
11	Justiz	38.077.985,78	42.137.466,86	34.776.600,00
12	Sport	9.158.263,91	8.681.360,59	9.115.540,00
21	Bildung	168.141.318,19	155.023.861,31	180.542.410,00
22	Kultur	68.980.740,55	66.825.773,67	63.670.040,00
24	Hochschulen und Forschung	183.490.137,60	205.520.862,81	189.866.710,00
31	Arbeit	52.094.355,93	44.814.258,74	53.893.080,00
41.01	Teilbereich Jugend	127.864.123,91	170.799.674,47	171.847.270,00
41.xx	Teilbereich Soziales	461.146.758,43	489.143.902,54	465.390.510,00
51	Gesundheit	12.979.234,37	11.540.326,92	13.082.410,00
68	Bau, Umwelt und Verkehr	233.794.370,75	143.779.503,00	178.819.220,00
71	Wirtschaft	30.046.218,02	25.118.204,75	25.245.740,00
81	Häfen	19.500.453,63	17.778.050,29	17.036.240,00
91	Finanzen / Personal	16.286.578,89	20.094.949,44	17.244.290,00
92	Allgemeine Finanzen	79.409.779,62	69.333.002,96	15.678.660,00
93	Zentrale Finanzen	93.705.212,06	90.252.256,20	90.732.840,00
94	AIP	21.256.658,26	21.091.024,30	81.809.000,00
95	Stadtreparaturfonds	2.092.864,86	0,00	0,00
	Eckwerte konsumtive Ausgaben:	1.694.625.208,35	1.660.264.081,48	1.678.651.750,00

Tabelle 4

		Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
PPI	Eckwerte investive Ausgaben nach Produktplänen:			
01	Bürgerschaft	254.203,10	295.668,02	376.030,00
02	Rechnungshof	120.172,84	10.287,77	27.790,00
03	Senat und Senatskanzlei	1.563.689,66	882.436,22	185.000,00
05	Bund	106.212,49	111.834,68	6.800,00
06	Datenschutz	91.772,43	12.429,31	2.550,00
07	Inneres	11.260.883,60	13.915.541,11	9.624.550,00
08	Gleichberechtigung der Frau	9.773,57	14.274,01	6.800,00
09	Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00
11	Justiz	3.247.188,19	2.545.506,73	7.407.030,00
12	Sport	10.437.876,67	6.122.456,03	4.094.110,00
21	Bildung	15.841.542,56	25.638.808,03	20.772.520,00
22	Kultur	8.675.342,98	5.711.196,18	7.749.860,00
24	Hochschulen und Forschung	95.789.213,29	113.829.697,71	29.843.000,00
31	Arbeit	2.217.586,77	1.049.833,82	1.664.390,00
41.01	Soziales - Teilbereich Jugend	1.465.164,20	3.975.927,43	630.000,00
41.xx	Soziales (ohne Teilb. Jugend)	9.696.851,66	10.658.032,37	8.399.880,00
51	Gesundheit	28.968.912,34	29.050.511,80	28.431.400,00
68	Bau, Umwelt und Verkehr	70.262.944,28	88.207.881,51	81.473.460,00
71	Wirtschaft	76.935.214,91	56.965.239,73	79.765.070,00
81	Häfen	55.661.809,41	54.702.672,74	49.607.750,00
91	Finanzen / Personal	4.490.629,25	5.208.291,86	4.887.070,00
92	Allgemeine Finanzen	54.057.069,74	77.332.440,67	21.795.220,00
93	Zentrale Finanzen	13.533.149,99	5.754.910,23	9.760.180,00
94	AIP	261.440.142,38	186.340.000,64	148.413.000,00
95	Stadtreparaturfonds	12.818.895,34	-929,18	0,00
	Eckwerte investive Ausgaben:	738.946.241,65	688.334.949,42	514.923.460,00

Tabelle 5

		Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
PPI	Eckwertrelevante Tilgungsausgaben nach Produktplänen:			
01	Bürgerschaft	0,00	0,00	0,00
02	Rechnungshof	0,00	0,00	0,00
03	Senat und Senatskanzlei	0,00	0,00	0,00
05	Bund	0,00	0,00	0,00
06	Datenschutz	0,00	0,00	0,00
07	Inneres	0,00	0,00	0,00
08	Gleichberechtigung der Frau	0,00	0,00	0,00
09	Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00
11	Justiz	0,00	0,00	0,00
12	Sport	0,00	0,00	0,00
21	Bildung	0,00	0,00	0,00
22	Kultur	0,00	0,00	0,00
24	Hochschulen und Forschung	0,00	0,00	0,00
31	Arbeit	0,00	0,00	0,00
41.01	Soziales - Teilbereich Jugend	0,00	0,00	0,00
41.xx	Soziales (ohne Teilb. Jugend)	0,00	0,00	0,00
51	Gesundheit	0,00	0,00	0,00
68	Bau, Umwelt und Verkehr	3.568.270,78	3.676.740,28	5.000.000,00
71	Wirtschaft	0,00	0,00	0,00
81	Häfen	0,00	0,00	0,00
91	Finanzen / Personal	0,00	0,00	0,00
92	Allgemeine Finanzen	35.779,49	34.719,97	4.527.600,00
93	<i>nicht in den Ressort-Eckwerten enthalten!</i>			
94	AIP	0,00	0,00	0,00
95	Stadtreparaturfonds	0,00	0,00	0,00
	Gesamtsumme (eckwertrelev.) Tilgungsausg.:	3.604.050,27	3.711.460,25	9.527.600,00

Tabelle 6

In die entspr. Produktpläne zuzuordnende Anteile für Versorgung, Beihilfe, Unfallfürsorge/-versicherung etc.

Produktplan	Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
01 Bürgerschaft	739.244	861.653	1.138.474
02 Rechnungshof	1.964.542	1.993.754	1.910.966
03 Senat und Senatskanzlei	4.053.917	3.955.416	4.121.773
05 Bund	610.462	647.167	682.947
06 Datenschutz	87.798	75.070	107.514
07 Inneres	71.163.393	73.094.273	72.458.871
08 Gleichberechtigung der Fra	54.539	50.304	96.307
09 Staatsgerichtshof	0	0	0
11 Justiz	29.602.312	30.489.822	30.889.578
12 Sport	219.903	251.079	258.842
21 Bildung	119.174.293	125.957.298	131.979.244
22 Kultur	2.771.414	2.733.579	2.849.045
24 Hochschulen und Forschun	742.828	480.218	934.620
31 Arbeit	5.256.430	4.419.354	4.407.862
41.01 Teilbereich Jugend	5.180.468	2.358.464	2.529.623
41.xx Teilbereich Soziales	3.862.067	6.633.012	7.520.527
51 Gesundheit	4.502.717	4.314.584	4.434.886
68 Bau, Umwelt und Verkehr	22.493.363	22.311.035	24.023.154
71 Wirtschaft	1.506.088	1.625.076	1.679.253
81 Häfen	6.334.261	6.252.266	6.098.219
91 Finanzen / Personal	23.505.961	24.173.202	24.859.735
Gesamt 1)	303.826.000	312.676.623	322.981.440

- 1) Hinweis: Von den o.g. Gesamtansätzen wurden 2003: 293,3 Mio. €, 2005: 305,3 Mio. € sowie 2006: 302,2 Mio. € direkt den jeweiligen PPI zugeordnet; das restl. Volumen des PPI 92 AFI (2003: 10,5 Mio. €, 2005: 7,3 Mio. € sowie 2006: 20,6 Mio. €) wurden quotal den jeweiligen PPI zugeordnet.

Tabelle 7

In die entspr. Produktpläne zuzuordnende AIP-Anteile:

Investive AIP-Ausgaben nach Produktplänen

Beträge in €	Ist 2003	Ist 2005	Anschlag 2006
Wirtschaft	148.839.275	133.101.818	119.884.600
Bau	70.696.843	45.203.809	44.043.000
Wissenschaft	30.368.643	30.849.771	12.991.000
Finanzen	0	0	0
			(-32.978.000)
	249.904.761	209.155.398	176.918.600

Konsumtive AIP-Ausgaben (einschl. Zinsanteile) nach Produktplänen

Beträge in €	2003	2005	2006
Wirtschaft	27.640.676	21.297.837	31.776.000
Bau	4.774.857	1.968.925	3.130.000
Wissenschaft	282.941	2.159.729	64.277.000
Finanzen	26.940	0	0
	32.725.414	25.426.491	99.183.000

Personalausgaben im AIP nach Produktplänen

Beträge in €	2003	2005	2006
Wirtschaft	692.776	886.399	935.640
Bau	1.134.800	1.295.476	1.377.470
Wissenschaft	225.072	189.173	207.920
Inneres /StaLA	45.125	60.888	51.980
Finanzen	30.104	28.485	25.990
	2.127.878	2.460.421	2.599.000

Gesamtausgaben AIP nach PPL

Beträge in €	2003	2005	2006
Wirtschaft	177.172.727	155.286.054	152.596.240
Bau	76.606.500	48.468.209	48.550.470
Wissenschaft	30.876.656	33.198.673	77.475.920
Inneres/StaLA	45.125	60.888	51.980
Finanzen	57.044	28.485	25.990
	284.758.053	237.042.310	278.700.600
Noch umzulegende Minderausgabe:			-32.978.000
			245.722.600

Hinweis: Die Aufteilung der AIP-Ansätze entspricht dem aktuellen Stand gemäß Abstimmung mit den Ressorts (Stand: **WfA-Beschluss 29.06.2006**).

Im Ist 2005 muss bei den investiven Ansätzen die Rücklagenzuführung (Gr. 919, außerhalb der Eckwerte) i.Z.m. der Buchung von "A 281"-Bundesmitteln (27,3 Mio. € / 14. Monat) mit berücksichtigt werden.

**Die bremischen Ressorts im Städte- und
Ländervergleich**
– Benchmarking-Bericht 2006 –

Anlage C: Dokumentation der Kennzahlen
Stand: 12.09.2006

Vorbemerkungen zu den Übersichten

Die Dokumentation besteht aus zwei Teilen: im ersten Teil sind die verwendeten **Kennziffern**, deren Berechnung sowie weitere Informationen aufgelistet. Die Sortierung erfolgt nach Produktplänen sowie innerhalb der Produktpläne nach Städte- und Ländervergleichen. Aus der Darstellung der Berechnung der Kennzahlen geht hervor, welche **Basiszahlen** verwendet wurden. Diese werden, zusammen mit den verfügbaren Metadaten, im zweiten Teil in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Im Einzelnen werden folgende Inhalte aufgeführt:

Teil 1: Kennziffern

ICode	5-stellige Zeichenfolge für die interne Codierung der Kennziffer in der Datenbank.
BM-Nr	Gliederungsnummer der Kennziffer im aktuellen Benchmarking-Bericht.
Kennziffer	Wortlaut der Kennziffer im aktuellen Benchmarking-Bericht.
Einheit	Größeneinheit, in der die betreffende Kennziffer vorliegt.
Berechnung	Textdarstellung der Formel zur Berechnung der Kennziffer. Die verwendeten Bezeichnungen der einzelnen Berechnungsgrößen sind identisch mit den Bezeichnungen im Teil 2 der Dokumentation ("Basiszahlen"). "Ohne" bedeutet, dass die betreffende Verhältnis- oder Relativzahl in dieser Form durch das Ressort erhoben und übermittelt wurde und die eingegangenen Berechnungsgrößen nicht bekannt sind. Weiterführende Informationen sind daher nicht verfügbar.
Jahr Min/Max	Ältestes und aktuellstes verfügbares Berichtsjahr.
Akt.	Aktualisierungsrhythmus der Kennziffer in Jahren; 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor.

Teil 2: Basiszahlen

VCode	5-stellige Zeichenfolge für die interne Codierung der Basiszahl in der Datenbank.
Basiszahl	Wortlaut der Basiszahl im aktuellen Benchmarking-Bericht.
Jahr_Einheit	Zeiteinheit, in der die betreffende Basiszahl vorliegt, wobei gilt: <ul style="list-style-type: none">▪ -J = Jahressumme bzw. Jahresdurchschnitt▪ -12 = Stand am 31.12.▪ -06 = Stand am 30.06▪ k. A. = keine Angabe
Einheit	Größeneinheit, in der die betreffende Basiszahl vorliegt.
für	räumliche Einheit, für die die Basiszahl verfügbar ist.
Jahr Min/Max	Ältestes und aktuellstes verfügbares Berichtsjahr.
Akt.	Aktualisierungsrhythmus der Basiszahl in Jahren; 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor.

Benchmarking-Bericht 2006:
Dokumentation der Kennzahlen

Teil I: Kennziffern

Tabelle/ Produktplan: A Einwohner

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I0001	A.01.01	Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr] / Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2000/2005	1
I0002	A.01.02	Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	(Jahresdurchschnittsbevölkerung männlich [aktuelles Jahr] / Jahresdurchschnittsbevölkerung männlich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2000/2004	1
I0003	A.01.03	Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	(Jahresdurchschnittsbevölkerung weiblich [aktuelles Jahr] / Jahresdurchschnittsbevölkerung weiblich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2000/2004	1
I0020	A.02.01	Gesamtwanderungssaldo	je 1.000 EW	(Wanderungen: Zuzüge über die Kreisgrenzen - Wanderungen: Fortzüge über die Kreisgrenzen) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2004	1
I0010	A.02.02	Natürlicher Bevölkerungssaldo	je 1.000 EW	(Lebendgeborene - Gestorbene) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2004	1
I0011	A.03.01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		[(Lebendgeborene, Alter der Mutter unter 20 / Bevölkerung weiblich 15 bis unter 20) + (Lebendgeborene, Alter der Mutter 20 bis unter 25 / Bevölkerung weiblich 20 bis unter 25) + (...)+ (Lebendgeborene, Alter der Mutter 40 und älter / Bevölkerung weiblich	1995/2004	1
I1001	A.04.01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	Bevölkerung / Gebietsfläche	1995/2004	1
I0051	A.05.01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	Bevölkerung bis unter 15 Jahre / Bevölkerung * 100	1995/2004	1
I0070	A.05.02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	Bevölkerung 15 bis unter 65 Jahre / Bevölkerung * 100	1995/2004	1
I0060	A.05.03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	Bevölkerung 65 Jahre und älter / Bevölkerung * 100	1995/2004	1
I0080	A.06.01	Ausländeranteil	%	Ausländer / Bevölkerung * 100	1995/2004	1
I0092	A.07.01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	Haushalte: Einpersonenhaushalte / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2000/2004	1
I0201	A.08.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	Empfänger HLU / Bevölkerung * 1.000	1998/2004	2
I0814	A.09.01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	Euro / EW	Einkommen privaten Haushalte: verfügbares Einkommen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2003	1
I0815	A.09.02	Primäreinkommen privater Haushalte	Euro / EW	Einkommen privater Haushalte: Primäreinkommen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2003	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: B Beschäftigung

I Code	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
10450	B.01.01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	je 1.000 EW	Erwerbstätige / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2005	1
10460	B.02.01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Erwerbstätige [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1996/2005	1
10430	B.03.01	SV Beschäftigte (Wohnort)	je 1.000 EW	SV Beschäftigte (Wohnort) / Bevölkerung * 1.000	1999/2005	1
10431	B.03.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	je 1.000 EW	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich / Bevölkerung männlich * 1.000	1999/2004	1
10432	B.03.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	je 1.000 EW	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich / Bevölkerung weiblich * 1.000	1999/2004	1
10433	B.04.01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte (Wohnort) [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte (Wohnort) [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2004/2005	1
10434	B.04.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte (Wohnort) männlich [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte (Wohnort) männlich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2004	0
10435	B.04.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2004	0
10440	B.05.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	je 1.000 EW	SV Beschäftigte / Bevölkerung * 1.000	1995/2005	1
10441	B.05.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	je 1.000 EW	SV Beschäftigte männlich / Bevölkerung männlich * 1.000	1995/2004	1
10442	B.05.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	je 1.000 EW	SV Beschäftigte weiblich / Bevölkerung weiblich * 1.000	1995/2004	1
10443	B.06.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1997/2005	1
10444	B.06.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte männlich [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte männlich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1997/2004	1
10445	B.06.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	(SV Beschäftigte weiblich [aktuelles Jahr] / SV Beschäftigte weiblich [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1997/2004	1
10623	B.07.01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	%	SV Beschäftigte: Einpendler / SV Beschäftigte * 100	1998/2004	1
10624	B.07.02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	%	Auspendler/innen / SV Beschäftigte (Wohnort) * 100	1999/2004	1
10620	B.07.03	Pendlersaldo insgesamt		SV Beschäftigte - SV Beschäftigte (Wohnort)	1999/2005	1
10621	B.07.04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Anzahl	(SV Beschäftigte - SV Beschäftigte (Wohnort)) / SV Beschäftigte * 1.000	1999/2005	1
10499	B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	%	SV Beschäftigte (Wohnort) mit Abschluss an höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule / SV Beschäftigte (Wohnort) * 100	1999/2004	1
10498	B.08.02	Akademikerquote (Arbeitsort)	%	SV Beschäftigte mit Abschluss an höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule / SV Beschäftigte * 100	1999/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I1855	B.09.01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	%	(Insolvenzen: Beschäftigte in Insolvenzverfahren [aktuelles Jahr] + (Insolvenzen: Beschäftigte in Insolvenzverfahren [aktuelles Jahr - 1] + (...)) / (SV Beschäftigte [aktuelles Jahr] + (SV Beschäftigte [aktuelles Jahr - 1] + (...)) * 100	2004	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: C Arbeitslosigkeit

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I0506	C.01.01	Arbeitslosenquote	%	Arbeitslosenquote (Bezogen auf abhängige Erwerbspersonen)	2001/2005	1
I0509	C.01.02	Arbeitslosenquote Frauen	%	Arbeitslosenquote Frauen	2004/2005	1
I0515	C.02.01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen	%	Arbeitslose weiblich / Arbeitslose insgesamt * 100	2004/2005	1
I0516	C.02.02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an Arbeitslosen insgesamt	%	Arbeitslose bis 25 / Arbeitslose insgesamt * 100	2001/2005	1
I0507	C.02.03	Anteil der 55jährigen und älter an allen Arbeitslosen	%	Arbeitslose 55 und älter / Arbeitslose insgesamt * 100	2001/2005	1
I0513	C.02.04	Anteil der Arbeitslosen, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind an allen Arbeitslosen (=Langzeitarbeitslose)	%	Arbeitslose Langzeit / Arbeitslose * 100	2001/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: D Wirtschaftskraft

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I1811	D.01.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)	Euro/ EW	BIP in jeweiligen Preisen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2005	1
I1802	D.02.01	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in den letzten 5 Jahren	%	$(\text{BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr]} / \text{BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr - 5]} - 1) * 100$	1996/2005	1
I1821	D.03.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	Euro/ET	BIP in jeweiligen Preisen / Erwerbstätige	1991/2005	1
I1823	D.04.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	$((\text{BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr]} / \text{Erwerbstätige [aktuelles Jahr]}) / (\text{BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr - 5]} / \text{Erwerbstätige [aktuelles Jahr - 5]})) - 1) * 100$	1996/2005	1
I0613	D.05.01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)	je 1.000 EW	$((\text{Gewerbemeldungen: Zuzüge [aktuelles Jahr]} + (\text{Gewerbemeldungen: Zuzüge [aktuelles Jahr - 1]} + \dots)) - (\text{Gewerbemeldungen: Fortzüge [aktuelles Jahr]} + (\text{Gewerbemeldungen: Fortzüge [aktuelles Jahr - 1]} + \dots))) / (\text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr]} + \text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr - 1]} + \dots)) * 1.000$	2003/2005	1
I0614	D.05.02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)	je 1.000 EW	$((\text{Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen [aktuelles Jahr]} + (\text{Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen [aktuelles Jahr - 1]} + \dots)) - (\text{Gewerbemeldungen: Aufgaben [aktuelles Jahr]} + (\text{Gewerbemeldungen: Aufgaben [aktuelles Jahr - 1]} + \dots))) / (\text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr]} + \text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr - 1]} + \dots)) * 1.000$	2003/2005	1
I1856	D.06.01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre)	je 10.000 EW	$(\text{Insolvenzen: Zahl der Insolvenzverfahren [aktuelles Jahr]} + \text{Insolvenzen: Zahl der Insolvenzverfahren [aktuelles Jahr - 1]} + \dots) / (\text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr]} + \text{Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr - 1]} + \dots)) * 10.000$	2004	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 01 Bürgerschaft

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I1260	01.01.01	Ratsmitglieder je 100.000 Einwohner	Anzahl	Ratsmitglieder/ Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
Ländervergleich						
I1265	01.01.02	Abgeordnete je 100.000 Einwohner	Anzahl	Abgeordnete/ Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2005	1
I1271	01.02.01	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Einwohner	Euro	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2005	1
I1270	01.02.02	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten	Euro	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten / Abgeordnete	2003/2005	1
I1276	01.03.01	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Einwohner	Euro	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten ohne Aufwendungen für Abgeordnete, Fraktionszuschüsse / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2005	1
I1275	01.03.02	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten	Euro	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten ohne Aufwendungen für Abgeordnete, Fraktionszuschüsse / Abgeordnete	2003/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 02 Rechnungshof

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I0890	02.03.01	Rechnungshof: kommunale Ausgaben des RH Bremen/der städtischen RPÄ	Euro je EW	Rechnungshof: Haushaltsvolumen (nur kommunale Rechnungsprüfung) / Bevölkerung	2004/2005	1
Ländervergleich						
I0880	02.01.01	Rechnungshof: zu prüfendes Ausgabenvolumen je Prüfer	Mio. Euro	öffentliche Haushalte: Bereinigte Ausgaben / Rechnungshof: Stellen Prüfdienst	2002/2005	1
I0885	02.02.01	Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	%	Rechnungshof: Stellen Prüfdienst / Rechnungshof: besetzbare Stellen ohne Kollegium * 100	2002/2005	1
I0891	02.03.02	Rechnungshof: Ausgaben der RH	Euro je EW	Rechnungshof: Haushaltsvolumen / Bevölkerung	2004/2005	1
I0892	02.03.03	Rechnungshof: Ausgaben des RH Bremen und der RH der Flächenländer, teilweise mit überörtlicher Gemeindeprüfung	Euro je EW	Rechnungshof: Haushaltsvolumen (nur Landesaufgaben) / Bevölkerung	2004/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 05 Bund und Europa

I Code	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Ländervergleich						
11280	05.01.01	Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Anzahl	Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	2003/2005	1
11281	05.01.02	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	1.000 Euro	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	2003/2005	1
11282	05.01.03	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	1.000 Euro	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	2003/2005	1
11285	05.02.01	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	Anzahl	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	2003/2005	1
11250	05.03.01	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer	1.000 Euro	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer	2001/2004	1
11251	05.03.02	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer je EW	Euro	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2001/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 07 Inneres

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I2015	07.01.01	Einwohner je Polizeibeamten (Polizeidichte)	Anzahl	Bevölkerung / Polizeibeamte mit städtepolizeilichen Aufgaben	2005	0
I2001	07.02.01	Straftaten je 100.000 Einwohner (HZ)	Anzahl	Straftaten / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2000/2005	1
I2002	07.02.02	Straftaten je 100.000 Einwohner (HZ): 5-Jahresdurchschnitt	Anzahl	(Straftaten [aktuelles Jahr] + Straftaten [aktuelles Jahr - 1] + ...) / (Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr] + Jahresdurchschnittsbevölkerung [aktuelles Jahr - 1] ...) / 3,65 * 100.000	2004/2005	1
I2005	07.02.03	Aufklärungsquote	%	Straftaten: Aufklärungsquote	2000/2005	1
I2020	07.03.01	Bearbeitete Straftaten je Polizeibeamten	Anzahl	Straftaten / Polizeibeamte mit städtepolizeilichen Aufgaben	2005	0
I0920	07.04.01	Verkehrsunfälle (UHZ)	je 100.000 EW	Verkehrsunfälle / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2001/2005	2
I0921	07.04.02	Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ)	je 100.000 EW	Verunglückte bei Verkehrsunfällen / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2005	2
I2026	07.05.01	Polizeireviere (24h)	Anzahl	Polizeireviere (24 h)	2003/2005	1
I2035	07.07.01	Notrufe über Tel. 110 je 100 Einwohner	Anzahl	Polizei: Notrufe über Tel. 110 / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2005	0
I2036	07.07.02	Notrufe über Tel. 110: Ausgelöste Einsätze je 100 Einwohner	Anzahl	Polizei: Einsätze nach Notruf über Tel. 110 / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2005	0
I2037	07.07.03	Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens	%	Polizei: subjektives Sicherheitsempfinden	2005	0
I2039	07.08.01	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	Anzahl	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	2003/2005	2
I2040	07.08.01	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	Anzahl	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	2003/2005	2
I2041	07.08.02	Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	Minuten	Feuerwehr: Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	2003/2005	2
I2045	07.09.01	Soll-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 EW	Anzahl	Feuerwehr: Soll-Zahl der Feuerwehrbeamten / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2003/2005	2
I2046	07.09.02	Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 EW	Anzahl	Feuerwehr: Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2003/2005	2
I2050	07.10.01	Brandeinsätze je 1.000 Einwohner	Anzahl	Feuerwehr: Brandeinsätze / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2003/2005	2
I2060	07.11.01	Personalfaktor bei der Feuerwehr		Feuerwehr: Personalfaktor	2003/2005	2
I0820	07.12.01	Standesämter: Einwohner je Standesbeamten/-in im Standesamtsbezirk	Anzahl	ohne*	2002	0
I0821	07.12.02	Standesämter: Beurkundungen je Stelle	Anzahl	ohne*	2002	0
Ländervergleich						
I2090	07.06.01	öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz	Euro je EW	öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2001/2003	1
I2091	07.06.02	öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei	Euro je EW	öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2002/2003	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I2030	07.06.03	Personalkosten Polizei	Euro je Polizist	Polizei: Personalausgaben / Polizei: Beschäftigte (Vollzeitäquivalent)	2001/2003	1
I2031	07.06.04	Beschäftigungsvolumen der Polizei je 1.000 Einwohner	Anzahl	Polizei: Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2000/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 11 Justiz

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Ländervergleich						
I2401	11.01.01	Inhaftierte	je 100.000 EW	Inhaftierte / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2001/2005	1
I2405	11.02.01	Tageshaftkosten ohne Baukosten	Euro	Tageshaftkosten ohne Baukosten	2001/2005	1
I2410	11.03.01	Kosten für den Strafvollzug	Euro je EW	Kosten für den Strafvollzug / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2001/2005	1
I2420	11.04.01	Bedienstete je 100 Gefangene im Strafvollzug	Anzahl	Bedienstete je 100 Gefangene im Strafvollzug	2003/2005	1
I2415	11.05.01	Ermittlungsverfahren, Js Verfahren ohne Abgabe innerhalb der StA	je 100.000 EW	Ermittlungsverfahren, Js Verfahren ohne Abgabe innerhalb der StA / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2001/2004	1
I2435	11.06.01	Amtsgerichte: Familiensachen, Eingänge	je 100.000 EW	Amtsgerichte/ Familiensachen: Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2436	11.06.02	Amtsgerichte: Zivilsachen, Eingänge	je 100.000 EW	Amtsgerichte/ Zivilsachen: Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2437	11.06.03	Amtsgerichte: Strafverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	Amtsgerichte/ Strafverfahren: Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2450	11.07.01	Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge	je 100.000 EW	Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2451	11.07.02	Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge	je 100.000 EW	Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2004	0
I2455	11.08.01	Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	Verwaltungsgerichtsverfahren/ Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2460	11.09.01	Finanzgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	Finanzgerichtsverfahren, Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2465	11.10.01	Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1
I2470	11.11.01	Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100.000	2003/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 12 Sport

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I2501	12.01.01	Sportflächen (kommunal) pro Einwohner	m ²	Sportflächen (kommunal) / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2005	2
I2511	12.02.02	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Einwohner	Euro	Sportflächen (kommunal): Ausgaben / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2002/2005	3
I2512	12.02.03	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je m ²	Euro	Sportflächen (kommunal): Ausgaben / Sportflächen (kommunal)	2002/2005	3
I2513	12.02.04	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Vereinssportler	Euro	Sportflächen (kommunal): Ausgaben / Vereinssportler	2002/2005	3
I2515	12.03.01	Wasserfläche pro 1.000 EW (ohne Naturbäder)	m ²	ohne*	2005	0
I2521	12.04.01	Bäder: Zuschuss pro Besucher	Euro	ohne*	2000/2005	1
I2522	12.04.02	Bäder: Zuschuss pro Einwohner	Euro	ohne*	2000/2005	1
I2523	12.04.03	Bäder: Zuschuss pro Bad	Euro	ohne*	2003/2005	2
I2525	12.05.01	Bäder: Einwohner pro Bad	Anzahl	Jahresdurchschnittsbevölkerung / Bäder insgesamt	2003/2005	2
I2530	12.06.01	Bäder: Besucher pro Bad	Anzahl	ohne*	2003/2005	2
I2535	12.07.01	Bäder: Kostendeckungsgrad	%	Bäder: Kostendeckungsgrad	2000/2005	1
I2540	12.08.01	Bäder insgesamt	Anzahl	Bäder insgesamt	2003/2005	2
I2541	12.08.02	Bäder: Hallenbäder	Anzahl	Bäder: Hallenbäder	2003/2005	2
I2542	12.08.03	Bäder: Freibäder	Anzahl	Bäder: Freibäder	2003/2005	2
I2545	12.09.01	Sportplätze (kommunal)	Anzahl	Sportplätze (kommunal)	2003/2005	2
I2546	12.09.02	Rundlaufbahnen (kommunal)	Anzahl	Rundlaufbahnen (kommunal)	2003/2005	2
I2547	12.09.03	Sporthallen (kommunal)	Anzahl	Sporthallen (kommunal)	2003/2005	2

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 21 Bildung

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Ländervergleich						
I0311	21.01.01	Gesamtausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	ohne*	1999/2003	1
I0321	21.01.02	Personalausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	ohne*	1999/2003	1
I0331	21.01.03	Sachausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	ohne*	1999/2003	1
I0301	21.02.01	Schüler-Lehrer-Relation (alle Schularten)	Schüler/inne n je Lehrer	[Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen + Schüler/innen an beruflichen Schulen] / [Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen (Vollzeitäquivalente) + Lehrkräfte an beruflichen Schulen (Vollzeitäquivalente)]	1995/2004	1
I0302	21.02.02	Schüler-Lehrer-Relationen an allgemein bildenden Schulen	Schüler/inne n je Lehrer	[Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen] / [Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen (Vollzeitäquivalente)]	1995/2004	1
I0306	21.02.03	Schüler-Lehrer-Relation an beruflichen Schulen	Schüler/inne n je Lehrer	[Schüler/innen an beruflichen Schulen] / [Lehrkräfte an beruflichen Schulen (Vollzeitäquivalente)]	1995/2004	1
I0375	21.03.01	Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	Schulen: Von Lehrkräften erteilte Unterrichtsstunden an allgemein bildenden Schulen / [Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen]	1995/2004	1
I0351	21.04.01	Absolventen der allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife	%	[Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: Hochschulreife] / [Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen] * 100	1995/2004	1
I0371	21.04.02	Absolventen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss	%	[Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: ohne Hauptschulabschluss] / [Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen] * 100	1995/2004	1
I0345	21.05.01	Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	%	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden und beruflichen Schulen: Hochschul- und Fachhochschulreife / Bevölkerung: Gleichaltrige Wohnbevölkerung * 100	1995/2004	1
I0350	21.06.01	Wiederholerquote	%	Schulen: Wiederholerquote	2004	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 22 Kultur

I Code	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Ländervergleich						
I1101	22.01.01	Öffentliche Ausgaben für Kultur: Anteil am BIP	%	Öffentliche Ausgaben für Kultur / BIP *100	1995/2003	2
I1110	22.01.02	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	%	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik / BIP * 100	1995/2003	2
I1111	22.01.03	Öffentliche Ausgaben für Bibliotheken: Anteil am BIP	%	Öffentliche Ausgaben für Bibliotheken / BIP * 100	1995/2003	2
I1112	22.01.04	Öffentliche Ausgaben für Museen, Ausstellungen, etc.: Anteil am BIP	%	Öffentliche Ausgaben für Museen, Ausstellungen, etc. / BIP * 100	1995/2003	2
I1102	22.02.01	Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohner	Euro/EW	Öffentliche Ausgaben für Kultur / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2003	2
I1120	22.04.01	Museumsbesuche	Anzahl je EW	Museumsbesuche / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2000/2003	1
I1195	22.05.01	Theaterbesuche	Anzahl je 100 EW	Öffentliche Theater: Besuche insgesamt / Jahresdurchschnittsbevölkerung *100	2002/2003	1
I1165	22.05.02	Öffentliche Theater: Plätze	Plätze je 1.000 EW	Öffentliche Theater: Angebotene Plätze / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2002/2003	1
I1160	22.05.07	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner	Euro	Öffentliche Theater: Zuweisungen insgesamt / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2002/2003	1
I1161	22.05.08	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Besucher	Euro	Öffentliche Theater: Zuweisungen insgesamt / Öffentliche Theater: Besuche insgesamt	2002/2003	1
I1185	22.05.11	Einspielergebnis	%	Öffentliche Theater: Betriebseinnahmen insgesamt / Öffentliche Theater: Betriebsausgaben insgesamt * 100	2002/2003	1
I1154	22.06.02	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer	Anzahl je 1.000 EW	(Öffentliche Bibliotheken: Benutzer + Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	2002/2003	1
I1155	22.06.03	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen	Anzahl je Benutzer	(Öffentliche Bibliotheken: Entleihungen+ Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen) / (Öffentliche Bibliotheken: Benutzer + Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer)	2002/2003	1
I1130	22.07.01	Musikschulen: Anteil der Unterrichtsgebühren an den Ausgaben	%	Musikschulen: Unterrichtsgebühren / Musikschulen: Ausgaben insgesamt * 100	2002/2004	1
I0396	22.08.01	Volkshochschulen: Einnahmen pro Einwohner	Euro	Volkshochschulen: Einnahmen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2004	1
I0391	22.08.02	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse je Einwohner	Euro	Volkshochschulen: Zuschüsse / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I2201	24.01.01	Studierende je 1.000 Einwohner	Anzahl	Fach- und Hochschulen: Studierende / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2003	2
I2210	24.02.01	Versorgungsquote für auswärtige Studierende	%	100 – ((Fach- und Hochschulen: Studierende mit am Studienort erworbener HZB / Fach- und Hochschulen: Studierende) * 100)	1995/2003	2
I2215	24.03.01	Absolventenquote	%	Fach- und Hochschulen: Absolventen [aktuelles Jahr] / Fach- und Hochschulen: Studienanfänger (1. HS) [aktuelles Jahr – 4] * 100	1998/2003	2
I2216	24.03.02	Absolventen je Professor/in	Anzahl	Fach- und Hochschulen: Absolventen / Fach- und Hochschulen: Professoren/innen	1998/2003	2
I2220	24.04.01	Grundmittel je Einwohner	Euro	Fach- und Hochschulen: Grundmittel / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2003	2
I2221	24.04.02	Grundmittel je Absolvent	1.000 Euro	Fach- und Hochschulen: Grundmittel / Fach- und Hochschulen: Absolventen / 1.000	1995/2003	2
I2225	24.05.01	Drittmittel je Professor	1.000 Euro	Fach- und Hochschulen: Drittmittel / Fach- und Hochschulen: Professoren/innen / 1.000	1998/2003	2
I2230	24.05.02	Drittmittel je Grundmittel	%	Fach- und Hochschulen: Drittmittel / Fach- und Hochschulen: Grundmittel * 100	1995/2003	2

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 31 Arbeit

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I0550	31.01.01	Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen	%	Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Vermittlungsquote	2005	0
I0555	31.02.01	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) in Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen	1.000 Euro	Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: eingesetzte Mittel (Komplementärmittel)	2005	0
I0556	31.02.02	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) pro Teilnehmer /-in	Euro	[Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: eingesetzte Mittel (Komplementärmittel)] / [Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Teilnehmer/innen]	2005	0
I0557	31.02.03	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) pro arbeitsloser Person	Euro	[Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: eingesetzte Mittel (Komplementärmittel)] / Arbeitslose	2005	0
I0558	31.02.04	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) pro Einwohner /-in	Euro	[Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: eingesetzte Mittel (Komplementärmittel)] / Bevölkerung	2005	0
I0560	31.03.01	Ausschöpfungsquote: Anteil der Geförderten an arbeitslosen Personen	%	[Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Teilnehmer/innen] / Arbeitslose * 100	2005	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 41 Jugend und Soziales, Teilbereich Jugend

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I2600	41.01.01	Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre	%	[Kitas: Plätze – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger)] / [Kitas: Plätze – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (alle Träger)] * 100	2005	0
I2601	41.01.02	Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre	%	[Kitas: Plätze – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger)] / [Kitas: Plätze – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (alle Träger)] * 100	2005	0
I2605	41.02.01	Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl. evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre): kommunale Träger	Euro	[Kitas: Ausgaben – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger)] / [Kitas: Plätze – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger)]	2005	0
I2606	41.02.02	Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl. evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre): kommunale Träger	Euro	[Kitas: Ausgaben – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger)] / [Kitas: Plätze – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger)]	2005	0
I2607	41.02.03	Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl. evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre): Zuschüsse an andere Träger	Euro	[Kitas: Ausgaben – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre – Zuschüsse an andere Träger] / ([Kitas: betreute Kinder – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre] – [Kitas: Plätze – Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger)])	2005	0
I2608	41.02.04	Kitas: Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung) einschl. evtl. Landeszuschüsse pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre): Zuschüsse an andere Träger	Euro	[Kitas: Ausgaben – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre – Zuschüsse an andere Träger] / ([Kitas: betreute Kinder – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre] – [Kitas: Plätze – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger)])	2005	0
I2610	41.03.01	Kitas: Versorgungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	Kitas: Versorgungsquote 0 bis unter 3 Jahre	2004/2005	1
I2615	41.04.01	Kitas: Auslastungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	Kitas: Auslastungsquote 0 bis unter 3 Jahre	2005	0
I2616	41.04.02	Kitas: Auslastungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	Kitas: Auslastungsquote 3 bis unter 6 Jahre	2005	0
I2617	41.04.03	Kitas: Platz-Kind-Relation 0 bis unter 3 Jahre	%	Kitas: Platz-Kind-Relation 0 bis unter 3 Jahre	2002	0
I2618	41.04.04	Kitas: Platz-Kind-Relation 3 bis unter 6 Jahre	%	Kitas: Platz-Kind-Relation 3 bis unter 6 Jahre	2002	0
I2619	41.04.05	Kitas: Platz-Kind-Relation 6 bis unter 12 Jahre	%	Kitas: Platz-Kind-Relation 6 bis unter 12 Jahre	2002	0
I2625	41.06.01	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	%	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	2005	0
I2626	41.06.02	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (andere Träger)	%	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (andere Träger)	2005	0
I2630	41.07.01	Kitas: Kinder pro Fachkraft (0 bis unter 3 Jahre)	Anzahl	Kitas: Kinder pro Fachkraft (0 bis unter 3 Jahre)	2005	0
I2631	41.07.02	Kitas: Kinder pro Fachkraft (3 bis unter 6 Jahre)	Anzahl	[Kitas: betreute Kinder – Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre] / [Kitas: Fachkräfte für Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre]	2005	0
I2650	41.10.01	Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung / Jugendeinwohner * 1.000	2003/2004	1
I2651	41.10.02	Erziehungshilfe: stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	Erziehungshilfe: stationäre Betreuung / Jugendeinwohner * 1.000	2003/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0 = es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I2655	41.10.03	Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung / Jugendeinwohner	2003/2004	1
I2656	41.10.04	Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung / Jugendeinwohner	2003/2004	1
I2660	41.10.05	Erziehungshilfe: Gesamtkosten je Einwohner	Euro	Erziehungshilfe: Gesamtkosten / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2004	1
Ländervergleich						
I2621	41.05.01	Kitas: Landesvorgaben zu Gruppenraumfläche je Kind	m ²	Kitas: Landesvorgaben zu Gruppenraumfläche je Kind	2003/2005	2
I2635	41.08.01	Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben	Euro / EW	Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2004	0
I2636	41.08.02	Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben	Euro / EW	Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2004	0
I2640	41.09.01	Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung	%	Einrichtungen der Jugendhilfe: Personalausgaben / Einrichtungen der Jugendhilfe: Gesamtausgaben * 100	2003/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 41 Jugend und Soziales, Teilbereich Soziales

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
10255	41.20.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	Empfänger HLU / Bevölkerung * 1.000	2004	0
12721	41.21.01	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld)	je 1.000 EW	[SGB II: Empfänger von Leistungen] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
12722	41.21.02	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II / ALG II	je 1.000 EW	[SGB II / ALG II: Empfänger von Leistungen] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
12723	41.21.03	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II / Sozialgeld	je 1.000 EW	[SGB II / Sozialgeld: Empfänger von Leistungen] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
12700	41.22.01	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E. nach SGB II 3. Kap.	je 1.000 EW	[SGB II, 3. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E.] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
12710	41.23.01	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB II 4. Kap.	je 1.000 EW	[SGB II, 4. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E.] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
12711	41.23.02	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB II 4. Kap. im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	je 1.000 EW	[SGB II, 4. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E. - 18 bis unter 65 Jahre] / [Bevölkerung 18 bis unter 65 Jahre] * 1.000	2005	0
12712	41.23.03	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB II 4. Kap. im Alter von 65 Jahren und älter	je 1.000 EW	[SGB II, 4. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E. - 65 Jahre und älter] / [Bevölkerung 65 Jahre und älter] * 1.000	2005	0
12724	41.24.01	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Einwohner	Euro	[SGB II: Ausgaben] / Bevölkerung	2005	0
12727	41.24.02	Ausgaben SGB II / ALG II pro Einwohner	Euro	[SGB II / ALG II: Ausgaben] / Bevölkerung	2005	0
12728	41.24.03	Ausgaben SGB II / Sozialgeld pro Einwohner	Euro	[SGB II / Sozialgeld: Ausgaben] / Bevölkerung	2005	0
12725	41.25.01	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Leistungsempfänger	Euro	[SGB II: Ausgaben] / [SGB II: Empfänger von Leistungen]	2005	0
12726	41.25.02	Ausgaben SGB II (ALG II und Sozialgeld) pro Bedarfsgemeinschaft	Euro	[SGB II: Ausgaben] / [SGB II: Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen]	2005	0
12729	41.25.03	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft SGB II	Euro	[SGB II: Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU)] / [SGB II: Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen]	2005	0
12701	41.26.01	Ausgaben SGB II 3. Kap. a.v.E. pro Einwohner	Euro	[SGB II, 3. Kap.: Ausgaben a.v.E.] / Bevölkerung	2005	0
12702	41.26.02	Ausgaben SGB II 3. Kap. a.v.E. pro Leistungsempfänger	Euro	[SGB II, 3. Kap.: Ausgaben a.v.E.] / [SGB II, 3. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E.]	2005	0
12713	41.27.01	Ausgaben SGB II 4. Kap. a.v.E. pro Einwohner	Euro	[SGB II, 4. Kap.: Ausgaben a.v.E.] / Bevölkerung	2005	0
12714	41.27.02	Ausgaben SGB II 4. Kap. a.v.E. pro Leistungsempfänger	Euro	[SGB II, 4. Kap.: Ausgaben a.v.E.] / [SGB II, 4. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E.]	2005	0
10275	41.28.01	Hilfe zur Pflege/ Ambulante und stationäre Hilfe: Ausgaben pro Einwohner	Euro	ohne*	2005	0
10260	41.28.02	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger	je 1.000 EW	[Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger] / Bevölkerung * 1.000	2005	0
10261	41.28.03	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben pro Hilfeempfänger	Euro	[Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben] / [Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger]	2005	0
10270	41.28.04	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger	Euro	[Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger] / Bevölkerung * 1.000	2005	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I0271	41.28.05	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben pro Hilfeempfänger	je 1.000 EW	[Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben] / [Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger]	2005	0
I0272	41.28.06	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben pro Einwohner	Euro	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben / Bevölkerung	2005	0
I0221	41.29.01	Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Einwohner	Euro	geplante Kennziffer	0	0
I0222	41.29.02	Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Leistungsberechtigtem	Euro	geplante Kennziffer	0	0
Ländervergleich						
I0240	41.30.01	Eingliederungshilfe: Kosten für Stationäres Wohnen	Euro / EW	[Eingliederungshilfe: Kosten für stationäres Wohnen] / Bevölkerung	2003/2004	1
I0241	41.30.02	Eingliederungshilfe: Kosten für Werkstätten	Euro / EW	[Eingliederungshilfe: Kosten für Werkstätten] / Bevölkerung	2003/2004	1
I0242	41.30.03	Eingliederungshilfe: Kosten für Tagesförderung	Euro / EW	[Eingliederungshilfe: Kosten für Tagesförderung] / Bevölkerung	2003/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 51 Gesundheit

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Ländervergleich						
I2101	51.01.01	Versorgungsquote auswärtiger Patienten	%	Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort * 100	2002/2005	1
I2105	51.02.01	KHG-Investitionen pro Planbett	Euro	Krankenhäuser: KHG-Investitionen / Krankenhäuser: Planbetten	2003/2005	1
I2106	51.02.02	KHG-Investitionen je Einw. – unbereinigt-	Euro	Krankenhäuser: KHG-Investitionen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2005	1
I2107	51.02.03	KHG-Investitionen je Einw. – bereinigt-	Euro	(Krankenhäuser: KHG-Investitionen / Jahresdurchschnittsbevölkerung) / (Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort) * 100	2002/2005	1
I2110	51.03.01	zugelassene Betten je 1.000 EW (Bettenindex, unbereinigt)	-	Krankenhäuser: zugelassene Betten / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1996/2005	1
I2111	51.03.02	zugelassene Betten je 1.000 EW (Bettenindex, bereinigt)	-	(Krankenhäuser: zugelassene Betten / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000) / (Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort) * 100	2002/2005	1
I2115	51.04.01	Durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	Tage	Krankenhäuser: durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	2002/2004	1
I2120	51.05.01	Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	%	Krankenhäuser: Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	2003/2004	1
I2125	51.06.01	Lebensmittelüberwachung – Planproben je 1.000 EW	Anzahl	Lebensmittelüberwachung: Planproben je 1.000 EW	2002/2004	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 68 Bau, Umwelt und Verkehr, Teilbereich Bau und Verkehr

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I1004	68.01.01	Siedlungs- und Verkehrsfläche: Anteil an der Bodenfläche	%	Siedlungs- und Verkehrsfläche / Bodenfläche * 100	1996/2004	4
I1003	68.01.02	Einwohner je Siedlungs- und Verkehrsfläche	EW / qkm	Bevölkerung / Siedlungs- und Verkehrsfläche	1996/2004	4
I0230	68.02.01	Wohngeld: Empfänger je 1.000 Einwohner	Anzahl	ohne*	2001/2005	4
I1340	68.03.01	geförderte Mietwohnungen: Anteil an den Wohnungen gesamt	%	ohne*	2003/2005	2
I1342	68.03.02	geförderte Eigentumsmaßnahmen: Anteil an den Baufertigstellungen (Wohnungen) gesamt	%	ohne*	2004	0
I1350	68.05.01	Gutachten für bebaute Grundstücke: Personalkosten je Gutachten	Euro	ohne*	2002	0
I1351	68.05.02	Gutachten für bebaute Grundstücke: Durchlaufzeit in Tagen	Anzahl	ohne*	2002	0
I1352	68.05.03	Gutachten für unbebaute Grundstücke: Durchlaufzeit in Tagen	Anzahl	ohne*	2002	0
I0950	68.06.01	VDV: Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner	km	ÖPNV: Nutzwagenkilometer (VDV) / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2004	1
I0955	68.06.02	VDV: Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner	km	ÖPNV: Personenkilometer (VDV) / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2003/2004	1
I0941	68.06.03	VDV: Streckenlänge Straßenbahn / Stadtbahn	km	ÖPNV: Streckenlänge Straßen-/ Stadtbahn (VDV)	2003/2004	1
I0960	68.07.01	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen: je Fahrgast	Euro	ÖPNV: Verlustrausgleich / ÖPNV: Fahrgäste	2004	0
I0961	68.07.02	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen: je Einwohner	Euro	ÖPNV: Verlustrausgleich / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2004	0
I0962	68.07.03	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen: je 1.000 Personenkilometer	Euro	ÖPNV: Verlustrausgleich / ÖPNV: Personenkilometer (VDV)	2004	0
I0970	68.08.01	Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer	Euro	ohne*	2004	0
I0971	68.08.02	Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer: Straßenunterhaltung	Euro	ohne*	2004	0
I0972	68.08.03	Unterhaltung und Instandsetzung je Straßenkilometer: Straßeninstandhaltung	Euro	ohne*	2004	0
Ländervergleich						
I0231	68.02.01	Wohngeld: Empfänger je 1.000 Einwohner	Anzahl	ohne*	2006	0
I1341	68.03.01	geförderte Mietwohnungen: Anteil an den Wohnungen gesamt	%	ohne*	2005	0
I1343	68.03.02	geförderte Eigentumsmaßnahmen: Anteil an den Baufertigstellungen (Wohnungen) gesamt	%	ohne*	2004	0
I1322	68.04.01	Wohnungen im Eigentum: Anteil an den Wohnungen insgesamt	%	Wohnungen: Eigentümerquote	2002	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 68 Bau, Umwelt und Verkehr, Teilbereich Umwelt

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I1010	68.20.01	Grünanlagen: Anteil an der Bodenfläche	%	Grünanlage / Bodenfläche * 100	1996/2004	4
I1011	68.20.02	Grünanlagen je 100 EW	ha	Grünanlage / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	1996/2004	4
I1025	68.20.03	öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je EW	Euro	ohne*	2000/2005	5
I1026	68.20.04	öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je qm	Euro	ohne*	2000/2005	5
I1008	68.21.01	Erholungsflächen: Anteil an der Bodenfläche	%	Erholungsfläche / Bodenfläche * 100	1996/2004	4
I1009	68.21.02	Erholungsflächen je 100 EW	ha	Erholungsfläche / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	1996/2004	4
Ländervergleich						
I1014	68.22.01	Naturschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	Naturschutzgebiete / Bodenfläche * 100	2004	0
I1015	68.22.02	Naturschutzgebiete je 100 EW	ha	Naturschutzgebiete / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2004	0
I1016	68.23.01	Vogelschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	Vogelschutzgebiete / Bodenfläche * 100	2004	0
I1017	68.23.02	Vogelschutzgebiete je 100 EW	ha	Vogelschutzgebiete / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2004	0
I1018	68.24.01	FFH-Gebiete Anteil an der Bodenfläche	%	FFH-Gebiete / Bodenfläche * 100	2004	0
I1019	68.24.02	FFH-Gebiete je 100 EW	ha	FFH-Gebiete / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 100	2004	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 71 Wirtschaft

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I1020	71.01.01	Gewerbeflächen je 10.000 EW	ha	Gewerbe- und Industrieflächen / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 10.000	1996/2004	4
I1021	71.01.02	Gewerbeflächen: Entwicklung in den letzten 4 Jahren	%	(Gewerbe- und Industrieflächen [aktuelles Jahr] / Gewerbe- und Industrieflächen [aktuelles Jahr - 4] - 1) * 100	1996/2004	4
I1820	71.02.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	Euro/ET	BIP in jeweiligen Preisen / Erwerbstätige	1991/2005	1
I1830	71.02.02	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe	Euro / ET	Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in jeweiligen Preisen (D) / 'Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe (D)	1991/2005	1
I1822	71.02.03	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	((BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige [aktuelles Jahr]) / (BIP in jeweiligen Preisen [aktuelles Jahr - 5] / Erwerbstätige [aktuelles Jahr - 5]) - 1) * 100	1996/2005	1
I1831	71.02.04	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	((BIP in Preisen [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige [aktuelles Jahr]) / (BIP in Preisen [aktuelles Jahr - 5] / Erwerbstätige [aktuelles Jahr - 5]) - 1) * 100	1996/2005	1
I0454	71.03.01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich	je 1.000 EW	Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen (G bis P) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2005	1
I0455	71.03.02	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr	je 1.000 EW	Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G bis I) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2005	1
I0456	71.03.03	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung	je 1.000 EW	Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung (J + K) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2005	1
I0457	71.03.04	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern	je 1.000 EW	Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern (L bis P) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2005	1
I0464	71.04.01	Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen (G bis P) [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen (G bis P) [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1996/2005	1
I0465	71.04.02	Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G bis I) [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G bis I) [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1996/2005	1
I0466	71.04.03	Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (J + K) [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (J + K) [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1996/2005	1
I0467	71.04.04	Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern (L bis P) [aktuelles Jahr] / Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern (L bis P) [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	1996/2005	1
I0474	71.05.01	Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	(Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen (G bis P) / Erwerbstätige) * 100	1991/2005	1
I0475	71.05.02	Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	(Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G bis I) / Erwerbstätige) * 100	1991/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrythmus: 0 = es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

I Code	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I0476	71.05.03	Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	(Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (J + K) / Erwerbstätige) * 100	1991/2005	1
I0477	71.05.04	Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	(Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern (L bis P) / Erwerbstätige) * 100	1991/2005	1
I1540	71.06.01	Zentralitätskennziffer Einzelhandel		Zentralitätskennziffer Einzelhandel	1999/2005	3
I1501	71.07.01	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben	Anzahl je EW	Gästeübernachtungen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1995/2004	1
I1502	71.07.02	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Gästeübernachtungen [aktuelles Jahr] / Gästeübernachtungen [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2000/2004	1
I1505	71.08.01	Gästebetten in Beherbergungsbetrieben	je 1.000 EW	Gästebetten in Beherbergungsbetrieben / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2004	1
I1511	71.08.02	Gästebetten: durchschnittliche Auslastung letzten 5 Jahre	%	(Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr] + Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr -1] + ... + Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr - 5]) / (Gästebetten in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr] + Gästebetten in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr -1] + ... + Gästebetten in Beherbergungsbetrieben [aktuelles Jahr -5]) / 3,65	2000/2004	1
I0615	71.09.01	Gewerbeneuerrichtungen	je 10.000 EW	Gewerbearmeldungen: Neuerrichtungen / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 10.000	2001/2005	1
I1853	71.11.01	Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	%	Verarbeitendes Gewerbe: Auslandsumsatz / Verarbeitendes Gewerbe: Umsatz * 100	1999/2004	1
Ländervergleich						
I2240	71.10.01	FuE-Personal (alle Sektoren): Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) je 1.000 Einwohner	Anzahl	FuE-Personal (alle Sektoren) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1995/2003	2
I2250	71.10.02	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors	Euro/EW	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1999/2003	2
I2251	71.10.03	Entwicklung der FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in den letzten 2 Jahren	%	(FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors [aktuelles Jahr] / FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors [aktuelles Jahr - 2] - 1) * 100	2001/2003	2
I1870	71.12.01	Ausländische Direktinvestitionen	Euro/EW	Ausländische Direktinvestitionen / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2002/2004	1
I1871	71.12.02	Ausländische Direktinvestitionen: Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr	%	(Ausländische Direktinvestitionen [aktuelles Jahr] / Ausländische Direktinvestitionen [aktuelles Jahr - 1] - 1) * 100	2003/2004	1
I1840	71.13.01	Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP	%	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen / Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen * 100	1991/2003	1
I0631	71.14.01	Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner	Anzahl	Anzahl der angemeldeten Patente (nach Anmeldersitz) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 10.000	1998/2005	1
I0632	71.14.02	Entwicklung der Patentanmeldungen in den letzten 3 Jahren	%	Anzahl der angemeldeten Patente (nach Anmeldersitz) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 10.000	2001/2005	1
I0490	71.15.01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte) / Beschäftigte in Betrieben (alle Betriebe) * 100	1999/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I0491	71.15.02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte) / Beschäftigte in Betrieben (alle Betriebe) * 100	1999/2005	1
I0492	71.15.03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte) / Beschäftigte in Betrieben (alle Betriebe) * 100	1999/2005	1
I0493	71.16.01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte) [aktuelles Jahr]) / (Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte) [aktuelles Jahr] - 5) * 100	2004/2005	1
I0494	71.16.02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte) [aktuelles Jahr]) / (Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte) [aktuelles Jahr] - 5) * 100	2004/2005	1
I0495	71.16.03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte) [aktuelles Jahr]) / (Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte) [aktuelles Jahr] - 5) * 100	2004/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 81 Häfen

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I2301	81.01.01	Containerumschlag in Mio. t	Mio. t	Seeverkehr: Containerumschlag in Mio t	2000/2005	2
I2302	81.01.02	Containerumschlag in Mio t: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Seeverkehr: Containerumschlag in Mio t [aktuelles Jahr] - Seeverkehr: Containerumschlag in Mio t [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2005	0
I2303	81.01.03	Containerumschlag in Mio t: Anteil am Gesamtumschlag	%	Seeverkehr: Containerumschlag in Mio t / (Seeverkehr: Containerumschlag in Mio t + Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut + Seeverkehr: Massengut) * 100	2000/2005	2
I2304	81.02.01	Containerumschlag in Mio TEU	Anzahl	Seeverkehr: Containerumschlag in Mio TEU	2000/2005	2
I2305	81.02.03	Containerumschlag in Mio TEU: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Seeverkehr: Containerumschlag in Mio TEU [aktuelles Jahr] - Seeverkehr: Containerumschlag in Mio TEU [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2005	0
I2306	81.02.03	Containerumschlag in TEU je Kajenmeter	TEU/m	Seeverkehr: Containerumschlag je Kajenmeter	2004/2005	1
I2310	81.03.01	nicht-containerisiertes Stückgut	Mio. t	Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut	2000/2005	2
I2311	81.03.02	nicht-containerisierten Stückgut: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut [aktuelles Jahr] - Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2005	0
I2312	81.03.03	nicht-containerisierten Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag	%	Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut / (Seeverkehr: Containerumschlag + Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut + Seeverkehr: Massengut) * 100	2000/2005	2
I2315	81.04.01	Automobilumschlag	Mio Units	Seeverkehr: Automobilumschlag	2000/2005	5
I2316	81.04.02	Automobilumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Seeverkehr: Automobilumschlag [aktuelles Jahr] - Seeverkehr: Automobilumschlag [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2005	0
I2320	81.05.01	Massengutumschlag	Mio t	Seeverkehr: Massengut	2000/2005	2
I2321	81.05.02	Massengutumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	(Seeverkehr: Massengut [aktuelles Jahr] - Seeverkehr: Massengut [aktuelles Jahr - 5] - 1) * 100	2005	0
23222	81.05.03	Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	Seeverkehr: Massengut / (Seeverkehr: Containerumschlag + Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut + Seeverkehr: Massengut) * 100	2000/2005	2
I2331	81.06.01	Flughäfen: Fluggäste	Anzahl je EW	(Luftverkehr: Personenverkehr (Einsteiger) + Luftverkehr: Personenverkehr (Aussteiger) + Luftverkehr: Personenverkehr (Durchgang)) / Jahresdurchschnittsbevölkerung	1999/2005	2
I2332	81.06.02	Flughäfen: Entwicklung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	%	(Luftverkehr: Personenverkehr (Einsteiger) [aktuelles Jahr] + Luftverkehr: Personenverkehr (Aussteiger) [aktuelles Jahr] + Luftverkehr: Personenverkehr (Durchgang) [aktuelles Jahr]) / (Luftverkehr: Personenverkehr (Einsteiger) [aktuelles Jahr - 5] + Luftverkehr: Personenverkehr (Aussteiger) [aktuelles Jahr - 5] + Luftverkehr: Personenverkehr (Durchgang) [aktuelles Jahr - 5]) * 100	2004/2005	1
I2341	81.07.01	Flughäfen: Frachtmenge	t je 1.000 EW	(Luftverkehr: Frachtverkehr (Einladung) + Luftverkehr: Frachtverkehr (Ausladung) + Luftverkehr: Frachtverkehr (Durchgang)) / Jahresdurchschnittsbevölkerung * 1.000	1999/2005	2

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I2342	81.07.02	Flughäfen: Entwicklung der Frachtmengen in den letzten 5 Jahren	%	(Luftverkehr: Frachtverkehr (Einladung) [aktuelles Jahr] + Luftverkehr: Frachtverkehr (Ausladung) [aktuelles Jahr] + Luftverkehr: Frachtverkehr (Durchgang) [aktuelles Jahr]) / (Luftverkehr: Frachtverkehr (Einladung) [aktuelles Jahr - 5] + Luftverkehr: Frachtverkehr (Ausladung) [aktuelles Jahr - 5] + Luftverkehr: Frachtverkehr (Durchgang) [aktuelles Jahr - 5]) * 100	2004/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Tabelle/ Produktplan: 91 Finanzen/ Personal

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
Städtevergleich						
I0830	91.01.01	Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 EW	Anzahl	ohne*	2003	0
I0831	91.01.02	Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	%	ohne*	2003	0
I0832	91.01.03	Durchschnittsalter der Beschäftigten im kommunalen Bereich	Jahre	ohne*	2003	0
I0833	91.01.04	Krankheitsquote nach Kalendertagen im kommunalen Bereich	Anzahl	ohne*	2003	0
Ländervergleich						
I0835	91.02.01	öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Personalquote (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	BVOL je 1.000 EW	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigungsvolumen (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) / Bevölkerung * 1.000	2003/2004	1
I0836	91.02.02	öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil weiblich (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigte weiblich (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) / Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) * 100	2004	0
I0837	91.02.03	öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil Teilzeitbeschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Teilzeitbeschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) / Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) * 100	2004	0
I0838	91.02.04	Erfüllung der Beschäftigtenquote von Schwerbehinderten durch die Obersten Landesbehörden	%	ohne*	2004	0
I0840	91.03.01	Prüfungsturnus Großbetriebe	Jahre	ohne*	2003/2005	2
I0841	91.03.02	Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Jahre	ohne*	2003/2005	2
I0845	91.04.01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	%	ohne*	2004/2005	1
I0846	91.04.02	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Prüfungen je Mitarbeiter	Anzahl	ohne*	2004/2005	1
I0847	91.04.03	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	ohne*	2004/2005	1
I0850	91.05.01	Veranlagung natürlicher Personen: Personalausgaben je Steuerpflichtiger	Euro	ohne*	2004/2005	1
I0851	91.05.02	Veranlagung natürlicher Personen: Zur Verfügung stehende Zeit je Steuerpflichtiger	h	ohne*	2004/2005	1
I0852	91.05.03	Veranlagung natürlicher Personen: Quote gehobener Dienst zu mittlerer Dienst	%	ohne*	2004	0
I0855	91.06.01	Betriebsprüfung: Personalausgaben je geprüfter Betrieb	Euro	ohne*	2004/2005	1
I0856	91.06.02	Betriebsprüfung: Zur Verfügung stehende Zeit pro Prüfung	h	ohne*	2004/2005	1
I0857	91.06.03	Betriebsprüfung: Prüfungen je Mitarbeiter	Anzahl	ohne*	2004/2005	1

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

ICode	BM-Nr	Kennziffer	Einheit	Berechnung	Jahr Min/Max	Akt.**
I0858	91.06.04	Betriebsprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	ohne*	2004/2005	1
I0860	91.07.01	Arbeitnehmerveranlagung: Durchschnittliche Erledigungsquote im Kalenderjahr	%	ohne*	2004/2005	1
I0865	91.08.01	Ausgaben für Personal der Finanzämter pro 1.000 Einwohner	Euro	ohne*	2004/2005	1
I0870	91.09.01	Ausgaben für Steuer- und Finanzverwaltung je EW	Euro	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Steuer- und Finanzverwaltung / Jahresdurchschnittsbevölkerung	2002/2003	1
I0875	91.10.01	Ausbildungsquote im Bereich der Steuerverwaltung		ohne*	2005	0

* "ohne": Es liegen keine Einzeldaten vor, die (Verhältnis-)Zahlen werden durch das Ressort erhoben und zur Verfügung gestellt.

** Akt.: Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc.

Benchmarking-Bericht 2006: Dokumentation der Kennziffern

Teil II: Basiszahlen

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V1335	Abgeordnete <u>Quelle:</u> Bremische Bürgerschaft <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Anzahl	L	2003/2005	1
V1920	Amtsgerichte/ Familiensachen: Eingänge <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> 2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Familiensachen (Tabelle Z1 A.4 Nr. 2), Eingänge <u>Erläuterung:</u> Stand: 15.11.2005	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
V1922	Amtsgerichte/ Strafverfahren: Eingänge <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> 2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Strafsachen insgesamt (Tabelle S 1.4 - Spruchkörper insgesamt), Eingänge <u>Erläuterung:</u> Stand: 15.11.2005	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
V1921	Amtsgerichte/ Zivilsachen: Eingänge <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> 2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Zivilsachen (Tabelle Z 1.4 Nr. 2), Eingänge <u>Erläuterung:</u> Stand: 15.11.2005	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
V1955	Arbeitsgerichtsverfahren/ Klagen: Eingänge <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> 2004: Länderdaten zur Tätigkeit der Arbeitsgerichte im Jahre 2004, hier: Urteilsverfahren, eingegangene Klagen im Jahre 2004 <u>Erläuterung:</u>	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
V3001	Arbeitslose <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos sind bzw. lediglich eine geringfügige Beschäftigung (unter 15 Stunden in der Woche) ausüben.	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V3005	Arbeitslose 55 und älter <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> vgl. V3001 "Arbeitslose"	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V3004	Arbeitslose bis 25 <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> vgl. V3001 "Arbeitslose"	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V3006	Arbeitslose Langzeit <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren.	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V3003	Arbeitslose weiblich <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> vgl. V3001 "Arbeitslose"	-J	Anzahl	LK	2004/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V3010	Arbeitslosenquote (Bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Jahresdurchschnitt. Städtedurchschnitte werden auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.	-J	%	LK	2001/2005	1
V3011	Arbeitslosenquote Frauen <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Jahresdurchschnitt. Städtedurchschnitte werden auf der Basis der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.	-J	%	LK	2004/2005	1
V0110	Ausländer <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes <u>Erläuterung:</u> Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen, mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
V2010	Bäder insgesamt <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. aus BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
V2012	Bäder: Freibäder <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. aus BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
V2011	Bäder: Hallenbäder <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
V2025	Bäder: Kostendeckungsgrad <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Quelle: Senator für Inneres und Sport	-J	%	LK	2000/2005	1
V1901	Bedienstete je 100 Gefangene im Strafvollzug <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> Landesjustizverwaltungen <u>Erläuterung:</u>	-J	Anzahl	L	2003/2005	1
V0550	Beschäftigte in Betrieben (alle Betriebe) <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindeschlüssels.	-06	Anzahl	L	1999/2005	1
V0553	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte) <u>Quelle:</u> BA Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern	-06	Anzahl	L	1999/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindegeschlüssels.				
V0551	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50 Beschäftigte)	-06	Anzahl	L	1999/2005	1
	<u>Quelle:</u>	BA Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindegeschlüssels.				
V0552	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte)	-06	Anzahl	L	1999/2005	1
	<u>Quelle:</u>	BA Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindegeschlüssels.				
V0001	Bevölkerung	-12	Anzahl	LK	1995/2005	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				
	<u>Erläuterung:</u>	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12. Die jährliche Fortschreibung der Bevölkerung erfolgt mit Hilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie der Wanderungsstatistik. Bei den Bevölkerungsdaten ab 31.12.1987 in den alten Bundesländern handelt es sich um Fortschreibungszahlen, basierend auf der Volkszählung vom 25.05.1987, in den neuen Bundesländern ist die am 03.10.1990 festgestellte amtliche Einwohnerzahl die Grundlage. Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschl. Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören die Angehörigen der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.				
V0002	Bevölkerung 0 bis unter 03	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0001 "Bevölkerung"				
V0003	Bevölkerung 03 bis unter 06	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0001 "Bevölkerung"				
V0004	Bevölkerung 06 bis unter 10	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0001 "Bevölkerung"				
V0005	Bevölkerung 10 bis unter 15	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0001 "Bevölkerung"				
V0006	Bevölkerung 15 bis unter 18	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes				

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0019	Bevölkerung 15 bis unter 65	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0017	Bevölkerung 65 bis unter 75	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0018	Bevölkerung 75 und älter	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0020	Bevölkerung männlich	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0039	Bevölkerung weiblich	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0044	Bevölkerung weiblich 15 bis unter 18	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0045	Bevölkerung weiblich 18 bis unter 20	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0046	Bevölkerung weiblich 20 bis unter 25	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0047	Bevölkerung weiblich 25 bis unter 30	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0048	Bevölkerung weiblich 30 bis unter 35	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					
V0049	Bevölkerung weiblich 35 bis unter 40	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V0050	Bevölkerung weiblich 40 bis unter 45 <u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal <u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes <u>Erläuterung:</u> vgl. V0001 "Bevölkerung"	-12	Anzahl	LK	1995/2004	1
V0065	Bevölkerung: Gleichaltrige Wohnbevölkerung <u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179, Tabelle C.III.1.3 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Durchschnitt der 17- bis unter 20-jährigen (12 Schuljahre) bzw. 18 - unter 21-jährigen (13 Schuljahre) deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.	-12	Anzahl	L	1995/2004	1
V0840	BIP in jeweiligen Preisen <u>Quelle:</u> AK VGR d L: Länderergebnisse/ Kreisergebnisse <u>Grundlage:</u> VGR der Länder <u>Erläuterung:</u>	-J	Mio. Euro	LK	1980/2005	2
V1102	Bodenfläche <u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal <u>Grundlage:</u> Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung <u>Erläuterung:</u> Die Bodenfläche einer regionalen Einheit setzt sich aus allen innerhalb der festgelegten Grenzen dieses Gebiets liegenden Flächen zusammen. Erhebungsgrundlage stellen die Liegenschaftskataster dar.	-12	ha	LK	1996/2004	4
V0890	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen <u>Quelle:</u> AK VGR d L / www.statistik-bw.de <u>Grundlage:</u> VGR der Länder <u>Erläuterung:</u> Berechnungsstand: August 2005.	-J	Mio. Euro	L	1991/2003	1
V0805	Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in jeweiligen Preisen (D) <u>Quelle:</u> AK VGR d L: Länderergebnisse/ Kreisergebnisse. Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik <u>Grundlage:</u> VGR der Länder <u>Erläuterung:</u>	-J	Mio. Euro	LK	1991/2005	1
V0880	Direktinvestitionen: Ausländische Direktinvestitionen (unmittelbar und mittelbar) <u>Quelle:</u> Deutsche Bundesbank: Bestandserhebungen über Direktinvestitionen <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2002: Deutsche Bundesbank: Bestandserhebungen über Direktinvestitionen. Mai 2005. Ab 2003: Senator für Wirtschaft und Häfen	-12	Mio. Euro	L	2002/2004	1
V3060	Eingliederungshilfe: Kosten für stationäres Wohnen <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Für Berlin liegen zu dieser Kennzahl keine Daten vor!	k. A.	Euro	L	2003/2004	1
V3062	Eingliederungshilfe: Kosten für Tagesförderung <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Euro	L	2003/2004	1
V3061	Eingliederungshilfe: Kosten für Werkstätten <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Euro	L	2003/2004	1
V0941	Einkommen privater Haushalte: Primäreinkommen	-J	1.000 Euro	LK	1995/2003	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Quelle:</u>	AK VGR d L: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2003. Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik				
	<u>Grundlage:</u>	Primäreinkommen der privaten Haushalte				
	<u>Erläuterung:</u>	Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.				
V0940	Einkommen privater Haushalte: verfügbares Einkommen	-J	1.000 Euro	LK	1995/2003	1
	<u>Quelle:</u>	AK VGR d L: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2003. Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik				
	<u>Grundlage:</u>	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte				
	<u>Erläuterung:</u>	Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.				
V0325	Einrichtungen der Jugendhilfe: Gesamtausgaben	k. A.	1.000 Euro	L	2004/2004	0
	<u>Quelle:</u>	StaBA, Statistik regional				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0326	Einrichtungen der Jugendhilfe: Personalausgaben	k. A.	1.000 Euro	L	2004/2004	0
	<u>Quelle:</u>	StaBA, Statistik regional				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0302	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	-12	Anzahl	LK	1998/2004	2
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales nach: Kennzahlenvergleich SGB XII der 16 deutschen Großstädte				
	<u>Grundlage:</u>	Statistik der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt				
	<u>Erläuterung:</u>	Vorjahresdaten aus dem Datensatz 2005 zum SGB XII 3. Kapitel				
V1108	Erholungsfläche	-12	ha	LK	1996/2004	4
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung				
	<u>Erläuterung:</u>	Die Erholungsfläche umfasst unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere und Pflanzen zu zeigen. Hierzu gehören u.a. Grünanlagen einschließlich Parks, Schrebergärten und dgl. sowie Sportflächen und Campingplätze.				
V1915	Ermittlungsverfahren / Js Verfahren ohne Abgabe innerhalb der StA	-J	Anzahl	L	2001/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Senator für Justiz				
	<u>Grundlage:</u>	2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Staats- und Anwaltssachen insgesamt, Js-Sachen insgesamt (Tabelle E L.1.3.II), Neuzugänge.				
	<u>Erläuterung:</u>	Stand: 15.11.2005				
V0601	Erwerbstätige	-J	1.000	LK	1991/2005	1
	<u>Quelle:</u>	AK VGR d L: Länderergebnisse/ Kreisergebnisse				
	<u>Grundlage:</u>	VGR der Länder				
	<u>Erläuterung:</u>	Erwerbstätige sind alle Personen, die als Arbeitnehmer in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Soldaten und Auszubildende), auch geringfügig Beschäftigte und Heimarbeiter, bzw. die als Selbständige (einschließlich deren mithelfende Familienangehörige) ein Gewerbe bzw. eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Erwerbstätige				

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u>	Die Daten 2003 und 2004 sind nicht unmittelbar vergleichbar, da der Vergleich ab 2004 auf Beschluss der an IKO teilnehmenden Städte auch die Fälle und Kosten für die Eingliederungshilfe gem. § 35 a SGB VIII umfasst.				
V0387	Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung	k. A.	Euro	K	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Die Daten 2003 und 2004 sind nicht unmittelbar vergleichbar, da der Vergleich ab 2004 auf Beschluss der an IKO teilnehmenden Städte auch die Fälle und Kosten für die Eingliederungshilfe gem. § 35 a SGB VIII umfasst.				
V0381	Erziehungshilfe: stationäre Betreuung	k. A.	Anzahl	K	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Die Daten 2003 und 2004 sind nicht unmittelbar vergleichbar, da der Vergleich ab 2004 auf Beschluss der an IKO teilnehmenden Städte auch die Fälle und Kosten für die Eingliederungshilfe gem. § 35 a SGB VIII umfasst.				
V1805	Fach- und Hochschulen: Absolventen	k. A.	Anzahl	(L)K	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u>	Senator für Bildung und Wissenschaft				
	<u>Grundlage:</u>	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik				
	<u>Erläuterung:</u>	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Als Absolventen gelten die Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung. Berücksichtigt werden nur die erfolgreichen Prüfungsteilnehmer eines Erststudiums. Zum Erststudium zählt auch das Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote nach einer erfolgreich abgelegten Prüfung im Freiversuch. Nicht berücksichtigt werden erfolgreiche Prüfungen, die im Rahmen eines Zweit-, Ergänzungs- und Aufbaustudiums abgelegt werden.				
V1820	Fach- und Hochschulen: Drittmittel	-J	1.000 Euro	(L)K	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u>	Senator für Bildung und Wissenschaft				
	<u>Grundlage:</u>	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik				
	<u>Erläuterung:</u>	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Drittmittel sind solche Mittel, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Drittmittel können der Hochschule selbst, einer ihrer Einrichtungen (z.B. Fakultäten, Fachbereichen, Instituten) oder einzelnen Wissenschaftlern im Hauptamt zur Verfügung gestellt werden. Nicht zu den Drittmitteln zählen z.B. Mittel aus Zentral- und Fremdkapiteln des Trägerlandes, Mittel nach dem Überlastprogramm oder Mittel der rechtlich selbständigen Institute an Hochschulen. Zu beachten ist, dass die Regelungen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten (z. B. die Einstellung in den Haushalt, Verwahr- oder Sonderkonten) in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich sind und dass bis 1991 in der Hochschulfinanzstatistik nur Drittmittel erfasst wurden, die in die Haushalte einbezogen wurden.				
V1815	Fach- und Hochschulen: Grundmittel	-J	1.000 Euro	(L)K	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u>	Senator für Bildung und Wissenschaft				
	<u>Grundlage:</u>	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik				
	<u>Erläuterung:</u>	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Bei den laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden in der Hochschulfinanzstatistik ermittelt, indem von den Aden Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinahmen abgezogen werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben und keine Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung des verbeamteten Personals. Durch die unterschiedlichen Wertgrenzen für Investitionen (zwischen ca. 400 und 5.000 €) ergeben sich bei Länderübergreifenden Vergleichen allerdings leichte Unschärfen.				
V1810	Fach- und Hochschulen: Professoren/innen (Vollzeitäquivalente)	-J	Anzahl	(L)K	1998/2003	2
	<u>Quelle:</u>	Senator für Bildung und Wissenschaft				
	<u>Grundlage:</u>	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik				

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u>					
	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Erfasst sind alle Professoren der Besoldungsgruppen C 4 bis C 2 ausgedrückt in Stellen bzw. in Stellenäquivalente gem. Stellenplan oder bei Personalbudgets äquivalent umgerechnet einschließlich Stellen oder Mittel aus Überlast- und Hochschulsonderprogrammen mit dem Erhebungsstichtag 1. Dezember.					
V1803	Fach- und Hochschulen: Studienanfänger (1. HS)	-J	Anzahl	(L)K	1994/1999	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Bildung und Wissenschaft					
	<u>Grundlage:</u>					
	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Studienanfänger im 1. Hochschulsesemester (Erstimmatrikulierte) sind Studierende, die sich im betrachteten Semester erstmals an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben haben.					
V1801	Fach- und Hochschulen: Studierende	-J	Anzahl	(L)K	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Bildung und Wissenschaft					
	<u>Grundlage:</u>					
	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg. Studierende sind die in einem Fachstudium immatrikulierten (eingeschriebenen) Personen - ohne Beurlaubte, Teilnehmer an Studienkollegs und Gasthörer.					
V1804	Fach- und Hochschulen: Studierende mit am Studienort erworbener HZB	-J	Anzahl	(L)K	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Bildung und Wissenschaft					
	<u>Grundlage:</u>					
	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Hochschulen in privater, kirchlicher sowie Trägerschaft des Bundes und Verwaltungshochschulen werden nicht berücksichtigt. 2003: Fusion der Universitäten Essen und Duisburg, Angaben für Essen umfassen auch den Standort Duisburg.					
V1640	Feuerwehr: Brandeinsätze	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1645	Feuerwehr: Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	k. A.	Minuten	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1636	Feuerwehr: Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1650	Feuerwehr: Personalfaktor	k. A.	-	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1630	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	k. A.	Anzahl	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1631	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	k. A.	Anzahl	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u>					
V1635	Feuerwehr: Soll-Zahl der Feuerwehrbeamten	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1122	FFH-Gebiete	k. A.	ha	L	2004/2006	2
	<u>Quelle:</u> Senator für Bau und Umwelt/ BfN					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Stand der Gebietsmeldungen vom 25.01.2006. Nur terrestrische Flächen					
V1945	Finanzgerichtsverfahren: Eingänge	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Senator für Justiz					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Finanzgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 Klagen und Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz zusammen, Eingänge					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1891	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors	-J	Mio. Euro	L	1999/2003	2
	<u>Quelle:</u> BMBF: Bundesbericht Forschung bzw. BMBF: Grund- und Strukturdaten 2005. 2003: Eurostat					
	<u>Grundlage:</u> Stifterverband Wissenschaftsstatistik und BMBF					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1880	FuE-Personal (alle Sektoren) (Vollzeitäquivalente)	-J	Anzahl	L	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u> BMBF: Bundesbericht Forschung bzw. BMBF: Grund- und Strukturdaten 2005. Ab 1999: Eurostat					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1502	Gästebetten in Beherbergungsbetrieben	-07	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Monatserhebung im Tourismus					
	<u>Erläuterung:</u> Auskunftspflichtig sind Beherbergungsbetriebe, die mehr als acht Gäste (im Reiseverkehr) gleichzeitig vorübergehend beherbergen. Hierzu zählen auch Unterkunftsstätten, die die Gästebeherbergung nichtgewerblich und/oder nur als Nebentätigkeit betreiben. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen, Boardinghouses, Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime, etc. Gästebetten: als Gästebetten werden die Anzahl der angebotenen Betten und sonstigen Schlafgelegenheiten in den geöffneten Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ausgewiesen. Das Bettenangebot bezieht sich auf die Beherbergungsmöglichkeiten vom Stand von Ende Juli.					
V1501	Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Monatserhebung im Tourismus					
	<u>Erläuterung:</u> Auskunftspflichtig sind Beherbergungsbetriebe, die mehr als acht Gäste (im Reiseverkehr) gleichzeitig vorübergehend beherbergen. Hierzu zählen auch Unterkunftsstätten, die die Gästebeherbergung nichtgewerblich und/oder nur als Nebentätigkeit betreiben. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen, Boardinghouses, Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime, etc. Gästeübernachtungen: es handelt sich hierbei um die Zahl der Übernachtungen von Personen, die während des Kalenderjahres in Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) übernachten.					
V1101	Gebietsfläche	-12	km ²	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal					
	<u>Grundlage:</u> Feststellung des Gebietsstandes					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0070	Gestorbene	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Sterbefälle					
	<u>Erläuterung:</u> Als Sterbefälle werden die im Berichtszeitraum Gestorbenen ausgewiesen, ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen.					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V1106	Gewerbe- und Industriefläche <u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal <u>Grundlage:</u> Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung <u>Erläuterung:</u> Gebäude- und Freiflächen, die vorherrschenden gewerblichen und industriellen Zwecken dienen.	-12	ha	LK	1996/2004	4
V0721	Gewerbeabmeldungen: Aufgaben <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Gewerbeanzeigenstatistik <u>Erläuterung:</u> Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Abmeldung ist abzugeben bei: Aufgabe eines Gewerbebetriebes (vollständige Aufgabe und Aufgabe nach dem Umwandlungsgesetz), Verlegung in einen anderen Meldebezirk (Fortzug) und Übergabe eines bestehenden Betriebes (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt).	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V0722	Gewerbeabmeldungen: Fortzüge <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Gewerbeanzeigenstatistik <u>Erläuterung:</u> Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Abmeldung ist abzugeben bei: Aufgabe eines Gewerbebetriebes (vollständige Aufgabe und Aufgabe nach dem Umwandlungsgesetz), Verlegung in einen anderen Meldebezirk (Fortzug) und Übergabe eines bestehenden Betriebes (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt).	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V0719	Gewerbeabmeldungen: Neuerrichtungen <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Gewerbeanzeigenstatistik <u>Erläuterung:</u>	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V0720	Gewerbeabmeldungen: Zuzüge <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Gewerbeanzeigenstatistik <u>Erläuterung:</u> Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Anmeldung ist abzugeben bei: Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes (Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz), Wiedereröffnung nach Verlegung (Zuzug) und Übernahme eines bestehenden Betriebes (Kauf, Pacht, Erbe, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).	-J	Anzahl	LK	2001/2005	1
V1109	Grünanlage <u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal <u>Grundlage:</u> Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung <u>Erläuterung:</u> Unbebaute Flächen, die vorherrschend der Erholung dienen, wie Parks, Spielplätze, Kleingärten, u. dgl.	-12	ha	LK	1996/2004	4
V1755	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Die Zahl der Hilfeempfänger umfasst Pflegeversicherte mit ergänzendem Pflegesachleistungsbedarf und Nichtversicherte Pflegebedürftige, die entweder Pflegegeld oder Pflegesachleistungen beziehen.	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
V1761	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Die Ausgaben enthalten auch die Teilausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen, der systematisch und statistisch ab 1.1.2005 gesondert darzustellen ist. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgabe erfolgte uneinheitlich in den Kommunen und Ländern. Dies betrifft auch die Teilausgabe Grundsicherung in Einrichtungen, die im Jahr 2005 auch gesondert verbucht worden ist.	k. A.	Euro	K	2005	0
V1760	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Es handelt sich um den Jahresdurchschnittswert.	-J	Anzahl	K	2005	0

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V1900	Inhaftierte <u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> Zahlenaustausch der Bundesländer zum Tageshaftkostensatz, hier: Gesamthafttage <u>Erläuterung:</u> Jahresdurchschnittliche Anzahl der inhaftierten Personen. Die durchschnittliche Anzahl der Inhaftierten wurde aus den Gesamthafttagen (geteilt durch 365 bzw. bei Schaltjahren 366) ermittelt.	-J	Anzahl	L	2001/2005	1
V0871	Insolvenzen: Beschäftigte in Insolvenzverfahren (ohne Kleingewerbe) <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Insolvenzstatistik <u>Erläuterung:</u> Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Antragstellung. Ab 2002 einschließlich Kleingewerbe.	-J	Anzahl	LK	2000/2004	1
V0870	Insolvenzen: Zahl der Insolvenzverfahren <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Insolvenzstatistik <u>Erläuterung:</u> Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, in dem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird.	-J	Anzahl	LK	2000/2004	1
V0060	Jahresdurchschnittsbevölkerung <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes <u>Erläuterung:</u> Die durchschnittliche Jahresbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. Diese berechnen sich jeweils als arithmetisches Mittel aus dem Anfangs- und Endbestand des betreffenden Monats. 2005: Bevölkerungsstand am 30.06.2005.	-J	Anzahl	LK	1995/2005	1
V0061	Jahresdurchschnittsbevölkerung männlich <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes <u>Erläuterung:</u> vgl. V0060 "Jahresdurchschnittsbevölkerung"	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
V0062	Jahresdurchschnittsbevölkerung weiblich <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Fortschreibung des Bevölkerungsstandes <u>Erläuterung:</u> vgl. V0060 "Jahresdurchschnittsbevölkerung"	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
V0066	Jugendeinwohner <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> IKO-Vergleichsring Jugendhilfe <u>Erläuterung:</u> Bevölkerung von 0 bis unter 21 Jahre.	k. A.	Anzahl	K	2003/2004	1
V0345	Kitas: Ausgaben - Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) auf Basis des Referenzwertes ohne Miete und außergewöhnliche Aufwendungen	k. A.	Euro	K	2005	0
V0347	Kitas: Ausgaben - Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre - Zuschüsse an andere Träger <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) für alle Plätze auf Basis des Referenzwertes ohne Mieten und außergewöhnlichen Aufwendungen. Die Ausgaben für die Plätze ohne Spielkreise betragen 10.298.369 Euro	k. A.	Euro	K	2005	0
V0346	Kitas: Ausgaben - Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	k. A.	Euro	K	2005	0

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0348	Kitas: Ausgaben - Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre - Zuschüsse an andere Träger	k. A.	Euro	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0355	Kitas: Auslastungsquote 0 bis unter 3 Jahre	k. A.	%	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0356	Kitas: Auslastungsquote 3 bis unter 6 Jahre	k. A.	%	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0365	Kitas: betreute Kinder - Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre	k. A.	Anzahl	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0366	Kitas: betreute Kinder - Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre	k. A.	Anzahl	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0370	Kitas: Fachkräfte für Altersgruppe 0 bis unter 3	k. A.	Anzahl	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0371	Kitas: Fachkräfte für Altersgruppe 3 bis unter 6	k. A.	Anzahl	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0361	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (andere Träger)	k. A.	%	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0360	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	k. A.	%	K	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0375	Kitas: Landesvorgaben zur Gruppenraumfläche je Kind	k. A.	m ²	L	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V0391	Kitas: Plätze - Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (alle Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Anzahl	K	2005	0
V0341	Kitas: Plätze - Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre (kommunaler Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Anzahl	K	2005	0
V0392	Kitas: Plätze - Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (alle Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Anzahl	K	2005	0
V0342	Kitas: Plätze - Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre (kommunaler Träger) <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	Anzahl	K	2005	0
V0335	Kitas: Platz-Kind-Relation (0 bis unter 3 Jahre) <u>Quelle:</u> StaBA, Statistik regional <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	%	LK	2002/2002	0
V0336	Kitas: Platz-Kind-Relation (3 bis unter 6 Jahre) <u>Quelle:</u> StaBA, Statistik regional <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	%	LK	2002/2002	0
V0337	Kitas: Platz-Kind-Relation (6 bis unter 12 Jahre) <u>Quelle:</u> StaBA, Statistik regional <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	k. A.	%	LK	2002/2002	0
V0350	Kitas: Versorgungsquote 0 bis unter 3 Jahre <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> In Bremen handelt es sich um die Versorgungsquote ohne Tagespflege und Spielkreise bei Zuwendungsfinanzierten Trägern. Berücksichtigung aller Träger: 10,11 %, Berücksichtigung aller Träger, die Zuwendungen erhalten: 9,69 %.	k. A.	%	LK	2004/2005	1
V1375	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin <u>Quelle:</u> Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Vergleich Bremens mit den anderen Ländern nur bedingt aussagekräftig. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen. Hinweis zu Berlin: Die Landesvertretung Berlin ist aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert und damit mit den anderen Ländern nicht vergleichbar.	k. A.	1.000 Euro	L	2003/2005	1
V1376	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltene Mittel für Veranstaltungen etc. <u>Quelle:</u> Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa <u>Grundlage:</u>	k. A.	1.000 Euro	L	2003/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u>					
	Vergleich Bremens mit den anderen Ländern nur bedingt aussagekräftig. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen. Hinweis zu Berlin: Die Landesvertretung Berlin ist aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert und damit mit den anderen Ländern nicht vergleichbar.					
V1910	Kosten für den Strafvollzug	-J	Euro	L	2001/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Justiz					
	<u>Grundlage:</u>					
	Zahlenaustausch der Bundesländer					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Kosten des Strafvollzuges (Haushaltszuschüsse ohne Baukosten) unter Zugrundelegung des vom Strafvollzugausschuss der Länder verabschiedeten bundeseinheitlichen Berechnungsschemas.					
V1705	Krankenhäuser: Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	k. A.	%	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	ab 2003 Bettennutzung incl. Psychiatrie (nur vollstationär) in %					
V1706	Krankenhäuser: durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	-J	Tage	L	2002/2004	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	durchschnittliche Verweildauer MIT Psychiatrie, die Entwicklung von 2002 bis 2004 unter dem Vorbehalt methodischer Brüche in der Fallzählweise (bedingt durch die Einführung des Fallpauschalen-Entgeltsystems)					
V1710	Krankenhäuser: KHG-Investitionen	k. A.	Mio. Euro	L	1995/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1741	Krankenhäuser: Planbetten	-12	Anzahl	L	2003/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1740	Krankenhäuser: zugelassene Betten	-12	Anzahl	L	1996/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1340	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten	k. A.	1.000 Euro	L	2003/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Bremische Bürgerschaft					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	2003: nachträgliche Korrektur für Hessen, daher Abweichungen zu BM-Bericht 2005. HH: ohne Servicefunktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.).					
V1345	Länderparlamente: Konsumtive Verwaltungskosten ohne Aufwendungen für Abgeordnete/ Fraktionszuschüsse	k. A.	1.000 Euro	L	2003/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Bremische Bürgerschaft					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	2003: nachträgliche Korrektur für Hessen, daher Abweichungen zu BM-Bericht 2005. HH: ohne Servicefunktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.).					
V1936	Landgerichte/ Strafsachen I. Instanz: Eingänge	-J	Anzahl	L	2004	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Justiz					
	<u>Grundlage:</u>					
	2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Landgericht, Strafsachen - I. Instanz - insgesamt (Tabelle S 3.3 - Spruchkörper insgesamt), Eingänge					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Stand: 15.11.2005					
V1935	Landgerichte/ Zivilsachen I. Instanz: Eingänge	-J	Anzahl	L	2003/2004	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Quelle:</u> Senator für Justiz					
	<u>Grundlage:</u> 2004: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Landgericht, Zivil- und Handelssachen - I. Instanz - (Tabelle Z 2.3.1 Nr. 2 - Zivilk. - und Z 2.3.2 Nr. 2 - Kammer f. Handelss. -), Eingänge					
	<u>Erläuterung:</u> Stand: 15.11.2005					
V0071	Lebendgeborene	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.					
V0072	Lebendgeborene: Alter der Mutter 20 bis unter 25	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> "Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Das Alter der Mutter bei der Geburt wird berechnet als Differenz zwischen Geburtsmonat/-jahr des Kindes und dem Geburtsmonat/-jahr der Mutter. Die Addition der Altersgruppen ergibt u.U. nicht den Ingesamt-Wert, da dieser auch die Fälle "ohne Angabe zum Alter" beinhaltet."					
V0073	Lebendgeborene: Alter der Mutter 25 bis unter 30	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0072 "Lebendgeborene. Alter der Mutter 20 bis unter 25"					
V0074	Lebendgeborene: Alter der Mutter 30 bis unter 35	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0072 "Lebendgeborene. Alter der Mutter 20 bis unter 25"					
V0075	Lebendgeborene: Alter der Mutter 35 bis unter 40	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0072 "Lebendgeborene. Alter der Mutter 20 bis unter 25"					
V0076	Lebendgeborene: Alter der Mutter 40 und älter	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0072 "Lebendgeborene. Alter der Mutter 20 bis unter 25"					
V0077	Lebendgeborene: Alter der Mutter unter 20	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional					
	<u>Grundlage:</u> Statistik der Geburten					
	<u>Erläuterung:</u> vgl. V0072 "Lebendgeborene. Alter der Mutter 20 bis unter 25"					
V1790	Lebensmittelüberwachung: Planproben je 1.000	k. A.	Anzahl	L	2002/2004	1
	<u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0431	Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen (Vollzeitäquivalente)	k. A.	Anzahl	L	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0432	Lehrkräfte an beruflichen Schulen (Vollzeitäquivalente)	k. A.	Anzahl	L	1995/2004	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1360	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer	k. A.	1.000 Euro	L	2001/2004	1
	<u>Quelle:</u> Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Zum Ländervergleich werden hier die ODA-Zahlen verwandt, die die gesamten Ausgaben der Länder widerspiegeln (für HB insbesondere aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft). Die direkten Projektzuschüsse aus dem Haushalt der Bevollmächtigten wurden von 818Tsd. € (2003) über 579 Tsd. € (2004) und 489 Tsd. € (2005) auf 416 Tsd. € (Eckwert 2006/2007) zurückgeführt.					
V1061	Luftverkehr: Frachtverkehr (Ausladung)	-J	t	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1062	Luftverkehr: Frachtverkehr (Durchgang)	-J	t	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1060	Luftverkehr: Frachtverkehr (Einladung)	-J	t	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1051	Luftverkehr: Personenverkehr (Aussteiger)	-J	Anzahl	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1052	Luftverkehr: Personenverkehr (Durchgang)	-J	Anzahl	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1050	Luftverkehr: Personenverkehr (Einsteiger)	-J	Anzahl	LK	1999/2005	2
	<u>Quelle:</u> StaBA: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen. Fachserie 8, Reihe 6.2 <u>Grundlage:</u> Luftfahrtstatistik nach Verkehrsstatistikgesetz vom 17.12.1999 <u>Erläuterung:</u>					
V1212	Museen: Besuche	-J	Anzahl in 1.000	L	2000/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch <u>Grundlage:</u> Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz. Museumsstatistik <u>Erläuterung:</u> Ohne Museen, die keine Angabe machen konnten bzw. geschlossen waren.					
V1260	Musikschulen: Ausgaben insgesamt	-J	1.000 Euro	L	2002/2004	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch <u>Grundlage:</u> Verband deutscher Musikschulen e.V., Bonn <u>Erläuterung:</u> Mitgliedsbezogene Daten des Verbandes der Musikschulen					
V1265	Musikschulen: Unterrichtsgebühren	-J	1.000 Euro	L	2002/2004	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch <u>Grundlage:</u> Verband deutscher Musikschulen e.V., Bonn					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u> Mitgliedsbezogene Daten des Verbandes der Musikschulen. 2003: ohne Berlin					
V1120	Naturschutzgebiete	k. A.	ha	L	2004	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Bau und Umwelt					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1203	Öffentliche Ausgaben für Bibliotheken	-J	Mio. Euro	L	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u> Kulturfinanzbericht 2006 (unveröff. Tabellenmaterial)					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Wert für Deutschland insgesamt entspricht Summe der Länder.					
V1201	Öffentliche Ausgaben für Kultur	-J	Mio. Euro	L	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u> Kulturfinanzbericht 2006 (unveröff. Tabellenmaterial)					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Wert für Deutschland insgesamt entspricht Summe der Länder.					
V1204	Öffentliche Ausgaben für Museen, Ausstellungen, etc.	-J	Mio. Euro	L	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u> Kulturfinanzbericht 2006 (unveröff. Tabellenmaterial)					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Wert für Deutschland insgesamt entspricht Summe der Länder.					
V1202	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik	-J	Mio. Euro	L	1995/2003	2
	<u>Quelle:</u> Kulturfinanzbericht 2006 (unveröff. Tabellenmaterial)					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Wert für Deutschland insgesamt entspricht Summe der Länder.					
V1292	Öffentliche Bibliotheken: Ausgaben	-J	1.000 Euro	L	2001/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin					
	<u>Erläuterung:</u> Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten.					
V1290	Öffentliche Bibliotheken: Benutzer/innen	-J	Anzahl in 1.000	L	2001/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin					
	<u>Erläuterung:</u> Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten.					
V1291	Öffentliche Bibliotheken: Entleihungen	-J	Anzahl in 1.000	L	2001/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin					
	<u>Erläuterung:</u> Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten.					
V1285	Öffentliche Bibliotheken: Medienbestand	-J	Anzahl in 1.000	L	2001/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin					
	<u>Erläuterung:</u> Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten.					
V0931	Öffentliche Haushalte: Bereinigte Ausgaben	k. A.	Mio. Euro	L	2001/2005	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. Fachserie 14 Reihe 2. 1.-4. Vj. 2005, Tabelle. 4.1.1					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0932	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Öffentliche Sicherheit und Ordnung	k. A.	Mio. Euro	L	2001/2003	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Bereinigte Ausgaben					
V0933	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei	k. A.	Mio. Euro	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u> Bereinigte Ausgaben					
V0935	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Steuer- und Finanzverwaltung	k. A.	Mio. Euro	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V1220	Öffentliche Theater: Angebotene Plätze	-J	Anzahl	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V1225	Öffentliche Theater: Besuche insgesamt	-J	Anzahl in 1.000	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V1235	Öffentliche Theater: Betriebsausgaben insgesamt	-J	1.000 Euro	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V1250	Öffentliche Theater: Betriebseinnahmen insgesamt	-J	1.000 Euro	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V1222	Öffentliche Theater: Gastspiele nach außerhalb	-J	Anzahl	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V1221	Öffentliche Theater: Veranstaltungen	-J	Anzahl	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003. Bremerhaven: 400					
V1245	Öffentliche Theater: Zuweisungen insgesamt	-J	1.000 Euro	L	2002/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Statistisches Jahrbuch					
	<u>Grundlage:</u> Deutscher Städtetag: Umfrage über Theater bei den Gemeinden					
	<u>Erläuterung:</u> Zeitbezug = Spielzeit, z.B.: 2003 = Spielzeit 2002/2003					
V0951	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	-06	Anzahl	L	2004	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Finanzen					
	<u>Grundlage:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 6					
	<u>Erläuterung:</u> Stand 30.06.					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V0955	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigte weiblich (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) <u>Quelle:</u> Senator für Finanzen <u>Grundlage:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 6 <u>Erläuterung:</u> Stand 30.06.	-06	Anzahl	L	2004	0
V0950	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Beschäftigungsvolumen (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) <u>Quelle:</u> Senator für Finanzen <u>Grundlage:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 6 <u>Erläuterung:</u> Stand 30.06.	-06	Anzahl	L	2003/2004	1
V0960	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Teilzeitbeschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) <u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 14, 3.1 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	-06	Anzahl	L	2004	0
V1035	ÖPNV: Fahrgäste <u>Quelle:</u> Senator für Bau, Umwelt und Verkehr <u>Grundlage:</u> Geschäftsberichte der Verkehrsbetriebe <u>Erläuterung:</u> Hamburg: Fahrgastzahl aufgeteilt in 193,2 Bus u. 181,1 U-Bahn (Gesamtbetrieb), im Gegensatz zu Gesamtbetrieb (Fahrgäste), wo Umsteiger nur einmal erfasst werden. Berlin: mit U-Bahn. Fahrgastzahlen: deutlicher Zuwachs zu 2003 entsteht durch unterschiedliche Berechnungsmethoden (Text entnommen dem Geschäftsbericht). Frankfurt: Fahrgastzahl Bus, Strab, U-Bahn. Hannover: Fahrgastzahlen = Unternehmensbeförderungsfälle (UBF) im GeUBF im Gegensatz zu Linienbeförderungsfällen (LBF). München: Umsteiger einfach gezählt (im Gegensatz zu Hamburg). Stuttgart: Fahrten.	k. A.	Mio.	LK	2004	0
V1020	ÖPNV: Nutzwagenkilometer (VDV) <u>Quelle:</u> Senator für Bau, Umwelt und Verkehr <u>Grundlage:</u> Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) <u>Erläuterung:</u> Hamburg: Nutzwagenkilometer, Personenkilometer, Fahrgäste: Bus und Bahn	k. A.	1.000 km	LK	2004	0
V1021	ÖPNV: Personenkilometer (VDV) <u>Quelle:</u> Senator für Bau, Umwelt und Verkehr <u>Grundlage:</u> Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) <u>Erläuterung:</u> Hamburg: Entspricht dem Wert in der VDV-Statistik ungefähr für Bus und Bahn	k. A.	1.000 km	LK	2004	0
V1025	ÖPNV: Streckenlänge Straßen-/ Stadtbahn (VDV) <u>Quelle:</u> Senator für Bau, Umwelt und Verkehr <u>Grundlage:</u> Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) <u>Erläuterung:</u> Hamburg: nur U-Bahn. München: ohne U-Bahn.	k. A.	km	LK	2004	0
V1030	ÖPNV: Verlustausgleich <u>Quelle:</u> Senator für Bau, Umwelt und Verkehr <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Bremen: ohne Erlösschmälerungen gem. § 148 SGB IX aus Vorjahren von 11,08 Mio (S. 19 GB) mit Saldo Ertrag/Aufwand aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögen von 0,16 Mio. €. Hamburg: ohne aperiodisches Ergebnis, da im GB nicht näher beschrieben	k. A.	Mio. Euro	LK	2004	0
V0723	Patentanmeldungen (nach Anmeldersitz) <u>Quelle:</u> Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> einschließlich PCT-Anmeldungen, beim DPMA in die nationale Phase eingetreten. 2004: bedingt durch die PCT-Reform sind die Werte für 2004 mit den Vorjahren nicht vergleichbar	-J	Anzahl	L	1998/2005	1
V1720	Patienten am Behandlungsort <u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	k. A.	Anzahl	L	2002/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1721	Patienten am Wohnort	k. A.	Anzahl	L	2002/2005	1
	<u>Quelle:</u> Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Differenz in 2003: in Gesamtzahl sind Ausländer und Patienten unbekannter Herkunft enthalten					
V1610	Polizei: Beschäftigte (Vollzeitäquivalent)	k. A.	Anzahl	L	2000/2004	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 6 (2004), Tab. 4.2.4 (Vollzeitäquivalent der Beschäftigten am 30.06.2004 nach Aufgabenbereichen und Ländern, hier: FKZ 042), veröffentlicht: 6.12.2005 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1612	Polizei: Beschäftigungsvolumen im Vollzug (ohne Azubis sowie WSP und Landesanteil)	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Gesamtbeschäftigungsvolumen. Stand: 31.12.					
V1619	Polizei: Einsätze nach Notruf über Tel. 110	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1618	Polizei: Notrufe über Tel. 110	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1620	Polizei: Personalausgaben	k. A.	Mio. Euro	L	2001/2003	1
	<u>Quelle:</u> StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1625	Polizei: subjektives Sicherheitsempfinden	k. A.	%	K	2005	0
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Die Frage nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bremer Bürger ("Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Stadtteil?") wurde im Befragungszeitraum von 2002-2005 von 75% aller Befragten mit "sicher" bzw. "eher sicher" beantwortet. Dies bedeutet eine Steigerung von 1,5% im Vergleich zur vorherigen Befragung im Zeitraum von 1999-2001. Zur Auswahl standen auch die Antworten "eher unsicher" und "sehr unsicher". Diese Daten werden alle 4 Jahre erhoben. Ein Vergleich mit anderen Städten ist z.Zt. nicht möglich, da dort keine oder andere Daten erhoben werden.					
V1615	Polizeireviere (24h)	k. A.	Anzahl	LK	2003/2005	1
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Bremen verfügt nach der Polizeireform über insg. 18 Polizeireviere, wovon 7 einen 24 h Dienst leisten, die restlichen zwischen 08:00 Uhr und 20:00 Uhr geöffnet sind. Ferner gibt es noch insg. 12 Polizeistationen, die Außenstellen Borgfeld, Oberneuland, Tenever, Weserpark, Arbergen/Mahndorf, Flughafen, Marßel, Grambke, Farge, Lüssum, AWD-Dome, sowie das Kontaktbüro Obernstraße. Diese verfügen über eingeschränkte Öffnungszeiten.					
V0161	Privathaushalte: Einpersonenhaushalte	-04	Anzahl	LK	2000/2004	1
	<u>Quelle:</u> HH, B: StaBA: Statistisches Jahrbuch, Bremen (Stadt): Auswertung Mikrozensus <u>Grundlage:</u> Mikrozensus <u>Erläuterung:</u>					
V3020	Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme:	k. A.	1.000 Euro	(L)	2005	0

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	eingesetzte Mittel (Komplementärmittel)					
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Die Darstellung der Mittel umfasst Landes- und ESF - Mittel				
V3021	Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Teilnehmer/innen	k. A.	Anzahl	(L)	2005	0
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Als Teilnehmerwert sind für Berlin und Bremen kumulierte Fallzahlen (Anfangsbestand plus Zugänge) zugrunde gelegt worden, für Hamburg wurden ersatzweise Abgänge, d.h. Maßnahmeaustritt erfasst. Ein Teil der Programme Hamburgs stand aus zeitlichen Gründen noch nicht für das Benchmarking zur Verfügung.				
V3022	Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme: Vermittlungsquote	k. A.	%	L	2005	0
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Hamburg: Für einen Teil der Programme konnten noch keine Daten zur Vermittlung ermittelt werden. Berlin: Es liegen noch keine Daten zur Vermittlung vor, der Schätzwert für den Bereich Beschäftigung beträgt 5%, für den Bereich Qualifizierung beträgt er 20%				
V1330	Ratsmitglieder	k. A.	Anzahl	LK	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Bremische Bürgerschaft				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0991	Rechnungshof: besetzbare Stellen ohne Kollegium	-J	Anzahl	(L)	2002/2005	1
	<u>Quelle:</u>	Rechnungshof				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Der Wert für die Stadt Bremen liegt bei 41,5				
V0996	Rechnungshof: Haushaltsvolumen	-J	1.000 Euro	(L)	2004/2005	1
	<u>Quelle:</u>	Rechnungshof				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Der Wert für die Stadt Bremen beträgt 5.126 TEUR. Das Haushaltsvolumen der Rechnungshöfe setzt sich sehr unterschiedlich zusammen, einige Rechnungshöfe haben noch untergeordnete Dienststellen, bei einigen sind z. B. Versorgungsausgaben enthalten. Bei anderen sind diese zentral veranschlagt.				
V0995	Rechnungshof: Haushaltsvolumen (nur kommunale Rechnungsprüfung)	-J	Euro	K	2004/2005	1
	<u>Quelle:</u>	Rechnungshof				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Bei den dargestellten Werten handelt es sich um das Haushaltsvolumen (Haushalts-Anschläge) der Rechnungshöfe bzw. Rechnungsprüfungsämter. Bei den Werten der Städte Köln und Dortmund handelt es sich um die Rechnungsergebnisse des Jahres 2005. Die Aufteilung des Haushaltsvolumen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus. Die hier für den Rechnungshof Bremen vorgenommene Aufteilung ist auf die Rechnungshöfe Hamburg und Berlin jedoch nicht übertragbar, weil sie jeweils nur einen Haushaltsplan haben.				
V0997	Rechnungshof: Haushaltsvolumen (nur Landesaufgaben)	-J	1.000 Euro	L	2004/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
V0990	Rechnungshof: Stellen Prüfdienst	k. A.	Anzahl	(L)	2002/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Quelle:</u> Rechnungshof <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Der Wert für die Stadt Bremen 36,9.					
V2035	Rundlaufbahnen (kommunal)	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. aus BM-Bericht 2003. 2005: Senator für Inneres und Sport. Hinzu kommen nicht-öffentliche Rundlaufbahnen in Hamburg (9)					
V0422	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen	Schuljahrse nde	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 174 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: korrigierter Wert für HB, da Doppel-Erfassungen					
V0410	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: Hochschulreife	Schuljahrse nde	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> BB (1994), MV (2001), ST (2001): Vorübergehender Rückgang durch Wegfall eines Jahrgangs wegen Umstellung von 12 auf 13 Schuljahre.					
V0413	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: ohne Hauptschulabschluss	Schuljahrse nde	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 174 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Aus den Klassen 7 und 8 und nach erfolglosem Besuch des 9. Schuljahrs. Thüringen: 2001 einschließlich 897 Abgänger aus Klassenstufen 10 bis 13. Abgängern mit nicht bestandenem Realschulabschluss oder Abitur wird nicht automatisch der Hauptschul- bzw. Realschulabschluss erteilt.					
V0425	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden und beruflichen Schulen: Hochschul- und Fachhochschulreife	k. A.	Anzahl	L	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> ST, MV 2001: vorübergehender Wegfall eines Jahrgangs wegen Umstellung von 12 auf 13					
V0435	Schulen: Von Lehrkräften erteilte Unterrichtsstunden an allgemein bildenden Schulen	k. A.	Anzahl	L	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V0401	Schüler/innen an allgemein bildenden Schulen	Schuljahrsb eginn	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V0406	Schüler/innen an beruflichen Schulen	Schuljahrsb eginn	Anzahl	L	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> KMK: Dokumentation 179 <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1087	Seeverkehr: Automobilumschlag	-J	Mio Units	LK	2000/2005	5
	<u>Quelle:</u> Senator für Wirtschaft und Häfen <u>Grundlage:</u>					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Erläuterung:</u>					
	Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V1081	Seeverkehr: Containerumschlag	-J	Mio TEU	LK	2000/2005	5
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Wirtschaft und Häfen					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	TEU: "Twenty-foot Equivalent Unit". Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V1080	Seeverkehr: Containerumschlag	-J	Mio t	LK	2000/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Wirtschaft und Häfen					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V1090	Seeverkehr: Containerumschlag je Kajenmeter	-J	TEU/m	LK	2004/2005	1
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Wirtschaft und Häfen					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	TEU: "Twenty-foot Equivalent Unit". Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V1085	Seeverkehr: Massengut	-J	Mio t	LK	2000/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Wirtschaft und Häfen					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V1083	Seeverkehr: nicht-containerisiertes Stückgut	-J	Mio t	LK	2000/2005	2
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Wirtschaft und Häfen					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Die Daten liegen für die Hafenstädte Bremen, Hamburg, Emden, Rotterdam, Antwerpen und Zeebrügge vor.					
V3046	SGB II / ALG II: Ausgaben	k. A.	Euro	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Eingetragen ist gemäß der Statistik der BA zum SGB II. Nicht ausgewiesene Daten liegen nicht vor, so wird z.B. in den Statistiken die Region Hannover, nicht aber die Stadt Hannover ausgewiesen. Alle Werte gerundet.					
V3045	SGB II / ALG II: Empfänger von Leistungen	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Aus dem KZV der großen Großstädte Deutschlands. Die Zahlen basieren auf der Statistik der BA zum SGB II, es handelt sich um revidierte Daten Dezember 2005. Hannover nicht verfügbar.					
V3051	SGB II / Sozialgeld: Ausgaben	k. A.	Euro	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Eingetragen ist gemäß der Statistik der BA zum SGB II. Nicht ausgewiesene Daten liegen nicht vor, so wird z.B. in den Statistiken die Region Hannover, nicht aber die Stadt Hannover ausgewiesen. Alle Werte gerundet.					
V3050	SGB II / Sozialgeld: Empfänger von Leistungen	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Daten sind dem Kennzahlenvergleich der großen Großstädte zum SGB II entnommen, sie basieren auf den Daten der BA zum SGB II und stellen den Stand Dezember 2005, revidiert, dar. Hannover: Sonderauswertung für diesen Leistungsempfängerbereich nicht durchgeführt.					
V3042	SGB II: Ausgaben	k. A.	Euro	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>					
	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>					
	Eingetragen ist die Summe ALG II + Sozialgeld gemäß der Statistik der BA zum SGB II. Nicht					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	Dichten auf der Basis des Jahresmittelwertes der Hilfeempfänger ausgewiesen werden.					
V3037	SGB XII, 4. Kap.: Empfänger lfd. Leistungen a.v.E. - 65 Jahre und älter	k. A.	Anzahl	LK	2005	0
	<u>Quelle:</u>	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales				
	<u>Grundlage:</u>					
	<u>Erläuterung:</u>	Stichtag: 31.12.2005. Berechnungen der Dichte (Empfänger in Relation zur altersgleichen oder zur Gesamtbevölkerung) ergeben sich ggf. Unterschiede zum KZV der Großstädte, da dort auch Dichten auf der Basis des Jahresmittelwertes der Hilfeempfänger ausgewiesen werden.				
V1103	Siedlungs- und Verkehrsfläche	-12	ha	LK	1996/2004	4
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional/ -lokal				
	<u>Grundlage:</u>	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung				
	<u>Erläuterung:</u>	Summenposition der Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie Friedhofsfläche. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen.				
V1950	Sozialgerichtsverfahren/ Klagen: Eingänge	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Senator für Justiz				
	<u>Grundlage:</u>	2004: Zahlen der Länderübersicht über die Geschäftstätigkeit der Sozial- und der Landessozialgerichte 2004				
	<u>Erläuterung:</u>					
V0501	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	-06	Anzahl	LK	1980/2005	2
	<u>Quelle:</u>	StaBA: Fachserien (bis 1998); Statistik regional (bis 2004); BA Arbeit (2005)				
	<u>Grundlage:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	<u>Erläuterung:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die in der gesetzlichen Kranken-, Renten- oder Pflegeversicherung und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung gezahlt werden. Arbeitsortprinzip: Die Beschäftigten werden der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind. 2005: vorläufige Werte.				
V0530	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)	-06	Anzahl	LK	1999/2005	1
	<u>Quelle:</u>	StaBA: Fachserien (bis 1998); Statistik regional (bis 2004); BA Arbeit (2005)				
	<u>Grundlage:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	<u>Erläuterung:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die in der gesetzlichen Kranken-, Renten- oder Pflegeversicherung und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung gezahlt werden. Wohnortprinzip: Die Zuordnung zum Wohnort erfolgt auf der Grundlage der den Arbeitgeber vorliegenden Angaben. 2005: vorläufige Werte.				
V0531	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) männlich	-06	Anzahl	LK	1999/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional				
	<u>Grundlage:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0530 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)"				
V0536	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) mit Abschluss einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule	-06	Anzahl	LK	1999/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional				
	<u>Grundlage:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0530 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)"				
V0532	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) weiblich	-06	Anzahl	LK	1999/2004	1
	<u>Quelle:</u>	Statistik regional				
	<u>Grundlage:</u>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	<u>Erläuterung:</u>	vgl. V0530 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)"				

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
V0717	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort): Auspendler über Kreisgrenzen <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <u>Erläuterung:</u> vgl. V0530 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)". Einschließlich der Auspendler über die Landesgrenzen.	-06	Anzahl	LK	1998/2004	1
V0502	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte männlich <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <u>Erläuterung:</u> vgl. V0501 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte".	-06	Anzahl	LK	1980/2004	2
V0508	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <u>Erläuterung:</u> vgl. V0501 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte".	-06	Anzahl	LK	1999/2004	1
V0503	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weiblich <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <u>Erläuterung:</u> vgl. V0501 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte".	-06	Anzahl	LK	1980/2004	2
V0718	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Einpendler über Kreisgrenzen <u>Quelle:</u> Statistik regional <u>Grundlage:</u> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <u>Erläuterung:</u> vgl. V0501 "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte".	-06	Anzahl	LK	1998/2004	1
V2002	Sportflächen (kommunal) <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>	-J	m ²	LK	2005	0
V2005	Sportflächen (kommunal): Ausgaben <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2002: nachr. übernommen aus BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport	-J	1.000 Euro	LK	2002/2005	3
V2040	Sporthallen (kommunal) <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. aus BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport. Hinzu kommen nicht-öffentliche Sporthallen in Bremen (35), Hamburg (71), Hannover (2)	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
V2030	Sportplätze (kommunal) <u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> 2003: nachrichtl. aus BM-Bericht 2005. 2005: Senator für Inneres und Sport. Hinzu kommen nicht-öffentliche Sportplätze in Bremen (9) und Hamburg (78)	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
V1380	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel <u>Quelle:</u> Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Die Wahrnehmung der Leitungsaufgaben für die gesamte Europa-Abteilung sowie der europabezogenen Aufgaben der Senatskanzlei erfolgt i.w. von Brüssel aus. HH und SH: gemeinsame Erfassung. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen. Bayern/Niedersachsen: Stand 2003, Saarland: Stand 2004. Hinweis zu Berlin: Die	k. A.	Anzahl	L	2003/2005	1

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

VCode	Basiszahl	Jahr_Einheit	Einheit	für*	JahrMin/Max	Akt**
	<u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1011	Verunglückte bei Verkehrsunfällen	-J	Anzahl	LK	2003/2005	2
	<u>Quelle:</u> Senator für Inneres und Sport <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V1940	Verwaltungsgerichtsverfahren: Eingänge	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Senator für Justiz <u>Grundlage:</u> 2004: Statistik der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 und Nr. 2, Allgemeine Kammern und Asylkammern, Eingänge <u>Erläuterung:</u> Die Kennzahl wurde inhaltlich verändert: Ab 2004 Eingänge ohne Numerus-clausus-Sachen					
V1121	Vogelschutzgebiete	k. A.	ha	L	2004/2006	2
	<u>Quelle:</u> Senator für Bau und Umwelt/ BfN <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Stand der Gebietsmeldungen vom 25.01.2006. Nur terrestrische Flächen					
V0480	Volkshochschulen: Ausgaben	-J	1.000 Euro	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V0481	Volkshochschulen: Ausgaben für Personal	-J	1.000 Euro	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u> Summe aus hauptberuflichem Personal + nebenberuflich/ ehrenamtliche Leitung + Honorare/ Reisekosten für Kursleitung/ Referenten.					
V0465	Volkshochschulen: Belegungen	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> ? <u>Erläuterung:</u>					
V0470	Volkshochschulen: Einnahmen	-J	1.000 Euro	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V0460	Volkshochschulen: Kurse	-J	Anzahl	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> ? <u>Erläuterung:</u>					
V0475	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse	-J	1.000 Euro	L	2003/2004	1
	<u>Quelle:</u> Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik <u>Grundlage:</u> <u>Erläuterung:</u>					
V0090	Wanderungen: Fortzüge über die Kreisgrenzen/ Gemeindegrenzen	-J	Anzahl	LK	1995/2004	1
	<u>Quelle:</u> Statistik regional/ -lokal <u>Grundlage:</u> Wanderungsstatistik <u>Erläuterung:</u> Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Regionaleinheit gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Regionaleinheit gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt. Als Fortzug über die Kreisgrenzen/Gemeindegrenzen gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser					

* L: Länder, (L): Stadtstaaten, K: Kreise und kreisfreie Städte, mind. Vergleichsstädte des Benchmarking-Berichts

** Aktualisierungsrhythmus: 0: es liegt erst ein Berichtsjahr vor; 1 = jährlich, 2 = 2-jährlich, etc

